UDO ULFKOTTE

Gekaufte Journalisten

Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken

KOPP

UDO ULFKOTTE

GEKAUFTE JOURNALISTEN

Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz
Deutschlands Massenmedien lenken

KOPP VERLAG

Copyright © 2014 bei
Kopp Verlag e.K., Bertha-Benz-Straße 10, D-72108 Rottenburg
Alle Rechte vorbehalten
Covergestaltung: Jennifer Hellwagner
eBook-Produktion: GGP Media GmbH, Pößneck
978-3-86445-164-5

Die veröffentlichten Informationen wurden mit größter Sorgfalt von Verfasser und Verlag erarbeitet und geprüft. Eine Garantie kann jedoch nicht übernommen werden. Ebenso ist eine Haftung des Verfassers beziehungsweise des Verlages und seiner Beauftragten für Personen-, Sach- oder Vermögensschäden ausgeschlossen.

Gerne senden wir Ihnen unser Verlagsverzeichnis
Kopp Verlag e.K.
Bertha-Benz-Straße 10
D-72108 Rottenburg
E-Mail: info@kopp-verlag.de
Tel.: (07472) 9806-0
Fax: (07472) 9806-11

Unser Buchprogramm finden Sie auch im Internet unter
www.kopp-verlag.de

Wenn man die sämtlichen Journalisten, wie sie da sind, ins Zuchthaus sperrte, würde man gewiß nicht so viele Unschuldige hineinsperren, als jetzt schon im Zuchthaus sitzen.

Christian Friedrich Hebbel (1813–1863),
deutscher Dramatiker und Lyriker

Am 16. August 2014 verstarb mein väterlicher Freund Peter Scholl-Latour. Schon vor langer Zeit hatte er mir 2010 den Anstoß dazu gegeben, dieses Buch zu schreiben. Ich danke ihm für seine Freundschaft und für seinen Rat. Und ich verneige mich vor seinem Lebenswerk. Ohne ihn wäre dieses Buch so nie entstanden. Gewidmet ist es in tiefer Dankbarkeit auch meiner Frau Doris und dem Arzt Dr. Thomas Urbach, die mir in fast aussichtsloser Lage das Leben gerettet haben. Ohne ihre schnelle, aufopferungsvolle und selbstlose Hilfe hätte ich dieses Buch nicht mehr vollenden können.

Alle in diesem Buch namentlich genannten Personen bestreiten eine klebrig-filzige Nähe zu Eliteorganisationen. Sie bestreiten zudem, Lobbyisten zu sein. Sie bestreiten auch, sich durch die dargelegte Nähe zur Elite »korrumpieren« zu lassen. Und sie bestreiten, als Journalisten mit Nähe zu vorgenannten Gruppen den journalistischen Biss verloren zu haben. Sie bestreiten, dass sich die dargelegte Nähe auf ihre Berichterstattung auswirkt. Alle in diesem Buch genannten Organisationen bestreiten, Lobbyorganisationen zu sein und/oder Journalisten und/oder die öffentliche Meinung beeinflussen zu wollen. Sie bestreiten zudem Kontakte zu Geheimdiensten.

Vorwort

LSD? Crack? Stechapfeltee? Kokain? Crystal Meth? Angesichts der Berichterstattung unserer Qualitätsmedien fragt man sich immer öfter, welche Drogen in Redaktionen konsumiert werden. Ganz dicht scheinen die dort nicht mehr zu sein. Was rühren die morgens nur in ihr Müsli? Den Bezug zur Realität haben viele Journalisten offenkundig verloren. Während Millionen Menschen da draußen vor lauter Sorgen nicht wissen, wie sie steigende Mieten und Lebensmittelpreise verkraften sollen, suchen bestimmte Journalisten die Nähe zu genau jenen Eliten, die für das Leid von immer mehr Menschen verantwortlich sind. Und während die EU Staatsbankrotte nur noch durch pausenloses Gelddrucken hinauszögern kann, fordern unsere Leitmedien ganz im Sinne der Finanzelite die Aufnahme weiterer bankrotter Krisenstaaten in die EU. Zu viel Crack? Zu viel LSD? Oder liegt es am Kokain in den Redaktionsstuben? Während die Bürger die Nase voll haben von den Toten der Auslandseinsätze, setzen sich bestimmte Medienvertreter den Stahlhelm auf und sekundieren Amerikanern munter bei der Planung neuer Kriegseinsätze. Sind das die Folgen von Crystal Meth?

Zugleich haben unsere Alpha-Journalisten einen totalen Blackout. Irgendwie können oder wollen sie sich jedenfalls heute nicht mehr daran erinnern, wie sie uns den Irakkrieg oder den Afghanistaneinsatz mit glorreichen Worten schöngeschrieben haben. Wie sie die Finanzkrise und den

Eurocrash erst bemerkten, als jeder Bürger schon unter den Auswirkungen litt. Und als 2014 über der Ukraine ein Passagierflugzeug abstürzte, da wollten sie unsere Soldaten am liebsten sofort zum Kriegseinsatz gegen Russland schicken, noch bevor auch nur feststand, wer für den Absturz verantwortlich war. Blutvergießen verhindern, indem man mehr Blutvergießen fördert – ein Mörderprinzip. Allein im Irak bezeugen das mehr als 100 000 tote Zivilisten, welche dort ums Leben kamen, weil unsere Medien – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen – den Irakkrieg im Halluzinationsrausch so frenetisch herbeigejubelt hatten. Wer oder was steuert also die Irren in unseren Leitmedien? Nehmen die wirklich Drogen? Oder hat der systematische Wahnsinn völlig andere Gründe? Stehen im Hintergrund vielleicht Propagandaspezialisten? Früher hätte man das ganz sicher als Verschwörungstheorie abgetan. Aber heute wissen wir, dass Journalisten renommierter Medien das Hauptziel von »Spindoktoren« sind, welche die Deutungsmacht über unsere Nachrichten bestimmen wollen. Vor allem die US-Regierungen und die Israelis arbeiten so. Es gibt sogar Handbücher dazu, wie Qualitätsmedien beeinflusst werden sollen.[1] › Hinweis Klar ist: Wer in renommierten Medien arbeitet, der sollte gegenüber Lobbygruppen, auch gegenüber amerikanischen und israelischen, eine extreme Vorsicht walten lassen. Wie wir sehen werden, machen bestimmte Journalisten genau das Gegenteil. Sie fühlen sich in den Spinnennetzen vor allem amerikanischer und israelischer Einflussgruppen offenkundig sauwohl. Und sie rühmen sich auch noch, dort eingesponnen zu werden, verweisen stolz auf ihre »Mitgliedschaften« in den umstrittensten Zirkeln.

Wenn man mehr und mehr solcher belegbaren Hintergründe kennt, dann sieht man unsere »Nachrichten« plötzlich mit

ganz anderen Augen. Nur darüber sprechen sollte man besser nicht. Da verstehen Medienvertreter dann keinen Spaß, nicht einmal bei Satiresendungen. Autor Josef Joffe, ein »Großjournalist«[2] › Hinweis und wie der verurteilte Steuerhinterzieher Theo Sommer [3] › Hinweis ein Chef der Wochenzeitung *Zeit,* erwies sich als Spaßbremse und verklagte mit juristischen Haarspaltereien sogar eine ZDF-Satiresendung, nachdem diese kurz satirisch über seine umstrittenen Kontakte in merkwürdigen Netzwerken berichtet hatte.[4] › Hinweis Wäre ja noch schöner, wenn die Bürger da draußen Einblicke hinter die Kulissen der Macht bekämen, oder? Medienfachmann Thomas Stadler schreibt dazu: »Für ein Flaggschiff wie *Die Zeit* kommt das juristische Vorgehen von Joffe (…) gegen das ZDF einem journalistischen Offenbarungseid gleich.«[5] › Hinweis Nicht nur bei Journalisten vom Schlage eines Josef Joffe muss man offenkundig schwer aufpassen.[6] › Hinweis

Haben auch Sie das Gefühl, häufig manipuliert und von den Medien belogen zu werden? Dann geht es Ihnen wie der Mehrheit der Menschen. Und wie Karl Albrecht. Als der reichste Deutsche im Juli 2014 mit einem geschätzten Vermögen von mehr als 18 Milliarden Euro im Alter von 94 Jahren starb, da wussten unsere Medien einfach nichts über sein Leben zu berichten. Es gab nur ein Foto. Und keine Details aus seinem Leben. Der Aldi-Gründer hielt Politik für ein schmutziges Geschäft, wollte in seinem ganzen Leben keinem Bundeskanzler begegnen, setzte anstelle von elitären Netzwerken nur auf die eigene Familie, verachtete Banken und Kreditgeschäfte. Er lehnte alle Ehrungen und Auszeichnungen ab, auch das Bundesverdienstkreuz. Und er gab niemals ein Interview. Warum nur? Klar ist: Der strebsame Familienmensch wollte sich nicht von anderen missbrauchen lassen. Und nicht manipulieren. Er war

überzeugt davon, dass es gut sei, sich von vielen Verlockungen fernzuhalten. Warum nur denken immer mehr Menschen da draußen heute wie Karl Albrecht?

Der Tübinger Medienwissenschaftler Professor Hans-Jürgen Bucher hat schon 1991 in seiner Forschungsarbeit »Mediensprache« geschrieben, es dürfe nicht übersehen werden, »dass das Zusammenspiel von Presse und Politik heute nach komplizierteren Spielregeln verläuft: über inszenierte Berichterstattungsanlässe wie Pressekonferenzen, sogenannte Hintergrundgespräche oder auch über subtile Formen der Presselenkung.« Subtile Formen der Presselenkung? Wie bitte? Wir haben eine »gelenkte Presse«? Das klingt für den Durchschnittsbürger ungeheuerlich. Aber wie wir sehen werden, ist es die Realität.[7] › Hinweis

Bislang galt es als »Verschwörungstheorie«, wenn man hinterfragte, warum unsere Medien oft wie gleichgeschaltet wirken. Angeblich haben wir doch Demokratie und Meinungsvielfalt. Doch aus der angeblichen »Verschwörungstheorie« wird nun bittere Realität. Denn in diesem Buch wird ein elitäres Netzwerk von Lobbyisten enttarnt. Und zwar in unseren Medien. Ob der Milliardär Karl Albrecht das wusste und sich deshalb davon fernhielt?

Journalisten sollten ganz sicher nicht in Lobbyorganisationen oder verborgenen Elitenetzwerken aktiv sein. Viele tun es aber. Und sie hassen es, wenn man sie demaskiert.[8] › Hinweis Man kann sie Schritt für Schritt entlarven. Es gibt schließlich viele öffentlich einsehbare Erhebungen für ihre Deutungsmacht, basierend auf der Präsenz in den wichtigsten Zeitungen und Zeitschriften. Man muss sie nur über elektronische Datenbanken nach Referenzhäufigkeit durchkämmen.[9] › Hinweis In einem zweiten Schritt vergleicht man die so gefundenen Namen mit der offiziellen Lobbyliste

des Deutschen Bundestages.[10] › Hinweis Und mit den Listen von Lobbypedia [11] › Hinweis, einem Projekt von *LobbyControl.*

Schaut man sich dann an, in welchen Lobbyorganisationen die so enttarnten Medienvertreter mit ihrer Deutungsmacht vertreten sind, dann kommt am Ende ein kleiner Kreis verschwiegener Eliteorganisationen zum Vorschein. Bestimmte Journalisten sehen dann auf einmal nicht mehr wie Journalisten aus, sondern wirken eher wie Journalistendarsteller. Sie scheinen Unparteilichkeit und Unabhängigkeit nur noch für die Zuschauer zu simulieren. Anders gesagt: Wenn man als Journalist einen exklusiven Zugang zu machtelitären Zirkeln erhalten hat, bedeutet das nicht zugleich auch, dass man denjenigen, die einem diesen Zugang ermöglicht haben, viel zu nahegekommen ist? Ist man als Journalist dann nicht längst schon »korrumpiert«? Hat man dann nicht längst eine Art Beißhemmung, eine, die man womöglich noch nicht mal mehr selbst bemerkt? Alle in diesem Buch genannten Journalisten bestreiten, ihre Beißhemmung durch eine zu große Nähe zu elitären Netzwerken verloren zu haben und/oder »korrumpiert« worden zu sein. Aber wie werden die Leser das sehen? Vor allem dann, wenn sie die Namen der hier genannten Organisationen oder Journalisten vielleicht gar auch noch in den *WikiLeaks*-Dokumenten aus den geheimen US-Botschaftsberichten wiederfinden? [12] › Hinweis Warum tauchen da die Namen bestimmter deutscher Qualitätsmedien nur immer wieder auf?

Klar wird in diesem Buch: Eine ganze Armee von auf den ersten Blick seriös erscheinenden Agenten verdient Geld damit, deutsche Medien in ausländischem Auftrag zu beeinflussen, etwa in angeblich gemeinnützigen »transatlantischen Freundschaftsorganisationen«. Deren Aufgabe ist es auch, deutsche Eliten in Politik und Medien

von der geistigen Blockbildung mit Russland abzuhalten und auf pro-amerikanischem Kurs zu halten. Schließlich verfolgt Washington in Europa klare Ziele, zu denen auch ein neuer Kalter Krieg gehört.[13] › Hinweis Und dazu braucht man nun einmal unsere Leitmedien als Verbündete. Ein erstes Beispiel: Allein das amerikanische Verteidigungsministerium gibt schon seit vielen Jahren Milliarden dafür aus, um die Medienberichterstattung weltweit durch Propaganda gezielt zu beeinflussen.[14] › Hinweis Die Folgen dieser Meinungsmanipulation sind auch im deutschsprachigen Raum leicht nachweisbar.[15] › Hinweis Bei der Berliner US-Botschaft konnte man in den letzten Monaten sogar Fördergelder abrufen, wenn man die öffentliche Meinung in Deutschland subversiv im Interesse Washingtons lenken will – ich werde das belegen.

Der Historiker und Medienwissenschaftler Andreas Elter hat schon 2005 in einem Sachbuch mit dem Titel *Die Kriegsverkäufer: Geschichte der US-Propaganda 1917–2005* nachgewiesen, wie die Amerikaner Einfluss auf unsere Journalisten nehmen. Erstaunlicherweise ist seine Arbeit (leider) weitgehend untergegangen. Aber danach wurden die *WikiLeaks* – Dokumente veröffentlicht. Und jeder kann seither leicht selbst im Internet mithilfe einer *WikiLeaks* – Suchmaschine nachrecherchieren [16] › Hinweis, wie oft bestimmte Leitmedien in den geheimen Botschaftsdepeschen namentlich erwähnt werden, und zwar wegen proamerikanischer Berichterstattung. Es fällt auf, dass jene, welche der früheren Besatzungsmacht USA offenkundig geistig besonders nahestehen, US-kritische Berichterstattung ausblenden. Im Interesse Washingtons? Was läuft da eigentlich?

Die Betreiber der Internetplattform *WikiLeaks* widmen sich ja der Aufgabe, der Öffentlichkeit Geheimdokumente aller

Art zugänglich zu machen. Dort also stand unter anderem ein 2010 als »CONFIDENTIAL/NOFORN (US)«, also vertraulich und als nur für US-Staatsangehörige zugänglich klassifiziertes Memorandum zum Download bereit. Als dessen Verfasser firmierte die »CIA Red Cell«, ein Team von Geheimdienstlern, das vom CIA-Direktor nach eigenen Worten damit beauftragt ist, »über den Tellerrand zu blicken«, »zum Nachdenken anzuregen« und »alternative Sichtweisen anzubieten«. Und da fand ich ein Dokument der Spindoktoren im US-Geheimdienst mit dem Titel: »Afghanistan: Sustaining West European Support for the NATO-led Mission – Why Counting on Apathy Might Not Be Enough«.[17] › Hinweis Es ging in dem geheimen Dokument darum, in den Reihen der westeuropäischen Verbündeten die Unterstützung für den NATO-Krieg am Hindukusch in Afghanistan zu gewährleisten. Die westeuropäische Öffentlichkeit sollte durch Beeinflussung dazu gebracht werden, die für das Frühjahr und den Sommer 2010 erwarteten steigenden Opferzahlen sowohl in den Reihen der eigenen Soldaten als auch unter der afghanischen Zivilbevölkerung zu tolerieren. Dafür, so hieß es, bedürfe es eines maßgeschneiderten »strategischen Kommunikationsprogramms« für die truppenstellenden NATO-Staaten. Und dazu gehörte nun einmal auch Deutschland. Das erwähnte geheime Dokument ist nichts anderes als ein Rezept für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung im deutschsprachigen Raum – ausgestellt von der CIA. Erstaunlicherweise berief sich die CIA bei der in dem Geheimdokument skizzierten notwendigen Beeinflussung der deutschen Öffentlichkeit auf die Recherchen einer transatlantischen Organisation: den *German Marshall Fund of the United States.* Der hatte in Umfragen festgestellt, dass nur etwa ein Prozent der Deutschen die Stabilisierung Afghanistans als wichtigstes nationales Ziel empfanden.[18]

› Hinweis Und genau das sollte geändert werden. Die deutsche Öffentlichkeit wurde dann über die Leitmedien mit US-Propaganda eingedeckt. Mit Kriegspropaganda.

Sind solche Geheimdokumente, wie sie *WikiLeaks* veröffentlicht hat, nicht Grund genug dafür, dass sich deutsche Leitmedien seither jeglichem Verdacht der Beeinflussung und Propaganda durch US-Organisationen entziehen müssten? Wenn schon die CIA »strategische Kommunikationsprogramme« für deutschsprachige Medien ausarbeitet, dann müssten unsere »Qualitätsmedien« doch einen großen Bogen um jene Organisationen machen, welche im Umfeld dieser US-Dienste auftauchen. Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Unsere Leitmedien lechzen geradezu danach, in transatlantischen Eliteorganisationen geduldet oder gar in diese aufgenommen zu werden. Das Ergebnis ist aus meiner Sicht erschreckend: einseitige und beliebig austauschbare Propaganda. Sie findet sich heute immer öfter in deutschen Medien.

Früher haben intelligente Menschen aus Gründen der Meinungsvielfalt mehrere Zeitungen am Tag gelesen, wenn sie sich ein Bild von Entwicklungen machen wollten. Heute lohnt sich das nicht mehr, weil die redaktionellen Inhalte beliebig austauschbar und fast identisch sind. Ein Beispiel: Da veröffentlichten an einem Julitag 2014 alle Leitmedien auf der Titelseite Fotos von Angela Merkel beim Kochen.[19] › Hinweis Was soll das? Wenn Angela Merkel kocht, dann ist das für den Durchschnittsbürger so wichtig, als ob in China ein Sack Reis umfällt. Legt man die Zeitungen nebeneinander, dann wird der Einheitsbrei unübersehbar. Was früher *Bunte, Gala,* dem *Goldenen Blatt* und *Bild der Frau* vorbehalten war – die Bundeskanzlerin in der Küche – strahlt dem Leser heute auf den Titelseiten angeblicher

»Qualitätsmedien« entgegen. Parallel dazu fällt auf, dass die überregionalen Zeitungen heute durchgängig Berichterstattung und Kommentare liefern, welche der Wahrnehmung und Meinung einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung widersprechen.

Der Kölner Zeitungsforscher Professor Andreas Vogel sagt: »Konsumenten können heute beim Kauf von Produkten und Dienstleistungen in der Regel zwischen verschiedenen Ausstattungsmerkmalen wählen, bloß die Tageszeitungsverlage glauben, mit einem Einheitsprodukt alle Leser bedienen zu können.«[20] › Hinweis Den rasanten Auflagenverlust der deutschsprachigen Tageszeitungen haben sich die Verlage nach seiner Auffassung selbst zuzuschreiben, nicht etwa dem Internet.[21] › Hinweis Ein Beispiel: Bei der Verlagsgruppe Madsack (etwa *Leipziger Volkszeitung* und *Ostsee-Zeitung*) sind die Inhalte verschiedener Blätter oft identisch; ein Artikel erscheint dann in bis zu 18 Zeitungen.[22] › Hinweis

Der Verlust der Meinungsvielfalt, das Einheitsprodukt und die immer extremere Einseitigkeit kann nur verstehen, wer weiß, wie die »Informationsströme« im Hintergrund kanalisiert werden. Das lichtscheue Netzwerk von Medien, Lobbyisten und Politik war bislang gut getarnt. In den folgenden Kapiteln identifizieren wir es und fragen: Wer wird da von wem beeinflusst? Und vor allem: Wer schmiert wen wofür? Und wie werden wir Bürger über die Medien manipuliert? Begeben wir uns auf eine spannende detektivische Spurensuche.

Als erstes fällt auf: An Universitäten lernen Studenten heute schon früh, dass unsere »Leitmedien« sie nicht wahrhaftig informieren. Das Hochschulmagazin *uni.de* schreibt generell über diese alltägliche Medienmanipulation:

Allein durch die Sprache manipulieren Medien unsere Wahrnehmung. Das findet sogar bei Meinungsumfragen statt, die eigentlich dem Zweck dienen sollten, erst herauszufinden, was eine Mehrheit der Menschen denkt. Das Politbarometer des ZDF ist ein trauriges Beispiel dafür. Doch wo Meinung immer mehr von den Medien gemacht und von deren Nutzern bloß noch rezipiert wird, gerät die Demokratie in Gefahr. (...) Die Manipulation der Meinungsbildung beginnt bei tendenziöser Sprache, wie sie auch in Artikeln objektiver Gattungen in den sogenannten Qualitätsmedien wie SZ oder FAZ verwendet wird.[23] › Hinweis

Wie bitte? Studenten werden heute an Hochschulen davor gewarnt, dass öffentlich-rechtliche Sender wie das ZDF oder angeblich renommierte Zeitungen die Menschen manipulieren? Das lässt tief blicken. Das ZDF, so berichtete 2014 das politische Magazin *Cicero*, ist mit seinen Umfrageveröffentlichungen laut einer Studie der Uni Mainz sogar dafür verantwortlich, dass die FDP aus dem Bundestag geflogen ist.[24] › Hinweis Nur noch vier (!) Prozent der Zuschauer glauben, dass man mit dem Zweiten besser sieht. Und nur noch fünf Prozent aller unter 30-Jährigen schauen ARD – dafür aber kassieren die Öffentlich-Rechtlichen pro Jahr mehr als 7,7 Milliarden Euro Zwangsgebühren.[25] › Hinweis Wie wir im Kapitel »Fallbeispiele von der Propaganda« sehen werden, betreiben sie damit auch gezielte Meinungsmanipulation im Interesse der Regierungsparteien.

Ich habe früher selbst für renommierte »Qualitätsmedien« wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) gearbeitet. Ehrlich gesagt: Heute schäme ich mich dafür. Denn die Berichterstattung war, wie wir sehen werden, in der Tat

nicht unabhängig. Sie war nicht unparteiisch. Und sie war und ist nicht neutral. Die Wahrheit lautet aus meiner Sicht: Mitunter war die Berichterstattung sogar geschmiert. Und in anderen Fällen deckte sie sich mit den Interessen eines Netzwerkes.[26] › Hinweis Wie wir sehen werden, wurde ich während meiner FAZ-Tätigkeit von einem US-Landesvater (Governor) sogar zum offiziellen Ehrenbürger des US-Bundesstaates Oklahoma ernannt. Nur damit ich in der FAZ proamerikanisch berichtete. Ich werde das noch genauer beschreiben. Die FAZ freute sich über meine Ehrenbürgerurkunde. Man sah dort vieles als selbstverständlich an, was ich heute mehr als problematisch finde. Rückwirkend sehe ich das alles subjektiv als Betrug an den Bürgern, die für »Informationen« in der FAZ ja schließlich Geld bezahlten. Ich kann es deshalb nicht ungeschehen machen. Aber ich kann den Lesern über die Realität bei den Medien da draußen sagen: Je größer die Scheiße ist, die Qualitätsmedien produzieren, desto dicker sind die Werbesprüche, die das alles überdecken sollen. Wir finden heute in den Führungsetagen eine größenwahnsinnige Denkweise, in der aus meiner Sicht bei näherer Betrachtung nichts mehr wirklich hinterfragt wird, sondern wo nur Kohle und Vorteile zählen.

Ich habe vor vielen Jahren schon den Bestseller *So lügen Journalisten* über das Mediengeschäft veröffentlicht. Wer aber die folgenden Kapitel gelesen hat, der wird ein völlig neues Bild von unseren »Leitmedien« bekommen. Schließlich haben Leitmedien in den letzten Jahren unendliches Leid über uns Bürger gebracht. Beispielsweise finanzielles Leid. Denn viele von ihnen haben uns den Euro, wir werden das noch sehen, als glorreiche Zukunft und stabile Währung verkauft. Und zwar gegen den Willen einer Bevölkerung, welche D-Mark und Schilling behalten wollte.

Die Zeche dafür zahlt heute der Bürger auf der Straße, dessen Ersparnisse sich vor seinen Augen auflösen. Heute müssen wir alle für die verheerenden finanziellen Folgen dieser Meinungsmanipulation ebenso zahlen wie für den Finanzcrash, den unsere führenden Medien in ständiger Sektkorkenlaune auf ihren Wirtschaftsseiten nicht vorhersehen wollten. Einzig der damalige Chefredakteur der Wirtschaftszeitung *Financial Times Deutschland,* Lionel Barber, hat sich öffentlich bei seinen Lesern dafür entschuldigt, dass sein Blatt die Finanzkrise lange Zeit weder verstanden noch gesehen hat und die Bürger falsch informierte – bis auch jeder Normalbürger auf der Straße hautnah die Finanzkrise erlebte.[27] › Hinweis Die *Financial Times Deutschland,* die sich für ihr Fehlverhalten öffentlich entschuldigte, wurde inzwischen allerdings eingestellt.

Wir Bürger zahlen jetzt aber nicht nur einen hohen finanziellen Preis für die Manipulation durch Leitmedien. Auch der Blutzoll ist verheerend. Denn unsere Leitmedien haben ein klares Feindbild: Russland. Böser Russe, guter Amerikaner, so die vorherrschende Sichtweise. Diese ist Teil einer psychologischen Kriegführung (PsyOp). Früher wurden Kriege durch Soldaten geführt, heute vor allem durch Medien. Viele Menschen haben das von den Medien in unsere Gehirne transportierte Feindbild erkannt. Einst angesehene Zeitungsredaktionen wie die FAZ bekommen nach eigenen Angaben jetzt regelmäßig Kommentare wie »Hetzpresse« und »widerliche Kriegstreiber«.[28] › Hinweis Auch der österreichische Konfliktforscher Dr. Kurt Gritsch bezichtigt unsere bürgerlichen »Qualitätszeitungen« nach ausgiebigen Studien heute, »Kriegstreiber« zu sein. Er schreibt:

Lesen Sie gerne Zeitung? Und wenn ja, gehören auch Sie zu jenen, die bürgerlichen Qualitätsblättern wie »FAZ«, »NZZ«,

»Süddeutscher Zeitung« oder »Die Zeit« die Stange halten? Ich bekenne: Ich gehöre nicht dazu. Nicht mehr, seit ich über viele Jahre feststellen musste, dass die publizistische Vorbereitung von Krieg dort Methode hat. (…) Das ist Kriegstreiberei und gehört auch als solche bezeichnet.[29] › Hinweis

Diese Hetze und Kriegstreiberei zeigte sich in historisch bislang wohl einmaliger Deutlichkeit nach dem Absturz eines zivilen Passagierflugzeuges der Malaysia Airlines (Flug MH-17) Mitte Juli 2014 im Osten der Ukraine. Die Wrackteile hatten kaum den Boden berührt, da verbreitete ein Meinungskartell schon die »Nachricht«, dass Russland dafür verantwortlich sei. Bei der psychologischen Manipulation der Menschen ganz vorn dabei: *Bild*. »Steht EU nur noch für ›Empörend Untätig‹?« fragte das Blatt Tage nach dem Absturz und behauptete, eine Rakete Moskaus habe 298 Menschen getötet, obwohl zu jenem Zeitpunkt ganz sicher nicht klar war, wem die eingesetzte Waffe gehörte oder von wem sie abgefeuert worden war.[30] › Hinweis Selbst amerikanische Geheimdienste erklärten an jenem Tag, an dem *Bild* (und andere deutsche Medien) die »Untätigkeit« der EU gegenüber Russland beklagte, sie hätten keinen Beweis dafür, dass es eine »russische Mitwirkung« an dem Flugzeugabsturz gebe.[31] › Hinweis Bald war klar, dass die Amerikaner im Gegensatz zu unseren Medien nicht ohne Grund so zurückhaltend waren.[32] › Hinweis

In diesem Buch gehen wir völlig unabhängig von dem Flugzeugabsturz der Frage nach, warum unsere Leitmedien in einer Art vorauseilendem Gehorsam eine beängstigend einseitige Propaganda und Desinformation (PsyOp) betreiben, welche mitunter direkt in Kriegstreiberei mündet. Der Leipziger Medienwissenschaftler Uwe Krüger, mit

dessen Arbeiten wir uns noch näher befassen werden, hat bei seinen Studien über deutsche Medien mit wachsendem Erstaunen festgestellt, wie unsere »Qualitätsmedien« von EU, Rüstungsindustrie, Nato und den USA geistig vereinnahmt werden.[33] › Hinweis Wenn man sich heute rückblickend Artikel anschaut, dann kann man die Aussagen der Wissenschaftler Krüger und Gritsch verstehen. Da veröffentlichte die FAZ etwa vor vielen Jahren unter dem Titel »Feigheit vor dem Bürger« Sätze wie: »Die Rolle des weltpolitischen Zuschauers kann sich Deutschland nicht mehr leisten.«[34] › Hinweis Die Botschaft des Artikels, so habe ich ihn verstanden: Noch mehr deutsche Soldaten nach Afghanistan. Unsere Leitmedien begleiten zur Freude von Rüstungsindustrie, Nato, Politik und Finanzelite publizistisch aber nicht nur Kampfeinsätze in Afghanistan. Die Meinungsmacher sekundierten unserer proamerikanischen Politelite ebenso beim amerikanischen Einmarsch im Irak. Und sie schrieben auch bereitwillig die von den USA gewünschten »Revolutionen« in Nordafrika und im Nahen Osten schön und versprachen uns dort Frieden und Demokratie, wenn auch wir Bürger in den aus Washington gesteuerten Chor nur laut genug mit einfielen. Was wir stattdessen seither bekommen, sind jedoch immer mehr Terror und Hass. Und tote sowie schwer verwundete eigene Soldaten bei Auslandseinsätzen. Nachdem unsere publizistischen Kriegstreiber den Flächenbrand im Nahen Osten angefacht hatten, brüllten sie später ungeniert »Krieg!« in der Ukraine und auf der Krim, wollten auch an der Nato-Ostgrenze zu Russland »militärische Zeichen setzen«. Im Hintergrund standen, wir werden das sehen, mitunter amerikanische Propagandaorganisationen. Unsere Leitmedien arbeiten jedenfalls wegen ihrer Verflechtungen mit US-Lobbyorganisationen wie der verlängerte Arm von Nato-Pressestelle, Rüstungsindustrie und einer kleinen

Clique führender Politiker.[35] › Hinweis Wir werden das im Detail aufzeigen.

Für jeden Durchschnittsbürger ist heute klar, dass beispielsweise die Revolutionen im Nahen Osten absolut nichts gebracht haben. Erstaunlich ist zudem, was uns die proamerikanischen deutschsprachigen Leitmedien auf diesem Gebiet seither verschweigen: Die Lage ist beispielsweise unter dem ägyptischen Präsidenten Al-Sisi viel verheerender als einst unter Präsident Mubarak. Sie ist jetzt so antiamerikanisch, dass selbst US-Außenminister John Kerry im Juli 2014 sich einer peinlichen Sicherheitskontrolle unterziehen, abtasten lassen und durch einen Metalldetektor gehen musste, bevor er vom ägyptischen Staatsführer empfangen wurde.[36] › Hinweis Unsere proamerikanischen Medien blenden so etwas im deutschsprachigen Raum lieber aus. Sie verschweigen es wie so vieles, weil sie es den Menschen nach ihren Jubelartikeln über die im Nahen Osten angeblich anbrechende westliche Friedens- und Demokratisierungswelle schlicht nicht mehr erklären können.

Wer wissen will, warum unser Nachrichtenaufkommen so unendlich einseitig ist, der muss die Netzwerke im Hintergrund kennen, in denen jene Alpha-Journalisten eingebettet sind, welche es offenkundig teilweise kaum erwarten können, unsere Soldaten gleich wieder in den nächsten Krieg der Amerikaner zu schicken. Bei Auslandseinsätzen, die unsere Leitmedien publizistisch vorbereitet haben, sind bislang mehr als 100 deutsche Soldaten ums Leben gekommen. Was sagen jene deutschen Journalisten, welche so lautstark das Ende der »Feigheit vor dem Bürger« forderten, den Eltern des mit 21 Jahren in Afghanistan getöteten deutschen Soldaten Georg Kurat, was

den Eltern von Konstantin Alexander Menz (22) und den Angehörigen von mehr als fünfzig weiteren deutschen Soldaten, welche allein in Afghanistan ihr Leben verloren haben? Und zwar für absolut nichts. Denn weder Milliarden an Fördergeldern noch unser Blutzoll haben dort etwas verändert. Haben unsere Leitmedien sich jemals öffentlich dafür entschuldigt, wie viel Leid und Blutzoll sie durch ihre tendenziösen Berichte, nicht nur in Afghanistan, mitzuverantworten haben?

Unsere Alpha-Journalisten schweigen da lieber. Wie schreibt doch Markus Wiegand, Chefredakteur von *Wirtschaftsjournalist*, so treffend über diese Kollegen: »Die Elite der Branche lebt in einer Blase, in der man sich gegenseitig nicht wehtut, sondern auf die Schultern klopft.«[37] › Hinweis

Von Alexander dem Großen (356 bis 323 v. Chr.) über das Römische Reich und das Britische Empire bis zum Zweiten Weltkrieg hat die Geschichte eines gelehrt: Die Welt kann nicht von einem Menschen oder einer Gruppe beherrscht, regiert oder befriedet werden. So wie schon Alexander der Große, der vom Frieden der Völker träumte, mit seinen europäischen Truppen aus Makedonien auf dem Gebiet des heutigen Afghanistan keinen Frieden bringen konnte, so konnten auch amerikanische oder deutsche Soldaten dort fast 2500 Jahre später nichts verändern. Auch deutsche Soldaten versuchten vergeblich, woran schon Alexander der Große scheiterte.[38] › Hinweis Niemals wären sie von unseren Politikern in den Krieg geschickt worden, wenn unsere Leitmedien mit ihrer psychologisch geschickten Rhetorik nicht willfährig den Boden dafür bereitet hätten. Ich habe das viele Jahre lang aus nächster Nähe erlebt. Viele Menschen haben diese tendenziöse Berichterstattung unserer Leitmedien inzwischen satt. Und es würde mich nicht wundern, wenn die Angehörigen der deutschen

Kriegsopfer nach der Lektüre dieses Buches die Leitmedien und ihre Netzwerkfreunde zur Verantwortung ziehen würden. Denn in den folgenden Kapiteln werden die Strukturen im Hintergrund klarer.

»Friendly fire« – so nennt man es, wenn man Opfer der eigenen Waffenwirkung wird. In diesem Buch zeige ich auf, wie Meinungsmacher im deutschsprachigen Raum die »transatlantische Freundschaft« bejubeln und zugleich auf das wehrlose eigene Volk schießen. Die medialen Waffen sind dabei weitaus gefährlicher als die laut knallende Munition von Soldaten. Denn ihre Lügen sind leise, schleichen sich ganz tief in unsere Gehirne ein. Wir haben das ja schon einige Absätze zuvor im Hinblick auf die Jubelartikel zu den Revolutionen in Nordafrika und die Kriegseinsätze in Afghanistan und dem Irak angedeutet.

Unglaublich bei diesem Meinungskampf ist auch immer wieder, was unsere Leitmedien an wichtigen Hintergrundinformationen verschweigen. Ein Beispiel: Im Sommer 2014 veröffentlichte *Human Rights Watch* einen langen Bericht über die Einschränkung der Pressefreiheit in westlichen Demokratien durch die immer intensiveren Überwachungsmaßnahmen der US-Geheimdienste. Der Bericht dokumentierte, wie Journalisten ihre Arbeitsweisen verändern müssen, um überhaupt noch an unabhängige Informationen zu kommen.[39] › Hinweis Kein Wort dazu in jenen deutschsprachigen Leitmedien, welche eine extreme Nähe zu amerikanischen Propagandaorganisationen aufweisen. Hätte der gleiche anklagende Bericht auf die Einschränkung der Arbeit russischer Journalisten wegen staatlicher Überwachung in Moskau zum Inhalt gehabt, das Thema hätte wohl auf allen Titelseiten gestanden. Im Klartext: Statt neutraler Nachrichten bekommen wir immer häufiger selektive Information vorserviert. Unser Denken

wird so kanalisiert. Und das passiert ganz sicher nicht rein zufällig.

Ich weiß nicht, was nach der Erstveröffentlichung dieses Buches geschehen wird. Schließlich enttarne ich Netzwerke, die lieber im Verborgenen wirken wollen. Und ich nenne Hunderte Namen von Journalisten.[40] › Hinweis Die volle Namensnennung oder Identifizierung von Personen, Organisationen oder Firmen dient nicht deren Verleumdung oder Verächtlichmachung. Sie ist vielmehr im öffentlichen Interesse erforderlich, weil die verheerenden Folgeschäden, welche in diesem Buch genau beschrieben werden, uns alle betreffen. Die Schäden können auch nicht anders als durch Öffentlichkeit abgewendet werden. Denn anders als korrupte Politiker können korrupte Journalisten bei uns nicht strafrechtlich verfolgt werden, wenn sie – zum Teil sogar geschmiert – die Wahrheit manipulieren oder unterdrücken. Ich habe einzelne namentlich genannte Personen angeschrieben und um Stellungnahmen gebeten. Als Antwort bekam ich Anwaltspost, Klageandrohungen und Hinweise auf mögliche strafrechtliche Schritte. Ich habe vor diesem Hintergrund große Medienhäuser nicht weiter mit meinen Fragen belästigt. Bin also gespannt, was passieren wird. Markus Wiegand, Chefredakteur von *Wirtschaftsjournalist*, sagt, die deutsche Medienelite sei bei näherer Betrachtung ein »Club von Weicheiern«.[41] › Hinweis Wenn man sie kritisiert, fangen sie wild an zu kreischen wie alte Klageweiber.

Ganz wichtig: Bevor ich andere Journalisten demaskiere, bezichtige ich mich selbst. Ich schreibe auf, wie korrupt ich selbst bei der Berichterstattung war und welche Netzwerke Einfluss auf meine Berichterstattung genommen haben. Immer abgesegnet durch meine Arbeitgeber. Und danach wird es richtig spannend. Mein Ziel? Ich will mit der

geballten Wahrheit der folgenden Kapitel, die Absatz für Absatz durch Quellenhinweise belegt werden[42] › Hinweis, nicht nur informieren, sondern zusammen mit den Lesern dieses Buches und ihren Freunden auch etwas verändern. Ob wir das gemeinsam schaffen werden? Meist kommt ja am Ende nie genau das heraus, was man beabsichtigte. Die DDR-Oppositionellen hätten sich gegen Ende der 1980er-Jahre in Leipzig nie träumen lassen, dass die Mauer fallen und Deutschland wiedervereinigt würde. Sie wollten nur Missstände innerhalb des Systems beheben. Stattdessen brachten sie das System zum Einsturz. Und der US-Reporter Upton Sinclair wollte 1906 mit seinen sozialkritischen Reportagen aus den Schlachthöfen von Chicago nur die Arbeitssituation der Beschäftigten verbessern. Stattdessen kamen Gesetze für mehr Lebensmittelhygiene heraus. Er sagte rückblickend: »Ich wollte die Herzen der Menschen treffen und traf stattdessen ihre Mägen«. Vor diesem Hintergrund wünsche ich uns allen, dass die nachfolgenden Kapitel auch die Herzen treffen werden. Und dass die wachsende Enttäuschung vieler Menschen über unaufrichtige Journalisten und Medien endlich ein Ende finden wird.

»Wer nicht kauft, wird nicht belogen«. Unter diesem Motto haben Aktivisten im fernen Malaysia einen landesweiten Aufruf zum Zeitungsboykott unterstützt, weil immer mehr Menschen mit der Berichterstattung unzufrieden sind und der herrschenden Elite einen Denkzettel verpassen wollten. Diese verbreitete Unzufriedenheit gibt es ja auch bei uns. Haben wir wirklich unabhängige Medien? Oder ist das inzwischen reine Fiktion? Wer entscheidet über die Auswahl von Nachrichten? Warum ist jede Facette eines amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes heute wichtiger als eine Nachricht aus unserem unmittelbaren

Umfeld? Der Leser ahnt schon jetzt: Im Schattenbereich der Demokratie werden Informationen im Meinungskartell von unsichtbarer Hand geformt. Im Hintergrund: geheimdienstnahe Eliteorganisationen. Sie sind aktiv im Umfeld von »Denkfabriken« und Stiftungen. Aufgenommen wird man in diese ehrenwerte Gesellschaft einer Fünften Kolonne der Mächtigen nur durch Empfehlung. Käuflich erwerben kann man so eine Eintrittskarte nicht. Denn da ist so viel Geld versammelt, dass man auf Eintrittsgelder nicht angewiesen ist.

Wann fühlen wir uns wirklich gut informiert? Wenn wir wissen, dass Angela Merkel mitunter an ihren Fingernägeln kaut ? [43] › Hinweis Das stimmt zwar.[44] › Hinweis Aber ist die Information wirklich wichtig? Müssen wir wissen, dass der frühere sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf gerne mit seiner Spielzeugeisenbahn spielt? Und dass Ex-Deutsche-Bank-Chef Hilmar Kopper »das hauchfeine, mit dem Herkunftsnachweis bedruckte Papier, in dem früher Orangen eingewickelt waren«, sammelt, es bügelt und in ein Album einklebt? [45] › Hinweis In unserer modernen Informationsgesellschaft gibt es unendlich viele Nachrichtenströme. Da ist es wichtig, Informationen zu sortieren. Und zu wissen, was man glauben kann. Früher hatten wir dafür »Qualitätsmedien«, die öffentlich-rechtlichen Sender, renommierte Zeitungen und den Hörfunk. Heute ist alles anders.

Die Schauspielerin Hildegard Knef sagte mir einmal: »Es ist unglaublich, wie sehr Medien lügen können. Man weiß heute nicht mehr, was man denen noch glauben soll.« Wir hatten uns im August 1997 in der Bremer Talkshow *III nach Neun* kennengelernt [46] › Hinweis. Und nach der Sendung tranken wir in einem Bremer Hotel noch ein Glas Wein. Hildegard Knef berichtete damals empört, was Journalisten schon alles an abenteuerlichen Geschichten über ihr Leben

erfunden hatten. Sie sagte: »Wahr ist bei Journalisten nur eines: Lügen gehört zu ihrem Geschäft«. Einige Monate zuvor hatte ich Ähnliches auch rund 5600 Kilometer entfernt bei einer Reise nach Äthiopien gehört. Vom Schauspieler Karlheinz Böhm, dem Kaiser Franz Joseph an der Seite von Romy Schneider aus der Sissi-Trilogie, den ich im äthiopischen Hochland besuchte. Hildegard Knef und Karlheinz Böhm – zwei Urgesteine des deutschen Films – vertrauten den deutschen Medien nicht mehr. Das machte mich nachdenklich. Dabei galt doch »Du sollst nicht lügen« früher als eines der höchsten moralischen Gebote. Aber heute verbinden wir vor allem Journalisten mit Lügnern. Auch Udo Lindenberg hatte nicht die beste Meinung von den Medien. Wir sprachen darüber, als wir auf unseren Auftritt bei einer Fernsehshow warteten. Und der im August 2014 verstorbene Journalist Peter Scholl-Latour, den ich seit dem Ende der 1980er-Jahre immer wieder in Kriegsgebieten traf, sagte mir einmal: »Das Erste, was im Krieg auf der Strecke bleibt, ist die Wahrheit.« Damals klangen die Aussagen von Hildegard Knef, Karlheinz Böhm, Udo Lindenberg und Peter Scholl-Latour für mich noch wie Verschwörungstheorien. Aber waren sie das wirklich? Ich hörte so etwas später häufiger, etwa von meinem väterlichen Freund Professor Wilhelm Hankel, dem Erfinder der Bundesschatzbriefe. Ihn störte es vor allem, dass unsere Medien zunehmend unkritischer werden, häufig einseitige Propaganda verbreiten und beim »Informationsangebot« völlig austauschbar sind.

Wie können Sie als Leser sicher sein, dass meine nachfolgenden Ausführungen nicht erlogen sind? Erstens nenne ich Namen, Firmen, Zeit und Orte. Und ich habe Hunderte Fußnoten mit weiterführenden Quellenangaben. Wenn auch nur eine winzige Kleinigkeit nicht stimmt, dann wird man mich verklagen. Zweitens darf ich mich mit jenem

journalistischen Ritterschlag rühmen, den man nur bekommt, wenn man in der Vergangenheit ganz sicher die Wahrheit berichtet hat: Hausdurchsuchungen wegen des Verdachts auf Geheimnisverrat. Die bekommt man nicht, wenn man lügt. Die bekommt man, wenn man etwas mitteilt, was die Bevölkerung nicht erfahren soll. Und ich bin wahrscheinlich (leider) jener deutsche Autor, der wegen seiner beruflichen Tätigkeit bislang die meisten Hausdurchsuchungen hatte. Sozusagen wegen wahrhaftiger Berichterstattung immer wieder staatlich geadelt.

Eine weitere wichtige Bemerkung vorab: In den nachfolgenden Kapiteln ist zwar häufig die Rede von »den« Journalisten. Aber damit sind keineswegs die vielen anständigen und seriösen, schlecht bezahlten und viel arbeitenden freien oder festangestellten Redakteure gemeint, welche mit großem Engagement an den Idealen und Werten der Pressefreiheit festhalten, unentwegt gut recherchierend Missstände aufdecken und wahrhaftig berichten wollen. Sie werden trotz ihres Einsatzes zu einem großen Teil nach und nach ihren Job verlieren.[47] › Hinweis In diesem Buch geht es vor allem um jene, die eine Stufe darüber schweben und abgehoben von uns Bürgern sich gemein machen mit den Eliten, mitunter sogar korrumpiert sind und sich für Gefälligkeitsberichterstattung schmieren lassen. Aber wie funktioniert diese Manipulation eigentlich?

Kapitel 1

Simulierte Pressefreiheit: Erlebnisse bei Verlagen

Alle in diesem Buch namentlich genannten Personen bestreiten eine klebrig-filzige Nähe zu Eliteorganisationen. Sie bestreiten zudem, Lobbyisten zu sein. Sie bestreiten auch, sich durch die Nähe zur Elite »korrumpieren« zu lassen. Und sie bestreiten, als Journalisten mit Nähe zu vorgenannten Gruppen den journalistischen Biss verloren zu haben. Sie bestreiten, dass sich die dargelegte Nähe auf ihre Berichterstattung auswirkt.

Die Wahrheit – exklusiv für Journalisten?

Wie kann es sein, dass unsere Leitmedien die Europäische Union und den Euro als Zukunftsprojekt feiern, obwohl europaweit Millionen Menschen der EU und dem Euro kritisch gegenüberstehen? Jean-Claude Juncker, langjähriger Regierungschef Luxemburgs und heute EU-Kommissionschef, sagt uns, wie das funktioniert:

»Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.«[48] › Hinweis

Warum bejubeln unsere Leitmedien solche Politiker anstatt sie anzuprangern? Die Antwort: Sie machen sich gemein mit ihnen. Sie kleben an diesen Eliten. Wie kann es sein, dass unsere Leitmedien überall auf der Welt immer neue militärische Auslandseinsätze unserer Soldaten fordern, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung doch deutlich dagegen ist? Die Antwort: Unsere Alpha-Journalisten sind nichts anderes als der verlängerte Arm der Nato-Pressestelle. Wir werden auch das in diesem Buch sehr genau belegen. Wie kann es sein, dass unsere Leitmedien die massenweise Zuwanderung aus allen möglichen Ländern auch weiterhin als »Bereicherung« preisen, obwohl die Masse der Bevölkerung doch lieber heute als morgen die Grenzen für bestimmte Migranten schließen möchte? Die Antwort:

Industrie und Finanzelite wollen das so, weil Massen billiger Arbeitskräfte ihren Interessen dienen.

Man könnte die Auflistung bohrender Fragen endlos fortsetzen. Die wichtigste Frage im Hintergrund lautet jedoch: Wer regiert Europa wirklich? Die Bürger der EU sind es ganz sicher nicht. Denn mit Demokratie hat das alles kaum noch etwas zu tun. Es ist eher eine Illusion von Demokratie, eine gut gemachte Sinnestäuschung. Wenn aber nicht die Bürger das Sagen haben, wer dann? Ist es vielleicht ein Meinungskartell, eine Gruppe der wichtigsten und einflussreichsten Schwergewichte aus Industrie, Finanzwelt und Politik, welche im Hintergrund die Fäden zieht und über die Leitmedien auch unser Denken steuert?

Das klingt reichlich nach Verschwörungstheorie. Aber man findet erstaunliche Aussagen dazu in renommierten Zeitungen, welche nachdenklich machen. Der Euro, so berichtet uns beispielsweise die *Frankfurter Rundschau* (FR), gehe auf das geheime Elitenetzwerk der Bilderberger zurück.[49] › Hinweis Diese Aussage, die laut FR von einem Ehrenvorsitzenden der Bilderberger bestätigt wird, ist aber nur ein Beispiel von vielen dafür, wie Elitenetzwerke offenkundig aus dem Hintergrund unser Leben dirigieren. Wir werden in diesem Buch in einem eigenen Kapitel am Beispiel des Euro sehen, wie dieses Netzwerk Propaganda macht, um die Interessen von Politik und Finanzelite – gegen die Bevölkerung – durchzusetzen. Das alles geht aber nicht ohne die Vorherrschaft über den Informationsfluss. Und der wird von einigen wenigen Meinungsmachern beeinflusst.

Eine interessante Münchner Bachelor-Studie hat für die Jahre 2000 bis 2012 bei 80 ausgewählten Artikeln der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zu den Staatsführern Obama (USA) und Putin (Russland) einmal die Adjektive und Adverbien zusammengestellt, also Worte in Zusammenhang mit Obama oder Putin, welche in den Artikeln an eine

wertende Beschreibung herankommen. Bei Putin sind die von der FAZ verwendeten Adjektive und Adverbien eindeutig negativ belegt, etwa: drohend, rau, angriffslustig, konfrontativ, antiwestlich, machtpolitisch, wahrheitswidrig, kühl, kalkuliert, berechnend, zynisch, harsch, barsch, nicht stichhaltig (Argumente) und nicht glaubwürdig (Argumente). Ganz anders der Ton gegenüber Obama: engagiert, frenetisch begrüßt, begeistert, konziliant, gelobt, hoffnungsvoll und entschlossen.[50] › Hinweis Im Klartext: Neutral, unabhängig, unparteiisch und objektiv ist die Berichterstattung in der einst so renommierten FAZ heute wohl ganz sicher nicht. Aber woher kommt das? Hat diese Art der Berichterstattung vielleicht etwas mit der Nähe der FAZ-Schreiber zu bestimmten Eliten und zur Macht zu tun? Dieser Frage werden wir in den nachfolgenden Kapiteln nicht nur für die FAZ nachgehen müssen. Und warum wollen Leitmedien nicht, dass man eine Nähe zu Eliten auch nur andeutet?

Szenenwechsel. Vor einigen Jahren zeichnete der Reporter Thomas Leif mit der ARD-Fernsehdokumentation *Strippenzieher und Hinterzimmer* ein verschwörerisches Bild: Journalisten, Minister und Parteifunktionäre sitzen in einem Boot, kapseln sich von der Bevölkerung ab und verstehen sich prächtig. Der Zuschauer sah, wie bei geheimen Gesprächen in Hintergrundzirkeln Politik gemacht wird.

Es ging in dem Film um eine konspirative Welt der Mauscheleien.[51] › Hinweis Das, was da gezeigt wurde, war keine Verschwörungstheorie. Der Film war brisant. Denn was man da sah, das waren Täter. Nur fanden sie die Mauscheleien völlig normal. Allein schon die Frage nach diesen geheimen Netzwerken im Hintergrund empfinden die betroffenen Journalisten als Affront. Als das NDR-Magazin

Zapp ein Mitglied eines solchen Hintergrundzirkels befragte, da bekam man zur Antwort: »Wir handeln geheime Dinge ab. Und zwar: Wir wollen Politik verstehen und das muss ein Zuschauer oder Zuhörer oder Leser nicht erfahren. Sondern er muss dann nur verstehen, was wir sagen.«

Der Zuschauer und Leser muss also nur verstehen, was die Journalisten verkünden? Er soll gar nicht mitbekommen, wer welche Nachrichten und Botschaften verbreiten lassen will? Der NDR zitierte eine Journalistin zu solchen Geheimgesprächen mit den Worten: »Was da gemacht wird, ist unser Berufsgeheimnis. Das gleiche gilt für den Lobbyismus. Ein Lobbyist redet ja auch nie offen darüber, mit wem er spricht, welche Papiere er erhält, wo er sie hinschiebt und was daraus wird. Das ist vergleichbar.« Und eine ehemalige ZDF-Redakteurin sagte: »Der Mehrwert besteht einfach darin, dass wir die Wahrheit erfahren und die dann – so bitter es für manche auch ist – nicht schreiben oder senden dürfen.«[52] › Hinweis Kann das sein? Die Wahrheit exklusiv für Journalisten? Und sie dürfen diese dann nicht verbreiten? Was läuft da draußen eigentlich ab? Wer glaubt, dass Nachrichten ausgewogen, verlässlich und wahrhaftig seien, der wird in diesem Buch aller Illusionen beraubt werden.

Ich selbst habe die Illusionen über den Journalismus und wahrhaftige Berichterstattung schon vor Jahrzehnten verloren. Ich kann mich ziemlich genau an den Tag erinnern: Am 2. August 1990 hatten Truppen des irakischen Staatschefs Saddam Hussein Kuwait besetzt. Kurz darauf verbreitete die amerikanische PR-Agentur *Hill & Knowlton* eine frei erfundene Lügengeschichte. Danach hätten irakische Soldaten in kuwaitischen Krankenhäusern angeblich Babys aus den Brutkästen gerissen und auf den Betonboden geworfen, weil sie die Brutkästen aus Kuwait in

den Irak abtransportieren wollten. Die Mär führte direkt zum Eintritt der USA in den Krieg gegen den Irak – zur »Befreiung« Kuwaits. Was keiner mehr weiß: *Amnesty International* (AI) war von Anfang an mit von der Lügenpartie. Am 19. Dezember 1990 veröffentlichte *Amnesty* einen 82-seitigen Bericht über Menschenrechtsverletzungen in Kuwait, in dem auch die Brutkastenlüge vorkam.[53] › Hinweis Eine denkwürdige Allianz. Wenig später, am 12. Januar 1991, stimmte der US-Kongress für den Krieg gegen den Irak.

Bei einer US-Kongressanhörung am 10. Oktober 1990 hatte zuvor ein junges Mädchen mit Namen »Nayirah« die Aussage gemacht, sie habe mit eigenen Augen gesehen, wie die Soldaten Saddam Husseins Babys zum Sterben auf den kalten Betonboden der Spitäler in Kuwait geschmissen und die Brutkästen gestohlen hätten. Diese herzzerreißende Aussage, wie teuflisch Saddam Hussein und seine Schergen angeblich waren, wurde in alle amerikanischen Wohnzimmer – und natürlich auch die deutschen – übertragen und bewirkte die erwünschte Mobilisierung der Öffentlichkeit für den Krieg. Irgendwann später kam heraus, dass die ganze Geschichte frei erfunden war. Das Mädchen war übrigens die Tochter des kuwaitischen Botschafters in Washington Saud bin Nasir Al-Sabah. Und sie wurde für ihre tränenrührende Aussage speziell von der PR-Agentur *Hill & Knowlton* schauspielerisch geschult. Die kuwaitische Regierung bezahlte insgesamt 12 Millionen Dollar für diese Propagandaaktion an die Medien und Agenturen. Ich war damals Redakteur bei einer Zeitung. Ich habe aus nächster Nähe mitbekommen, wie die frei erfundene Lüge auch in vielen deutschen Zeitungen gedruckt wurde, um die Stimmung in der deutschen Bevölkerung auf den Siedepunkt zu bringen: Saddam Hussein, der bis dahin für uns Deutsche ein »guter Führer« war, sollte zusammen mit

den Irakern über Nacht zu einer Art Insekt degradiert werden. Unsere Medien haben das erreicht.

Wenige Monate zuvor war ich übrigens kurz nach einem Giftgaseinsatz der Iraker an einer Kriegsfront, wo die Soldaten Saddam Husseins mit deutschem Giftgas Iraner getötet hatten. Das war bei Zubaidat im Juli 1988. Ich werde das später noch ausführlicher beschreiben.[54] › Hinweis Ich habe die grauenvollen iranischen Giftgasopfer, denen das Gehirn aus Augen, Nase und Mund floss, fotografiert. Glauben Sie nicht, dass es danach eine Welle der Empörung in Deutschland gegeben hätte. Es gab vielmehr ein Schweigen im deutschen Journalismus. Dabei war die Vergasung von Menschen im Gegensatz zur hier einige Zeilen zuvor geschilderten späteren Brutkastenlüge brutale Realität. Doch als die Propagandawelle mit den Brutkästen anrollte, da war es, als ob man die Schnittstellen der Gehirne von Menschenmassen manipuliert hätte. Auf einmal schrien alle vereint: Krieg! Krieg! Krieg! Das wäre nicht möglich gewesen, wenn unsere Alpha-Journalisten bei der Desinformationskampagne nicht vorweg marschiert wären. Und ich war Teil dieses Desinformationstrupps im Meinungskartell.

Dieses Buch ist der erste Teil von drei brisanten Veröffentlichungen über die Medienbranche. In den folgenden Kapiteln dieses Buches erfahren Sie, welche geheimen Netzwerke unsere Informationsflut wirklich steuern. Es geht um die klebrige Nähe unserer Medien zu Eliten. Und um die kaum zu glaubenden Folgen. In einem weiteren Buch werden wir erfahren, mit welchen Tricks die großen deutschsprachigen Medienverlage systematisch ihre Anzeigenkunden betrügen. Einen kleinen Vorgeschmack darauf bekommen Sie auch schon in diesem Buch. Und in

einem dritten Band werde ich darüber berichten, welche Journalisten auf welchen internen Listen der PR-Industrie stehen. Auch das wird verheerend. Denn der Großteil unserer Berichterstattung ist inzwischen gekauft. Einige der Namen enthülle ich aber schon in diesem Buch. Widmen wir uns also in diesem Buch zunächst einmal der simulierten Pressefreiheit, vor allem der Lobbyarbeit, den geheimen Netzwerken unserer Meinungsmacher und den Folgen in der Berichterstattung.

Gekaufte Wahrheiten:
Von Elitenetzwerken und Geheimdiensten

Ich selbst, der Autor dieses Buches, war ein Täter. Rückblickend war ich korrupt, habe manipuliert und desinformiert. Genau jene mangelnde Distanz, welche ich in den nachfolgenden Kapiteln anderen Journalisten vorwerfe, habe auch ich lange Zeit für selbstverständlich gehalten. Auch ich habe Presserabatte genutzt, kostenlose Einladungen in 5-Sterne-Hotels oder zu kumpelhaften Reisen mit Spitzenpolitikern im Auftrag meiner Chefs angenommen, Posten in Stiftungen besetzt oder Vorträge bei geheimdienstnahen Organisationen gehalten. Ich wurde, so meine heutige Sicht, etwa als Mitarbeiter der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) mitunter für positive Berichterstattung auch gekauft. Und ich habe mich kaufen lassen. Mit Rückendeckung des Arbeitgebers, der das wie selbstverständlich von mir erwartete. Ich kann heute darüber sprechen. Aber davon wird es nicht richtiger.

Manches hat sich seither geändert. Und auch gekaufte Berichterstattung ist heute selbstverständlich. Die EU bezahlt jetzt beispielsweise »unabhängige« Journalisten dafür, um das Image der EU in angeblich »unabhängigen« Medien aufzupolieren. Sowohl private als auch öffentlich-rechtliche Medienunternehmen buhlen dann um die von der EU vergebenen PR-Gelder. Man nennt das gekauften Journalismus.[55] › Hinweis Und es funktioniert auch umgekehrt: Zwei britische Reporter boten EU-Abgeordneten Geld für Gesetzesänderungen an – mit Erfolg.[56] › Hinweis In der Schweiz bekommen Journalisten heute mitunter

Briefumschläge mit 500 Franken Bargeld (etwa 410 Euro), wenn sie an »Pressekonferenzen« teilnehmen.[57] › Hinweis Und ebenfalls in der Schweiz bietet ein Verlag Politikern Porträts in den schönsten Farben an, wenn sie denn auch gleich ein Inserat dazu kaufen.[58] › Hinweis Wo Journalismus draufsteht, sollte aber auch Journalismus drin sein. Günther Jauch, damaliger Moderator des kritischen Magazins *Stern TV* und einer der bekanntesten Journalisten, hat beispielsweise »in einem 20-minütigen Streifen für die US-Firma Amway« geworben, »die Wasch- und Körperpflegeprodukte im Schneeballverfahren vertreibt«.[59] › Hinweis Darf man so etwas als kritischer Journalist? Wo sind die Grenzen? Darf man als deutscher Journalist Werbung machen? Es ist zumindest der Alltag da draußen. An Teflon-Mann Jauch blieb jedenfalls nichts hängen. Dabei ist es rückblickend wohl extrem peinlich. Und wie peinlich ist es, wenn in einer Hochschularbeit über tendenziöse Berichterstattung in deutschen Medien (»Tendenziöse Attributierung in deutschen Printmedien«[60] › Hinweis) zu einem Artikel des FAZ-Journalisten Horst Bacia steht:

Die Analyse dieses Artikels mit Blick auf die Themenentfaltung ergibt demnach allenfalls eine Argumentation, die in ihrer Realisierung der eines Werbetextes gleicht.[61] › *Hinweis*

Wie bitte? Eine Uni-Arbeit bescheinigt einem der renommiertesten FAZ-Autoren nach eingehender Analyse das Niveau eines Werbetextes? Da verschwimmen offenkundig Grenzen, die nicht verschwimmen sollten. Wie schreibt doch gleich der Kommunikationswissenschaftler Wolfgang Donsbach über das generelle Verhältnis von Wahrheit und Journalismus in Deutschland:

In Deutschland ist diese Neigung, Informationen entsprechend der eigenen Meinung zu bewerten und auszuwählen, stärker ausgeprägt als in anderen Ländern.[62]
› Hinweis

Die Manipulation des Lesers fällt gerade bei der FAZ schon seit Jahren auf. Dr. Heinz Loquai hat dazu etwa schon 2003 eine berühmt gewordene Rede gehalten, in der es etwa zur FAZ heißt:

Vom Washingtoner Korrespondenten der FAZ erfahren wir u. a., Bush studiere die Bibel jeden Tag, er bete regelmäßig und richte sein Handeln nach der Frage aus: »Was würde Jesus tun?« Der Präsident sei ein »Ausbund an Bescheidenheit und Volksverbundenheit«, es gebe zwar eine »arrogante Faser[!] im Wesen Bushs« doch er sei »ein Mensch der Liebe.« Seine »Portion missionarischen Eifers« werde durch »staatsmännische Besonnenheit abgefedert«, im »geduldigen Warten« sei die »Entscheidung des politischen Naturtalents zum Ausdruck« gekommen. Zwar wisse Bush, dass er kein Intellektueller ist, sich aber auf »seinen politischen Instinkt, seine Klugheit und seinen Mutterwitz« verlassen könne. So (…) belehrt, können wir uns auch weiterhin auf die Objektivität und das Urteilsvermögen von Amerika-Korrespondenten führender deutscher Tages- und Wochenzeitungen verlassen! Eingebettet bei den alliierten Truppen, eingebettet in das politik-mediale Netzwerk in Washington – wo liegt da der Unterschied?[63]
› Hinweis

Der damalige Washingtoner FAZ-Korrespondent Matthias Rüb hatte kurz vor dem völkerrechtswidrigen Irakkrieg 2003 die soeben zitierte Lobhudelei auf US-Präsident Bush verfasst. Ein Jahr später erhielt er für einen anderen Artikel den Arthur-F.-Burns-Preis. Der Arthur-F.-Burns-Preis wird

verliehen durch den deutschen Außenminister. Und wer wählt die Preisträger heute aus? Der Jury gehören beispielsweise die Journalisten Sabine Christiansen und Stefan Kornelius (Süddeutsche Zeitung) an.[64] › Hinweis Behalten Sie diese Namen im Hinterkopf. Wir werden noch öfter in interessanten Verbindungen auf sie stoßen.

In Deutschland schreiben Wirtschaftskorrespondenten angesehener Tageszeitungen zugleich auch unter Pseudonym für Zeitschriften von Firmen, über die sie auch als Angestellte ihrer eigenen Zeitung berichten. Und öffentlich-rechtliche Redakteure lassen sich von Parteien dafür bezahlen, dass sie Politikern in Kursen beibringen, wie man sich bissige Journalisten vom Leib hält. Das alles ist heute selbstverständlich. Moderatoren, die uns im Fernsehen Wirtschaftsnachrichten von Banken präsentieren, moderieren zeitversetzt Veranstaltungen der Banken und lassen sich fürstlich dafür entlohnen. Deutschland ist die gekaufte und zugleich die verkaufte Republik. Wir werden jedenfalls rund um die Uhr mit gekauften Wahrheiten überzogen. Vor allem aus Politik und Wirtschaft.

Wie Stimmung in der Bevölkerung gemacht oder verstärkt wird, das lernt man als Journalist in bestimmten Netzwerken. Es geht um eine gefällige Berichterstattung im Interesse von Politikern, Parteien, Verbänden oder Institutionen. Ich habe das über Jahrzehnte hin mitbekommen und dabei – etwa als eitler FAZke – aktiv mitgemacht. Ich werde das beschreiben, so gut es geht. Ganz verheerend wird es, wenn Politiker, die Herren der privilegierten Informationen, Journalisten den Gebrauch oder Nichtgebrauch von Nachrichten vorschreiben. Man nennt das beschönigend »autorisieren«. Ein Politiker darf absegnen, was er gefragt wurde und was er gesagt hat. Unliebsames wird herausgestrichen. Im Jahr 2012 hieß es im SpiegelBlog dazu:

Und manchmal, wenn man als deutscher Journalist einem US-Gesprächspartner gegenübersitzt und ihm am Ende die Möglichkeit einräumt, die eigenen Zitate noch mal zu sehen, schaut der einen an wie einen Alien im Dschihadisten-Kostüm. Ist das nicht auch bescheuert? Dem Gegenüber so viel Kontrolle einräumen? In Deutschland wird das Autorisieren seit Jahrzehnten gepflegt. Der SPIEGEL hat es in den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zwar nicht erfunden (…). Aber er hat es so konsequent kultiviert, dass es hier zu Lande zumindest bei Interviews heute Branchenstandard ist.[65] › Hinweis

Autorisieren heißt bei näherer Betrachtung, sich einer Autorität beugen. Journalisten unterwerfen sich dann den Mächtigen. Politiker können unliebsame Nachrichten immer mit der Begründung vom Tisch wischen, es habe sich um ein »nicht autorisiertes« Interview gehandelt.[66] › Hinweis Die Herren der privilegierten Informationen schreiben Journalisten also in Deutschland den Gebrauch oder Nichtgebrauch von Nachrichten vor. Und wir finden das völlig »normal« – so wie Menschen im Mittelalter die Hofberichterstattung über die Adelshöfe »normal« fanden. Wie im Mittelalter sitzen einige Günstlinge des Hofes auch heute noch besonders nah an den Mächtigen und ergötzen sich an deren Worten. Die Staffage, also das Kostüm dieses Dramas, mag sich im Laufe der Jahrhunderte geändert haben. Die Regie wird aber immer noch von den Gleichen geführt: dem Netzwerk der Mächtigen.

Führende Journalisten sind umgeben von Elitenetzwerken, bei denen Normalbürger einfach ausgeschlossen werden. Journalisten behaupten gern, dass sie eine wichtige Kritik- und Kontrollfunktion haben. Angeblich wollen sie hartnäckig Missstände verfolgen und aufdecken. Vor allem wollen sie »den Mächtigen auf die Finger schauen«. Journalisten

nennen sich deshalb »die vierte Gewalt«. Die Informationsfunktion ist die zentrale Funktion von Medien und Journalisten. Das heißt, dem Empfänger der Information etwas mitzuteilen, was er vorher nicht wusste – und zwar vollständig, objektiv und verständlich. Und das in einer Form, die nicht an Journalismus in einer Diktatur erinnert.

Was hat man davon zu halten, wenn selbst ZDF-Nachrichtensprecher Claus Kleber die deutsche Tagesschau mit dem nordkoreanischen Regierungsfernsehen vergleicht?[67] › Hinweis Und wie verträgt es sich, wenn man, wie etwa Kai Diekmann, als Chefredakteur der »unabhängigen« *Bild* – Zeitung Mitglied der umstrittenen Organisation Atlantik-Brücke ist?

Ist man wirklich noch neutral, wenn man als Herausgeber der Wochenzeitung Die Zeit wie Josef Joffe zugleich im proamerikanischen und »CIA-nahen ThinkTank«[68] › Hinweis *Aspen-Institute* saß? Josef Joffe selbst sagt über seine Lobbyarbeit für die USA in Deutschland: »Da aber die Mehrheit im Lande nicht sehr freundlich über die USA denkt, schreibe ich gegen diese Mehrheit an.«[69] › Hinweis Ob Josef Joffe, eine klagefreudige Spaßbremse [70] › Hinweis, nicht wusste, dass das Berliner Aspen-Institut im Verdacht steht, auch das Arbeitsbüro von US-Geheimdienstoffizieren gewesen zu sein?[71] › Hinweis Da heißt es in einer Studie über die transatlantischen Beziehungen zu Shepard Stone, dem ersten Direktor des Berliner Aspen-Institutes:

Dieses »harmonische Stilleben« stört man nur äußerst ungern mit dem Verdacht, Stone sei Führungsoffizier eines oder gar mehrerer amerikanischer Geheimdienste gewesen. Sein »Arbeitsbüro«: das Berliner Aspen-Institut.[72] › *Hinweis*

Kann man – wie etwa der durchaus sympathische und weltoffene Kollege Stefan Kornelius von der *Süddeutschen Zeitung* – mit einem ganzen Bündel von politischen Lobbyorganisationen verflochten sein und dann noch unabhängig über politische Prozesse berichten? Ich behaupte: Nein, man kann das ganz sicher nicht. Die *Süddeutsche Zeitung* schreibt das auch selbst. Als der ZDF-Korrespondent Udo van Kampen, ein gelernter Schlagzeuger [73] › Hinweis, im Sommer 2014 auf einer Pressekonferenz ein Geburtstagsständchen für Angela Merkel trällerte, da empörte sich das Münchner Blatt: »Journalisten machen so etwas nicht. Sie sind Beobachter, keine Teilnehmer. (…) Wer einem Politiker zu nahe steht, sollte nicht mehr über ihn oder sein Fachthema berichten, sonst gehen Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit über Bord. (…) Der Ruf von Journalisten ist ohnehin nicht der Beste.«[74] › Hinweis Journalisten dürfen diese Nähe zu Politikern oder ihren Organisationen auch aus SZ-Sicht nicht haben. Wie aber passen diese Worte mit den langjährigen Verflechtungen des SZ-Journalisten Stefan Kornelius zusammen? Inzwischen ist SZ-Autor Stefan Kornelius hart auf dem Boden aufgeschlagen. Jene USA, welche er über Jahre hin in seinen Leitartikeln energisch gegen alle Angriffe verteidigt hatte, sind den Deutschen in den Rücken gefallen und haben die Bürger hier ausspioniert. Das hat offenkundig auch bei Kornelius zu einem veränderten Ton gegenüber den USA geführt. Eine Zeitung schreibt jetzt über diesen neuen offenkundig geläuterten Ton von Kornelius:

Kornelius' letzte Kommentare erwecken den Eindruck eines beleidigten Auftragsschreibers, der realisiert, dass er vielleicht aufs falsche Pferd gesetzt hat. Mit den wachsenden außenpolitischen Spannungen zwischen Deutschland und den USA dürften nicht nur die

Cocktailempfänge und Preisverleihungen auf der anderen Seite des Atlantiks abnehmen. Sie werden in der deutschen Elite auch weniger geschätzt.[75] › Hinweis

Aber mitunter setzen Menschen nun einmal aufs falsche Pferd. Stört das nicht die Unabhängigkeit? Wie kann der Chefredakteur der renommierten *Wirtschaftswoche*, Roland Tichy, zugleich der Vorstandsvorsitzende der CDU-nahen Ludwig-Erhard-Stiftung [76] › Hinweis sein, Mitglied im Kuratorium der Johanna-Quandt-Stiftung [77] › Hinweis (gegründet von der Milliardärin Johanna Quandt) und auch noch im Kuratorium der marktradikalen Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung?[78] › Hinweis Auch Holger Steltzner, der für den angesehenen Wirtschaftsteil der einst so renommierten FAZ zuständige Herausgeber, ist Mitglied im Kuratorium der marktradikalen Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung.[79] › Hinweis In Steltzners offiziellem FAZ-Lebenslauf verschweigt er das.[80] › Hinweis Friedrich August von Hayek (1899 bis 1992), verachtete die Demokratie als »ein durch das Erpressungs- und Korruptionssystem der Politik hervorgebrachtes System«, als einen »Wortfetisch«.[81] › Hinweis *Cicero* schreibt zu Hayek: »Zu von Hayeks Dogmen gehört ferner, dass demokratische Entscheide ausschließlich von jenen zu fällen seien, die davon selbst betroffen sind. Will heißen: Nur Reiche sollen darüber befinden dürfen, wie viel Steuern Reiche an den Staat, also die Allgemeinheit, zu zahlen haben. Auch so lässt sich die Abschaffung der Demokratie bewerkstelligen.«[82] › Hinweis Kann man das als führender deutscher Journalist unterstützen? Wessen Lobbyarbeit betreibt man dann? Sieht so unabhängiger Journalismus aus? Kann man dann noch frei berichten?

Noch verheerender: In Deutschland ansässige transatlantische Organisationen konnten 2014 US-Fördergelder dafür beantragen, wenn sie Deutsche so beeinflussen, dass diese proamerikanische Interessen vertreten, etwa beim von den USA geforderten Freihandelsabkommen. Sie halten das für eine wirre Verschwörungstheorie? Dann dürfen Sie auch der renommierten Zeitung *Washington Post* und der US-Botschaft nichts mehr glauben. Denn die berichteten 2014 darüber.[83] › Hinweis Für jede gut vorbereitete Manipulation deutscher Meinungsführer bei uns gab es demnach zwischen 5000 Dollar (etwa 3670 Euro) und 20 000 Dollar (etwa 14 700 Euro) von der US-Botschaft, je nach Wichtigkeit der beeinflussten Eliten. Die amerikanische Botschaft in Berlin hatte zum Zeitpunkt der Niederschrift meines Manuskripts Formulare im Internet, auf denen sich US-nahe Organisationen in Deutschland um Gelder bewerben konnten, wenn diese unter Deutschen für Washingtoner Ziele Propaganda machen. Die Berliner US-Botschaft bedankte sich dort sogar ausdrücklich für die zahlreiche Teilnahme an diesem Manipulationsprojekt.[84] › Hinweis Wollen unsere Alpha-Journalisten, die eine klebrige Nähe zu solchen proamerikanischen Organisationen in Deutschland zeigen oder gezeigt haben, etwa behaupten, das alles nicht gewusst zu haben?

Und wie sieht es aus mit den Journalistenförderungen der politischen Parteien? Glauben die Bürger da draußen wirklich, dass ein Absolvent der CDU-nahen Journalistenakademie der Konrad-Adenauer-Stiftung [85] › Hinweis oder der SPD-nahen Journalistenakademie der Friedrich-Ebert-Stiftung [86] › Hinweis nach dieser Ausbildung den Schalter in seinem Gehirn umlegen und nach der parteinahen Schulung künftig nur noch neutral berichten wird?

Ich behaupte aus langjähriger eigener Erfahrung: Nein, das alles geht nicht. Auch ich wurde von jenem Elitenetzwerk aufgebaut und gefördert, welches einflussreiche Journalisten seit Langem schon unmerklich wie ein Krake umschlingt und ihnen die Feder führt. Wie selbstverständlich war ich zeitgleich ein angeblich unabhängiger Journalist bei der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und saß auch zugleich im Planungsstab der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung.

Rückblickend war ich ein Lobbyist. Ein Lobbyist versucht beispielsweise für Interessengruppen die öffentliche Meinung über die Massenmedien zu beeinflussen. Das habe ich getan. Etwa für den deutschen Auslandsgeheimdienst. Die FAZ ermunterte mich ausdrücklich dazu, den Kontakt zu westlichen Geheimdiensten zu verstärken und freute sich, wenn ich die mitunter von dort zumindest in Stichworten vorformulierten Berichte mit meinem Namen versah. Eines von vielen Beispielen, das mir gut in Erinnerung geblieben ist: Den Enthüllungsbericht »Europäische Unternehmen helfen Libyen beim Bau einer zweiten Giftgasfabrik« vom 16. März 1993, der wie viele meiner geheimdienstnahen Berichte weltweit Aufsehen erregte, hatten zwei Mitarbeiter des BND in meiner Anwesenheit in einem Besucherraum der FAZ in der Hellerhofstrasse 2 in Frankfurt formuliert. Anders gesagt: Sie haben mir den dann veröffentlichten Artikel in der FAZ-Redaktion Absatz für Absatz weitgehend vorgegeben. Eine Aufgabe dieser beiden BND-Mitarbeiter war es, Berichte für renommierte deutsche Zeitungen zu schreiben. Der BND machte das damals, mit Wissen deutscher Medienhäuser, nach Angaben seiner Mitarbeiter bei vielen Zeitungen so. Der BND hatte später nur zwei Häuserblocks von der FAZ-Zentrale entfernt in Frankfurt in der Mainzer Landstrasse sogar ein gut getarntes kleines

Büro, im ersten Stock direkt über einem Laden. Dort gab es jedenfalls eingestuftes Material, welches aus dem BND kam.

Wenn man als Team bei der Formulierung von Artikeln »eingespielt« war, dann gab es irgendwann die nächsthöhere Stufe der »Kooperation«: Man bekam stapelweise Geheimdokumente, die man ganz nach Belieben auswerten durfte. Ich erinnere mich daran, dass wir bei der FAZ eigens für die vielen Geheimberichte einen Stahlschrank angeschafft hatten. (Bei einem Besuch von Kollegen in der Redaktion eines Hamburger Magazins sah ich, dass sie es dort ähnlich machten.)

Ich wusste damals noch nicht, wie verächtlich Geheimdienste über Journalisten sprechen. »Man kann einen Journalisten billiger haben als eine gute Hure, für einige Hundert Dollar im Monat«. Mit diesen Worten zitierte der Redakteur Philip Graham von der *Washington Post* einen CIA-Agenten über die Bereitschaft und den Preis jener Journalisten, die gewillt waren, für die CIA Propagandaberichte in Artikeln zu verbreiten. Natürlich mit Rückendeckung der Arbeitgeber, die das alles wussten und unterstützten. Und der BND war der verlängerte Arm der US-Geheimdienste, eine Art Tochterorganisation. Man hat mir beim BND zwar nie Geld angeboten. Aber das brauchte man bei mir und vielen deutschen Kollegen auch gar nicht. Wir fühlten uns ja so großartig, wenn wir Auftragsschreiber eines Geheimdienstes waren oder irgendwie für ihn arbeiten durften.[87] › Hinweis

Manche Dinge erfuhr ich, durfte darüber aber nicht berichten. Es waren wohl Tests meiner Zuverlässigkeit als Wasserträger und Lakaie der Geheimdienste. Ausländische Geheimdienste haben mir auch Reisen finanziert. Etwa die britischen Dienste zu Geheimdienstkonferenzen nach Wilton Park.[88] › Hinweis Der britische Landsitz war nach dem

Zweiten Weltkrieg zunächst ein Umerziehungslager [89] › Hinweis der Briten für ausgewählte Deutsche und wurde eben auch später dazu benutzt, Deutsche zu lenken, etwa Journalisten wie mich. Finanziert haben es die britischen Dienste. Kein Wort davon bei den Enthüllungen des Geheimdienst-Whistleblowers Edward Snowden. Das scheint nicht in seinen Dokumenten zu stehen.

Im Sommer 2005, ich war damals »Chefkorrespondent« des Hochglanzmagazins *Park Avenue*, habe ich aus meinem Büro im Hamburger Verlagshaus Gruner + Jahr mehr als eine Stunde mit dem langjährigen CIA-Chef James Woolsey telefoniert, dessen Frau in der transatlantischen Propagandaorganisation *German Marshall Fund* tätig ist (dazu kommen wir später). Ich wunderte mich bei dem Gespräch darüber, dass die Verbindung nicht abbrach, denn Woolsey saß während unseres Telefongesprächs zunächst in seinem Büro in Virginia, dann in einer Limousine und später in einem Helikopter. Und die Verbindung war so gut, als ob er mir direkt gegenüber gesessen hätte. Wir sprachen über das Thema Wirtschaftsspionage. Und Woolsey wollte von mir, dass ich bei Gruner + Jahr einen Bericht unterbrachte, in dem der Eindruck erweckt wurde, dass die USA in Deutschland über ihre Geheimdienste keine Wirtschaftsspionage betreiben. Absurd war für mich nicht nur der Gesprächsinhalt, der Gott sei Dank nie gedruckt wurde. Wirklich absurd war es aus meiner Sicht, dass der Verlag Gruner + Jahr der Sekretärin des CIA-Handlangers Woolsey in Virginia nach dem Gespräch wie selbstverständlich einen Blumenstrauß zukommen ließ, weil sich ein Mitarbeiter von Gruner + Jahr den Kontakt zur CIA warmhalten wollte.

Ja, rückblickend war auch ich einer dieser Täter, welche von außen mit Material versehen und instrumentalisiert wurden. Ich war ein Lobbyist, der die öffentliche Meinung

über die Massenmedien beeinflussen sollte. Nur habe ich das damals nicht so wahrhaben wollen. Deshalb verstehe ich es durchaus, wenn frühere Kollegen, die sich heute noch genauso verhalten und beispielsweise in proamerikanischen Lobbyverbänden Mitglied sind oder diesen nahestehen, das auch heute nicht wahrhaben wollen. Aber das Wegschauen macht es nicht richtiger. Ein Lobbyist berichtet tendenziös. Und die tendenziöse Berichterstattung unserer Leitmedien bestätigt (anhand von mehreren Beispielen u. a. aus der FAZ) auch die 2012 erschienene Münchner Hochschularbeit »Tendenziöse Attributierung in deutschen Printmedien«.[90] › Hinweis Vor einiger Zeit fand ich die Schlagzeile: »Studie: FAZ steht bei Lobbyisten ganz oben auf der Lektüreliste«.[91] › Hinweis In dem Artikel dazu hieß es: »Die von deutschen Lobbyisten am häufigsten gelesene Publikation ist die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Sie steht bei 88 Prozent von ihnen ganz oben auf der Lektüreliste.« Warum nur? Schauen wir uns das doch einmal genauer an.

Wie ich von einem Ölkonzern geschmiert wurde

Der frühere Bundespräsident Johannes Rau (SPD) hat einmal gesagt: »Gefährlich wird es da, wo Journalisten politische Prozesse oder gar Wahlentscheidungen durch aktives, von anderen Interessen geleitetes Handeln beeinflussen. Gefährlich wird es da, wo durch Zuspitzung oder Halbwahrheiten Stimmungen absichtlich verstärkt oder gar erst gemacht werden.«

Rückblickend war ich einer von jenen, die politische Prozesse durch ihre Berichterstattung beeinflussen sollten. Wenn ich auf meinen unzähligen Auslandsreisen beispielsweise mitunter von den jeweiligen BND-Residenten für meine »Berichterstattung« in der FAZ mit »Informationen« versorgt wurde, dann fand ich das »selbstverständlich«. Ich konnte allerdings fast nie nachprüfen, ob die Informationen stimmten. Aber ich habe sie mit Rückendeckung meiner damaligen Chefs verbreitet. Die Formulierung, welche ich nutzen sollte, lautete meist »nach Angaben aus Geheimdienstkreisen«. Man war bei der FAZ richtig stolz darauf, dass man gute Kontakte zu »Geheimdienstkreisen« hatte. Dabei konnte aber keiner die von dort gestreuten »Informationen« nachprüfen. Wir druckten das einfach. Rückblickend ist mir das peinlich. Ich habe daran zwar freiwillig mitgewirkt, aber mir wurde auch mitgeteilt, dass ich entlassen werden könne, wenn ich da nicht mitmache. Ja, so etwas gibt es wirklich. Ich hatte damals ja Jura studiert und vorsorglich Kollegen gefragt, die Anwälte geworden waren. Sie bestätigten mir die Aussage,

dass ein Arbeitgeber einen Mitarbeiter entlassen könne, wenn dieser sich weigere, mit dem BND zusammenzuarbeiten. Später gab es dazu auch offen einsehbare Urteile, ein Beispiel: Ein Pilot, der bei der ADAC-Tochter Aero-Flugdienst nicht auch verdeckt für den BND arbeiten wollte, wurde wegen »Gefährdung der Staatssicherheit« entlassen. Und das Arbeitsgericht billigte die Entlassung.[92] › Hinweis Viele Leser werden so etwas in einer Demokratie nicht für möglich halten, sondern mit Ländern wie der DDR verbinden. Aber es war die Realität. Auch das große Netz deutscher Auslandskorrespondenten war aus Sicht des BND interessant. Es war die perfekte Tarnung, um über unverdächtige »Journalisten« heikle Recherchen erledigen zu lassen. Kollegen, die das gemacht haben, berichteten mir im Ausland darüber, weil auch ich in diesem Netzwerk eingebunden war. Wir haben uns gegenseitig Schweigen versprochen. Man sollte aber im Hinterkopf haben, dass der BND neben 6000 festangestellten Mitarbeitern auch noch rund 17 000 »informelle« Mitarbeiter hat. Die haben ganz normale Berufe und würden nie offen zugeben, auch für den BND tätig zu sein. Das ist weltweit so. Denn wie ich im Laufe der Jahrzehnte im Ausland zwangsläufig mitbekam, war bei amerikanischen oder britischen Zeitungen fast jeder Auslandsreporter zugleich auch für die nationalen Geheimdienste tätig. Man muss das einfach im Hinterkopf haben, wenn man glaubt, in Medien »neutrale« Berichterstattung vor sich zu haben.

Wenn ich, ermuntert durch meinen Arbeitgeber, für die geheimdienstnahe Bundesakademie für Sicherheitspolitik tätig wurde oder während meiner Arbeitszeit im Spätsommer 1993 für eine sechswöchige Einladung der transatlantischen Lobby-Organisation *German Marshall Fund of the United States* freigestellt wurde, dann hatte auch das

ganz sicher Auswirkungen auf meine Berichterstattung. Der *German Marshall Fund* schickte mich etwa in New York zu einer Nachtschicht mit den Polizisten in der Bronx. In der FAZ schrieb ich dazu den Artikel »Durch diese Türen gehen die härtesten Polizisten der Welt«. Es war einer von vielen positiven Artikeln über die USA – diskret eingefädelt vom *German Marshall Fund.* Ich bekam, rückblickend kaum zu glauben, sogar eine scharfe Schusswaffe. Es gibt noch ein Foto davon, wie sie mir bei der New Yorker Polizei überreicht wurde. Der Leser erfuhr nichts über die Hintergründe dieser wohlwollenden Berichterstattung in der FAZ. Er erfuhr ja auch nicht, welche Kontakte man mir bei diesem Aufenthalt diskret vermittelte. Etwa ein Treffen mit Reza Cyrus Pahlavi, dem Sohn des Schahs von Persien, der immer noch darauf hoffte, mit Hilfe der CIA für seine Familie wieder den Thron in Teheran zurückbekommen zu können. Reza Cyrus Pahlavi brauchte vor allem eines: mediale Aufmerksamkeit. Und die FAZ sollte als eine von vielen renommierten Zeitungen die Pläne medial unterstützen, wenn die Zeit reif wäre, so erfuhr ich es bei unserem Treffen.

Dieser *German Marshall Fund* ist eine Propagandaorganisation unserer früheren Besatzungsmacht USA, die von Guido Goldman gegründet wurde, einem Sohn von Nahum Goldman, dem Gründer und Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses. Der *Marshall Fund* hat es nach seiner Selbstdarstellung darauf abgesehen, »Führungskräfte zu fördern, die sich auf dem Gebiet der transatlantischen Beziehungen engagieren«. Das klingt schön positiv, heißt aber im Klartext: Er will Lobbyisten, welche proamerikanisch sind, heranziehen und fördern.

Sie können sich darunter konkret nichts vorstellen? Ein Beispiel: Am 22. Juli 1993 ernannte mich der damalige »Governor of Oklahoma«, also der Ministerpräsident des US-

Bundesstaates Oklahoma, offiziell zum Ehrenbürger von Oklahoma. Governor David Walters unterzeichnete an jenem Tag meine Ehrenbürgerurkunde, die erst gerahmt und mir dann in einer feierlichen Zeremonie übergeben wurde (»Honorary Citizen of the State of Oklahoma«). Vermittelt hatte das, ohne mein Wissen, der *German Marshall Fund*, der mich mit der Zeremonie überraschte. Die Urkunde, mit Landessiegel, Wappen und Unterschrift auf dem offiziellen Papier des Bundeslandes, hängt heute in meinem Büro. Und zwar als Erinnerung daran, mit welchen perfiden Tricks man Journalisten von Leitmedien zu ködern versucht. Denn ich wurde natürlich nicht US-Ehrenbürger, weil ich Udo Ulfkotte heiße und damals als Hobby alte Tintenfässer sammelte, sondern weil der transatlantische *German Marshall Fund* mich so umarmen wollte, dass es bei meiner Berichterstattung als Ehrenbürger gar keine andere Wahl mehr gab, als proamerikanisch zu arbeiten. Ich habe diese perfide Lobbyarbeit sechs Wochen aus nächster Nähe in den USA miterlebt und inzwischen alle Kontakte abgebrochen. Ganz anders mein früherer FAZ-Kollege und heutiger FAZ-Außenpolitikchef Klaus-Dieter Frankenberger, dessen Name heute immer wieder mal beim *German Marshall Fund* auftaucht.[93] › Hinweis

Natürlich gab es auf den Dienstreisen, die ich mit Politikern unternahm, von diesen auch Arbeitsmappen mit »Hintergrundinformationen«. Natürlich sollte ich die »Informationen« genau so in die Zeitung bringen. Das alles war Lobbyismus in Reinform. Nur erfuhren die Leser das nicht. Mein langjähriger Arbeitgeber, die FAZ, bestärkte mich noch in dem Glauben, dass ein Journalist sich nicht »prostituiere« und auch nicht käuflich sei, wenn er teure Einladungen zu Auslandsreisen von Unternehmen wie *Shell* für die FAZ annahm und anschließend auch noch äußerst wohlwollend in der FAZ darüber berichtete. Als mich nach

einer solchen Reise ein Journalist der Korruption bezichtigte (»von *Shell* geschmiert«), da führte die FAZ einen Prozess für mich vor dem Kölner Landgericht (Az.: 28 0 19/97). Und verlor. Das war 1997. Seither darf man zu Recht über mich behaupten, ich sei von *Shell* »geschmiert« worden. Und zwar, weil in einem meiner Artikel über *Shell* aus Nigeria für den Leser nicht erkennbar war, dass die komplette luxuriöse Recherchereise in das dortige Ölfördergebiet inklusive Hubschrauber vor Ort von *Shell* für die FAZ finanziert worden war. Auch wenn der Hinweis darauf, dass Shell die Reise bezahlt hatte, ursprünglich in meinem Text gestanden und später in der Redaktion von einem redigierenden Kollegen herausgekürzt worden wäre, damit der Artikel auf die Seite passte – dann müsste ich mir das ebenso wie die FAZ zuschreiben lassen.[94] › Hinweis

Die Richter befanden: »Die erforderliche Abwägung zwischen dem Ehrenschutz des Klägers«, also mir, »und der Meinungsfreiheit des Beklagten führt zur Annahme der Zulässigkeit der beanstandeten Äußerungen. Ein Fall der verbotenen Schmähkritik liegt nach Auffassung der Kammer nicht vor«.

Wer nun glaubt, die von *Shell* für die FAZ bezahlte Reise, nach der man mich als »geschmiert« bezeichnen darf, sei für mich ein schönes 5-Sterne-Erlebnis gewesen, der sei auf einen Artikel des gleichfalls mitreisenden Kollegen Klaus Podak von der *Süddeutschen Zeitung* über unsere gemeinsamen Erlebnisse bei der *Shell* – Reise in Nigeria hingewiesen. In seinem Bericht hieß es: »Da springt ein junger Mensch herum, in tadellos gebügelten Militärklamotten, offenbar kurz vor dem Durchdrehen. Er wackelt mit der Maschinenpistole, den Finger am Abzug. Sekunden zuvor, am Seitenfenster des Kleinbusses, hatte er das Ding einem Kollegen an den Kopf gehalten, den Finger

am Abzug«. Der Kollege, der bei seiner Recherche vor Ort derart mit dem Tode bedroht wurde, hieß Udo Ulfkotte. Können Sie sich vorstellen, wie man sich fühlt, wenn man nach solchen Erlebnissen auf dem Weg zu einer Scheinhinrichtung auch noch hinnehmen muss, als »geschmiert« bezeichnet zu werden? Und dennoch gebe ich rückblickend jenen Recht, die mich damals so bezeichnet haben.

Einige meiner ersten Auslandsreisen im Auftrag der FAZ führten mich in den 1980er-Jahren in das südliche Afrika – natürlich voll bezahlt vom damaligen südafrikanischen Apartheidsregime, der südafrikanischen Fluggesellschaft, südafrikanischen Bergbaukonzernen und/oder der dortigen Tourismusindustrie. Abgezeichnet und gebilligt von meinen Vorgesetzten in der FAZ. Kein Wort davon in meinen Artikeln. Und weil es so »schön« war, durfte ich mit dem Team des damaligen privaten Fernsehsenders der FAZ (»Tele-FAZ«) anschließend auch noch ein paar TV-Filme in dem Land am Kap drehen. Natürlich positiv für die Financiers der Reise. Natürlich ebenfalls von den Unterstützern des Apartheidsregimes bezahlt. Im südlichen Afrika wurden wir in einem Privatflugzeug durchs Land geflogen. Wir FAZ-Mitarbeiter wurden hofiert und letztlich gekauft. Der Zuschauer (einige Berichte wurden nach meiner Erinnerung bei RTL gesendet) bekam auch davon nichts mit. Wahrscheinlich wusste man bei RTL auch nicht, welchen von den Südafrikanern finanzierten Propagandaschrott man da von der FAZ zugespielt bekam.

FAZ: Dahinter steckt mitunter ein korrupter Kopf

Geschmierte Berichterstattung bei der angeblich so seriösen FAZ? Sie glauben das nicht? FAZ-Journalist Werner Sturbeck, einer der Düsseldorfer FAZ-Korrespondenten, hat sich 2012 von Thyssen-Krupp schmieren lassen; so sehe ich das jedenfalls nach dem schon zitierten Urteil des Kölner Landgerichts (Az.: 28 0 19/97). Kein Wort davon in seinem offiziellen Lebenslauf bei der FAZ.[95] › Hinweis Sturbeck hat am 3. August 2012 im Wirtschaftsteil der FAZ den Gefälligkeitsartikel »Die andere Seite von Thyssen-Krupp« geschrieben. Und die FAZ hat sich damit für den Konzern Thyssen-Krupp prostituiert. Werner Sturbeck war vor dem Gefälligkeitsartikel im Juli 2012 im Thyssen-Krupp-Firmenjet nach München und von dort First Class mit der Lufthansa für fünf Tage nach Peking geflogen. Er übernachtete in den Fünfsternehotels »China World« in Peking, »Ritz-Carlton Pudong« in Shanghai und »Sofitel« in Nanjing – ohne auch nur einen Cent zu bezahlen. Alles wurde von Thyssen-Krupp finanziert. Und dort erwartete man wohlwollende Berichterstattung dafür. Die FAZ sparte rund 15 000 Euro allein an Reisekosten. Kein Wort davon in dem wohlwollenden Artikel, den Werner Sturbeck danach verfasste, auch wenn der Kodex des Deutschen Presserats das für solche Einladungsreisen vorschreibt.[96] › Hinweis Da wurden bei der FAZ eindeutig Grenzen überschritten, wie so oft. Hauptsache, die zahlenden Leser bekommen das nicht mit. Im Kapitel »Gefallen an Gefälligkeiten: So macht man Medien gefügig«, nenne ich weitere unschöne Fakten. Die

FAZ sagt zu Sturbecks Luxusreise rückblickend schuldbewusst: »Die Reisen mit Thyssen-Krupp in der 1. Klasse sind nicht üblich und nicht in Ordnung.«

Nicht üblich? Ich musste schallend lachen, als ich das gehört habe. Schauen wir uns zunächst einen der Sponsoren von typischen Luxusreisen, über welche die FAZ dann in der Vergangenheit selbstverständlich stets wohlwollend berichtete, einmal näher an.

Ich weiß rückblickend nicht mehr genau, wie viele Luxusreisen einer der reichsten Männer der Welt, der märchenhafte Sultan Qabus aus Oman, für FAZ-Journalisten finanziert hat [97] › Hinweis. Der Mann ist Milliardär. Und er ist gelernter Diktator. Nicht nur der amerikanische Sender *CBS News* nennt den Machthaber in Oman so.[98] › Hinweis Der Londoner *Guardian* nennt ihn einen »Autokraten«.[99] › Hinweis Die Tageszeitung Welt nennt ihn den »sympathischsten Diktator« der Welt. Er ist einer von wenigen Diktatoren, welche die USA noch offiziell unterstützen.[100] › Hinweis Aber ein Diktator ist und bleibt ein Diktator. Darf man sich als renommierte Zeitung von einem Diktator einladen lassen? Man hat auf der Chefetage der FAZ vom Diktator jedenfalls immer wieder Luxuseinladungen für die eigenen Mitarbeiter genommen, sehr gern. Ich werde das genau beschreiben. Die FAZ hat immer wieder zugeschlagen, wenn es kostenlose Einladungen aus dem Reiche des Diktators gab. Und nicht nur von dort. Denn der Leser bekam das ja nicht mit.

Ein durchschnittlicher Leser wird jetzt erst einmal einen völlig falschen Eindruck bekommen. Er wird denken: Aha, da bezahlt ein Mensch einem Reporter eine Reise. Das wäre allerdings in Hinblick auf das erwähnte Land Oman, welches wir hier stellvertretend für andere nehmen, eine kaum noch

zu unterbietende Untertreibung. Die Realität: Bei den Einladungen aus Oman reiste man als vermeintlicher FAZ-VIP auf Kosten des Staatschefs in der Business- oder First-Class an. Am Flughafen wartete des Sultans Personal, welches den Gast – einen einfachen Journalisten – extrem unauffällig und zügig durch die Kontrollen schleuste, vorbei an den »Normalsterblichen«. Spätestens da fühlte man sich nicht mehr als einfacher Journalist, sondern rundum als VIP und irgendwie extrem wichtig. Zwischendurch sei erwähnt, dass diese Sonderbehandlung nicht nur für das exotische Sultanat Oman gilt, sondern Journalisten häufig widerfährt. Vor allem Journalisten von »Leitmedien«.

Zurück nach Oman: Vor dem Flughafen wartete für den kompletten Rest der Reise eine klimatisierte Luxuslimousine mit Chauffeur und Dolmetscher. Der war zugleich auch stets eine Art lebende Brieftasche, ließ bei meinen Reisen jedenfalls fast nie zu, dass ich irgendwo selbst bezahlte. Jeder Wunsch wurde dem Gast von den Augen abgelesen. Und letztlich vom Milliardär und Diktator Sultan Qabus, der bei Abfassung dieses Manuskriptes zur Krebsbehandlung in Deutschland war,[101] › Hinweis finanziert.

Einmal traf ich an der Bar des omanischen 5-Sterne-Luxushotels Al Bustan Palace, wo ich für die FAZ auf Kosten Omans zum Nulltarif eine ausgedehnte Suite mit Meerblick bewohnte, den Schauspieler Diether Krebs (er verstarb im Jahr 2000). Wir kamen ins Gespräch. Und Krebs war erstaunt darüber, dass sich ein deutscher Journalist ein so teures Luxushotel leisten konnte. Er klagte darüber, wie extrem teuer die international anerkannten Padi-Tauchkurse im Hotel beim gebürtigen Griechen Jason Erodottu seien, welche seine Söhne Moritz und Till dort gerade machten. Ich habe ihm nicht gesagt, dass meine Tauchgänge einfach aufs Zimmer gebucht wurden. Und der Sultan bezahlte sie

anschließend. Ja, der Sultan bezahlte sogar meine Ausbildung zum Padi-zertifizierten Rettungstaucher mit Jason Erodottu als privatem Tauchlehrer. Er bezahlte alles, was wie von Zauberhand aufs Zimmer gebucht wurde. Die Schmutzwäsche, die man vor der Abreise noch einmal waschen ließ, die Postkarten aus dem Souvenirshop, die teuren Telefonate aus dem Hotel in die Redaktion, die Besuche in den Edelrestaurants. Das sei so Sitte in dem Land bei Gästen des Sultans, hieß es von den staatlichen Begleitern. Ich war naiv und dumm, das anzunehmen. Denn natürlich war ich dann korrupt. So wurde man geködert und war in der Falle. Es macht es nicht richtiger, das alles heute einzugestehen. Aber es könnte anderen eine Warnung sein.

Denn das alles verfolgte nur einen einzigen Zweck: Wer die klimatisierte Limousine mit Chauffeur und Dolmetscher annahm, wer den Superreichen mimte und sich kutschieren und einladen ließ, der war natürlich ständig unter Kontrolle. Der Sicherheitsdienst des Landes (und die omanische Diktatur hat ein ausgedehntes Sicherheitsnetz) und der Informationsminister, der zugleich in Personalunion Geheimdienstchef war, waren so ständig über jeden Schritt des Journalisten unterrichtet. Und sie kontrollierten auch die Gesprächspartner und die Eindrücke, welche man aus dem Land bekam. Sie wussten, mit wem man telefonierte. Natürlich gab es bei solchen Reisen keine unzufriedenen Menschen oder gar »Oppositionelle« als Gesprächspartner. Wie auch? Man war ja ständig nur von den »guides« des Geheimdienstchefs umgeben, die jeder Normalbürger im Land auch sofort als Geheimdienstmitarbeiter erkannte. Schlug man eine örtliche Zeitung auf, dann gab es dort nur Lobeshymnen auf den Sultan. Die Medien gehören dem Sultan natürlich auch. Hofberichterstattung. Bei der deutschen Botschaft war es nicht anders. Schließlich wollten die Diplomaten es nicht riskieren, mit einem kritischen Satz

in der FAZ zu stehen und danach aus jenem Land geworfen zu werden, in dem es sich so paradiesisch lebte, wenn man die Augen nur fest genug verschloss. Natürlich bekam man es mit, dass Omanis in Geschäften zuerst bedient wurden. Ausländer, nicht nur Gastarbeiter vom indischen Subkontinent, waren offenkundig aus der Sicht der Omanis Menschen zweiter Klasse. Und natürlich gibt es Menschenrechtsverletzungen in diesem diktatorischen Land, welche von mir und vielen anderen Journalisten aber »schöngeschrieben« wurden.

5-Sterne-klimatisierte-Luxuslimousine, 5-Sterne-Suite, blauer Himmel, Meer und Urlaubsstimmung: Das war die geschönte Realität, die von mir wahrgenommen wurde. Alles andere blendete man besser aus. Das haben andere auch so gemacht, die in jener Zeit aus dem deutschsprachigen Raum auf Einladung des Sultans reisten und PR für ihn machten. Aber das macht es nicht besser.

Man stelle sich einen jungen Mann vor aus ärmerem Elternhaus, der sich, weil der Vater früh verstorben war, alles hart hatte erarbeiten müssen. Zeitungen austragen, auf dem Bau arbeiten, am Fließband stehen – nur um studieren zu können und eine gute berufliche Perspektive zu haben. Und dann der Jackpot. Zum Nulltarif. Ohne Einsatz. Halt, ohne Einsatz? Man musste nur ausblenden, was man nicht sehen wollte. Hofberichterstattung war der Preis für den Jackpot. Nach der ersten Oman-Reise berichtete ich natürlich im Kollegenkreis über meine Erfahrungen. Nicht nur in der FAZ. Und es gab andere Kollegen, die auch einmal an den Jackpot wollten.

Nie vergessen werde ich meinen Freund Klaus Bering, damals diplomatischer Korrespondent der Nachrichtenagentur dpa. Auch er war für dpa auf Einladung des Sultans in Oman und genoss die verführerisch

angebotene 5-Sterne-Behandlung. Auf unserem gemeinsamen Rückflug von der omanischen Hauptstadt Maskat nach Deutschland schüttete der angesehene Journalist sich in der Businessclass so mit Alkohol zu, dass er sich mehrfach ungeniert vor den Mitreisenden übergab. Bering fand es auch später noch selbstverständlich, dass die Stewardessen ihn wie einen kleinen Scheich vom Erbrochenen reinigten, denn alle Rechnungen wurden ja vom Sultan bezahlt. Der frühere Außenminister Klaus Kinkel dürfte den dpa-Korrespondenten in besonders übler Erinnerung behalten haben. Als Kinkel, dpa-Mann Bering und ich in einem winzigen Flugzeug der Bundesluftwaffe zu einem Kurzbesuch in den Nahen Osten reisten, da griff Kettenraucher Bering unentwegt zur Zigarette, obwohl Kinkel ihn immer wieder höflich, aber auch energisch darum bat, im Flieger auf die Nichtraucher Rücksicht zu nehmen. Kinkel wird sich heute wohl noch gut daran erinnern, weil die Luft im Kleinflugzeug einfach unerträglich war. Manche Journalisten kannten bei Einladungsreisen wirklich keine Grenzen.

Zu den Nutznießern, die nach Einladungsreisen wohlwollend und aus meiner persönlichen Sicht nicht neutral über Oman berichteten, gehörte rückblickend neben mir unter anderem auch Klaus-Dieter Frankenberger. Aber es gab eben auch viele andere, vor allem außerhalb der FAZ, die in jener Zeit auf einmal nach Oman wollten. Zur Klarstellung: Ich weiß nicht und behaupte auch nicht, dass mein früherer FAZ-Kollege Frankenberger in Oman Geschenke angenommen hat. Er hat allerdings, wir haben uns oft genug darüber unterhalten, ebenfalls eine angenehme 5-Sterne-Luxusbehandlung vor Ort bekommen, wie auch ich sie in Oman als Gast des Sultans immer wieder erlebt habe. Frankenberger hat das, wir haben uns darüber in der

Redaktion unterhalten, damals ebenso wie ich nicht als unanständig empfunden oder sich »korrumpiert« gefühlt. Wir waren bei solchen luxuriösen Einladungsreisen wie Kinder in einem Bonbonladen, die nicht wussten, in welches Glas sie zuerst greifen sollten. Klar haben wir zugegriffen. Es war ja auch ein Job. Und keine Fragen gestellt. Im Fußball sagt der Mittelstürmer schließlich auch nicht, ich will weniger verdienen als der Verteidiger – ich finde es ungerecht. Wir lebten schon damals bei der FAZ in einer Gesellschaft, die aus meiner Sicht den Kompass verloren hatte und deren Wertekanon korrumpiert worden war. Was ist gut? Was ist schlecht? Aber wir gaben anderen Menschen in Leitartikeln einen solchen Wertekanon vor, das war rückblickend irre. Frankenberger ist heute nach Enthüllungen über ihn eher umstritten[102] › Hinweis, aber immerhin Chef des Ressorts Außenpolitik der FAZ. Wir hatten etwa zeitgleich 1986 bei der FAZ angefangen.

Frankenberger, so stellt es später auch eine Münchener Bachelor-Arbeit aus dem Jahre 2012 in anderem Zusammenhang beispielhaft an einem seiner Artikel dar, berichte tendenziös.[103] › Hinweis Das habe ich früher auch gemacht. Die Wahrheit lautet: Frankenberger und ich haben seit den 1990er-Jahren von Oman bezahlte Luxus-Einladungen angenommen. Und zwar ohne, dass unsere Leser erfuhren, wer das Rundum-Sorglos-Paket für die FAZ bezahlte: der Milliardär Qabus aus dem Sultanat Oman. Was also darf man heute als Kritiker über Menschen wie mich und den derzeitigen Außenpolitikchef der FAZ sagen? Etwa in Anlehnung an das oben erwähnte Urteil des LG Köln (Az.: 28 0 19/97) [104] › Hinweis, dass wir uns in der Vergangenheit für unsere Oman-Berichterstattung haben »schmieren« lassen? Ich muss für mich jedenfalls rückblickend sagen: Ich war gekauft. Diese Nähe zur Macht korrumpierte. Der Sultan hatte sein eigenes Sinfonieorchester.[105] › Hinweis Er hatte

alles, was sich ein Mensch nur wünschen konnte. In seiner riesigen Tiefgarage standen auf flauschigen Teppichen alle Nobelkarossen der Welt. Und auf einmal saß man bei ihm im Palast auf seiner Couch. In der Realität war man zwar nichts anderes als einer seiner vielen bezahlten Lakaien. Aber man fühlte sich nicht als Statist, sondern irgendwie als Teil eines mächtigen Netzwerkes. Auch weil der milliardenschwere Sultan einem Zeit widmete.

Das entwickelte sich dann allerdings mitunter völlig anders, als erwartet. Ich wusste bei meinem ersten Treffen für die FAZ mit Sultan Qabus noch nicht, dass Sultan Qabus angeblich schwul sein soll und früher nur kurzfristig verheiratet war, um in seinem islamischen Land nach außen hin den Schein zu wahren.[106] › Hinweis Und Anthony Ashworth[107] › Hinweis, der britische Berater und MI6-Geheimdienstmann im Vorzimmer des Sultans, der mich auf das erste Gespräch mit dem Sultan vorbereitete, bei dem der Sultan und ich stundenlang ganz allein sein würden, sagte etwas Merkwürdiges zu mir, das ich nie vergessen werde: »Wenn er Ihnen einen Ferrari anbietet und Sie nicht wollen, dann lehnen Sie einfach dankend ab. Sie müssen es ihm nur wirklich höflich, aber schon sehr deutlich sagen.« Ich fand das absurd und hielt es für besonders trockenen britischen Humor, kannte da die Hintergründe aber noch nicht. Warum sollte mir der Sultan einen Ferrari schenken? Zumal Ferrari nicht meine Welt ist. Ich stehe mehr auf alte Deutz-Traktoren aus den 1960er-Jahren mit 18 Km/h Höchstgeschwindigkeit. Wie gesagt, ich ahnte nicht, dass der Milliardär mit dem eigenen Sinfonieorchester, in dessen Palast ich nie eine Frau, aber viele knabenhafte junge Männer gesehen habe, angeblich sehr zutraulich zu Männern sein kann, wenn man ganz allein mit ihm auf der Couch sitzt. Um hier keinen falschen Eindruck zu erwecken:

Der Sultan hat sich mir gegenüber völlig korrekt verhalten. Er hat mir auch keinen Ferrari angeboten. Aber Geheimdienstmann Anthony Ashworth und vor allem auch die deutsche Botschaft waren schrecklich nervös, weil sie Angst hatten, dass mich der Sultan während unseres stundenlangen Vier-Augen-Gesprächs angemacht haben könnte (was nicht der Fall war). Der Sultan hatte mir im Gegenteil erzählt, wie einsam er in seinen Palästen war und wie wohl er sich in einer Kneipe nahe Garmisch-Partenkirchen fühlte, die er gekauft hatte, um dort in sehr seltenen Stunden mit seinen männlichen Freunden mal beim deutschen Bier ein ganz normaler Mensch sein zu können. Es ist mir wichtig, hervorzuheben, dass diese Nähe korrumpiert. Wenn Sultan Qabus der FAZ Reisen finanzierte und der Diktator auf der Couch Schwänke aus seinem Leben erzählte, dann war das alles eiskalt und berechnend. Und ich bzw. wir bei der FAZ fielen darauf herein. Natürlich hat das alles die Berichterstattung in der FAZ beeinflusst. Ganz sicher.

Denn Sultan Qabus ist bei aller aufgesetzten Freundlichkeit nichts anderes als ein Despot. Fast jeder Menschenrechtsbericht des US-Außenministeriums bestätigt das. Der Report kritisiert, dass jegliche Form von Kritik am Sultan von Gesetzes wegen untersagt ist und die Omaner kein Recht hätten, die Regierung auszutauschen. Der Sultan allein hat schließlich in allen nationalen und internationalen Angelegenheiten die Verfügungsgewalt. Im Klartext: Er ist ein Diktator. Staatsbeamte, so führt der Bericht des State Department weiter aus, müssten ihre Finanzen nicht offen legen. Und Polizisten bräuchten keinen Durchsuchungsbefehl, um in Wohnungen einzudringen. Weiter heißt es, die Gesetze des Landes würden dazu missbraucht, um Regierungskritiker oder Verfechter unliebsamer Meinungen zum Schweigen zu bringen. Auch

würden Publikation und Einfuhr von Büchern und anderen Medienprodukten eingeschränkt.[108] › Hinweis Und nun suchen Sie das alles einmal in den Berichten, die wir in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* anlässlich der Luxuseinladungen aus Oman verfasst haben. Daran hat sich bis in die Gegenwart offenkundig kaum etwas geändert. Da gibt es in Zeitungen wie der FAZ fast nur den lächelnden gütigen Super-Sultan, den angeblich fast alle so lieb haben. Rückblickend muss ich sagen: Lobbyismus, Propaganda und Desinformation in Reinform. Wie peinlich.

Wir haben eiskalt einen brutalen Diktator unterstützt. Wären wir ehrlich gewesen, dann hätten wir in der FAZ über die vielen Menschenrechtsverletzungen in Oman berichtet. Aber weil der Sultan ausländische Journalisten wie uns über die Luxusreisen gekauft hat, kann er seit vielen Jahren so weitermachen. Ein Beispiel: Im Juli 2014 wurden zwei junge omanische Blogger verhaftet, weil sie es gewagt hatten, im Internet auf Menschenrechtsverletzungen in Oman hinzuweisen. Die Jugendlichen durften keinen Anwalt kontaktieren. Sie wurden einfach eingesperrt. Und einer von ihnen kam in die Psychiatrie, weil er es gewagt hatte, den Sultan zu kritisieren.[109] › Hinweis Das geht schon seit Jahren so: Wer den Mund aufmacht, der wird verhaftet.[110] › Hinweis

Wenn man jetzt rückblickend als Leser weiß, wer einen Teil unserer 5-Sterne-Oman-Reisen mit anschließenden Gefälligkeitsberichten schon in den 1990er-Jahren finanziert hat, dann liest man die von uns verfassten Oman-Artikel mit ganz neuen Augen. Kann man also auch heute noch in Analogie zum schon oben erwähnten Urteil des LG Köln sagen, dass die FAZ sich nicht nur mit den *Shell* – Geschichten, sondern auch mit ihrer Oman-freundlichen Berichterstattung »prostituiert« hat?

Zur Klarstellung: Mein Kollege Klaus-Dieter Frankenberger ist ein durchaus sympathischer Mensch, ein gemütlicher Zigarrenraucher, der einen guten Tropfen schätzt. Wir wollen nur bei der Wahrheit bleiben. Und auch ich habe mich in den 1990er-Jahren von Oman »schmieren« lassen. Interessant wäre aus der Sicht des heutigen Lesers vor diesem Hintergrund vor allem die Frage, wer die Reisen der letzten Jahre ins Sultanat Oman arrangiert hat. Läuft das alles immer noch wie damals über Renate Komes und das deutsche Pressebüro für Oman? [111] › Hinweis

Bei Frankenbergers ersten Reisen nach Oman in den 1990er-Jahren (»Oman ist auf bestem Weg, ein arabisches Schmuckstück zu werden«[112] › Hinweis) über die »unwahrscheinliche Erfolgsgeschichte des Oman«[113] › Hinweis bis zur »Stimme des Ausgleichs und der Vernunft«[114] › Hinweis und zur »feierlichen Zeremonie zur Eröffnung der zweiten Sitzungsperiode« des »Rates von Oman«[115] › Hinweis habe ich – so sehe ich es rückblickend – noch selbst aus der redaktionellen Nähe in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* mitbekommen, wie mein damaliger Kollege mit jeder Luxusreise ins Land des milliardenschweren Diktators ein Stück mehr eine unsichtbare Grenze überschritten hat. Wie ich auch. Oman, das sei hier betont, ist nur ein Synonym für eine Vielzahl solcher Erlebnisse in deutschen Medien. Beim *Spiegel* habe ich das nie erlebt. *Spiegel* – Journalisten haben sich nach meiner Kenntnis nie zu solchen Luxusreisen von Diktatoren einladen lassen. Das war Ehrensache. Und jeder hielt sich dort daran. Ganz anders bei der FAZ. Wir waren, so sehe ich das rückblickend, durch und durch korrupt.

Ob Menschen wie Frankenberger, die in der Medienhierarchie aufgestiegen sind, das alles heute überhaupt klar ist? Wahrscheinlich ja. Denn nach einem

Skandal um bezahlte Luxusreisen der FAZ in anderem Zusammenhang und um die Käuflichkeit von FAZ-Journalisten hieß es, man wolle fortan bei der FAZ »Transparenz« schaffen.[116] › Hinweis »Künftig werden wir zu Reisen, zu denen wir eingeladen wurden, Transparenz schaffen«, sagte Carsten Knop, der die Unternehmensberichterstattung der FAZ leitet, dem *medium magazin* im Jahr 2012. Nach Enthüllungen von Reisen auf Firmenkosten in der First Class der Lufthansa und in Fünfsternehotels sagte FAZ-Mann Knop zur neuen Transparenz: »Das ist nichts Vorübergehendes, sondern ein neuer Standard. So bleibt das jetzt.«[117] › Hinweis Man sollte als Leser darauf achten, ob solche Transparenz nur im Wirtschaftsteil oder auch für die Politik bei bezahlten Reisen oder Einladungen praktiziert wird.

Michael Spreng, ein Politikberater, der früher Chefredakteur des *Kölner Express* und der *Bild am Sonntag* war, kennt solche großzügigen Einladungen für Journalisten und die Sonderbehandlung auch sehr gut. Er schreibt dazu:

Letzte Station meiner Südamerikareise mit Helmut Schmidt war die Dominikanische Republik, damals regiert von einer sich sozialdemokratisch nennenden Partei. (…) Am letzten Abend des Staatsbesuchs lud Schmidt zu einem Empfang auf das Schulschiff »Deutschland« der Bundesmarine, bei dem ich den Generalssekretär der regierenden Partei kennenlernte. Er lud mich ein, noch ein paar Tage zu bleiben, um das Land besser kennenzulernen. Ich blieb und am nächsten Morgen holte mich ein Fahrzeug der Armee ab und brachte mich zum Flughafen. Mit dabei war für die drei Verlängerungstage ein sehr sympathischer Mensch vom Außenministerium. Er sagte mir, dass mir für die ganze Zeit der Präsidentenhubschrauber zur Verfügung stehe. Drei Tage flogen wir kreuz und quer über das Land und immer

dort, wo es mir gefiel, landete der mit dem Präsidentenwappen geschmückte Hubschrauber – und hunderte von Menschen liefen zusammen, weil sie dachten, »El Presidente« käme.[118] › Hinweis

Ich erwähne das, weil die Luxusvorzugsbehandlung bei Journalisten von Leitmedien ganz sicher nicht auf die FAZ beschränkt ist. All jene, welche bis hierher geglaubt haben, die von mir beispielhaft geschilderten Ereignisse in Oman seien in der Realität völlig untypisch für Journalisten von Leitmedien, irren sich gewaltig. Und die Chefs der Journalisten wissen das auch. Im Kapitel »Kauf Dir einen Journalisten« werde ich noch ausführlich darauf eingehen. Denn: Entweder, diese Chefs bekommen die Einladungen persönlich und geben sie an ihre Redakteure weiter. Dann kennen sie die Hintergründe. Oder aber die Redakteure bekommen die Einladungen und müssen sie sich von den Chefs genehmigen lassen. Solche Reisen werden also in jedem Fall zuvor von Vorgesetzten abgezeichnet: Allein schon wegen der Versicherungen. Und da muss man auf den Reiseanträgen ungefähr angeben, was eine solche Reise den Verlag kosten wird. Wenn da schon im Dienstreiseantrag nur die Kosten für die Fahrt zum und vom Flughafen stehen, dann weiß der Chef ganz genau, was er da genehmigt. Und bei der FAZ haben meine damaligen Vorgesetzten viele solcher Reisen genehmigt. Nicht nur bei mir.

Vergessen Sie in diesem Zusammenhang Oman. Man könnte den Sultan auch durch ein Industrieunternehmen oder ein anderes Land ersetzen. Oman ist in diesem Buch einfach nur ein Synonym für Korruption, für gekaufte Berichterstattung. Aber das war aus damaliger Sicht für alle Seiten eine Win-Win-Situation. Der Einladende bekam für sein Geld keinen Werbetext, der deutlich mit »Anzeige« oder

»Werbung« gekennzeichnet war. Nein, er bekam im redaktionellen Teil der Zeitung einen vorgeblich authentischen Text, der zwar aus meiner heutigen Sicht nichts anderes als geschmierte Berichterstattung war, aber nicht als PR gekennzeichnet wurde. Und der Finanzier bekam nicht nur einen, sondern meist eine ganze Reihe solcher Werbetexte. Allein schon betriebswirtschaftlich lohnte sich das für den Einladenden. Denn es war in jedem Fall günstiger, als eine Anzeigenseite in einem deutschsprachigen »Qualitätsmedium« zu kaufen. Für den Journalisten war es ohnehin der Jackpot. Und der Verlag füllte einige Seiten fast zum Nulltarif mit exotischen Geschichten.

Warum ich das alles so detailliert aufgeschrieben und auch den Namen Frankenberger mehrfach erwähnt habe? Weil dieser frühere Kollege heute als Außenpolitikchef selbst Dienstreiseanträge von jüngeren Kollegen abzeichnet. Und weil es bekannt ist, wie extrem schlecht es der FAZ geht, welche Verluste das einst so florierende Unternehmen schreibt (2013 laut Mitteilung der Geschäftsführung auf der Betriebsversammlung im Juni 2014 offiziell 8,3 Millionen) und dass Mitarbeiter seit 2014 keine Gehaltserhöhung mehr bekommen (86,7 Millionen Euro Personalkosten im Jahr 2013).[119] › Hinweis Trotzdem warne ich ihn und andere frühere Kollegen davor, Dienstreiseanträge für Einladungen zu unterschreiben, die auf den ersten Blick so verlockend günstig erscheinen. Wir alle wissen doch rückblickend, was dabei dann herauskommt und was es für jene Leser bedeutet, die Geld für Informationen bezahlen und glauben, dass sie dafür die ungeschminkte Wahrheit erfahren.

Es gibt übrigens noch eine diskrete Steigerungsform, welche ich oft genug bei Journalisten deutschsprachiger Medien miterlebt habe. Man nimmt dann die Ehefrau oder

Geliebte und mitunter auch noch deren Kinder wie selbstverständlich mit auf solche bezahlten Luxus-Einladungsreisen. Man klärt vorher ab, dass der Einladende auch deren Kosten voll übernimmt. Wenn allein der Sultan rückblickend erzählen würde, wem er solche Reisen finanziert hat; man könnte wohl eine skandalöse neue Fernsehreihe damit füllen.

Wie Journalisten ihre Villen in der Toskana finanzieren

Der Clou: Mit einem bestimmten Verhalten kann man es – unabhängig von bislang erwähnten Namen und Verlagen – als Journalist zu beachtlichem Wohlstand bringen. Das hat wirklich nichts mit einem bestimmten Medienhaus zu tun, sondern mit dem Finanzamt. Der deutsche Steuerzahler fördert das alles nämlich finanziell. Nein, ich meine nicht nur die Meilengutschriften, welche man als vielfliegender Journalist in unendlich viele Produkte eintauschen kann, die man dann in Auktionshäusern wie E-Bay verkauft. Bezahlt hat das dann letztlich der Arbeitgeber oder ein anderer Finanzier der Reise, der so betrogen wird. Aber davon kann man sich keine Villa leisten.

Haben Sie sich auch schon einmal darüber gewundert, warum so viele Alpha-Journalisten unserer Leitmedien Häuser in der Toskana, in anderen begehrten Regionen Italiens, in Südfrankreich oder Spanien haben? Sie ahnen bislang vielleicht die Grundzüge, wie man als Journalist seine Seele an den Teufel verkauft, um auf Kosten Dritter in exotische Länder reisen zu können. Die volle Wahrheit kennen Sie aber noch nicht. Wenn man Sponsoren wie den reichen Sultan findet (und es gibt da draußen hinter den Mauern der PR-Agenturen nicht wenige davon), dann ist die 5-Sterne-Vollpension vor Ort bei einer PR-Journalistenreise stets inbegriffen. Es gibt also keine Kosten für die Verpflegung. Im Gegenteil: Es gibt Schlemmermenüs bis zum Abwinken. Aber es gibt im deutschen Steuerrecht einen Tagessatz für Auslandsreisen. Und es ist gegenüber dem

Steuerzahler unanständig, diesen Satz nach der Rückkehr beim Finanzamt geltend zu machen, wenn man als Journalist bei einer Reise auch voll verpflegt wurde. Ich habe im Ausland immer wieder Journalisten getroffen, die das großzügige Angebot des Fiskus nicht ausgeschlagen haben. Für jeden Tag in Oman gab es beispielsweise 2014 immerhin 48 Euro, für einen Tag in einer amerikanischen Stadt wie Houston oder Miami 57 Euro, für einen Tag in Norwegen 64, für einen Tag in Schweden 70 Euro und für einen Tag im afrikanischen Angola sogar 77 Euro. Der Steuerzahler sponsert Journalistenreisen also Land für Land. Der Journalist bekommt in der Realität eine kostenlose Reise mit Rundum-Sorglos-Paket, streicht die Förderung beim Finanzamt ein und erhält auch noch ein Honorar oder das Gehalt vom Arbeitgeber für die Geschichte. So lernte ich denn irgendwann, wie die geschicktesten und skrupellosesten Alpha-Journalisten der Leitmedien ganz nebenbei ihre Häuschen in der Toskana finanzierten.

Es gab viele weitere solcher skrupellosen Tricks. Unvergessen ist mir ein Reporter und Fotograf, der seinem Hamburger Arbeitgeber Tausende für angebliche »Exklusivfotos« in Rechnung stellte, deren Bildrechte er bei einer Irak-Reise in Bagdad angeblich für viel Geld erstanden haben wollte. Er stellte dann dem Verlag einen »Eigenbeleg« für Ausgaben in Rechnung, die er aber tatsächlich gar nicht gehabt hatte. Dummerweise handelte es sich um Fotos, die von der Pressestelle des irakischen Diktators Saddam Hussein im Bagdader Pressezentrum frei verteilt worden waren. Sein Hamburger Chef bekam das irgendwann mit – und der Reporter musste gehen. Der Mann verbreitet seither, er sei damals wegen »zu USA-kritischer Berichterstattung« gefeuert worden. Und heute gilt er als einer der renommiertesten Undercover-Journalisten, hält

Vorlesungen über guten Journalismus und prüft im Auftrag von Medien PR-Behauptungen über ihre Richtigkeit. Kurzum: Der Mann ist im deutschsprachigen Raum heute der hofierte Inbegriff für »seriösen Journalismus«. Ein Treppenwitz der Weltgeschichte. Und es ist gut, dass der Verlag ihm damals die rote Karte gezeigt hat und heute diskret zu den Hintergründen schweigt. Ich habe den Mann vor Jahren noch einmal in Hamburg besucht – von Reue keine Spur. Er verstand wirklich nicht, warum man ihn gefeuert hatte. Er sagte mir beim Abendessen in einem urigen alten Fischrestaurant in der Nähe des Hamburger Fischmarktes, dass er sich doch nicht anders verhalten habe als seine Kollegen. Wahrscheinlich hatte er damit sogar Recht. Aber er war erwischt worden. In vielen anderen Fällen bekamen die Redaktionen es nicht mit, etwa dann, wenn Eigenbelege für Bestechungsgelder ausgestellt wurden, die man angeblich an Informanten bezahlt hatte. Bestechungsgelder, die Journalisten zahlten, waren steuerlich absetzbar – auch die Korruption wurde also vom Steuerzahler noch gefördert. Das war die alltägliche Realität. Korrupte Journalisten stellten sich Eigenbelege aus und betrügen das Finanzamt und ihre Arbeitgeber.

Das mit den bezahlten und vom Steuerzahler auch noch geförderten Reisen aber war nur die Spitze des Eisberges. Rückblickend wahrlich korrupt und absolut unverzeihlich waren die Geschenke. Wenn beispielsweise der Golfkooperationsrat (Saudi-Arabien, Emirate, Katar, Oman, Bahrain und Kuwait) alljährlich ausgerechnet zur nachrichtenarmen Vorweihnachtszeit in einem streng islamischen Land tagte, dann kamen die vielen westlichen Journalisten nicht etwa, weil sie dort dem ungesunden Weihnachtsbraten oder Alkohol entfliehen wollten. Für jeden Teilnehmer, der bis zum Ende der mehrtägigen stinkend

langweiligen Treffen durchgehalten und darüber auch brav Berichte aus dem Pressezentrum (was stets eher ein Propagandazentrum war) für die Heimatredaktion abgesetzt hatte, gab es am Ende wertvolle Geschenke: mal eine goldene Rolex, mal goldene Füllfederhalter, mal einen Satz wertvoller Münzen oder was auch immer das Herz begehrte. Die Geschenke (jedes Jahr ein anderes, aber für alle Journalisten eines Jahrestreffens immer das gleiche) wurden entweder diskret ins Hotelzimmer gelegt. Oder man durfte sie sich am letzten Tag im »Pressezentrum« abholen. Jeder wusste das. Keiner hat sie ausgeschlagen. Ich habe jedenfalls nie einen Journalistenkollegen erlebt, der die Geschenke zurückgelassen hat. Wir alle waren unendlich korrupt. Wenn Sie also das nächste Mal einen Bericht vom Jahrestreffen des Golfkooperationsrates lesen, hören oder sehen, dann wissen Sie, dass es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ein gekaufter PR-Bericht ist, der von unseren Medienunternehmen in nachrichtenarmer Zeit dankbar und begierig aufgenommen wird, um Sendeplätze oder Seiten zum Nulltarif zu füllen. Und behalten Sie im Hinterkopf: Im Propaganda-, pardon, Pressezentrum des arabischen Landes gibt es rund um die Uhr ein Buffet. Das Essen kostet die Journalisten also nichts. Aber für jeden Tag in Saudi-Arabien werden die Journalisten beim deutschen Steuerzahler/Fiskus dann nochmals 48 Euro geltend machen, für jeden Tag in den Emiraten 42 Euro, für Oman 48, für Bahrain 36, für Kuwait 42 und für Katar 56 Euro. Und zum Dank dafür bekommen die deutschsprachigen Zuschauer, Leser oder Hörer eine geballte Ladung gekaufter Berichterstattung. Das ist Hohn pur. Es ist die Verspottung der Bürger.

Gut geschmiert:
Das anrüchige Systemhinter Journalistenpreisen

Und nicht nur das. Denn Journalisten werden für ihre Berichterstattung auch noch belohnt – und zwar durch »Journalistenpreise«. Man kann das anrüchige System am besten mit der Prämierung unserer Lebensmittel erklären. Sie kennen sicher die goldenen, silbernen oder bronzenen DLG-Qualitätssiegel auf Lebensmitteln, von denen man halten kann, was man will. Man sollte nur die wahren Hintergründe kennen: Rund 27 000 davon werden jährlich vom Verein Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft, einer Organisation der Ernährungswirtschaft, etwa nach Aussehen, Geruch und Geschmack »getestet«. Chemische oder mikrobiologische Prüfungen finden nur ausnahmsweise statt. Und alles, was »keine Abweichung von den Qualitätserwartungen« ergibt, bekommt die Bestnote – also ein goldenes Qualitätssiegel.[120] › Hinweis Über Inhaltsstoffe und die eigentliche Qualität sagt das Testverfahren nicht viel aus.[121] › Hinweis Was so ein DLG-Qualitätssiegel wert ist, sieht der Verbraucher, wenn Skandale von DLG-prämierten Lebensmitteln öffentlich bekannt werden. Etwa beim Hygieneskandal der Großbäckerei Müller-Brot, wo Mäusekot und Ungeziefer in Backzutaten und Maschinen waren[122] › Hinweis – und die Ware war DLG-prämiert.[123] › Hinweis Das DLG-Siegel ist wohl eine der eher fragwürdigeren Auszeichnungen im deutschsprachigen Raum. Denn auch Lebensmittel, die ihren Geschmack durch den Zusatz von

künstlichen Aromen erhalten, bekommen das Gütesiegel. Dazu gehört etwa der Erdbeer-Sahnejoghurt von Zott. Die Farbe des Joghurts wird nicht allein durch Erdbeeren erreicht, sondern durch den Zusatz von Roter Bete. Verbraucherschützerin Silke Schwartau findet das unglaublich: »Es kann nicht sein, dass ein Produkt, das künstlich aromatisiert wird, noch für den guten Geschmack ausgezeichnet wird«.[124] › Hinweis Doch künstliche Aromen und Zusatzstoffe interessierten die DLG-Geschmackstester in der Vergangenheit nicht. Selbst die Haribo-Gummibärchen, in denen auch Zusatzstoffe sind (etwa E903 und Carnaubawachs), wurden von der DLG prämiert. Ein weiteres Beispiel: die Aufbackbrötchen »Meister Krüstchen« von »Harry« – von der DLG mit Gold ausgezeichnet. Bei Stiftung Warentest bekamen die gleichen Brötchen nur die Wertung »mangelhaft«. Die Begründung von Stiftung Warentest: Die Brötchen seien im Geschmack »alt, fade, nur wenig aromatisch …«. Die DLG konnte sich diese gravierenden Unterschiede im Testergebnis nicht erklären. Das alles versteht man nur, wenn man weiß, wie das System funktioniert: Die DLG ist eine Organisation von Lobbyisten der Agrar- und Ernährungsindustrie. Es ist keinesfalls eine Verbraucherschutzorganisation. Der Verein hat mehr als 20 000 Mitglieder und finanziert sich über Einnahmen für Dienstleistungen. Und dazu gehören auch massenhaft vergebene DLG-Gütesiegel. Fast alle »getesteten« Produkte – bis zu mehr als 90 Prozent – bekommen ein solches »Qualitätssiegel«. Und um es führen zu dürfen, zahlt man eine Lizenzgebühr. Und genau dieses anrüchige System gibt es auch bei »Journalistenpreisen«.

Glauben Sie etwa, dass die Leser von Zeitungen, die Radiohörer oder Fernsehzuschauer – also neutrale Konsumenten – darüber entscheiden, wer einen

Journalistenpreis bekommt? Nein, das System prämiert sich wie beim DLG-Gütesiegel einfach selber. In den Gremien derer, die über die Vergabe von Journalistenpreisen entscheiden, sitzen fast immer Journalisten von Medienkonzernen, welche dann Journalisten »prämieren«. Da geht es nicht um Überparteilichkeit, Unabhängigkeit und Wahrhaftigkeit – da geht es wie beim DLG-Preis um durchschnittliche Qualität und um verkaufsfördernde Maßnahmen. So wie Lebensmittel mit künstlichen Zusatzstoffen goldene Qualitätssiegel einheimsen, so bekommen Journalisten, die durchschnittliche Qualität abliefern und sich schön brav politisch korrekt verhalten und die Eliten hofieren, von diesen dann als Dankeschön (angeblich) renommierte Medienpreise. Das System ist in Hinblick auf Journalisten in vielen Fällen reinste Verbrauchertäuschung. Denn die Medienunternehmen – Zeitungen etwa – werben dann in den biografischen Angaben zu ihren Journalisten mit Auszeichnungen, die sie häufig selbst finanziert und vergeben haben. Die so geehrten Journalisten halten den Mund. Schließlich bekommen sie ja auch noch ein »Preisgeld«. Denn die Auszeichnung ist häufig mit Tausenden Euro dotiert. Ich war häufig bei solchen Preisverleihungen dabei. Wenn parteinahe Organisationen Preise an Journalisten von Medien verliehen haben, die über ein verschachteltes Firmengeflecht letztlich der eigenen Partei gehörten, dann war die Verbrauchertäuschung auch für den Dümmsten zum Greifen nahe. Aber man machte in dem System mit. Man war korrupt. Schauen Sie einmal, wie viele Unternehmen heute Journalistenpreise finanzieren. Glauben Sie, dass die Unternehmen damit eine Berichterstattung fördern wollen, welche ihnen und ihren Produkten kritisch gegenübersteht?

Es ist ein gut geschmiertes System – und manch ein Verbraucher da draußen glaubt noch immer an das System vom »unabhängigen« Journalismus. Die Wahrheit: Wenn deutsch-amerikanische Denkfabriken und Stiftungen Preise für angeblich hervorragenden Journalismus vergeben, dann zeichnen sie damit jene aus, die ihre eigene Sichtweise besonders positiv unter den nichtsahnenden Menschen da draußen verbreitet haben. Da haben wir sie wieder, die Nähe unserer Alpha-Journalisten zu den Eliten. Denn die Alpha-Journalisten, von denen wir in diesem Buch noch viele kennenlernen werden, nehmen solche Preise bereitwillig an und gefallen sich auch noch dabei. Ich kenne das nur zu gut. Ich habe schließlich früher selbst über solche Preisverleihungen mitentschieden und spreche hier über das, was um keinen Preis öffentlich bekannt werden soll.

Ein typisches Beispiel für die Entwertung von Journalistenpreisen ist der Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis, eine ehemals hoch anerkannte Auszeichnung für Journalisten. Heute ein Preis für Propagandisten. Der Wissenschaftler Jens Berger nennt ihn den »Oscar der Manipulateure« und schrieb dazu im Sommer 2014:

Durch eine wohl einmalige Satzung begünstigt, rotten sich immer stärker die Ja-Sager, die Unkritischen, die Manipulateure, die Propagandisten, die Karrierejournalisten zusammen, die sich nicht der Wahrheit und Wahrhaftigkeit verpflichtet fühlen, sondern ihren Auftraggebern, ihren Chefredakteuren und letztlich ihrer Karriere. Die Satzung besagt nämlich in § 3 Eintritt von Mitgliedern: (2) Dem bzw. den genannten Preisträgern wird über den Verein die Mitgliedschaft in einem Beirat (§ 8) angetragen. Der Beirat ist nicht stimmberechtigt. (3) Scheidet eines der Mitglieder des Vereins durch Austritt, Ausschluss oder Tod aus, rückt jeweils ein Beiratsmitglied – und zwar in der Reihenfolge der

benannten Preisträger – als neues Mitglied des Vereins nach. Wurden in einem Jahr mehr als eine Person ausgezeichnet, rücken alle diese Preisträger als Mitglieder des Vereins nach. Also, jede Preisträgerin, jeder Preisträger kommt automatisch in den Beirat und steigt früher oder später, auch automatisch, zum Mitglied auf. Alle Mitglieder wiederum sind in Personalunion auch Mitglieder der Jury der Preisverleihung. Soll heißen: Die Jurymitglieder bestimmen darüber, wer über kurz oder lang als Mitglied in die Jury aufsteigt. Dass Leute wie Thomas Roth, Frank Plasberg oder Anne Will nicht gerade investigative Journalisten für den Preis auswählen, dürfte wohl jedem klar sein. Mittlerweile haben die Aufgerückten in Verein und Jury die Mehrheit. Das Verhältnis der Gründungsmitglieder zu den »Aufgerückten« beträgt mittlerweile zwölf zu vierzehn. Nur so ist es möglich, dass eine Journalistin wie Golineh Atai, die dem Grundsatz des Stiftungsgebers: »Einen guten Journalisten erkennt man daran, dass er sich nicht gemein macht mit einer Sache, auch nicht mit einer guten Sache«, in ihrer Arbeit so diametral gegenüber steht, in diesem Jahr den Preis erhält.[125] › Hinweis

Es gibt übrigens Journalistenpreise, bei denen man nur noch den Kopf schütteln kann. Dazu gehört der vom Zigarettenhersteller Reemtsma seit 2007 jedes Jahr verliehene »Liberty Award« für »mutige Journalisten, die dem täglichen Kampf um die Freiheit eine Stimme geben«. Zynischer geht es nicht mehr. Eine Firma, deren Produkte abhängig und daher unfrei machen, vergibt einen Preis für den Kampf um die Freiheit. 15 000 Euro Preisgeld und eine pompöse Gala ist der Firma diese Verhöhnung der Opfer des Zigarettenrauchs wert. Der Journalist Hans Leyendecker sagte zu dem Versuch, auch ihn zu vereinnahmen: »Als die Offerte kam, war mir klar: Ich lasse mich da nicht

nominieren. Überhaupt muss ein Journalist wissen, wohin er geht, von wem er sich einladen lässt, von wem er sich auch bezahlen lässt. Das ist egal, ob es ein Preis ist, eine Rede ist, eine Moderation ist. Ein Journalist lässt sich nicht kaufen, ein Journalist geht nicht zu solchen Veranstaltungen.« Andere hatten keine Probleme, den Preis der Tabakindustrie anzunehmen, etwa der ARD-Journalist Thomas Roth (2009) und der FAZ-Reporter Konrad Schuller (2012).

In der Jury sitzen dann dort Menschen wie der *Zeit* – Journalist Theo Sommer [126] › Hinweis, immerhin ein rechtskräftig verurteilter Steuerhinterzieher und allein aus diesem Grund ganz sicher kein Vorbild für ehrbare Bürger (ein vorbestrafter Moralprediger [127] › Hinweis), auf den wir auch noch in Zusammenhang mit umstrittenen Organisationen wie der Atlantik-Brücke, den Bilderbergern, der Trilateralen Kommission und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik stoßen werden. Dieser Theo Sommer ist nach Auffassung von Wissenschaftlern ein Fachmann für positive Berichterstattung über Kriegseinsätze und ihre Folgen. Denn der Medienjournalist Uwe Krüger schildert in seinem Buch »Meinungsmacht« ein Beispiel für das – aus seiner Sicht – Zurechtbiegen unliebsamer, weil von der Politik nicht gewollter journalistischer Rechercheergebnisse, etwa der schädlichen Wirkungen der in den Balkankriegen von der NATO eingesetzten Uranmunition. Als Anfang 2001 die ersten Berichte darüber den damaligen Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) in die Defensive brachten, da reagierte er, wie es Politiker in brenzligen Situationen gern tun: Er setzte eine Expertenkommission ein, welche die Vorwürfe überprüfen sollte. Die Leitung des Gremiums übertrug er dem schon erwähnten Theo Sommer, dem ehemaligen Chef der *Zeit*. Der Mann genoss das Vertrauen des Ministers, weil er in seinem ersten Leben einen Planungsstab auf der Hardthöhe

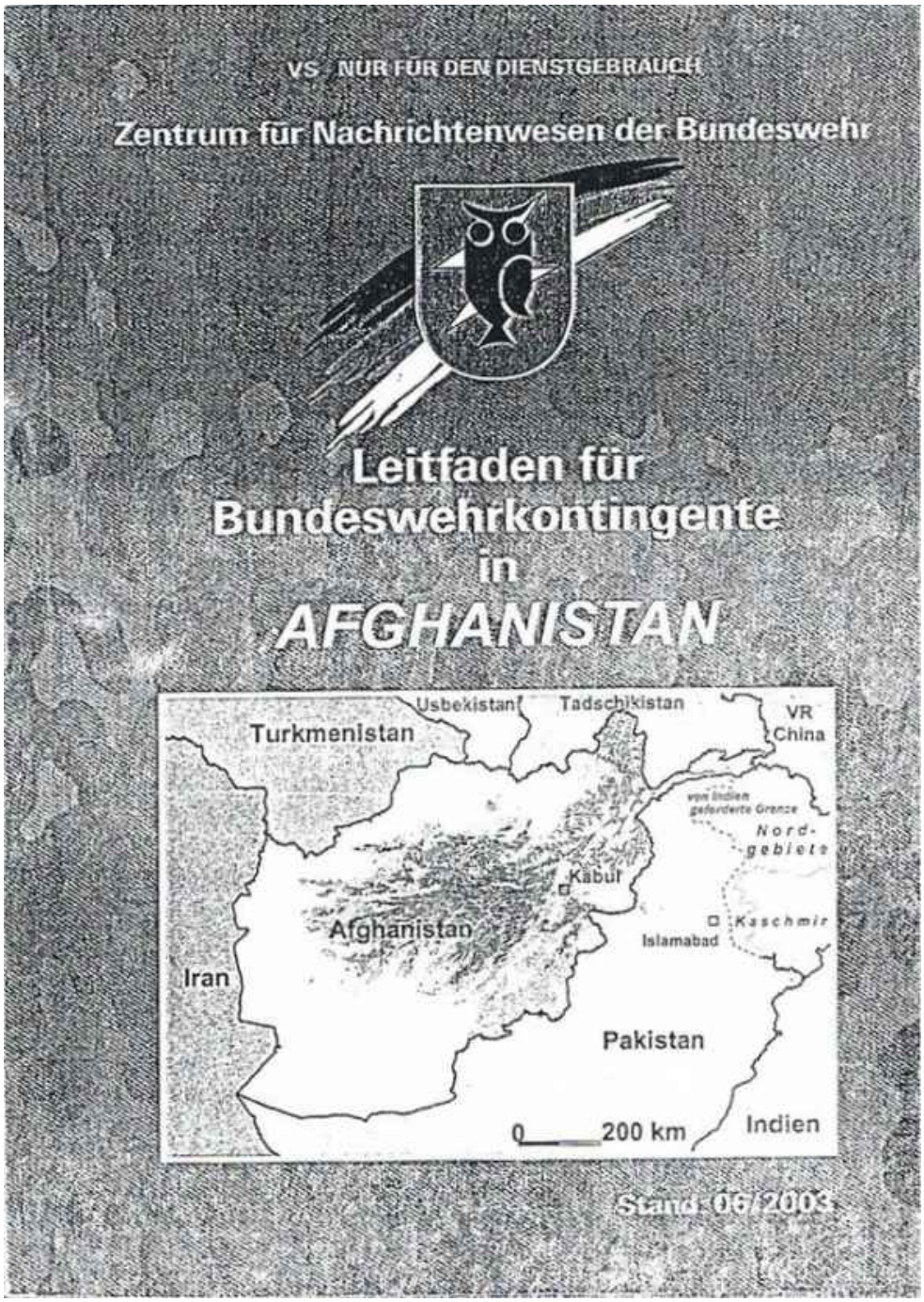
geführt hatte und später Mitglied der Wehrstrukturkommission der Bundesregierung gewesen war. Ein halbes Jahr später gab die Kommission unter Theo Sommer Entwarnung: Uranmunition wurde als unbedenklich eingestuft und in der *Zeit* des Theo Sommer erschien ein Aufmacher mit dem Titel »Die Blamage der Alarmisten«.[128] › Hinweis Damit war das Thema vom Tisch und Theo Sommer erhielt laut Uwe Krüger von Scharping das Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold überreicht.[129] › Hinweis Theo Sommer kürzt die Geschichte auf seiner Homepage ab und schreibt dort in der Rubrik »Auszeichnungen« nur: »2002 Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold«.[130] › Hinweis

Peinlich: Die Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke, Christine Buchholz und Jan van Aken haben mit der Drucksache 18/2307 im Jahr 2014 eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt, in der es heißt, das Verteidigungsministerium habe in einem mit Datum vom 21. Juli 1999 verfassten Schreiben an die Bundeswehr im Zusammenhang mit dem Kosovo-Einsatz vor dem körperlichen Kontakt mit uranverseuchtem Erdstaub gewarnt. In dem Bundeswehrschreiben von 1999 wurde demnach darauf hingewiesen, dass »die Aufnahme von DU-Partikeln in den Körper wegen der radiologischen und toxischen Wirkung durch Tragen einer Staubmaske und Händewaschen vor dem Essen zu vermeiden« sei. Dazu sei beim Besteigen eines Militärfahrzeugs »Erdstaub von Kleidung und Schutzwerk abzuklopfen, Schuhwerk abzuwaschen«. Da wurde also von Scharping-Freund Theo Sommer etwas reingewaschen, vor dem die Bundeswehr intern schon seit 1999 warnte.

In der »Arbeitskommission Dr. Sommer« saß übrigens neben Theo Sommer und 13 Militärs noch ein weiterer Alpha-Journalist: Nikolas Busse von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Er wurde erst Nato-Korrespondent der

FAZ, dann stellvertretender verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik der FAZ. Auf ihn kommen wir noch in Zusammenhang mit den umstrittenen transatlantischen Netzwerken zu sprechen, bei denen Busse sogar vor dem völkerrechtswidrigen Irakkrieg 2003 ein Treuebekenntnis zu den USA abgelegt hat (siehe dazu das Kapitel »Die Namen: Umstrittene Kontakte«).

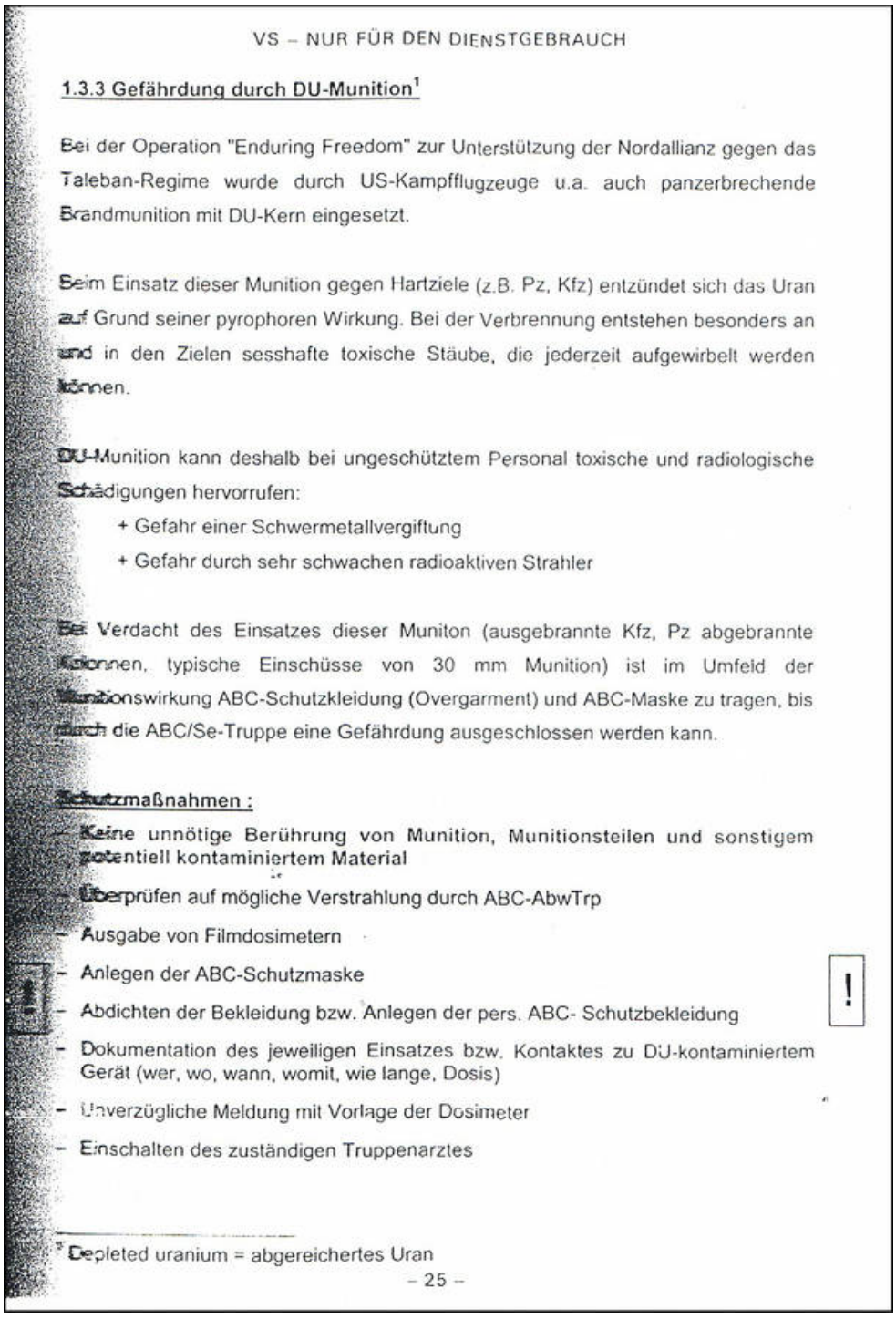
Der Hammer: Obwohl die Uranmunition mit der Entwarnung der »Arbeitskommission Dr. Sommer« offiziell als angeblich ungefährlich galt, verfasste die Bundeswehr auch nach dem Bericht der »Arbeitskommission Dr. Sommer« im Jahre 2003 eine weitere interne Weisung, in der vor der Gefahr der Munition gewarnt und auf Schutzmaßnahmen hingewiesen wurde. In der Verschlusssache der Bundeswehr »Gefährdung durch DU-Munition« (dort Seite 25) wird eine radiologische Schädigung erwähnt, die durch den Einsatz von panzerbrechender Brandmunition mit DU-Kern während der Operation »Enduring Freedom« (durch US-Kampfflugzeuge) verursacht werden kann. Es wird den Soldaten geraten, ABC-Schutzkleidung zu tragen, die Munition nicht zu berühren, Filmdosimeter auszugeben, sofortige Meldung abzugeben und sofort den Truppenarzt einzuschalten.[131] › Hinweis Das alles heißt im Klartext: Soldaten, welche durch die vorgenannte Munition geschädigt wurden, können seit der »Arbeitskommission Dr. Sommer« einerseits wohl nicht mehr auf finanziellen Schadensersatz für ihre Gesundheitsschäden hoffen. Zugleich warnt die Bundeswehr aber intern vor den Gefahren der Munition. Eine absurde Situation. Ganz anders ist die Lage in Großbritannien: 2004 bestätigte ein Gericht einem britischen Kriegsveteran erstmals offiziell, dass seine Krankheiten und Missbildungen auf Uranmunition zurückzuführen seien.



Kopie eines internen Geheimdokuments der Bundeswehr zur Gefährlichkeit von abgereichertem Uran. Die Einstufung als „VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ bedeutet, die Kenntnisnahme des Inhalts durch Unbefugte (also Sie als Leser) kann für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland nachteilig sein.

Theo Sommer, der aus der oben geschilderten Sicht früher Uranmunition für das Verteidigungsministerium medial reingewaschen hat [132] › Hinweis, sucht heute geeignete Journalisten für Preise der Tabakindustrie aus.[133] › Hinweis Aber wir wollen uns hier nicht weiter mit mehr als umstrittenen Journalistenpreisen aufhalten, bei der eine ganz bestimmte Elite unter sich ist.

Nur noch ein Hinweis: Die Vereinnahmung des Freiheitsbegriffs für Tabak-Lobbyismus ist keine neue Erfindung des Reemtsma-Konzerns. LobbyControl, eine Initiative für Transparenz und Demokratie, erläutert: »In angelsächsischen Ländern hat die Tabakindustrie sogar gezielt Organisationen unterstützt oder mitaufgebaut, die die Freiheit im Namen führten und gegen Rauchverbote und Verbote allgemein Stimmung machten. Z. B. das *Center for Consumer Freedom* (USA, siehe *SourceWatch*) oder die *Freedom Organisation for the Right to Enjoy Smoking Tobacco* (FOREST) in England. Sie bekommt laut der *Action on Smoking and Health* über 90 Prozent ihrer Finanzmittel von der Tabakindustrie.«



VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

1.3.3 Gefährdung durch DU-Munition[1]

Bei der Operation "Enduring Freedom" zur Unterstützung der Nordallianz gegen das Taleban-Regime wurde durch US-Kampfflugzeuge u.a. auch panzerbrechende Brandmunition mit DU-Kern eingesetzt.

Beim Einsatz dieser Munition gegen Hartziele (z.B. Pz, Kfz) entzündet sich das Uran auf Grund seiner pyrophoren Wirkung. Bei der Verbrennung entstehen besonders an und in den Zielen sesshafte toxische Stäube, die jederzeit aufgewirbelt werden können.

DU-Munition kann deshalb bei ungeschütztem Personal toxische und radiologische Schädigungen hervorrufen:

+ Gefahr einer Schwermetallvergiftung
+ Gefahr durch sehr schwachen radioaktiven Strahler

Bei Verdacht des Einsatzes dieser Muniton (ausgebrannte Kfz, Pz abgebrannte Kolonnen, typische Einschüsse von 30 mm Munition) ist im Umfeld der Munitionswirkung ABC-Schutzkleidung (Overgarment) und ABC-Maske zu tragen, bis durch die ABC/Se-Truppe eine Gefährdung ausgeschlossen werden kann.

Schutzmaßnahmen :

- Keine unnötige Berührung von Munition, Munitionsteilen und sonstigem potentiell kontaminiertem Material
- Überprüfen auf mögliche Verstrahlung durch ABC-AbwTrp
- Ausgabe von Filmdosimetern
- Anlegen der ABC-Schutzmaske
- Abdichten der Bekleidung bzw. Anlegen der pers. ABC- Schutzbekleidung
- Dokumentation des jeweiligen Einsatzes bzw. Kontaktes zu DU-kontaminiertem Gerät (wer, wo, wann, womit, wie lange, Dosis)
- Unverzügliche Meldung mit Vorlage der Dosimeter
- Einschalten des zuständigen Truppenarztes

!

[1] Depleted uranium = abgereichertes Uran

– 25 –

Seite 25 des »Leitfaden für Bundeswehrkontingente in Afghanistan«

Nicht zu vergessen: Tabakwerbung in Printmedien ist seit Anfang 2007 verboten. Das Werbeverbot der EU-Richtlinie

2003/33/EG deckt auch Imagewerbung der Tabakindustrie ab, wie vom OLG Hamburg im August 2009 durch zwei Urteile bestätigt wurde. Laut EU-Kommission fällt jede Form der Imagewerbung von Tabakfirmen unter das Tabakwerbeverbot. Die Kommission bezeichnet in ihrem Bericht vom Mai 2008 jegliche Öffentlichkeitsarbeit, die Tabakhersteller als »verantwortungsbewusst« darstellt, als »ein Mittel zur Vermarktung von Image und Produkten des Unternehmens«. Aber die Berichterstattung über Preisverleihungen der Tabakindustrie fällt nicht unter das Werbeverbot der EU von 2007. Und jetzt kommt die interessante Frage: Seit wann gibt es den »Reemtsma Liberty Award« für »mutige Journalisten«? Sie ahnen es schon: Seit 2007. Alles klar?

Sie wissen jetzt, wie Tabakkonzerne über Journalistenpreise für gute PR sorgen. Und weil ich gerade dabei bin, Ihnen alle Illusionen über eine anständige Welt da draußen zu nehmen, möchte ich auch gleich noch darauf hinweisen, wie Tabakkonzerne unsere Parteien schmieren. Denn unsere Parteien bekommen Spenden, die für uns Bürger nicht als Spenden zu erkennen sind. Und zwar werden die Parteimedien geschmiert. Alle Parteien haben ja Mitgliederzeitschriften. Die Junge Union der CDU hat das Magazin *Entscheidung*, die CDU hat das *Union Magazin* – und die SPD hat einen ganzen Bauchladen von Zeitungen (siehe das Kapitel dazu in diesem Buch). Tabakkonzerne zahlen Phantasiepreise für Anzeigen in Parteizeitschriften und sponsern so die Parteien. Und bei allen Landes- und Bundesparteitagen mieten sie Stände. Allein über die Standmieten fließen so pro Jahr verdeckt Sponsorengelder in Höhe von durchschnittlich einer Million Euro in die Parteikassen.[134] › Hinweis Und die Bürger ahnen nichts davon, wie die Parteien geschmiert werden. Zwischen der

gekauften wohlgefälligen Berichterstattung und dem Schmieren von Politikern ist offenkundig kein großer Unterschied.

Gefälligkeitsinterviews, PR-Reisen und Steuerbetrug

Besonders makaber war es rückblickend, wenn meine Reisen in Kriegsgebiete von einer Kriegspartei oder deren Unterstützern finanziert wurden. Viele dieser Reisen hätte es ohne diese »Unterstützung« gar nicht gegeben, weil man kein Einreisevisum oder keinen Schutz bekommen hätte. Es waren nüchtern betrachtet reine PR-Reisen für Kriegsparteien. Die Einladungen dazu gingen zumeist an meine Vorgesetzten, welche solche Einladungen an die Redakteure verteilten und die Reiseanträge abzeichneten. Bei solchen Reisen war die Nähe zur Macht, also zu jenen, die über Leben und Tod von Menschen entschieden, irgendwie faszinierend.

Ich weiß nicht mehr, wie viele Gefälligkeitsinterviews ich mit nahöstlichen oder afrikanischen Staatschefs oder ihren Ministern bei solchen Reisen gemacht habe. Ich weiß nur, dass zwei Drittel der Aussagen dieser angeblich so wichtigen Personen von diesen erstunken und erlogen waren, aber vor Ort von der Deutschen Botschaft oder den Vertretern von Wirtschaftsunternehmen, die dort Geschäftsinteressen hatten, genauso gewünscht wurden. Und die FAZ druckte es begierig. In Khartum, der Hauptstadt des Sudans, war es schlimm. Südlich der Hauptstadt, am Zusammenfluss von Blauem und Weißem Nil in Omdurman, hatte der israelische Mossad ein als »Landwirtschaftsbetrieb« getarntes Anwesen gemietet. Auf dem Nachbargrundstück hatte die Gruppe Bin Ladens gelebt, die später weltberühmt wurde. Ich sollte auf Wunsch

der Deutschen Botschaft in der FAZ einen anschaulichen Artikel über (den Israeli) Ronny S. schreiben, der in Sudan an eine kleine herrschende Elite Milch von deutschen Kühen verkaufte, die in klimatisierten Stallungen gemolken wurden. Was ich nicht schreiben sollte: Über die Milch kam der Mossad-Mann Ronny S. an Eliten in Sudan heran, die ihm sonst verschlossen gewesen wären. Und er saß direkt neben Bin Laden und konnte über einen kleinen Aussichtsturm auf dem »Landwirtschaftsgrundstück« alles auf dem Nachbargrundstück beobachten. Ich habe in der FAZ, auf Bitten der Deutschen Botschaft, über die Milch von glücklichen deutschen Kühen am Nil geschrieben und einen Teil der Realität ausgeblendet. Wie so oft. Meine Vorgesetzten bei der FAZ fanden es immer gut, wenn ich bei solchen Reisen eng mit der jeweiligen Deutschen Botschaft zusammenarbeitete.

Noch schlimmer war es im Iran. Die Deutsche Botschaft in Teheran wollte unentwegt den deutsch-iranischen Handel fördern. Und weil den Mullahs im Iran nun einmal die größten Unternehmen gehören, drängte mich die Botschaft bei jedem Aufenthalt, Gefälligkeitsinterviews mit dem Außenminister, irgendeinem Ajatollah oder sonstigen iranischen Würdenträgern zu machen oder diesen zumindest in einem Artikel zu erwähnen. Wenn die Iraner größeres Interesse an solchen Interviews hatten, dann bezahlten sie (wie ich das schon von Oman geschildert habe) auch die Reisen. Im Klartext: Die FAZ ließ sich einladen und druckte Gefälligkeitsinterviews. Die FAZ-Archive sind voll von solchen Gefälligkeitsinterviews, die ich machen sollte. So ging das von Afghanistan bis Algerien und von Südafrika bis zum Horn von Afrika. Als Reporter einer renommierten deutschen Tageszeitung stand vor allem immer die Deutsche Botschaft im Hintergrund.

Natürlich wurde man von dort beeinflusst. Vor allem bei den Geschichten, die man nicht wahrheitsgemäß aufschreiben sollte. Ich erinnere mich spontan an ein Essen mit deutschen Diplomaten in Bagdad. Ich weiß nicht mehr, ob es im Haus des Botschafters oder eines anderen leitenden Diplomaten war. Vom Nachbargrundstück kamen grauenvolle Stimmen, ein herzzerreißendes Klagen. Ich wollte wissen, was das war und erfuhr, dass hinter der Mauer auf dem Nachbargrundstück ein asiatischer Diplomat lebte, der gern Hund aß und die Hunde hinter der Mauer, die zwischen den Grundstücken war, mitunter langsam lebend schlachten ließ. Den Hunden wurden erst lebend die Beine abgeschnitten, dann Schwanz und Kopf. Angeblich schmeckte das Fleisch dann wegen der Todesqualen besser, glaubte zumindest der Asiate. Die deutschen Diplomaten baten mich inständig darum, das bloß nicht in meinen Berichten aus Bagdad zu erwähnen. Das könnte ja den Beziehungen mit dem Land schaden. Bei Tierquälerei wegschauen? Es war grauenvoll.

Genauso schlimm war es, wenn man deutsche Politiker auf Auslandsreisen begleitete. Da gab es Mappen mit Sprachregelungen für jede nur erdenkliche Lage. Wer faul war, der brauchte nur noch vorformulierte Worthülsen abzuschreiben und mit einigen atmosphärischen Eindrücken aufzufrischen. Und dann waren alle glücklich. Mit ehrlichem Journalismus hatte das nichts zu tun. Eher mit Volksverarschung. Und dafür wurden einem dann auch noch Journalistenpreise in Aussicht gestellt.

Egal, ob ich in meinem früheren Leben 17 Jahre bei der FAZ oder danach als Korrespondent für Gruner + Jahr, für die Nachrichtenagentur ddp, für den Axel-Springer-Verlag, für Fernsehsender und viele andere renommierte Medienunternehmen tätig war – ich habe auf Seiten der

Leitungsebene häufig die gleiche Denkweise erlebt: Korrupt und unanständig sind immer nur die anderen. Zwischendurch nochmals: Das Eingeständnis meiner Fehler macht es nicht besser. Aber eine jüngere Generation könnte vielleicht aus diesen Fehlern lernen.

Wie selbstverständlich habe ich etwa in einem kleinen Luxusjet der Bundesregierung nur zusammen mit einem Kollegen von der Deutschen Presseagentur den früheren BND-Chef Klaus Kinkel in seiner damaligen Funktion als Außenminister begleitet und innerlich stolz auf diese Nähe anschließend positiv darüber berichtet. Ich habe diese Hofberichterstattung auch bei Helmut Kohl und vielen anderen Politikern gemacht. Rückblickend schäme und entschuldige ich mich dafür. Ich kann es nicht ungeschehen machen. Aber ich kann mich mit meinem Gesicht dazu bekennen.

Wenn ich in Afrika etwa den Schauspieler Karlheinz Böhm (der Kaiser Franz Josef aus den »Sissi«-Filmen) im Beisein eines deutschen Spitzenpolitikers besuchte, dann hätte ich wahrheitsgemäß schreiben müssen, dass Böhm und seine Hilfsprojekte aus Sicht der ihn besuchenden Deutschen nur ein »PR-Gag« waren. Es ging den Besuchern ausschließlich um ein wählerwirksames Gruppenfoto mit ihnen und dem angesehenen Schauspieler, umringt von schwarzen Kindern. Sobald die Fotos geschossen waren, waren Karlheinz Böhm und die afrikanischen Kinder völlig unwichtig. Er war für die Besucher nur ein Statist – wie so viele. Wie so vieles habe ich auch das nicht wahrheitsgemäß beschrieben. Ich war eben wie so oft korrumpiert von der Nähe zur Macht. Vor allem: Wie ehrlich war es denn, wenn man in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba vom 5-Sterne-Hotel in einem klimatisierten Hubschrauber bequem ins heiße Hochland flog, dort kurz mit Böhm ein Interview über Armut machte und danach im klimatisierten 5-Sterne-Hotel beim

Luxusbuffet einen Artikel über Armut in Äthiopien verfasste, während rundherum Menschen verhungerten?

Wenn ich mit Bundespräsidenten, Kanzlern oder Ministern reiste, dann wurde ich an den Grenzen nicht kontrolliert. Wenn wir am militärischen Teil des Flughafens Köln/Bonn ankamen, dann schaute auch der Zoll weg. Wir alle wussten das, ja wir erwarteten es sogar. Und viele haben das ausgenutzt. Auch die Politiker, auch Minister. Die Menschen da draußen haben die Denkweise etwa bei der »Teppichaffäre« eines Ministers mitbekommen.[135] › Hinweis Viele, zu viele, fanden es normal, von Reisen mitgebrachte Luxusgegenstände entweder nicht zu verzollen oder an Bord von anderen Regierungsmaschinen diskret nachliefern zu lassen. Ich erinnere mich an einen Kollegen einer auflagenstarken Zeitung, der von einer Dienstreise mit der Bundesluftwaffe aus den USA sogar eine komplette gebrauchte Harley Davidson in Einzelteilen mitbrachte. Die Teile verkaufte er dann hier und machte einige Tausende Gewinn. Man nennt das Steuerhinterziehung. Und die Transportkosten hatte der deutsche Steuerzahler über die Bundesluftwaffe finanziert. Viele von uns waren Straftäter. Das Schlimme: Das Wissen darum stellte ein unsichtbares Band zwischen Politikern und Journalisten her.

Ein Journalist beschreibt rückwirkend in seinem Blog, was man alles machte, wenn man mit einem deutschen Spitzenpolitiker unterwegs war und wusste, dass man bei solchen Reisen etwa mit deutschen Kanzlern nicht kontrolliert wurde:

Der Peruaner gab uns auch einen Tipp, wo wir Grabbeigaben aus der Inkakultur kaufen könnten. Sie stammten, so ließ der Archäologe durchblicken, aus Grabplünderungen und seien sehr wertvoll. Ein Kollege und ich fuhren in ein Haus

am Stadtrand und erwarben (verbotenerweise) einen Kopfschmuck (250 Dollar) und ein Stück Grabtuch. Die Ausfuhr war einfach zu bewerkstelligen, weil das Gepäck der Kanzlerbegleiter nicht kontrolliert wurde.[136] › Hinweis

Das alles ist weit mehr als ein Jahrzehnt her. Aber ich kann die Namen von vielen Kollegen nennen, die sich heute noch immer so verhalten. Ich mache ihnen keinen Vorwurf. Schließlich habe ich früher selbst in diesem verkommenen System mitgemacht. Aber vielleicht kann ich sie zum Nachdenken anregen und zur Umkehr ermuntern. Vielleicht werden sie es nie offen eingestehen, deshalb sage ich es hier ganz deutlich: Die Stoßrichtung von Kommentaren oder Berichten wird durch einen wie hier geschilderten engen Kontakt zu Eliten ganz sicher beeinflusst. Mit unabhängigem und überparteilichem Journalismus hat das dann nichts mehr zu tun.

Ein anderes Beispiel: Wenn der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl in der Frankfurter FAZ-Redaktion die damaligen Politik-Herausgeber Johann Georg Reißmüller und Fritz Ullrich Fack zum vertrauten Gespräch besuchte, dann waren wir Redakteure stolz, einen so »hohen Gast« im Haus zu haben. Auf die Idee, dass Nähe auch korrumpieren kann, kamen wir Journalisten nicht. Im Gegenteil, wir wollten künftig von den Eliten auch so beachtet werden. Manche haben das wie FAZ-Mann Frankenberger geschafft, aber zu welchem Preis? Wir werden noch näher darauf eingehen.

Der frühere Chefredakteur und Medienberater Michael Spreng schreibt zu Kohl und dessen Verhältnis zu Journalisten:

Von Helmut Kohl ist bekannt, dass er nur zwei Sorten von Menschen kannte: diejenigen, die für ihn, und diejenigen, die gegen ihn waren. So teilte er auch Journalisten ein. Sein

Verhältnis zur Pressefreiheit war ein rein instrumentelles: ein guter Journalist war derjenige, der sich von ihm instrumentalisieren ließ. Wer – wie ich – ihm mit einer gewissen Grundsympathie gegenüberstand, wurde schnell als »Kohlianer« vereinnahmt, der ihm bedingungslos zu folgen hatte.[137] › Hinweis

Ich hätte das damals nicht geglaubt, wenn Kohl zu uns in die Redaktion kam und Reißmüller und Fack besuchte. Aber das war wohl wirklich so. Die FAZ-Chefs Fack und Reißmüller wurden aus Kohls Sicht wohl für dessen Ziele instrumentalisiert. Und heute werden andere von anderen Politikern instrumentalisiert – und merken es vielleicht gar nicht oder wollen es nicht wahrhaben.

Übrigens haben Menschen wie die genannten FAZ-Herausgeber uns Zeitungsredakteuren unser Denken in Teilen vorgegeben. Durch die Sprache, welche wir verwenden sollten. Ich werde nie vergessen, wie Politik-Herausgeber Johann Georg Reißmüller mit einem ausgedruckten Text in die Redaktion stürmte und rief: »Wer hat das redigiert?« In dem Text stand irgendwo »Sinti und Roma«. Und Reißmüller sagte laut, deutlich und unmissverständlich: »Das sind Zigeuner! Merken Sie sich das: Zigeuner!« Wir FAZ-Politikredakteure sollten nicht »Sinti und Roma« schreiben. Das war ganz am Anfang meiner Ausbildung zum Journalisten. Kollege Professor Reinhard Olt, ein Germanist, und ich haben uns lange in der FAZ-Nachrichtenredaktion angeschaut. »Zigeuner« – so etwas prägt sich ein. Das Denken wird in bestimmte Bahnen geleitet. So wird man über die Sprache schon als junger Mensch in der Ausbildung geprägt.

Nun habe ich bis hierher viel zu viel über die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtet und damit möglicherweise den

irrigen Eindruck erweckt, dass das alles nur für die FAZ und dort auch nur für die Politikredaktion, zumindest zu meiner aktiven Zeit, typisch gewesen sei. Genau das aber stimmt nicht. Und deshalb ist es auch kein Angriff auf die FAZ, sondern eine Anregung an alle Medienunternehmen, einmal vor der eigenen Türe zu kehren. In der FAZ, das sei hier noch erwähnt, war zu meiner Zeit die »geschmierte« Berichterstattung nirgendwo so deutlich zu erkennen wie im Feuilleton. Zumindest der zum Feuilleton gehörende Tourismus- und Reiseteil hatte jedenfalls immer einen kaum noch zu überschauenden Stapel von Einladungen zu fremdfinanzierten (Luxus-)Reisen in ferne Länder. Kostenlose Reisen, bei denen die bezahlenden Sponsoren ganz sicher bestimmte Inhalte bei den Themen erwartet haben, also anschließende PR. Die Finanzierung einer Reise durch das unmittelbare Berichtsobjekt, beispielsweise eine Fluggesellschaft oder ein Tourismusunternehmen, war uns Redakteuren nicht verboten. Solche Reisen wurden vielmehr aktiv unter uns verteilt. Und wir haben in den dann entstandenen Artikeln häufig nicht darauf hingewiesen, wer die Reisen finanziert hat. Aber auch das ist nach meiner Erinnerung in anderen Medienunternehmen vollkommen »normal« gewesen. Im Juli 1987, ich war damals noch nicht einmal ein Jahr bei der FAZ, veröffentlichte diese einen langen Bericht von mir unter der Überschrift »Im Schatten des Qat-Baumes«. Eingeladen und finanziert hatte die jemenitische Fluggesellschaft Yemenia. Es war ein reiner PR-Bericht. Die Einladung kam über den Reiseteil des Feuilletons. Und die Jemeniten waren so begeistert von meinem redaktionell platzierten PR-Bericht, dass sie mich fragten, was ich mir neben der Möglichkeit, künftig kostenlos Urlaub im Jemen machen zu können, wünschen würde. Mehr im Scherz sagte ich, dass ich niemals zuvor so gute gegrillte Riesengambas gegessen hatte wie in der

Kleinstadt Mokka im Jemen (nach dieser Stadt ist auch der Mokka-Kaffee benannt). Ein paar Tage später haben sie eine Kiste mit wenige Stunden zuvor im Jemen gegrillten Gambas zu uns in die FAZ-Redaktion eingeflogen. Meine Kollegen haben beherzt und wie selbstverständlich bei dieser »Molle« (so nannte man das in der Redaktion) zugegriffen und fanden das völlig »normal«. Man kam nicht einmal auf die Idee, sich ethisch-moralisch bestimmte Gedanken zu machen.

Im FAZ-Feuilleton gab es auch einen Bücherschank mit Büchern, welche dem Verlag unaufgefordert zur Besprechung zugeschickt wurden. Und je mehr Rezensionsexemplare eines Verlages positiv ins Blatt gehoben wurden, umso mehr Neuerscheinungen schickte der Verlag ins Feuilleton. Manchmal habe ich einen Karton voller nagelneuer Bücher aus dem Feuilleton zur Selbstbedienung meiner Kollegen in die Politikredaktion geholt. Da gab es keinen, der das anstößig fand. Auch neue Bücher von FAZ-Redakteuren wurden selbstverständlich in der FAZ redaktionell erwähnt. Ich erinnere mich an meinen ersten in einem FAZ-Verlag erschienenen Bestseller *Verschlusssache BND*, für den die FAZ-Herausgeber anlässlich einer Pressekonferenz in den Räumen der FAZ wie selbstverständlich Werbung machten.

Ich erinnere mich noch daran, dass ich vom Bundeskriminalamt wegen meiner Kritik an der Islamideologie über mehrere Jahre hin als »anschlagsgefährdet« eingestuft wurde. Ich war wahrscheinlich der einzige deutsche Journalist, der ganz legal mit einer scharfen Schusswaffe am Hosenbund in die FAZ-Redaktionskonferenz kam. Der Autobauer BMW stellte mir viele Monate lang eine gepanzerte Limousine mit Fernseher und allem Luxus zur Verfügung, ohne dafür Kosten zu berechnen. Die FAZ wusste das nicht nur. Ich

durfte auch alle laufenden Fahrzeugkosten über die FAZ abrechnen. Denn die FAZ freute sich, dass mein Dienstwagen nicht mit Kilometern belastet wurde. All diese Dinge waren irgendwie selbstverständlich.

Zusammenfassend ging es wohl immer nur ums eines: nein, nicht um wahrhaftige Berichterstattung. Es ging ums Geld und um persönliche Vorteile. Man verfolgte Ziele.

Niederträchtige Saufkumpane: Einblicke in journalistische Drecksarbeit

Ich kann auf die Sekunde genau beschreiben, wann ich persönlich damit aufgehört und mich schlagartig vor mir selbst geekelt habe. Es war jener Tag, an dem ich den Frankfurter Strafrechtler Hans Wolfgang Euler anrief und um Rat fragte, weil einer der bekanntesten deutschen CDU-Politiker mir im Beisein von Zeugen in seinem Arbeitszimmer den Auftrag geben wollte, den damaligen rheinland-pfälzischen SPD-Ministerpräsidenten Kurt Beck auszuspionieren. Einer dieser Zeugen war ein früherer rheinischer CDU-Geschäftsführer. Der Mann hat für die CDU viel mitgemacht und zu vielen Dingen lange den Mund gehalten. Möge er jetzt darüber entscheiden, ob er die Namen der Hintermänner öffentlich nennt. Ich stehe zu meinem Angebot, jederzeit zusammen mit ihm öffentlich oder vor Gericht auszusagen. Der bekannte CDU-Geschäftsführer war – wie gesagt – nicht Auftraggeber, sondern saß als Zeitzeuge mit dabei, als ein bekannter CDU-Politiker mir in einem ersten Schritt 5000 Euro dafür bot, dass ich als Journalist getarnt das Eheleben von Kurt Becks Ehefrau ausspionieren sollte. Ich will und werde hier zum Schutz der Familie Beck keine Details nennen, nur soviel: Die Kontoauszüge der Familie Beck lagen der CDU schon vor. Man hatte angeblich schon einen CDU-nahen Bankmitarbeiter mit im Boot. Es gab offenkundig fast nichts, was der Ministerpräsident tun konnte, was ohne Wissen der CDU geschah. Bis auf ein Detail im Privatleben der Familie. Und das sollte ich dokumentieren. Der Politiker, der mir da

gegenübersaß und mehr als skrupellos war, gehörte immerhin einer bekannten Kommission der CDU an. Ich habe mir seine Wünsche etwa zwei Stunden lang angehört und innerlich aufgewühlt dazu geschwiegen. Es waren jene Minuten, in denen ich mich fragte, wie tief ich gesunken sein musste, dass ein Politiker annahm, ich würde für ihn und seine Partei gegen verdeckte Bezahlung (getarnt als Vortragshonorar) die Drecksarbeit übernehmen. Ich bin im Mainzer Landtag zum Schein auf das Angebot eingegangen und habe an jenem heißen Tag sofort noch aus dem Auto den Strafrechtler Hans Wolfgang Euler angerufen. Dieser hat dann ein Treffen mit Kurt Becks Büroleiter arrangiert. Und wir haben erfahren, dass man dort schon von den Aufträgen wusste. Denn ich war nicht der einzige Journalist, den man von der CDU auf Kurt Beck angesetzt hatte. Das alles wäre nicht passiert, wenn ich als Journalist nicht diese klebrige Nähe zu vielen Politikern gehabt hätte. Man erwartete diese Niederträchtigkeit wie selbstverständlich von mir.

Ich hatte ja im Gegenzug in jener Zeit viele Vorteile: Ich ging in Konrad Adenauers Feriendomizil, einer Villa mit Pool und Park im italienischen Cadenabbia am Comer See, ein und aus. Die Villa La Collina gehörte (und gehört) der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung, mit der ich verflochten war.[138] › Hinweis Und dort traf ich immer wieder die Führungsriege der deutschen Politik. Denn ich gehörte ja in jenen Jahren beispielsweise dem Planungsstab der Adenauer-Stiftung an. Und die CDU fütterte mich mit gut dotierten Aufträgen für Vorträge. Vor allem in der Villa La Collina, wo damals kein Fremder Zutritt hatte, kam man sich gefährlich nahe. Dort wurde gegessen und viel zu viel getrunken. Meine Frau und ich werden nie vergessen, wie einer der führenden rheinland-pfälzischen CDU-Politiker nachts in der Villa, die schon Adenauer als Domizil gedient hatte, betrunken in unser Zimmer im obersten Stockwerk

kam und dieses für eine Toilette hielt, wo er sich übergeben konnte. Er hat dann sturzbetrunken den Inhalt seines Magens auf unserem Bett entleert. Diese Nähe zu Politikern war im wahrsten Sinne des Wortes mitunter wirklich anrüchig. Man war auf dem Anwesen in der alten Villa La Collina halt unter sich, man schloss nicht ab. Und dann kam diese besoffene CDU-Größe. Ich hatte diese anrüchige Nähe damals noch zähneknirschend hingenommen. Aber an jenem späteren Tag im Mainzer Landtag, als ich den Auftrag gegen den damaligen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Beck bekam, da musste ich einfach einen Schlussstrich ziehen. Mir war klar, dass es Ärger und Druck geben würde, wenn ich nicht mitmachte. Aber das war mir egal. Ich wollte endlich wieder in den Spiegel schauen können.

Die Villa La Collina des Konrad Adenauer beherbergt übrigens noch ein Geheimnis. Sie liegt auf einem Hügel über dem Comer See mit Blick auf das Dörfchen Belaggio am anderen Seeufer [139] › Hinweis, welches nur einige Minuten mit der Fähre entfernt ist. Und die Rockefeller-Stiftung, welche wie ein Krake mit einem Netzwerk geheimer Organisationen die Eliten der Macht um sich vereint, hat dort in Belaggio ein abgeschottetes Schulungszentrum.[140] › Hinweis Wenn die Eliten der Politik sich wirklich vertraulich mit amerikanischen Eliten treffen und politische Entscheidungen absprechen mussten, dann stiegen sie in der Villa La Collina ab, fuhren mit der Fähre nach Belaggio, gingen zum Grand Hotel Villa Serbelloni und wurden dort diskret von einem Chauffeur der Rockefeller-Stiftung abgeholt. Das diskrete Procedere erinnerte mich an die Deutsche Botschaft in Teheran in der Ferdowsi-Straße 324. Gleich nebenan in der Ferdowsi-Straße ist die Türkische Botschaft. Beide sind, was streng geheim ist, unterirdisch

durch einen Gang verbunden, damit die Botschafter und ihre engsten Mitarbeiter sich im Notfall auf das Nachbargelände flüchten können. Wenn der Vertreter des Bundesnachrichtendienstes mich so in die deutsche Botschaft einschleusen wollte, dass das deutsche Botschaftspersonal dieses nicht mitbekam, dann musste ich in die türkische Botschaft gehen und wurde dort über den unterirdischen Verbindungsgang abgeholt. Solche unterirdischen Gänge gab es in vielen deutschen Botschaften (vor allem in arabischen und afrikanischen Ländern, mitunter nutzten amerikanische Dienste sie für die Ausschleusung von Personen, aber das ist hier unwichtig). Das alles war für mich spannend und geheimnisvoll, aber bei näherer Betrachtung eher irre. Genauso wie die geheimen Treffen von deutschen Spitzenpolitikern, die von der Villa La Collina aus mit der Fähre nach Belaggio fuhren, um sich in der Rockefeller-Stiftung Instruktionen für ihr politisches Verhalten abzuholen. Erst später erfuhr ich, dass die Rockefeller-Stiftung über Tochterorganisationen wie die Trilaterale Kommission auch deutsche Spitzenjournalisten für sich gewinnt; sie wie eine Raubspinne in einen Kokon der Gefälligkeiten einwebt, bis es kein Entkommen mehr gibt. Aber dazu kommen wir noch in einem anderen Kapitel.

Miese Masche:
So werden Anzeigenkunden betrogen

Bei der bislang geschilderten Art des Journalismus werden Zuschauer und Leser betrogen. Das ist dem Leser schon jetzt klar. Vergessen haben wir aber noch jene, die Anzeigen schalten und sich für das investierte Geld eine Resonanz erhoffen. Aber die Werbekunden, welche horrende Preise für Anzeigen in Zeitungen bezahlen, werden betrogen. Die großen Verlagshäuser konkurrieren ja schon lange bei der Auflage untereinander. Und die Anzeigenpreise richten sich nach der tatsächlich verkauften Auflage. Der Kampf um diese tatsächlich verkaufte Auflage wurde zwischen den verschiedenen Verlagen mit Methoden geführt, die mich zu Beginn meiner journalistischen Tätigkeit erstaunten, die aber offenbar in der Branche damals (und auch heute noch!) völlig »normal« waren. Ich habe das in der Branche bald mitbekommen: Kaum waren bei Verlagen Zeitungen abends angedruckt, wurde ein Teil der Auflage, welcher mit vielerlei Tricks letztlich über die eigene Marketingabteilung aufgekauft worden war, in einen Lastkraftwagen verladen und dann 24 Stunden quer durch Deutschland über die Autobahn gefahren. Am nächsten Tag, wenn die »Remittenten« (also das, was im Handel nicht verkauft worden war und wieder abgeholt wurde) zurückkamen, dann wurden die Remittenten zusammen mit dem in einem Lkw pausenlos über die Autobahn gefahrenen Teil zum Altpapier transportiert.

Mit den Anzeigenerlösen einer einzigen Samstagsausgabe, so hieß es damals, konnten die Gehälter

der Mitarbeiter eines Verlagshauses für vier Wochen bezahlt werden (das gilt heute nicht mehr). Das waren finanziell erfolgreiche Zeiten, nur die Hintergründe ahnte da draußen wohl keiner. Ich erinnere mich noch grob daran, wie stolz Geschäftsführer von Zeitungsverlagen drauf waren, die »blöden« Anzeigenkunden so übers Ohr gehauen zu haben, weil diese Werbung in einer »verkauften Auflage« bezahlt hatten, die es in Wahrheit ja gar nicht gab. In den 1990er-Jahren wechselte ein leitender Mitarbeiter von einem süddeutschen Verlag zu einem Verlag im Bundesland Hessen. Und er präsentierte dem Geschäftsführer Beweise dafür, dass der Verlag aus Bayern die angeblich verkaufte Auflage einer großen deutschen Tageszeitung auf die oben beschriebene Weise erhöhte – Tag für Tag. Der Überläufer erwartete, dass sein neuer Arbeitgeber ihn loben und den Betrug öffentlich machen würde. Was der Mann nicht ahnte: Der hessische Verlag machte es genauso. Und so verschwanden die kompromittierenden Beweise bis heute in einem Panzerschrank.

Ich hatte das alles noch grob im Gedächtnis, wollte dieses auffrischen und fragte am 9. Juni 2014 einen jener ehemaligen Marketingchefs, der damals bei einem der Verlage arbeitete und das alles mitbekommen haben musste. Die schriftliche Antwort: »Lieber Udo, da ich Dir immer vertraut habe: Stimmt! 3 Jahre vor [X (Name eines Verlagsgeschäftsführers)] Tod erhielt dieser sogar Besuch von einem Überläufer der [Zeitung XY], der seinen alten Arbeitgeber mit einschlägigem Beweismaterial beschießen lassen wollte. [Geschäftsführer X] hat sich nicht darauf eingelassen. Das berühmte Glashaus halt, in dem man selbst saß ... Unabhängig davon weiß ich aus guter Quelle, dass Verlag XY auch heute noch täglich ca. 20 000

Exemplare auf dem von Dir beschriebenen Weg verwerten lässt«.

Warum ich hier in diesem Kapitel, was ja völlig ungewöhnlich für dieses Buch ist, nicht die Namen und Firmen nenne? Die Antwort ist ganz einfach: Ich arbeite zusammen mit einem pensionierten Insider an einem Buch über die schmutzigen Tricks der Verlagsbranche. Und da macht es keinen Sinn, die Betroffenen schon vor der umfangreichen Veröffentlichung auf sich aufmerksam zu machen und wertvolle Arbeitszeit durch Anwalts- und Gerichtstermine zu vergeuden. Die großen Anzeigenkunden werden jedenfalls seit Jahren schon systematisch von renommierten Verlagen betrogen. Und sie werden, nach der Veröffentlichung, für viele Jahre große Summen zurückfordern können.

Aber es geht beim Betrug in den Medien nicht nur um Verlage. Der Betrug lauerte und lauert im Mediengeschäft überall – wie ich immer wieder lernen musste. An wirklich jeder Ecke. Und an ungewöhnlichen Orten. Als ich das erste Mal in Namibia in einem bekannten Hotel in der Hauptstadt Windhoek abstieg, da lag beim Bezug meines Zimmers eine mir nicht bekannte Frau im Bett. Sie grinste mich irgendwie frech an. Ich ging nach dem langen Flug genervt und müde sofort zur Rezeption, in der Annahme, das Zimmer sei irrtümlich doppelt vergeben worden. Und ich bekam anstandslos ein anderes Zimmer. Erst als mich die Kollegen bei der Journalistenreise am nächsten Morgen fragten: »Und? Wie war Deine?«, da ahnte ich, dass die Frau in »meinem Bett« kein Zufall war. Ich war jung. Ich war naiv. Und ich musste erst noch lernen, wie Journalisten bestochen und gekauft wurden und welche Tricks es in der Branche gab. Es war eine bezahlte Einladungsreise, auf die mich die FAZ geschickt hatte. Finanziert hatte es nach meiner

Erinnerung irgendein südafrikanisches Tourismusbüro. Rückblickend war das Schema immer irgendwie identisch.

Die Schweigespirale:
Was nicht in den Zeitungen steht

Es hat ein Vierteljahrhundert gedauert, bis die Wahrheit ans Licht kam und amtlich bestätigt wurde. Nach mehr als 25 Jahren erkannte die Berufsgenossenschaft im Juni 2014 an, dass ich als ehemaliger Kriegsberichterstatter der FAZ berufsbedingt ein Giftgasopfer bin. Ich bin wahrscheinlich der wohl letzte lebende westliche Zeuge einer Massenvergasung, bei der im Juli 1988 in wenigen Stunden mehrere Hundert Menschen mit deutschem Giftgas getötet wurden. Wahrscheinlich waren es weitaus mehr Menschenleben. Und ganz sicher half gegen das Giftgas »Schwefellost« keine Gasmaske. Inzwischen hat übrigens auch die CIA interne Papiere zu dem hier erwähnten Giftgaseinsatz nach 25 Jahren freigegeben.[141] › Hinweis
Warum ich mit diesen Angaben dieses Kapitel eines Buches über deutsche Medien und die Wahrhaftigkeit der Berichterstattung beginne? Weil es ein typisches Beispiel dafür ist, wie Politik und Medien in Deutschland funktionieren. Wenn man ganz tief in die Archive der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* steigt, für die ich damals berichtete, dann findet man dort einen Artikel von mir mit der Überschrift »Bei Zubaidat werden die Spuren der Schlacht beseitigt«.[142] › Hinweis Ein weiterer Hinweis zu dem, was da auf einem irakischen Schlachtfeld mit deutscher Beteiligung geschah, findet sich noch in den inzwischen freigegebenen Archiven der CIA.[143] › Hinweis Und ein kleines Foto mit einer Bildunterschrift. Das war’s. Wenn Menschen irgendwo in der Welt mit deutschem Giftgas

qualvoll vergast werden, dann würde man doch meinen, als gut informierter Bürger darüber irgendetwas zu erfahren. Die Realität sieht indes völlig anders aus. Noch immer habe ich viele Farbfotos von der Massenvergasung, die bislang niemals veröffentlicht wurden. Besser gesagt: Sie sollten, bis auf eine ganz kleine Aufnahme, nicht veröffentlicht werden. Mein damaliger Vorgesetzter, der für die Außenpolitik zuständige FAZ-Herausgeber Fritz Ullrich Fack, wollte das jedenfalls nicht. Er schickte mich nach meiner Rückkehr vom Schlachtfeld mit den Fotos vielmehr zum Bundesverband der Chemischen Industrie. Ein kleiner, eher beiläufiger Bericht über einen Gaseinsatz, ein einziges kleines Foto in der FAZ, das war's. Ich sollte die Fotos, an denen ich die Bildrechte hatte, auf Anweisung des FAZ-Herausgebers auch nicht an andere Medienhäuser weitergeben. Der *Stern* wollte die Bildserie damals haben. Das aber hätte mich wohl meinen Arbeitsplatz gekostet. Die Öffentlichkeit sollte, so mein damaliger subjektiver Eindruck, möglichst wenig erfahren.

Das ahnte ich schon, als ich noch mit den körperlichen Folgen des Giftgases kämpfte und noch im Irak war. Unter Mühen hatte ich detailgetreu beschrieben, was da Unfassbares geschehen war. Da lagen Menschen auf dem Schlachtfeld, denen nach dem Giftgaseinsatz in der glühenden Hitze das Gehirn aus Mund, Augen und Nase floss. Mit Bulldozern, natürlich auch aus deutscher Produktion, schoben die Iraker die Leichenberge zusammen und überdeckten sie mit Wüstensand. Damals gab es noch keine Mobiltelefone, kein Internet und ich hatte auch keine Satellitenverbindung. Ich war gesundheitlich schwer angeschlagen. Und der Weg zurück vom Schlachtfeld nach Bagdad war eine Höllenqual. Trotzdem habe ich von dort noch telefonisch meinen Bericht mit allen Details

durchgegeben. Wenn ich das, was dann davon in Frankfurt bei der FAZ veröffentlicht wurde, heute lese, dann fasse ich mir an den Kopf. Mein damaliger Kollege Klaus-Dieter Frankenberger sagte mir nach meiner Rückkehr in der Redaktion, er habe das Stück in der Nachrichtenredaktion redigiert und alle grausamen Einzelheiten rausgenommen. Auslaufende Gehirne von vergasten Menschen passten nicht in die FAZ. Der FAZ-Leser sollte offenkundig keine unappetitlichen Einzelheiten erfahren. Erst im Herbst 1990, rund zwei Jahre nach meinem Bericht in der FAZ, wurden jene deutschen Hintermänner verhaftet, welche den Irakern bei der Giftgasproduktion geholfen hatten.[144] › Hinweis

Am 19. Dezember 2013, rund 25 Jahre nach der Vergasungsaktion, habe ich den längst pensionierten früheren FAZ-Herausgeber Fack noch einmal angeschrieben und um eine Erklärung für sein damaliges Verhalten gebeten. In meinem Schreiben heißt es unter anderem:

Die damals von mir bei den Vergasungen gemachten zahlreichen Aufnahmen musste ich auf Ihre Anweisung hin dann sofort nach meiner Rückkehr in Frankfurt dem Verband der Chemischen Industrie vorlegen, von dem Mitgliedsunternehmen – so meine Erinnerung – zuvor die Vorkomponenten für das Senfgas an die Iraker zur Vergasung der Iraner geliefert hatten. Es durfte damals in der FAZ nur ein einziges, möglichst harmloses Foto von der grauenhaften Fotoserie, die ich auf dem Schlachtfeld von den vergasten Iranern gemacht hatte, veröffentlicht werden, weil die Aufnahmen den Lesern aus Sicht der FAZ nicht zumutbar waren.

Der frühere FAZ-Herausgeber hat mir das alles bis heute nicht erklären können oder wollen. Ein halbes Jahrhundert nach der Vergasung der Juden wurden wieder einmal

Menschen vergast. Nach meinem Wissen mit deutscher Beteiligung. Und das ganze Thema wurde medial weitgehend verdrängt.

Deutsche Bundeskanzler haben in Israel um Verzeihung dafür gebeten, weil Nazis vor Generationen Juden vergast haben. Deutsche Bundeskanzler sind in Paris und Warschau niedergekniet und haben unsere Nachbarn für Kriege um Verzeihung gebeten, die Generationen zurückliegen. Wie kann es da sein, dass deutsche Politiker und Medien sich in der Gegenwart wegducken, wenn Iraner mit deutschem Giftgas vergast werden? Oder haben Sie schon einmal gehört, dass Bundeskanzler Kohl, Schröder oder Merkel das iranische Volk um Vergebung gebeten hätten? Die Fließdrückmaschinen, mit denen die Granathülsen der Gasgranaten im Irak gefertigt wurden, stammten ebenso aus deutscher Produktion wie die chemischen Komponenten zur Herstellung der Giftgase Lost, Tabun und Sarin. Wir haben das alles unter der Tarnung »Pflanzenschutzmittel« mitten ins Kriegsgebiet geliefert. Wir haben so getan, als ob die Iraker in der Wüste Tausende Tonnen Pflanzenschutzmittel versprühen wollten. Wir sind verlogen.

Bestimmte Dinge, so mein persönlicher Eindruck auch heute noch, soll die Öffentlichkeit möglichst nicht erfahren. Diesen Eindruck hatte ich später auch bei Gruner + Jahr. Im November 2005 hatte ich für den Verlag den Bericht »Der Unterweltadel von Berlin« geschrieben. Der Berliner Unterweltkönig Steffen Jacob berichtete darin, wie seine »Karriere« begann, als Willy Brandt als damals Regierender Berliner Bürgermeister einer seiner ersten Kunden für »freizügige Damen« eines bestimmten Gewerbes war. Steffen Jacob, der viele Jahre später im August 2014 starb [145] › Hinweis, wollte mich damals unbedingt dafür gewinnen, dass ich als Ghostwriter seine Memoiren verfasste. Er war ein Fan meiner Sachbücher und hoffte darauf, neben

meinem Bericht bei Gruner + Jahr auch seinen »Aufstieg« der Nachwelt in allen Facetten in Buchform hinterlassen zu können. Der Mann, der schweres Geld mit leichten Mädchen machte, hatte einen Koffer voller Dankesbriefe. Eine Fundgrube der Peinlichkeiten. Einer stammte von einem Verteidigungsminister. In ihm bedankte sich der bekannte Minister für den »schönen Abend«. Steffen Jacob sagte mir, was nicht in dem Brief stand: Er behauptete, der Minister stehe darauf, Frauen sexuell mit Flaschen zu quälen. Ich wusste nicht, ob ich das glauben sollte oder nicht. Die Details klangen für mich unfassbar. Es waren Exzesse, an welche ich mich wieder erinnerte, nachdem Jahre später die Rotlicht-Eskapaden und Vergewaltigungsvorwürfe von Dominique Strauss-Kahn, dem Chef des Internationalen Währungsfonds, öffentlich wurden. Klar war, dass Steffen Jacob extrem viele Menschen in der Hand hatte. Denn die Eskapaden des deutschen Ministers wurden nicht etwa von diesem selbst oder über den Steuerzahler finanziert, sondern vom Berliner Büro des Lobbyisten eines deutschen Rüstungskonzerns. Steffen Jacob zeigte mir entsprechende Kontoauszüge. Und er bestand darauf, dass solche »Dienste« häufig ganz offiziell versteuert wurden. Steffen Jacob erzählte über einen Generalsekretär einer Partei, den Berliner CIA-Stationsleiter und einen deutschen Verteidigungsminister, die sich bei ihm mit solchen Damen vergnügten. Und er zeigte entsprechende »Dankesbriefe«. Manchen Menschen war offenbar nichts zu peinlich. Als ich meinen Bericht verfasste, da versorgte Steffen Jacob nach eigenen Angaben auch das Auswärtige Amt und das Bundeskriminalamt und dessen Gäste. Ein anderer Informant zeigte mir einen Kinderspielplatz in der Berliner Fuggerstrasse, wo sich Männer damals beim langsamen Vorbeifahren angeblich Kinder aussuchen konnten, die dann für Kindersex »frei Haus« geliefert wurden. Der Berliner

Fotograf Ali Kepenek bekam manche der Details mit, weil er die Aussagen von Steffen Jacob und anderen Berliner Unterweltgrößen bebildern sollte.[146] › Hinweis Ich weiß nicht, welche Aufnahmen Ali Kepenek heute noch davon hat. Ein polnischer Importeur für Bauholz erklärte den Lesern, wie in Berlin das Geschäft mit illegalen Waffen funktioniert und wer die Kunden sind. Auch Frank Warneck, genannt »Wanne«, ein Mitglied der Hells Angels, packte in dem Bericht aus. Seine letzten Worte bei unserem damaligen Treffen waren: »Gewissen kann nur sein, wo Wissen ist. Aber wollen Eure Leser das alles wirklich wissen? Bin gespannt, ob es tatsächlich gedruckt wird.«

Nun, das alles wurde bis heute nicht gedruckt. Die Recherche hatte viel Geld gekostet, aber Zeitzeugen, die über Willy Brandt und Prostituierte oder bekannte Politiker auf dem Kinderstrich berichteten – das hätte wohl ein politisches Erdbeben gegeben. Und so verschwand die Geschichte in den Archiven. Mein subjektiver Eindruck, ich kann mich täuschen: Gruner + Jahr wollte die Themen nicht wirklich. Diese wenigen persönlichen Erlebnisse zeigten mir zumindest, dass Medienhäuser bestimmte Themen nicht gern »anpacken«. Die Gründe dafür mögen unterschiedlich sein. Das, was wir sehen, hören oder lesen, ist aber eben kein vollständiges Abbild der Realität.

Auch die Gründerin des Umfrageinstituts Allensbach, Elisabeth Noelle-Neumann, sagte mir einmal bei einem Redaktionsbesuch in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung:* »Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, das ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte, hergestellte Wirklichkeit«. In den 1990er-Jahren war sie häufig bei uns in der FAZ-Redaktion zu Gast. Die 2010 im Alter von 94 Jahren verstorbene Professorin für Kommunikationswissenschaft und weltweit angesehene

Meinungsforscherin hatte in jener Zeit in den deutschen Medien nicht wirklich viele Freunde. Viele Journalisten verachteten sie, weil sie etwas auszusprechen wagte, das in Deutschland als Tabu galt: die systematische Beeinflussung und Steuerung von Menschenmassen durch eine kleine Minderheit der Journalisten. Noelle-Neumann nannte es die »Schweigespirale«, wenn Massenmedien wie das Fernsehen Minderheitenmeinungen öffentlich als Mehrheitsmeinungen darstellten und die Menschen nicht aufmuckten, sondern aus Angst vor sozialer Isolation einfach dazu schwiegen. Aus der Schweigespirale, als wissenschaftliche Theorie in der Kommunikationsforschung von Noelle-Neumann schon in den 1970er-Jahren formuliert, ist in den seither vergangenen Jahrzehnten ein noch weitaus mächtigerer und bösartigerer Dämon geworden, der uns Bürger heute rund um die Uhr fest im Griff hat. Er manipuliert uns.

Und dieser Dämon lügt. Vor allem in Kriegen. Seit dem libanesischen Bürgerkrieg (1975 bis 1990), als die Fernsehzuschauer Abend für Abend die neuesten Aufnahmen von den Häuserkämpfen in Beirut sehen wollten, bürgerte sich unter Fernsehjournalisten aller Nationen eine lebensverlängernde und angenehme Art der Berichterstattung ein: Man freundete sich als Journalist mit einer Bürgerkriegsfraktion an, gab dieser die Fernsehkamera mit und ließ sich die neuesten Aufnahmen gegen Bezahlung frei Haus liefern. Anschließend sorgten einige martialisch aussehende Kämpfer mit dem Geratter einer Maschinenpistole im Hintergrund dafür, dass vor der Kulisse einer ausgebrannten Ruine, der man mit ein wenig Benzin schnell wieder zu neuem, rauchigem Leben verhelfen konnte, auch noch der deutschsprachige Korrespondent »inmitten des Kriegsgeschehens« aufgenommen werden konnte. So waren alle zufrieden: Die deutschen Sender erhielten erstklassiges Bildmaterial, die Zuschauer fröstelte

es beim Anblick des Wagemutes, die Korrespondenten erwiesen sich ihrer horrenden Kriegszulagen wert, und die Statisten der Bürgerkriegsmilizen hatten wieder für einen Tag genug Geld, um sich Zigaretten und Alkohol kaufen zu können.

Der Autor dieses Buches hat viele Schlachtfelder der Welt besucht – von Afghanistan über Angola und die Kongo-Staaten bis zum Irak und Iran. Immer wieder stieß er dort auf Fernsehteams, die auf der Jagd nach Aufnahmen Benzinkanister mit sich führten, weit von jeglichem Kampfgeschehen entfernt längst ausgebrannte Militärfahrzeuge abermals entflammten und vor dieser Kulisse ein eigenartiges Schauspiel vollführten: Gestandene Korrespondenten duckten sich dann regelmäßig, wirkten hektisch und zuckten, was aus einigen Metern Entfernung reichlich komisch aussieht und erst verständlich wird, wenn man den fertig geschnittenen Beitrag anschaut. Auf die Tonspur wurden nachträglich stets einige Stöße aus Maschinenpistolen gemischt, in krasseren Fällen gar Mörsereinschläge. Solche »Helden« gibt es auch bei deutschen Sendern. Sie sind heute aufgrund ihrer außergewöhnlichen Verdienste längst in die Sendeleitung aufgestiegen, sodass es sich nicht mehr geziemt, ihre Namen zu nennen. Andere haben Rückschläge hinnehmen müssen, weil sie als Plagiatoren entlarvt wurden.

Ich selbst habe viele Erlebnisse aus solchen Situationen damals lieber nicht aufgeschrieben. Auch wenn sie mich selbst betrafen. Es hätte wahrscheinlich nicht gut ausgesehen, wenn ich den Lesern in der FAZ wahrheitsgemäß berichtet hätte, dass ich schwer bewaffnet mit einer Kalaschnikow und ausreichend Munition im Patronengurt durch Afghanistan zog, wenn ich von dort berichtete. Ich habe noch Fotos davon. Der

deutschsprachige Leser, der in einer friedlichen Welt beim gemütlichen Morgenkaffee saß, hätte es damals wohl nicht verstanden, dass man im afghanischen Kampfgebiet (lange vor der Ankunft der ersten westlichen Soldaten) als »ungläubiger« Ausländer Freiwild war, auf welches die Mudschahedin ganz nach Belieben geschossen haben. Mit einigen gezielten Feuersalven konnte man sich solche Leute jedoch ganz gut auf Distanz halten. Mit Wattebäuschchen im Gepäck hätte man jedenfalls allein ganz sicher keinen Tag überlebt. Ich bin damals in der westafghanischen Stadt Herat beim Mudschahedinführer Ismail Khan sogar pro Forma zum Islam konvertiert, was sich im Kampfgebiet unter den Mudschaheddin relativ schnell herumsprach. Jene, die es nicht mitbekommen hatten und zum Spaß auf mich feuerten, habe ich dann mit der Waffe auf Distanz halten können. Es gab andere Journalisten, die absolut kein Verständnis dafür hatten, dass man sich in einem islamischen Unruhegebiet, in dem man sich völlig allein und ohne Schutz bewegte, auch mit Waffen verteidigte. Der US-Journalist Daniel Pearl etwa hat es nie verstanden, dass ich Kriegsparteien in Bürgerkriegsgebieten niemals traute. Er hat solchen Leuten stets voll vertraut. Muslime haben ihm dann später bei vollem Bewusstsein den Kopf abgeschnitten und das auch noch gefilmt und ins Internet gestellt.[147] › Hinweis Auch der schwedische Journalist Nils Horner schützte sich nie. Er war stets unbewaffnet und wollte auch keine bewaffneten Begleiter. Er wurde in Kabul von Anhängern der Islamideologie erschossen.[148] › Hinweis Genauso erging es zwei französischen Reportern in Mali.[149] › Hinweis Und auch die deutsche Fotografin Anja Niedringhaus, die wie ich aus Ostwestfalen stammt, wurde, wie so viele, in Afghanistan einfach so erschossen.[150] › Hinweis Das ist die alltägliche Realität in solchen Ländern. Aber unsere Medien verbreiten lieber ein anderes Bild. Ich

selbst habe 1987 gelernt, in Kriegsgebieten keinem anderen zu vertrauen. Damals war ich im angolanischen Buschkrieg in einem Lager der prowestlichen Buschkämpfer des Jonas Savimbi. Ein deutscher Journalist der Zeitschrift *Quick* warf mir spaßeshalber eine der Handgranaten, die überall im Lager herumlagen, zu und hatte zuvor den Sicherungsstift herausgezogen. Er war überzeugt davon, dass in einem Lager von Buschkämpfern niemals echte scharfe Handgranaten einfach so herumliegen würden. Die Granate war allerdings scharf. Und sie detonierte binnen Sekunden. Ich habe sie zuvor gerade noch wegwerfen und mich hinter Sandsäcken auf den Boden ducken können. Der *Quick* – Journalist machte genau in jener Sekunde ein Schwarz-Weiß-Foto, von dem ich heute noch einen Abzug habe. Es wird mich mein ganzes Leben daran erinnern, niemals einem Fremden in einem Kriegsgebiet zu vertrauen.

Heute oben, morgen unten: Mediale Hinrichtungen

Wie wir sehen werden, manipulieren uns Journalisten und Medien rund um die Uhr. Und überall. Unsere Gehirne können inzwischen damit umgehen. Wir wissen ja, dass Medien uns häufig belügen. Verheerend wird es, wenn Manipulationen uns auch emotional bewegen und beeinflussen sollen. Wenn Journalisten im Hintergrund vom Staat dazu missbraucht werden, Gerüchte zu streuen.

Ich selbst habe das in jenem Moment erlebt, als mich jene Geheimdienste, die mich während meiner Zeit bei der FAZ mit Informationen gefüttert haben, »abschalteten«. Ende 2003 schied ich bei der FAZ aus. Und Anfang 2004 hielt ich gerade in Dresden einen Vortrag, als ich darüber informiert wurde, dass Polizei und Staatsanwaltschaft in meiner viele Hundert Kilometer entfernten Wohnung gerade eine Durchsuchung durchführten. Und zwar wegen des »Verdachts auf Geheimnisverrat«. Die Nachricht lief von der *Tagesschau* bis zum *Spiegel* überall.[151] › Hinweis Auch die FAZ berichtete: »Räume eines Terror-Experten durchsucht« und nannte meinen Namen in Zusammenhang mit der Durchsuchung. Auf einen Schlag war ich nicht nur aus der Sicht meiner Nachbarn ein Krimineller. Ich war überrascht davon, dass das, was gestern noch vom Staat gefördert worden war (die Entgegennahme und Auswertung von vertraulichen Dokumenten), nun plötzlich eine Straftat sein sollte. Ganz langsam erst verstand ich, dass ich einfach nur öffentlich diskreditiert und »abgeschaltet« werden sollte. Das Signal an alle, die mich mit Material versorgt hatten,

lautete: Ab sofort ist bei dem Ulfkotte Schluss damit. Rückblickend habe ich das alles verstanden. Nur eines nicht: Bis heute haben weder die *Tagesschau* noch *Spiegel* oder die FAZ berichtet, dass die Strafverfahren auch wieder eingestellt wurden. Es gab weder Geheimnisverrat noch eine sonstige Straftat. Man kann also einen Menschen öffentlich hinrichten, so habe ich die Berichte jedenfalls damals empfunden, und muss das dann später auch nicht mehr geraderücken. Die Leser sollten das unabhängig von meinem unbedeutenden Fall einfach wissen. Ich muss jetzt jedenfalls immer schmunzeln, wenn ich Enthüllungen über Politiker in den Medien mitgeteilt bekomme oder alle Medien über eine Hausdurchsuchung wegen des Verdachts auf irgendwas bei einer Person berichten. Mitunter hat das dann wohl ganz andere Gründe, wie ich selbst erfahren habe. Und die Journalisten sind nicht dazu verpflichtet, anschließend die Wahrheit zu berichten und jene, die sie hingerichtet haben, zu rehabilitieren. Ich finde es beschämend, dass die FAZ, welche 2004 (korrekt) über die Durchsuchung bei mir berichtete, mich aber später bei der Einstellung des Strafverfahrens nicht rehabilitierte, sich bis heute nicht für dieses Verhalten entschuldigt hat. Dennoch habe ich mich darum bemüht, auch in Hinblick auf die FAZ bei den Ausführungen in diesem Buch sachlich zu bleiben. Aber es hat mich nicht überrascht, dass der Medienjournalist Stefan Niggemeier in einem anderen Fall schreibt, die »FAZ verschweigt ihren Lesern relevante Kritik«.[152] › Hinweis Und er berichtet, dass ein Kreisvorsitzender der Jungen Union sein FAZ-Abo wegen einseitiger Berichterstattung gekündigt habe.[153] › Hinweis Ich kann das heute gut verstehen.

Ach ja: Ich pflegte in jenen Jahren, in denen ich von den damaligen Eliten mit geheimem Material förmlich zugeschüttet wurde, auch eine besondere Nähe zu Bernd

Schmidbauer (CDU). Der war bis 1998 Geheimdienstkoordinator im Kanzleramt. Ich hatte an anderer Stelle in Artikeln schon beschrieben, wie er mich im Kanzleramt in einen Raum einschließen ließ, damit ich in Ruhe als geheim eingestufte Unterlagen auswerten und mir die wichtigsten Punkte abschreiben konnte. Später bekam ich solche Unterlagen auch ausgehändigt oder gar zugestellt.

Viele der Unterlagen, die bei der Hausdurchsuchung beschlagnahmt worden waren, stammten aus Schmidbauers Büro, trugen seine Signatur und konnten direkt auf ihn zurückgeführt werden. Die Staatsanwaltschaft, die damals gegen mich wegen des Verdachts auf »Geheimnisverrat« ermittelte, interessierte das nicht. Schmidbauer war wohl juristisch betrachtet ein Verräter.

Ich erinnere mich noch gut daran, als ich in einer Talkshow vor laufender Kamera Unterlagen aus meinem Pilotenkoffer nahm, weil bei einer Diskussionsrunde in Zweifel gezogen wurde, dass ich Aussagen aus Geheimdienstkreisen wirklich auch von dort hatte. Ich hatte willkürlich in den Pilotenkoffer gegriffen und hielt diesen Stapel Unterlagen in die Kamera. Oben drauf, das ergaben später Vergrößerungen des abfotografierten Fernsehbildschirms, lag eine Mappe aus Schmidbauers Büro mit dessen persönlichen Kürzeln. Im Kanzleramt herrschte helle Aufregung. Man fürchtete, dass die Opposition ein Verfahren gegen Schmidbauer, Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse, anstrengen und es dann zur Aufhebung seiner Immunität im Bundestag kommen würde. Erstaunlicherweise passierte das nicht. Einer meiner damaligen obersten Zuträger, Bernd Schmidbauer, war offenkundig immun. Heute kassiert er seine Pension und ist Ehrenpräsident des Bundesverbandes für fachgerechten Natur- und Artenschutz (BNA), dem bundesweiten

Dachverband der Tier- und Pflanzenhalter. Bleibt die Erkenntnis: Bestimmte Menschen können Straftaten verüben und bekommen das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. Ihre Helfershelfer sind wie Figuren auf einem Schachbrett. Unsere »Qualitätsmedien« spielen dabei bereitwillig mit. Es ist einer von vielen Belegen dafür, dass Demokratie und Rechtsstaat nur noch simuliert werden und reine Illusion sind.

Im Kapitel »Im Würgegriff der Geheimdienste« werde ich noch beschreiben, wie ich früher als Student (zunächst ohne mein Wissen) in den 1980er-Jahren vom BND an einer Universität über einen Professor angeworben wurde. Ab 1999 war ich dann selbst Lehrbeauftragter einer Universität. Und zwar in Lüneburg. Dort habe ich im Fachbereich Betriebswirtschaft viele Jahre lang Sicherheitsmanagement unterrichtet. Und ich habe dabei an der Universität zusammen mit anderen Referenten (etwa Rolf-Wilhelm Dau, dem Ex-Sicherheitschef von Philips) insgeheim Studenten ausgewählt, welche aufgrund ihrer Persönlichkeitsstruktur, ihrer politischen Einstellung und ihrer Fähigkeiten für den BND von Interesse waren. Das konnte man in den von mir veranstalteten Seminaren leicht erkunden. Wir haben viel über Politik gesprochen. Wir haben Rollenspiele gemacht. Und ich habe in den Seminaren nebenbei spielerisch Hobbys und persönliche Einstellungen der Studenten abgefragt. Viele meiner Studenten werden sich noch gut daran erinnern, dass wir uns gelegentlich auch einen James-Bond-Film angeschaut haben und ich sie dann fragte, wer sich vorstellen könne, später ebenfalls für einen Geheimdienst zu arbeiten. Alle haben dann gelacht. Die Studenten fanden das unendlich witzig. Keiner ahnte die Wahrheit. Der BND wollte das so. Und die Universität unterstützte das. Das alles wurde nach vielen Jahren schlagartig mit einem deutlichen

Signal beendet: Die geschilderten Durchsuchungen fanden eben auch an der Universität Lüneburg statt. Die staatlichen Schlapphüte, die mich »abschalten« sollten, tauchten im Büro des Präsidenten der Universität auf und verkündeten dort, dass gegen mich wegen »Geheimnisverrats« ermittelt wurde. Von dem Moment an schlug mir auf dem Campus nur noch Verachtung entgegen. Mein Lehrauftrag wurde mir entzogen. Längst werden andere Hochschullehrer dort meine frühere Aufgabe übernommen haben, Studenten ohne deren Wissen auf ihre Eignung für den BND zu überprüfen. So läuft das in Deutschland. Man sollte nur nicht darüber sprechen.

Kapitel 2

Unsere Medien: Gleichgeschaltet, obrigkeitshörig und rechercheunwillig

Alle in diesem Buch namentlich genannten Personen bestreiten eine klebrig-filzige Nähe zu Eliteorganisationen. Sie bestreiten zudem, Lobbyisten zu sein. Sie bestreiten auch, sich durch die Nähe zur Elite »korrumpieren« zu lassen. Und sie bestreiten, als Journalisten mit Nähe zu vorgenannten Gruppen den journalistischen Biss verloren zu haben. Sie bestreiten, dass sich die dargelegte Nähe auf ihre Berichterstattung auswirkt.

Thilo Sarrazin:
Ein Volksheld wird abgeurteilt

Man kann den bösen Dämon von Journalisten leicht in den bekannten Redaktionen entlarven. Nehmen wir als Beispiel nur die Thesen von Thilo Sarrazin. Mehr als zwei Drittel (70 Prozent) der Deutschen stimmen Sarrazin nach seriösen Umfragen grundsätzlich zu.[154] › Hinweis Gemessen an seinen Umfragewerten ist Thilo Sarrazin also eine Art Volksheld. Bei unseren Medien ist er zumeist genau das Gegenteil – der Inbegriff eines »Bösewichts«. Und das nur, weil er auszusprechen wagt, was die Mehrheit denkt. Die *taz* nennt Sarrazin einen »Demagogen«[155] › Hinweis, ebenso der *Kölner Stadt-Anzeiger* [156] › Hinweis. Deutschlandradio stempelt ihn zum »Rechtspopulisten«.[157] › Hinweis Und die Journalistin Mely Kiyak charakterisierte Sarrazin, dessen rechte Gesichtshälfte teilweise gelähmt ist, als eine »lispelnde, stotternde, zuckende Menschenkarikatur«[158] › Hinweis. Ein Mensch, der offen ausspricht, was die Mehrheit denkt, der wird in unseren Medien als »lispelnde, stotternde, zuckende Menschenkarikatur« fertiggemacht. Geht’s noch? Ein Mensch mit den Umfragewerten eines Volkshelden wurde flächendeckend in unseren Massenmedien vorgeführt. Der dahinterstehende bösartige Dämon der Manipulation sitzt heute in fast jeder Redaktion. Die Wochenzeitung *Zeit* fragte allen Ernstes, ob man sich in den Medien mit Thilo Sarrazin überhaupt befassen dürfe, da hieß es: »Verbreiten wir nicht dadurch erst jene Gedanken, die fast alle Journalisten und Politiker in diesen Tagen so verurteilen? Ja, wir tun Thilo Sarrazin (…) damit einen

Gefallen. (...) Thilo Sarrazin ist auf dem Weg, ein Volksheld zu werden ...«. [159] › Hinweis Das darf offenbar nicht sein, dass in Deutschland die Mehrheitsmeinung aus dem Volke auch in den Medien ausgesprochen und repräsentiert wird.

Angeblich verfügen wir im deutschsprachigen Raum über ein breitgefächertes Angebot an Zeitungen, Fernsehsendern und anderen Medien mit den unterschiedlichsten Meinungen. Von ganz links bis ganz rechts. Die Journalisten sind heute angeblich völlig unabhängig von Personen und Dingen, über die sie berichten. Angeblich sind sie nur der objektiven Wahrheit verpflichtet. Wie wir bald sehen werden, ist das allerdings nur noch reine Illusion.

Eine Illusion bezeichnet eine Sinnestäuschung; eine andere Wahrnehmung als das, was in der Realität tatsächlich vorhanden ist. Unsere »Qualitätsmedien« beherrschen diese Kunst der Sinnestäuschung perfekt. Sie simulieren uns Meinungsvielfalt, Unabhängigkeit und wahrhaftige Berichterstattung nur noch. Dabei werden wir Bürger von den Medien in Wahrheit manipuliert, desinformiert und so gelenkt, wie es die Politik gerade mal wieder wünscht.

Propaganda:
Die Preußen des Balkans kommen

Zum 1. Januar 2014 wurde der deutsche Arbeitsmarkt für Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien voll geöffnet. Es war ein sehr umstrittenes Thema. Und so gab es mahnende Stimmen, welche vor einer »Armutszuwanderung« in die deutschen Sozialsysteme warnten. Die Bundeskanzlerin war von dieser Diskussion allerdings wenig begeistert. Die Medien verstanden den Wink. Es gab sofort eine Welle von Berichten, nach denen Rumänen und Bulgaren extrem fleißige Menschen seien, welche ganz sicher unsere Sozialkassen füllen und nicht etwa leeren würden. Das *heute-journal* übertraf alle anderen Höflinge der politisch korrekten Berichterstattung und sprach bei den Rumänen und Bulgaren von den »Preußen des Balkans«. Man ließ die staunenden Zuschauer wissen: »Wer sich die Arbeitsmarktstatistiken ansieht, wird das bestätigt sehen. Die Arbeitslosenquote der zugewanderten Bulgaren und Rumänen ist sogar niedriger als in der Gesamtbevölkerung.«[160] › Hinweis Es würden angeblich nur unbegründete Ängste geschürt vor einem Überfall auf das deutsche Sozialsystem durch Bürger aus Bulgarien und Rumänien. Zu denen hieß es im *heute-journal* sogar: »Die meisten von ihnen füllen auf dem deutschen Arbeitsmarkt Lücken, in denen Fachkräftemangel herrscht.«[161] › Hinweis Der staatliche Propagandasender ZDF machte sich zum Vorreiter einer Desinformations- und Propagandawelle, bei der den Deutschen die Angst vor den neuen Mitbürgern genommen werden sollte. Es gab Beiträge, in denen die

Rumänen und Bulgaren als extrem fleißige neue Bevölkerungsgruppe dargestellt wurde, die im Vergleich zur deutschen Gesamtbevölkerung sogar extrem selten arbeitslos sei.[162] › Hinweis Alle – wirklich alle – führenden deutschen Medien übernahmen das und verbreiteten es ungeprüft. Schließlich kamen die im *heute-journal* verbreiteten Zahlen, welche die Aussagen belegen sollten, ja direkt von der Bundesregierung. Das war wenige Monate vor der Kommunal- und Europawahl 2014. Die Bürger sollten bei Laune gehalten werden. In jenen Tagen behaupteten auch renommierte Wirtschaftszeitungen wie das *Handelsblatt*: »Bulgaren und Rumänen: Die Völkerwanderung fällt aus«.[163] › Hinweis Und weil es bei dieser Thematik erst gar keine Diskussion geben sollte, wurden gleich auch noch sprachliche Barrieren aufgebaut: »Armutszuwanderung«[164] › Hinweis und »Sozialtourismus«[165] › Hinweis sollten »Unwörter des Jahres« werden. Die Sprachpolizisten erklärten in der *Tagesschau* zur besten Sendezeit, warum wir solche Wörter nicht mehr benutzen dürfen:

Dies diskriminiere Menschen, die aus purer Not in Deutschland eine bessere Zukunft suchen, und verschleiere ihr prinzipielles Recht hierzu. Der Ausdruck »Sozialtourismus« reiht sich der Jury zufolge dabei in ein Netz weiterer Unwörter ein, die zusammen dazu dienen, diese Stimmung zu befördern: »Armutszuwanderung« werde im Sinne von »Einwanderung in die Sozialsysteme« ursprünglich diffamierend und nun zunehmend undifferenziert als vermeintlich sachlich-neutraler Ausdruck verwendet. Der Ausdruck »Sozialtourismus« treibe die Unterstellung einer böswilligen Absicht jedoch auf die Spitze.[166] › *Hinweis*

Kaum waren Europa- und Kommunalwahl im Mai 2014 genau sechs Tage vorbei, da wurde den Bürgern dann die Wahrheit präsentiert: »Hartz-IV-Bezieher: Immer mehr Zuwanderer aus Bulgarien & Rumänien« titelte etwa *Bild*. Die ersten zwei Sätze des Artikels sagen schon alles: »Die Zahl der Armutszuwanderer aus Ost-EU-Ländern und Euro-Schulden-Staaten, die in Deutschland Hartz-IV beziehen, steigt weiter deutlich an. Ende Februar erhielten nach neuesten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) 290 760 Personen aus den 10 Ost- und 4 Schuldenländern Stütze. Das waren 21 Prozent (50 226) mehr als im Februar 2013. Danach liegt die Zahl der Bulgaren und Rumänen mit Hartz-Bezug im Februar erstmals über 50 000. Die BA zählte Ende Februar 28 705 Stützeempfänger aus Bulgarien und 24 098 aus Rumänien.«[167] › Hinweis

Und im Juni 2014 berichteten deutsche Medien: Die Zahl der Hartz-IV-Bezieher aus Bulgarien und Rumänien sei deutlich gegenüber dem Vorjahr gestiegen, um etwa 60 Prozent.[168] › Hinweis Das gehe aus aktuellen Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hervor. Viele der auf Grundsicherung angewiesenen neuen Mitbürger leben demnach in einigen wenigen Großstädten, vor allem in Dortmund, Duisburg, Stuttgart und Hamburg. Nochmals: *sechzig* Prozent mehr Hartz-IV-Bezieher aus Bulgarien und Rumänien. Und kurz zuvor hatte man genau das Gegenteil behauptet. Da waren es noch die angeblich so fleißigen »Preußen des Balkans«.

Im Klartext: Jene, welche vor den wichtigen Wahlen vor der Entwicklung gemahnt hatten, hatten Recht gehabt. Es gab und gibt Massen von Armutszuwanderern. Doch Politik und Medien verkauften sie uns vor der Wahl als »Preußen des Balkans« und untermauerten die gewagte Aussage mit Statistiken, die wohl eigens für diese Desinformationskampagne zurechtgefälscht worden waren.

Es war eine typische Simulation von wahrhaftiger und unabhängiger Berichterstattung. Eine reine Illusion.

Warum man das alles machte? Einen Hinweis gab Jahre zuvor Marco Arndt von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sofia, in einem Gespräch mit dem Deutschland-Radio. Auf die Frage, ob Bulgarien nicht zu früh in die EU aufgenommen wurde, antwortet Arndt: »Wenn Sie die formalen Kriterien zugrunde legen, dann ist es sicherlich richtig, dass Bulgarien und auch Rumänien diese Kriterien nicht in Gänze erfüllt hat, dass es von der Europäischen Union eine politische Entscheidung war, beide Staaten aufzunehmen,« und weiter: »Bulgarien liegt an den Grenzen Europas. Wenn ich an den russischen Einfluss denke – der wäre wesentlich stärker im Land, als er ohnehin schon ist, wenn Bulgarien nicht in der EU wäre, ich sage nur mal Stichwort Energiepolitik.«[169] › Hinweis Es handelte sich also um rein machtpolitische und geostrategische Überlegungen, die dazu führten, Bulgarien im Jahre 2007 in die EU aufzunehmen. Nachdem im Jahr 2004 Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowenien, die Slowakei und Ungarn als ehemalige Ostblockstaaten unter dem Einfluss der damaligen Sowjetunion, der EU beitraten, wurde 2007 mit der Aufnahme Bulgariens und Rumäniens Russland von Westeuropa isoliert. Im Hintergrund ging es nur um Machtpolitik.

Die verbalen Täuschungstricks von Politik und Medien

Nicht nur unsere Hauptnachrichtensendungen sind mittlerweile eine permanente Sinnestäuschung. Während die Straßen um uns herum täglich maroder werden, an den Schulen der Putz von den Wänden fällt, die Kriminalität immer weitere Stadtviertel beherrscht, die Kluft zwischen Arm und Reich unendlich auseinanderklafft und der Wutstau in der Bevölkerung nie gekannte Ausmaße erreicht, lullen uns die »Qualitätsmedien« mit Waschmittelparolen austauschbarer Politiker ein. Während da draußen langsam, aber sicher alles vermodert und zusammenbricht, präsentieren uns »Qualitätsmedien« Tag für Tag mit Durchhalteparolen die Illusion von Stabilität, Wohlstand und finanzieller Sicherheit.

Wir verdanken dem Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim die Einsicht, dass die etablierten Parteien den Staat als Beute betrachten und uns Bürger wie Räuber begierig ausnehmen. Die »Qualitätsmedien« sind dabei ihre willfährigen Helfer. Sie assistieren und sekundieren, um die Opfer ruhig und sogar dann noch bei guter Laune zu halten, wenn man sie ausnimmt. Mit Wahrheit, Objektivität und Unabhängigkeit hat das, was die meisten Medien da im deutschsprachigen Raum beständig produzieren, heute absolut nichts mehr gemein. Eher schon mit einer Art der Gleichschaltung.

Die verbalen Täuschungstricks von Politik und Medien bei dieser Gleichschaltung sind bei näherer Betrachtung leicht zu durchschauen: Wenn sie uns das Denken vorgeben, dann

nennen sie das »Erziehung zum mündigen Bürger«. Wenn Zuwanderer jeglichen Respekt gegenüber Einheimischen vermissen lassen, dann sollen wir das als »kulturelle Eigenart« respektieren. Wenn alle großen Medien wie in einer Diktatur auf allen Sendern und in allen Zeitungen rund um die Uhr weitgehend dasselbe berichten, dann sollen wir das als »Vielfalt« der Medienwelt begreifen. Nicht anders ist es beim Euro: Wenn Politiker aller Parteien unsere Ersparnisse immer stärker durch »Euro-Rettungspakete« gefährden, dann sprechen sie von »Stabilisierung« (etwa beim Stabilisierungspakt). Man erblickt bei allen diesen Begriffen schon beim ersten Nachdenken die dahinterstehende Lüge. Jeder kennt diesen gelebten täglichen Betrug und die Begriffsverdrehungen, die uns in trauter Einigkeit von Politik und Medien aufgetischt werden. Wenn alle großen Parteien und Medienhäuser zu wichtigen Fragen wie Klimawandel, Frauenquoten oder Euro-Rettung fast die gleiche Position vertreten, dann nennen unsere Medien das heute »gelebte Demokratie«. In Wahrheit werden wir von »Qualitätsjournalisten« an der Nase herumgeführt. Wenn unsere Stromversorgung durch die »Energiewende« jetzt ständig kurz vor dem Zusammenbruch steht, dann nennen die Medien die unsichere Energieversorgung einfach »nachhaltig«. Kein Mensch protestiert gegen diese gleichgeschaltete idiotische Begriffsverdrehung. Und irgendwann glauben wir es sogar, obwohl wir wissen, dass das Gegenteil korrekt ist. Wir finden den Betrug, den Journalisten täglich an uns Bürgern verüben, inzwischen völlig normal. Viele haben sich damit abgefunden, von Politik und ihren willfährigen Helfershelfern in den »Qualitätsmedien« nur noch belogen und betrogen zu werden. Die Konsequenz? Wir trauen Journalisten zu Recht nicht mehr über den Weg.

Der Verlust der Glaubwürdigkeit

Im deutschsprachigen Raum gehören Journalisten aus vielen Gründen inzwischen zur Bevölkerungsgruppe mit dem geringsten Ansehen. Das kommt nicht von ungefähr, denn sie haben sich diesen miserablen Ruf schließlich über Jahrzehnte hin hart erarbeitet. Im Kampf um Quoten und Auflagen haben sie so oft gelogen und die Wahrheit verbogen, dass man ihnen kaum noch glaubt.

Ärzte, Krankenschwestern und Polizisten sind beliebt – aber Journalisten von »Qualitätsmedien«? [170] › Hinweis Machen wir uns nichts vor: Das Ansehen von Qualitätsjournalisten ist im Keller.[171] › Hinweis Auf der Prestigeskala der Normalbürger rangiert es zwischen Politikern und Prostituierten. Wen wundert es da noch, dass einstmals angesehene Medienunternehmen heute im Internet immer öfter als »Medienhuren« bezeichnet und etwa das ehemalige Nachrichtenmagazin *Spiegel* dort jetzt den unrühmlichen Spitznamen »Der Speichel« abbekommen hat?

Fernsehmoderatoren belegten in einer Studie des Meinungsforschungsinstituts Allensbach 2013 zusammen mit Bankern den letzten Platz auf der Beliebtheitsskala. Die Fernsehmoderatoren selbst halten sich allerdings eher für die Größten. Da ist etwa Johannes B. Kerner. Er brillierte im März 2014 bei *Bild der Frau* mit der Aussage: »Mein IQ liegt irgendwo um und bei 130«. Und der selbstverliebte Moderator Michel Friedman hob nach einer Affäre mit ukrainischen Zwangsprostituierten allen Ernstes hervor: »Ich habe mich zu wenig selbst geliebt.«[172] › Hinweis

Keine gute Meinung haben auch Auslandsjournalisten über ihre deutschsprachigen Kollegen. Roger Boyles, Deutschland-Korrespondent der Londoner *Times*, sagte schon vor zwei Jahrzehnten: »Deutsche Zeitungsjournalisten scheinen sehr abhängig zu sein von den Presseagenturen. Viele Artikel, die unter ihrem Namen erscheinen, sind identisch mit dpa- oder deutschen AP-Reports vom Vortag. Wenn es einen Unterschied gibt, dann den, dass der Journalist seine Meinung hinzugefügt hat – ohne eigene Recherche.«[173] › Hinweis Und Brandon Mitchener von der renommierten *International Herald Tribune* kritisierte ebenfalls deutsche Journalisten mit den Worten: »Sehr viele Zeitungsartikel beinhalten keine eigene Recherche, sondern sind weitgehend unkritisch. Mit wenigen Ausnahmen halte ich die Journalisten für zu passiv und vielleicht auch etwas faul. Sie sind immer gut informiert, aber auch obrigkeitshörig.«[174] › Hinweis Faul, obrigkeitshörig und rechercheunwillig – so sehen Kollegen deutsche Journalisten. Und die Bürger? Der Dresdner Kommunikationswissenschaftler Professor Wolfgang Donsbach hat das in einer Studie mit dem Titel »Entzauberung eines Berufs« untersucht. Da heißt es etwa:

Die Mehrheit der Bürger attestiert den Journalisten einen enormen Einfluss in vielen Bereichen ihres Lebens: worüber im Alltag gesprochen wird, was man von Politikern denkt, welche Partei man wählt und welche Waren man kauft. Für mehr als die Hälfte sind Journalisten damit mächtiger als Politiker. Und fast alle finden das nicht gut. Die Politikberichterstattung wird darüber hinaus von fast zwei Dritteln der Bürger als zu wenig objektiv kritisiert, obwohl gerade Objektivität von ebenfalls zwei Dritteln erwartet wird. Journalisten sind für sie keine ehrlichen Makler. Fast zwei Drittel glauben, Journalisten unterdrückten häufig

Stellungnahmen von Experten, die anderer Meinung sind als sie selbst.[175] › Hinweis

Kapitel 3

Undercover Wahrheit: Alpha-Journalisten auf Linie mit den Eliten

Alle in diesem Buch namentlich genannten Personen bestreiten eine klebrig-filzige Nähe zu Eliteorganisationen. Sie bestreiten zudem, Lobbyisten zu sein. Sie bestreiten auch, sich durch die Nähe zur Elite »korrumpieren« zu lassen. Und sie bestreiten, als Journalisten mit Nähe zu vorgenannten Gruppen den journalistischen Biss verloren zu haben. Sie bestreiten, dass sich die dargelegte Nähe auf ihre Berichterstattung auswirkt.

Wenn man im Umfeld der vielen proamerikanischen Propagandaorganisationen tätig ist, welche die frühere Besatzungsmacht USA auf deutschem Boden hinterlassen hat, dann kann man als Politiker wie auch als Journalist schnell in skurrile Konflikte kommen. Ein Beispiel: Da hat der *Zeit*-Autor Jochen Bittner zusammen mit einem Kollegen

2014 einen Artikel über deutsche Außenpolitik geschrieben.[176] › Hinweis In dem Artikel geht es um die Münchner Sicherheitskonferenz und um eine Rede des deutschen Bundespräsidenten Gauck, der deutsche Auslandseinsätze unterstützt. Gaucks Rede wird in dem *Zeit* – Artikel gelobt. Was der Leser nicht erfährt: Gaucks Rede geht in Teilen auf ein Projekt der transatlantischen Organisation *German Marshall Fund* zurück, welche diese zusammen mit der Stiftung Wissenschaft und Politik (gefördert vom Auswärtigen Amt) erarbeitet hatte. Und *Zeit* – Journalist Bittner war an dem Projektpapier unmittelbar beteiligt, hat an dem Projekt mitgearbeitet.[177] › Hinweis Bittner selbst nennt es ein »offenes Ideenpapier« – also eine Art Thesenpapier.[178] › Hinweis In einem Artikel dazu heißt es:

Richtig sei aber, so Bittner, dass er im Laufe des Jahres 2013 »an einer Diskussionsgruppe teilgenommen habe, die von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und dem GMF organisiert war«. Ziel der Gruppe sei es gewesen, ein Thesenpapier im Hinblick auf eine neue deutsche Sicherheitsstrategie auszuarbeiten. Dabei habe es sich aber, so Bittner, lediglich um ein »offenes Ideenpapier« gehandelt.[179] › *Hinweis*

Ein Rechtsanwalt vermerkt dazu:

Bittner hat nicht nur an einer Konferenz oder Diskussionsrunde von GMF und SWP teilgenommen (…). Es handelte sich vielmehr um ein Projekt, das sich über einen Zeitraum von einem Jahr erstreckte und das in ein Papier zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik mündete. Dieses Projekt hatte also eher den Charakter eines Think Tanks, der zu verschiedensten Aspekten auch konkrete Empfehlungen ausspricht.[180] › *Hinweis*

Bittner schrieb also in der Zeit über eine in Teilen von der Lobbyorganisation *German Marshall Fund* und SWP gemeinsam mit Bittner erarbeitete Rede, die anlässlich einer proamerikanischen Lobbyistenveranstaltung, der Münchner Sicherheitskonferenz, gehalten wurde. Und der Leser hatte keine Ahnung, dass Bittner da in der Zeit offenkundig das lobte, was er selbst zuvor zumindest in Teilen als »offenes Ideenpapier« miterarbeitet hatte. Das alles ist so absurd, dass sich dann auch die Satiresendung *Die Anstalt* des Themas annahm. Erst danach veröffentlichte die *Zeit* unter dem Artikel online den folgenden Hinweis:

Anmerkung der Redaktion: In diesem Artikel aus der ZEIT Nr. 7/14 erwähnen die Autoren unter anderem ein Studienprojekt der Stiftung Wissenschaft und Politik und des German Marshall Fund *über die Bausteine einer deutschen Sicherheitsstrategie. Einer der Autoren des Artikels, Jochen Bittner, war Teilnehmer dieses Projekts.*[181] › Hinweis

Die schon erwähnte Sendung *Die Anstalt* vom 29. April 2014 ging auch ausführlich auf die Propaganda ein, mit der deutsche Medien Washington loben und Moskau anprangern. Eine Szene zeigte ein Schaubild mit den Namen fünf führender deutscher Journalisten – Stefan Kornelius von der *Süddeutschen Zeitung,* Josef Joffe und Jochen Bittner von der Zeit sowie Günther Nonnenmacher und Klaus-Dieter Frankenberger von der Frankfurter Allgemeinen. Darüber fanden sich die Namen von zwölf transatlantischen Denkfabriken – unter ihnen das *Aspen Institute,* die Trilaterale Kommission, die Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik und die Bundesakademie für Sicherheitspolitik –, in denen »Militärs, Wirtschaftsbosse und Politiker in diskreter Atmosphäre« außenpolitische Strategien diskutieren, wie es hieß. Striche markierten die

früheren Verbindungen zwischen den fünf Journalisten und den regierungsnahen Denkfabriken. Das Ergebnis war ein dichtes Netzwerk.[182] › Hinweis »Dann sind ja all diese Zeitungen nur so was wie die Lokalausgaben der Nato-Pressestelle«, hieß es in der Sendung. Das löste heftige Proteste bei den erwähnten Medien aus. Medienwissenschaftler Uwe Krüger sagte dazu später: »Ich nehme an, dass der Druck nach einer Fernsehsendung mit Millionenpublikum recht hoch geworden ist. Sichtbar sind jedenfalls Shitstorms unter Online-Artikeln, und offenbar gab es auch Abbestellungen von Abos.«

In der *New York Times* wären solche Verquickungen, wie es sie bei der *Zeit* gegeben hat, verboten. Bei uns ist es anders. Bei uns heißt das »Qualitätsjournalismus«. Und man könnte den Eindruck bekommen, dass jene anderen deutschen Zeitungen, die sich gegenüber den vielen US-Lobbyorganisationen ähnlich verhalten, tatsächlich nur so etwas wie die Lokalausgaben der Nato-Pressestelle sind.

Wie aber reagierte die *Zeit* auf die Satiresendung *Die Anstalt?*

Josef Joffe, Herausgeber der ZEIT, beschwerte sich beim Chefredakteur des ZDF, Peter Frey, über angeblich falsche Darstellungen in der Satire-Sendung. Die »Anstalts«-Redaktion durfte sich mit Unterlassungserklärungen auseinandersetzen, die ihr der Herausgeber und ein Redakteur der liberalen Zeitung haben zukommen lassen. Und Stefan Kornelius, Leitartikler der Süddeutschen Zeitung, wies gegenüber dem NDR-Medienmagazin Zapp Kritik an seiner Nähe zur Elite zurück.[183] *› Hinweis*

Der auch in Kollegenkreisen inzwischen äußerst umstrittene Josef Joffe, der aus meiner Sicht mit Chuzpe den Ruf der einst so renommierten Wochenzeitung *Die Zeit* ruiniert, legt

ebenso wie die anderen namentlich in der ZDF-Sendung genannten Journalisten Wert auf die Feststellung, dass jene Organisationen, denen sie angehören oder angehört haben, keine Lobbyorganisationen seien. Joffe ist jetzt nach eigenen Angaben nicht mehr Mitglied von *Aspen-Institute*, ACG und Atlantik-Brücke. Joffe behauptet, das Team des ZDF sei auf die Doktorarbeit des in diesem Buch schon häufig erwähnten Wissenschaftlers Uwe Krüger, der die Netzwerkverbindungen der Vergangenheit untersuchte, »hereingefallen«.[184] › Hinweis Anstelle von Josef Joffe wäre ich vorsichtig mit dem Wort »hereingefallen« gewesen. Denn Joffe, der sich für seriös hält, ist vom Medienjournalisten Stefan Niggemeier 2014 kurz zuvor bescheinigt worden, Unsinn in Form einer Zeitungsente verbreitet zu haben, weil er in einem seiner Artikel auf eine »fiktive Shitstorm-Agentur hereingefallen ist«.[185] › Hinweis

Die *Zeit* – Journalisten haben nach Medienberichten sogar eine einstweilige Verfügung gegen die Satiresendung erwirkt, damit der zitierte Beitrag der Satiresendung *Die Anstalt* nicht mehr ausgestrahlt wird. In einem Bericht dazu heißt es: »Für ein Flaggschiff wie die *Zeit* kommt das juristische Vorgehen von Joffe und Bittner gegen das ZDF einem journalistischen Offenbarungseid gleich. Leider berichten die großen Zeitungen wie SZ, FAZ oder *Spiegel* über den Streit Joffes und Bittners mit dem ZDF nicht. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.«[186] › Hinweis

Sie haben richtig gelesen: Da geht eine angeblich »unabhängige« und angeblich »demokratische« journalistische Zeitung gegen Satire vor. Die »freie« Presse gegen Satire! Wer bislang noch nicht ahnte, wie es um unsere Qualitätsmedien bestellt ist, der hat spätestens hier die Antwort bekommen.

Merkwürdig: Auch nachdem Josef Joffe am 2. Mai 2014 schriftlich in einem Brief versicherte, er sei nicht »Mitglied von *Aspen-Institute*, ACG und Atlantik-Brücke«, wurde er auf seiner eigenen Homepage an der US-Stanford-University, wo er lehrt, auch Monate später noch weiterhin namentlich bei diesen Organisationen genannt. Dort hieß es (ich habe einen Screenshot davon gespeichert) zu Joffes vielen Funktionen:

Boards: American Academy in Berlin, International University Bremen, Ben Gurion University, Israel; Goldman Sachs Foundation, New York; Aspen Institute Berlin, Leo Baeck Institute, New York; German Children And Youth Foundation, Berlin; European Advisory Board, Hypovereinsbank, Munich (2001–2005). Editorial Boards: The American Interest, (Washington); International Security (Harvard), and Prospect (London), The National Interest, Washington (1995–2000). Trustee: Atlantik-Brücke (Berlin), Deutsches Museum (Munich), Abraham Geiger College (Berlin). Member: American Council on Germany, Intl. Institute for Strategic Studies.[187] › Hinweis

Da hat jemand bei den ganzen verwirrenden Netzwerken wohl selbst den Überblick verloren. Oder derjenige, der die zitierte Homepage pflegt, blickt ebenfalls nicht mehr durch. Und erst nachdem ich die Selbstdarstellung von Josef Joffe zweimal gelesen hatte, fiel mir auf, was da neben den vielen anderen Aussagen zu lesen war: Er saß im Beirat der Hypovereinsbank. Und er saß in der *Goldman Sachs Foundation.*

Was bitte macht ein deutscher Journalist in der obskuren *Goldman Sachs Foundation?* Das *Handelsblatt* warnte seine Leser vor dieser mit folgenden Worten:

(Die Nachrichtenagentur) Reuters zweifelt an den Aktivitäten der Goldman Sachs Foundation, einer weltweit tätigen, gemeinnützigen Stiftung, die von der Goldman Sachs Group ins Leben gerufen wurde. Dass die Steuererklärung der Stiftung über 200 einzeilig beschriebene Seiten umfasse, zeige, wie stark Goldman selbst bei der eigenen Wohltätigkeit investiere und handele. Seltsam sei dabei, dass Goldman zwar 501 Millionen Dollar seit 1999 in die Stiftung gesteckt habe, aber nur einen Bruchteil von rund fünf Prozent ausgeschüttet und in Projekte gesteckt habe – das Minimum, das für den gemeinnützigen Status erforderlich sei. Von den meisten Aktivitäten der Stiftung profitiere am Ende Goldman selbst. Als Beispiel nennt Reuters die Asia Society an der Park Avenue in New York: eine »Quasselbude«, in der Goldman-Banker ihren ausländischen Kunden »Honig ums Maul schmieren«.[188] › Hinweis

Goldman Sachs ist Inbegriff jener raffgierigen US-Finanzelite, welche Milliarden Gewinne machte, als einfache Menschen auf dem Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise ihre Häuser und Ersparnisse verloren. Und die obskure Stiftung der raffgierigen Goldman-Banker dient dazu, das ramponierte Ansehen der Raffkes wieder etwas aufzupolieren. Was bitte machte ein deutscher Journalist also in der *Goldman Sachs Foundation?* Schlimmer geht’s wohl nimmer! Oder?

Bild Dir Deine Meinung

Erinnern Sie sich noch an den kommunistischen chinesischen Staatsführer MaoTse-tung? Der Mann liebte den Personenkult. Die Medien mussten ihm beständig huldigen. Hätte Mao den sechzigsten Geburtstag von Angela Merkel beobachten dürfen, er wäre wohl vor Neid erblasst. Mao zwang die Medien seines Landes noch unter Androhung drakonischer Strafen zu den Lobhudeleien. Und heute geht so etwas bei deutschen Medien offenkundig vollautomatisch. Alle lieben »Mutti«. Ganz vorne beim modernen Personenkult dabei: die *Bild* – Zeitung.[189] › Hinweis

Die Professorin Brigitte Witzer behauptet, dass wir in einer »Diktatur der Dummen« leben, in einer »Idiokratie«.[190] › Hinweis Unsere Gesellschaft verblödet. Auch bei der Verblödung ganz vorn stets dabei: die *Bild* – Zeitung. Professorin Witzer hat beobachtet, wie sich unsere Leitmedien aus der *Bild* »informieren«, sie schreibt:

Natürlich gibt es Unterschiede zwischen Bild und anderen Zeitungen, nehmen wir unsere früheren Qualitätsmedien FAZ oder Süddeutsche Zeitung, die überregional und mit hohem Anspruch Informationen für ihre Lesergruppen aufbereiten. Auch sie orientieren sich an der Bild, wenn es um die Agenda der öffentlichen Diskussion geht. Das sagt mir jedenfalls meine persönliche Erfahrung in einem Café im Prenzlauer Berg, wo ich drei Jahre lang die Zeitungslesegewohnheiten eines bekannten FAZ-Redakteurs leibhaftig verfolgen konnte. Er mit Bild, ich ohne Worte. Mag sein, dass das eine Ausnahme ist, aber ich bin ja umgeben

von Menschen, die in den Medien ihr Brot verdienen, und höre ehrlich gesagt nichts anderes. Deshalb möchte ich dabei bleiben: Bild setzt die Agenda. Intellektualisiert und mit Wissen angereichert, auch erweitert wird sie in FAZ und Süddeutscher (...). Damit hat die Berichterstattung ein anderes Niveau. Aber hat sie ein anderes Ziel?

Was also ist das »Ziel« der *Bild* – Zeitung? Und was geht dort im Hintergrund vor sich?

Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder sagte einmal, zum Regieren brauche er nur »*Bild,* BamS und Glotze«. Macht über ein paar Massenmedien – und schon kann man auch Menschenmassen leicht lenken. Hauptsache, ein paar wenige Meinungsmacher spielen bei der Manipulation der Massen bereitwillig mit. Wenn Sie die folgenden Kapitel gelesen haben, dann werden Sie Medien wie *Bild, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine, Zeit,* ZDF und ARD wahrscheinlich mit völlig anderen Augen sehen.

Von Heinz Oskar Vetter, dem früheren DGB-Vorsitzenden, stammt der Satz: »Wer sich in Bild *begibt*, kommt darin um«. Aber heute ist *Bild* in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Es ist nicht mehr anrüchig, mit dem Blatt in Verbindung gebracht zu werden. Und auch seriöse Journalisten akzeptieren es als Informationsquelle. Künstler wie Marius Müller-Westernhagen oder Veronika Ferres haben für Bild geworben. Wir erinnern uns noch an die großflächigen Plakate, auf denen auch Prominente wie Til Schweiger, Armin Rohde, Thomas Gottschalk, David Garrett, Udo Lindenberg, Michelle Hunziker, Peter Scholl-Latour, Katharina Witt oder Bill Kaulitz der *Bild* mal so richtig die Meinung sagten. Mit der Aktion sollte »hochkarätigen Prominenten eine Bühne« geboten werden, »ihre offene, ehrliche und ungeschönte Meinung zur BILD mitzuteilen«.

Der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker warb für *Bild* mit den Worten: »›Bild‹: Politik spannend, Stil (kunter-) bunt«. Auf dem Plakat mit Alice Schwarzer, Frauenrechtlerin und Steuerhinterzieherin, hieß es: »Jede Wahrheit braucht eine Mutige, die sie ausspricht.« Peter Scholl-Latour wurde mit den Worten zitiert: »Das Hauptinteresse für mich an ›Bild‹ ist, dass sie die großen Meinungstrends widerspiegelt – und manchmal sogar in Bewegung setzt.« Handballspieler Stefan Kretzschmar behauptete dreist: »›Bild‹ kann Schlagzeilen entwickeln, aber ›Bild‹ hat nie eine Meinung.« Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher: »Wenn ich ›Bild‹ gelesen habe – täglich –, weiß ich noch nicht, was Deutschland denkt, was es fühlt, aber schon – nach Meinung von ›Bild‹.«[191] › Hinweis

Die *Bild* – Zeitung ist Deutschlands auflagenstärkste Zeitung. Sie hat eine verkaufte Auflage von täglich etwa 2,4 Millionen. Die Zielgruppe der *Bild* ist weder der Universitätsprofessor noch der Hilfsarbeiter, sondern der Durchschnittskonsument. 63 Prozent der Leser sind Männer, 43 Prozent aller Leser haben einen Hauptschulabschluss mit Lehre, 35 Prozent die mittlere Reife und vier Prozent die Hochschulreife. Sieben Prozent der Leser sind Selbstständige, 34 Prozent sind Angestellte oder Beamte und 37 Prozent sind Facharbeiter. Insgesamt erreicht *Bild* etwa 18 Prozent der Deutschen – also fast jeden Fünften. 4,3 Millionen Frauen und 7,3 Millionen Männer lesen *Bild* täglich, durchschnittlich 45 Minuten lang.

Für die rebellischen 68er-Studenten war *Bild* noch das Hetzblatt, auf dessen Parolen sich der Dutschke-Attentäter berufen konnte. Danach brannten die Lastwagen des Springer-Verlags. Heinrich Böll hat mit seinem Roman »Die verlorene Ehre der Katharina Blum« dem Konflikt ein literarisches Denkmal gesetzt. Heute ist das alles längst

vergessen. Heute ist *Bild* hipp. Das verdankt das Blatt vor allem einem: Kai Diekmann. Spätestens die unter ihm kreierte Überschrift »Wir sind Papst« hat ihn in den Olymp der Sprachschöpfer katapultiert.

In der Eigenwerbung nennt sich *Bild* noch immer »unabhängig« und »überparteilich«. Aber ist *Bild* das wirklich oder jemals gewesen? Wann auch immer ich von *Bild* – Redakteuren um Texte, ein Interview oder eine Zusammenarbeit gebeten wurde, stets wurden die Antworten oder »Rechercheergebnisse« schon zumindest der Richtung nach vorgegeben. Das deckt sich mit den Angaben aus einer Studie der Otto Brenner Stiftung von 2011. Zu den *Bild* – Redakteuren heißt es:

Die Redakteure entwickeln ihre Storys weniger nach der Wirklichkeit als nach ihrer Wirksamkeit. Was nicht ins Muster passt, wird passend gemacht. Redakteure fragen dreist bei potenziellen Gesprächspartnern an, ob sie bereit seien, die jeweils erwünschte Meinung zu äußern – und viele spielen das Spiel mit.[192] › Hinweis

Den gleichen manipulativen Eindruck bekommt man, wenn man die seit Jahrzehnten gedruckte Rubrik der »Gewinner/Verlierer« analysiert. Rechte Politiker sind dort statistisch über die Jahre gesehen eindeutig häufiger die Gewinner als linke Politiker.[193] › Hinweis

Michael H. Spreng, ein früherer Chefredakteur der *Bild am Sonntag*, hat noch ganz andere Erfahrungen mit dieser Rubrik gemacht:

Bild und ich haben seit 1. Januar 2001 ein klares Verhältnis: die Bild-Zeitung kann mich nicht leiden und ich sie nicht. Mir gegenüber drückt sich das in gelegentlichen Gemeinheiten in Millionenauflage aus. 2002, als ich für Edmund Stoiber

arbeitete, war ich in der Kolumne von Oskar Lafontaine »IM Cohiba«, weil ich gelegentlich gute Zigarren mit Gerhard Schröder geraucht hatte. Zuletzt gehörte ich zu den »30 nervigsten« Talkshow-Gästen und 2004, als ich Jürgen Rüttgers beriet, war ich »Verlierer des Tages«. Das kam so: Rüttgers zog im Wahlkampf mit seinem Talk-Format »Rüttgers – ganz persönlich« durch Nordrhein-Westfalen. In Bielefeld hielt sich der Beifall in Grenzen, was mich vor zwei, drei Leuten zu der – sicher unvorsichtigen – Bemerkung veranlasste, man kenne ja die geringe westfälische Begeisterungsfähigkeit. Wenn ein Bielefelder mit dem Kopf nicke, sei das schon ekstatischer Beifall. Was ich nicht wusste: Bild-Chef Kai Diekmann ist in Bielefeld aufgewachsen und so wurde ich am nächsten Tag auf Seite 1 zum »Verlierer des Tages«.[194] › Hinweis

Auch die 2007 erschienene Studie mit dem Titel »*Bild* – unabhängig · überparteilich? Die Wahlberichterstattung der erfolgreichsten Boulevardzeitung Deutschlands« zeichnet ein unschönes Bild von *Bild*, dort heißt es etwa:

Am Wahlabend der Bundestagswahl 2005 ging Gerhard Schröder in der Diskussionsrunde der Spitzenpolitiker der Bundestagsparteien in der ZDF-Sendung »Berliner Runde« mit den Medien hart ins Gericht. Der Kanzler, der einst behauptet haben soll, zum Regieren nur »Bild, BamS und Glotze« zu brauchen (…), beschwerte sich in aggressivem Ton über die Machenschaften der Medien. Er behauptete, er habe Wahlkampf machen müssen gegen das, »was da geschrieben und gesendet wurde« (Schröder in der Sendung »Berliner Runde«, ZDF). Was ist dran an diesen Vorwürfen? Wollten die Medien den Regierungswechsel herbeischreiben? Besonders interessant ist diese Frage in Bezug auf die Medien aus dem Hause Springer, da diese

Zeitungen, und im Besonderen die Bild-Zeitung, im Laufe der Regierungszeit Schröders immer mehr dem Vorwurf ausgesetzt waren, die Unionsparteien zu bevorteilen (...). Nach der Wahl zeigte sich die Verbundenheit des Verlags mit der Union, als Friede Springer, Witwe des Verlagsgründers Axel Springer und Mehrheitsaktionärin des Unternehmens, bei der Wahl Angela Merkels zur Kanzlerin auf der Besuchertribüne des Bundestages saß. Musste Schröder also gegen die Bild-Zeitung regieren bzw. Wahlkampf führen, statt mit Hilfe dieses Blattes? Und konnte Merkel schon während des Wahlkampfes auf die Unterstützung der Boulevardzeitung setzen? [195] › Hinweis

Viele Studien von Kommunikationswissenschaftlern zeichnen das gleiche Bild. Bei Bundestagswahlen gab es eine direkte Wahlwerbung für die Unionsparteien, obwohl sich die *Bild* – Zeitung doch als »überparteilich« bezeichnet und in der Vergangenheit eine explizite Wahlempfehlung der *Financial Times Deutschland* verurteilte. Nicht nur 2002, auch bei der Bundestagswahl 2005 [196] › Hinweis und 2009 machte die Zeitung Wahlwerbung für die Unionsparteien und Angela Merkel, die einst FDJ-Funktionärin für Propaganda in der DDR war.[197] › Hinweis

Ziel von *Bild* ist, so meine subjektive Erfahrung, keineswegs unabhängiger Journalismus. Ziel ist der möglichst hohe Profit für den Springer-Verlag. Und dafür bedient sich *Bild* ohne Rücksicht auf Regeln aller Methoden der Veröffentlichung, ob dies Journalismus, PR, Werbung oder klassische Öffentlichkeitsarbeit ist. Ob das Veröffentlichte eine zutreffende Information über wichtige Neuigkeiten ist, entscheidet sich nicht nach einem demokratischen Bedarf oder einer journalistischen Regel, sondern nach Maßgabe der Unternehmensbilanz. Journalismus ist bei *Bild* kein respektables Handwerk,

dessen Regeln den Geschäften Grenzen setzt. Journalismus ist hier Kanonenfutter für die Rendite. Und *Bild* – Journalismus ist Manipulation von Menschenmassen. Als Partner der politischen Eliten.[198] › Hinweis

Trauzeugenjournalismus: Bild Dir Deine Macht

Das eindrucksvollste Beispiel für nicht mehr zu übertreffende Nähe zwischen Journalisten und Eliten ist es, wenn Journalisten Trauzeugen bei Politikern werden oder umgekehrt. Als Helmut Kohl 2008 seine Lebensgefährtin Maike Richter heiratete, da war *Bild* ganz nah dabei. Daniel Biskup, Kohls Lieblingsfotograf, machte Fotos. Und *Bild* – Chefredakteur Kai Diekmann hat über die Hochzeit berichtet. Diekmann war, neben Leo Kirch, Trauzeuge bei Kohls Eheschließung.[199] › Hinweis So wie Kohl auch 2002 Trauzeuge bei Diekmanns Hochzeit war.[200] › Hinweis Mit der Trennung von Politik und Journalismus geht es da nicht so genau.[201] › Hinweis Steht *Bild* also für »Bild Dir Deine Macht«? Die vielen positiven *Bild* – Berichte der Vergangenheit über Kohl erscheinen da jedenfalls rückblickend in einem ganz anderen Licht.

Auch im Nachbarland Frankreich ist Trauzeugenjournalismus keine unbekannte Größe. Der französische Journalist Augustin Scalbert schrieb zu Zeiten, als Sarkozy noch französischer Staatspräsident war, etwa über einen Trauzeugen, dem französische Medien gehören:

Der Milliardär Bernard Arnault beispielsweise, Eigentümer der wichtigsten täglich erscheinenden Wirtschaftszeitung in Frankreich (Les Echos) und der weltweit größten Luxusgütergruppe (LVMH), ist einfach mit Sarkozy befreundet. Diese Freundschaft geht tief – auch er war Trauzeuge bei der Hochzeit Sarkozys – und als er »nur«

Besitzer von La Tribune (Konkurrent von Les Echos) war, unterstützte das Blatt Sarkozy rückhaltlos und von Zeit zu Zeit zum Nachteil von Ségolène Royal, Mitstreiterin um das Präsidentenamt.[202] › Hinweis

Wie dieser Trauzeugenjournalismus in Frankreich funktioniert, hat die *Süddeutsche Zeitung* in einem eindrucksvollen Bericht 2010 beschrieben:

Als im vergangenen Sommer, mitten im anschwellenden Wahlkampf, auf der Titelseite von Paris Match, dem französischen Pendant zum Stern, das Foto von Sarkozys Frau mit einem anderen Mann erschien, griff der konservative Politiker zum Telefon. Er rief den Verleger von Paris Match an – einen gewissen Arnaud Lagardère, der nebenbei über das größte Zeitschriftenimperium der Welt verfügt. Alsbald war der verantwortliche Chefredakteur von Paris Match auf der Suche nach einem neuen Job. Praktisch auch, dass Lagardère mit Europe 1 einer der meistgehörten Radiosender des Landes gehört, in dem Sarkozy zuletzt oft schnell mal zur besten Sendezeit zum Interview geladen wurde, wenn er in Bedrängnis geraten war. Auch an der angesehenen Tageszeitung Le Monde ist der Unternehmer und Erbe mit einer Minderheit beteiligt, was sich kaum bemerkbar macht. Außerdem besitzt er Zeitschriften (Elle), die Sonntagszeitung Journal du Dimanche und diverse Regionalzeitungen. (…) Das privatisierte, ehemals öffentlich-rechtliche Programm gehört einem von Sarkozys Trauzeugen, Martin Bouygues. Der besitzt gleichzeitig auch den drittgrößten französischen Mobilfunkanbieter. Bouygues war Taufpate eines Sohnes von Sarkozy. (…) Tatsache ist, dass Sarkozys zweiter Trauzeuge Bernard Arnault ist, der über die Luxusgruppe LVMH nicht nur so illustre Marken wie Louis Vuitton, Kenzo und Givenchy, sondern auch die

Wirtschaftszeitungen La Tribune und Investir besitzt.[203] › Hinweis

Doch es gibt nicht nur Trauzeugenjournalismus. *Bild* bindet Politiker auch noch ganz anders ein. Ganz geschickt. Da heißt es etwa über den SPD-Politiker Rudolf Scharping:

Eine besondere Nähe gab es zwischen dem SPD-Politiker Rudi Scharping und »Bild am Sonntag«. In BamS stellte er seine neue Lebensgefährtin vor, für BamS rasierte er sich exklusiv seinen Bart ab. Und für BamS schrieb er als SPD-Fraktionschef über seine – neben der Politik – größte Leidenschaft, über die Tour de France. Immer samstagnachmittags gab »Reporter Rudi«, wie er in der Redaktion hieß, seinen Bericht durch, der von Sportchef Bodo Müller in eine journalistisch gefällige Form gebracht wurde. Dafür erhielt Scharping auch ein ordentliches Honorar, meist in bar.[204] › Hinweis

Wie tickt Kai Diekmann?

Das Erfolgsrezept von *Bild* ist einfach – die Zeitung presst Tag für Tag alle Facetten des menschlichen Lebens auf wenige Seiten. Und das in einem Erzählstil, der wie ein Groschenroman keine großen Anforderungen an den Leser stellt. Liebe und Hass, Treue und Verrat, Glück und Verzweiflung, tödliche Krankheiten, Verbrechen und Politik als Machtkampf und Kräftemessen – und das alles emotionalisiert, personalisiert, simplifiziert und extrem konfrontierend präsentiert. Für *Bild* – Leser ist nicht das wichtig, was objektiv wichtig ist, sondern was zugleich auch noch emotional bewegt. Die klassische journalistische Nachricht hat in *Bild* höchstens noch eine Alibifunktion. Wenn schon von langweiligen politischen Terminen wie Parteitagen oder Regierungserklärungen berichtet wird, dann wird nach emotionalen Elementen gesucht und komplexe Nachrichten werden personalisiert. Die Aufmerksamkeit des Lesers wird vom objektiv Wichtigen abgezogen und etwa durch Pseudo-Offenbarungen auf Nebensächliches umgeleitet. Der Leser wird also von den tatsächlichen Problemen von Politik und Gesellschaft abgelenkt. Die *Bild* – Zeitung ist wie eine Wundertüte, aus der täglich – in leicht verständlichen Häppchen – die ganze Welt fällt. Wenn der *Spiegel* nüchtern über einen Militärputsch in Thailand, den Rücktritt des spanischen Königs und Nato-Planspiele gegen Russland berichtet, dann fragt *Bild* die Leser in Riesenlettern: »Wer hat eigentlich noch Angela Merkels Handynummer?«[205] › Hinweis Und dann klärt *Bild* auf, damit jeder Leser künftig weiß, wer Merkels Mobilnummer hat:

Direkt zu erreichen ist sie für Büroleiterin Beate Baumann (50), Beraterin Eva Christiansen (44), Regierungssprecher Steffen Seibert (53), Kanzleramtsminister Peter Altmaier (55) und einige Berater wie Christoph Heusgen (59, Außenpolitik), Lars-Hendrik Röller (55, Wirtschaft) und Nikolaus Meyer-Landrut (54, Europa), die ihr bei wichtigen Verhandlungen Informationen per SMS schicken können. Wichtig: Die Kanzlerin schätzt es gar nicht, wenn die Nummer weitergegeben wird oder wenn Vertraute damit angeben, dass sie Merkels Nummer besitzen. Am 7. Mai wechselte sie sogar die Nummer, verschickte eine zweisprachige Nachricht (deutsch und englisch) mit der neuen Durchwahl (»I have a new mobile number« …) – auch, weil sie den Kreis der Handy-Freunde wieder enger ziehen wollte.

Natürlich hat auch *Bild* eine Rufnummer der Kanzlerin. Natürlich könnte der Chefredakteur sie schnell erreichen. Das aber erfährt der Leser nicht. Seit Januar 2001 ist Kai Diekmann Chefredakteur der *Bild* sowie Herausgeber von *Bild* und *Bild am Sonntag*. Bei meiner Recherche zu diesem Buch fand ich eine interessante Bildunterschrift. Unter einem Foto, welches den *Bild* – Chefredakteur und Angela Merkel zeigt, heißt es:

Bild *bedeutet Macht. Und das heißt, dass zum Sommerfest der Zeitung (hier 2008) eben auch mal Angela Merkel kommt …*[206] › Hinweis

Diekmann und Merkel kennen sich gut. Sehr gut. Beide sind Mitglieder der Atlantik-Brücke, Diekmann ist sogar Vorstandsmitglied.

Der Deutsche Journalistenverband hat sich zu solchen Aktivitäten deutlich geäußert. Im Sommer 2014 teilte der Verband mit:

Der Deutsche Journalistenverband hat in der aktuellen Auseinandersetzung um die Mitgliedschaft von Journalisten in Lobby-Organisationen die Rolle der Journalistinnen und Journalisten als Beobachter betont. »Die Unabhängigkeit und die Glaubwürdigkeit des Journalismus gebieten es, dass Journalisten keine aktive Rolle in Organisationen ausüben, über die sie berichten«, sagte DJV-Bundesvorsitzender Michael Konken.[207] › Hinweis

Diekmann schätzt Merkel. Und Merkel schätzt Diekmann. Und die *Bild* – Zeitung schreibt unter Diekmann alles über Angela Merkel, nur nichts Negatives. Etwa die Tatsache, dass Angela Merkel Deutschlands mächtigste Nägelkauerin ist. Ja, die Bundeskanzlerin kaut an ihren Fingernägeln. So wie das auch der frühere britische Premierminister Gordon Brown gemacht hat. Oder der 2014 verstorbene FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher in den großen Redaktionskonferenzen. Es wäre das ideale Thema für die *Bild* – Zeitung gewesen. Die aber schwieg dazu.[208] › Hinweis

Wahrscheinlich hat Merkel von dem Machtmenschen Helmut Kohl gelernt, wie wichtig die *Bild* – Zeitung für einen Bundeskanzler ist. Kohl, der von 1982 bis 1998 Bundeskanzler war, lernte Diekmann kennen, als dieser in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre Parlamentskorrespondent für *Bild* in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn war. Kohl mochte Diekmann anfangs nicht, weil dieser lange Haare hatte und einen Zopf trug. Wenn Kohl damals ein Interview in der *Bild* – Zeitung wollte, dann ließ er dieser mit Anspielung auf Diekmann ausrichten: »Schickt mer aber net den Langhaarigen!«[209] › Hinweis Michael H. Spreng, ein Medienberater und Redaktionsleiter der Talkshow *Menschen bei Maischberger*, schreibt in seinem Blog, was dann daraus geworden ist:

Diekmann ist über die Jahre tief in das Vertrauen Kohls eingedrungen und steht dem Alt-Kanzler inzwischen näher als dessen Söhne – zumindest was die Teilnahme an Familienfeiern betrifft. Und Diekmann ist so taktvoll, das Fehlen der Kohl-Söhne bei Hochzeiten oder Geburtstagen nicht oder nur unauffällig zu thematisieren.[210] › Hinweis

Unter Kai Diekmann sind viele Politiker groß gemacht worden – und wieder abgeschossen worden. Ein Beispiel dafür war der zeitweise Verteidigungsminister Theodor zu Guttenberg. Er posierte in Top-Gun-Pose für die erste Seite der *Bild* – Zeitung. Seine Frau war Botschafterin für die *Bild* – Aktion »Ein Herz für Kinder«. Es gab kaum einen *Bild* – Tag ohne Gutti. Selbst als Kritik an einer Reise seiner Frau nach Afghanistan aufkam, schrieb *Bild:* »Wir finden sie gutt«. Eine Redakteurin von *Bild am Sonntag*, Anna von Bayern, schrieb eine liebevolle Guttenberg-Biografie. Guttenberg stellte das neue Buch des *Bild* – Parlamentsbürochefs Nikolaus Blome vor. Einer von Guttenbergs Verwandten, Karl Ludwig von Guttenberg, war in jener Zeit stellvertretender Chef vom Dienst der *Bild* – Bundesausgabe. Viele Leser werden auch nicht wissen, dass Guttenberg beim Springer-Verlag *(Welt)* ein Praktikum absolvierte. Kein Zweifel: Guttenberg hatte eine extreme Nähe zu Springers *Bild* – und *Bild* eine extreme Nähe zu Guttenberg. Man konnte als Außenstehender nur noch rätseln, wer da tatsächlich Regie führte. Es war ein Geben und Nehmen: Guttenberg beglückte *Bild* mit einer millionenschweren Anzeigenkampagne, in der das Verteidigungsministerium um Freiwillige für die Bundeswehr warb [211] › Hinweis – obwohl *Bild* nicht eben viele junge Leser hat. Solche Exklusivverträge, bei denen die Steuergelder flossen, gab es nur mit Springer. Auf der anderen Seite überschüttete *Bild* Guttenberg mit Lobeshymnen. Guttenberg wurde von *Bild* zum Star der Politik gepusht. Die

Nähe zwischen *Bild* und Guttenberg war kaum zu beschreiben. Ein Beispiel war die Gorch-Fock-Affäre, bei der es um Missstände auf dem deutschen Segelschulschiff ging. Guttenberg warnte erst vor einer »Vorverurteilung« – und suspendierte den Kommandanten nach dem Anruf eines *Bild* – Redakteurs vom Dienst.

Der Journalist Michael H. Spreng hat 2013 über die »etwas andere Korruption« zwischen Politik und *Bild* berichtet:

Auch in der Beziehung zwischen Politikern und Journalisten gibt es Formen der Korruption, allerdings keine, die mit Geld zu tun haben. Und keine, die strafrechtlich relevant sind. Da läuft es anders: der Politiker lässt Nähe zu und gibt vertrauliche Informationen oder stellt sich als Galionsfigur für Projekte einer Zeitung oder eines Verlages zur Verfügung. Die Zeitung schenkt ihm im Gegenzug positive Berichterstattung, verleiht ihm Bedeutung, Wichtigkeit. Normalerweise bleiben solche Geschäftsbeziehungen geheim, öffentlich zu beobachten sind nur die Folgen. Manchmal aber zerreißt eine unüberlegte Aktion ein solches Beziehungsgeflecht – in diesem Fall das peinliche Foto von BILD-Chef Kai Diekmann und FDP-Wirtschaftsminister Philipp Rösler. Es zeigt eine überschwängliche Umarmung, ein Politiker und ein Journalist wie zwei Liebende, die sich nach langer Trennung endlich wiederfanden. Auch in diesem Fall gilt: ein Foto sagt mehr als tausend Worte. Und prompt beschäftigt sich eine kritische Öffentlichkeit mit der Geschichte dahinter. BILD preist seit Wochen den Vier-Prozent-Parteivorsitzenden als »Mr. Cool« oder »Minister Cool«, Rösler wiederum macht den Werbekasper und Türöffner für Springers Versuche, die Start-Up-Szene enger an den Verlag zu binden. Eine Win-Win-Situation, könnte man meinen. Das Foto macht aber eine Lose-Lose-Situation daraus. Zwei Männer, die sich in kritischer professioneller

Distanz gegenüberstehen müssten, fallen sich in die Arme. Mit dem Foto fällt beider professionelle Glaubwürdigkeit. Das Foto wird beide noch lange verfolgen und immer wieder einholen. Beim nächsten BILD-Jubelbericht über Rösler oder beim nächsten Auftritt Röslers beim oder zugunsten des Springer-Verlages. So wie Karl Theodor zu Guttenberg von seinem anmaßenden Times-Square-Foto eingeholt wurde. Auch er hatte BILD als Karrierebeschleuniger benutzt – und BILD hatte ihn benutzt. Das Ende ist bekannt.[212] › Hinweis

Die *Frankfurter Rundschau* versuchte 2011 die Frage zu klären, wie diese Nähe funktionierte. Und reduzierte alles nach vielen Erklärungsversuchen auf wenige Sätze:

Anders als andere Zeitungen, in denen Chefredakteure ihren Redakteuren und Ressortleitern Freiheiten lassen, funktioniert Bild nach dem Flaschenhals-Prinzip: Alles muss durch das Büro des Chefredakteurs, Bild *ist das Produkt von Kai Diekmann.* Bild *ist Diekmann.*[213] › Hinweis

Wie also tickt dieser Kai Diekmann? Ich selbst habe ihn bei persönlichen Gesprächen in der *Bild* – Redaktion immer wieder als sympathischen und absolut verlässlichen Menschen kennengelernt. Aber auch als Machtmenschen. Und als durch und durch Konservativen. Diekmann ist Mitglied bei der schlagenden Burschenschaft Franconia in Münster[214] › Hinweis. Diekmann wurde 1983 Frankone, trat 1985 aus und später wieder ein.[215] › Hinweis Selbst wenn er wollte, könnte Diekmann also nicht in die SPD eintreten. Denn dort gibt es einen Unvereinbarkeitsbeschluss: Wer Burschenschafter ist, kann nicht SPD-Mitglied sein.[216] › Hinweis Wer Burschenschafter ist, ist automatisch Teil eines gigantischen Netzwerkes. Viele Politiker und Wirtschaftsführer sind oder waren in solchen

Studentenverbindungen: Der CSU-Politiker Markus Söder ist bei den Nürnberger Teutonen, der CDU-Politiker Bernhard Vogel bei Arminia in Mainz, der österreichische FPÖ-Politiker Heinz-Christian Strache bei Vandalia Wien, der CSU-Politiker Hans-Peter Uhl bei Arminia-Rhenania in München, der Grüne Rezzo Schlauch bei Saxo-Silesia in Freiburg, CSU-Politiker Peter Ramsauer bei Franco-Bavaria in München, der CSU-Politiker Edmund Stoiber ist bei der katholischen Studentenverbindung K.D.St. V. Trifels München, der frühere BND-Chef und Außenminister Klaus Kinkel ist Mitglied der katholischen Studentenverbindung A.V. Guestfalia Tübingen, der frühere baden-württembergische Ministerpräsident und heutige EU-Politiker Günther Oettinger ist bei der Landsmannschaft Ulmia Tübingen und der frühere Allianz-Aufsichtsratsvorsitzende Henning Schulte-Noelle hat seine große Narbe im Gesicht, den Schmiss, von einer schlagenden Studentenverbindung.

Der Elitenforscher Stephan Peters sagt, niemand gehe in der Öffentlichkeit damit hausieren, dass er in einer Studentenverbindung sei. Aber es sei nun einmal ein gut funktionierendes Netzwerk – mit zehntausenden Mitgliedern.[217] › Hinweis

Verbindungen sind wichtig. Aber welche hat der Journalist Diekmann noch neben seiner alten Studentenverbindung? Seit 2004 sitzt er im Beirat der türkischen Tageszeitung *Hürriyet*.[218] › Hinweis Man muss seine Türkei-Liebe kennen, um zu wissen, warum die *Bild* – Zeitung mitunter ganze Artikel in türkischer Sprache veröffentlicht. Diekmann will, dass die Türkei EU-Mitglied wird. Und er sagt:

Ich verbringe meinen Urlaub regelmäßig in der Türkei mit türkischen Freunden. Meine persönliche Assistentin hat türkische Wurzeln. (...) Ich würde glatt behaupten, dass ich

der türkischste Chefredakteur in der Geschichte von Bild *bin.*[219] › Hinweis

Springer, also Diekmanns Arbeitgeber, hat finanzielle Interessen in der Türkei. Das alles sind Informationen, die man irgendwo und irgendwie nachrecherchieren kann. Viel interessanter aber dürften jene Informationen sein, die zeigen, wie Fäden eines Elitenetzwerkes im Hintergrund gezogen und uns oftmals verschwiegen werden. Lesen wir dazu einen Artikel aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 24. Februar 2011 mit der Überschrift:

Zu Guttenberg, »Bild« und die Atlantik-Brücke [220] › Hinweis

Der Ressortleiter der FAZ-Außenpolitik, Klaus-Dieter Frankenberger, berichtete dort von der Verwirrung über einen Aufruf an die »Young Leaders«-Alumni des Elitenetzwerkes der Atlantik-Brücke. (Die Atlantik-Brücke wirbt übrigens mit Klaus-Dieter Frankenberger, was dieser dem Leser in seiner FAZ-Selbstdarstellung nicht mitteilt[221] › Hinweis .) Eine frühere Geschäftsführerin des Vereins, Beate Lindemann, hatte dazu aufgefordert, sich an der Anrufaktion der *Bild* – Zeitung zu beteiligen und sich für den Verbleib des »Young Leader«-Alumnus Karl-Theodor zu Guttenberg im Amt des Verteidigungsministers auszusprechen. *Bild* hatte zuvor auf der Titelseite zum »Guttenberg-Entscheid!« aufgerufen. Der Vorstand der Atlantik-Brücke distanzierte sich dann wieder von diesem Aufruf. Die hier skizzierte Nachricht ist für uns und für die Geschichte völlig uninteressant. Wirklich interessant ist, dass dem Leser in dem Artikel eine interessante Information verschwiegen wurde: Kai Diekmann selbst ist Mitglied der Atlantik-Brücke. Wie auch Guttenberg war er ein Teilnehmer des »Young-Leaders«-Programms – und zwar 1995.[222] › Hinweis

Diese Atlantik-Brücke, bei der Diekmann Mitglied ist, wird auch »Geheimloge« genannt.[223] › Hinweis Und sie gilt als »CIA-nahe«. In einem Bericht von Markus Kompa heißt es dazu:

Die Nähe zur CIA wird nicht einmal verhehlt, verleiht die Atlantik-Brücke doch ganz offiziell den Vernon Walters Award – gewidmet einem stellvertretenden CIA-Direktor, der in denkbar schmutzige Staatsstreiche wie im Iran (1954), in Brasilien (1964) und Chile (1973) involviert war und in den 1960er-Jahren Subversion gegen Gewerkschaften in Italien betrieben hatte. Den östlichen Geheimdiensten galt der geschworene Kommunistenhasser Walters als der Drahtzieher schlechthin.[224] › Hinweis

Im gleichen Bericht wird auch darauf eingegangen, ob bei bestimmten Journalisten die Nähe zur Atlantik-Brücke Einfluss auf die Berichterstattung haben könnte. Da heißt es:

Wer sich fragt, aus welchen Beweggründen Bild-Zeitung und Spiegel so eifrig gegen Russland anschreiben und von der US-Sicht abweichende Meinungen reflexartig als »Antiamerikanismus« identifizieren, wird bei einem Blick auf die Mitgliederliste vermutlich Antworten finden. Da sich prominente Journalisten die Ehre geben, überrascht es kaum, dass kritische Presseberichte über die Atlantik-Brücke nahezu ausbleiben.[225] › Hinweis

Ist es eine reine Verschwörungstheorie, wenn man glaubt, dass Menschen wie Kai Diekmann in einem bestimmten Netzwerk der Eliten verfangen sind, welches sie auch bei der Berichterstattung beeinflusst? Schauen wir uns das Netzwerk der Eliten, in dem Journalisten, Politik und Wirtschaft sich diskret und häufig unter Ausschluss der

Öffentlichkeit treffen, doch einmal näher an. Gibt es dort eine »Korruption durch Nähe«? Nicht verschweigen will ich an dieser Stelle, dass ich Teilen dieses Netzwerkes selbst früher angehört habe – und von diesem korrumpiert wurde.

Die Atlantik-Brücke

Tina Hassel, Leiterin des ARD-Studios in Washington, wurde 2014 dazu nominiert, ab Mitte 2015 Nachfolgerin von Ulrich Deppendorf zu werden und als erste Frau die Chefredaktion des ARD-Hauptstadtstudios zu leiten.[226] › Hinweis Der ARD-Vorsitzende sagte dazu: »Tina Hassel verfügt über genau das Profil, das die Leiterin des ARD-Hauptstadtstudios haben sollte«.[227] › Hinweis Er nannte viele Gründe für die Entscheidung, ihre bisherigen Korrespondentenposten und ihre Führungsqualifikationen. Auch andere bekannte Journalisten äußerten sich und wiesen auf die Qualifikationen von Tina Hassel hin. Merkwürdig: Ihre Verbindungen zur Atlantik-Brücke wurden dabei nie erwähnt. Dort taucht sie jedenfalls in den offiziellen Unterlagen bei einem Treffen der Regionalgruppe Rhein/Ruhr im Jahresbericht der Atlantik-Brücke 2011/2012 und im Arbeitskreis USA im Jahresbericht 2010/2011 auf.[228] › Hinweis

Karl-Theodor zu Guttenberg, Kai Diekmann, Tina Hassel – viele Namen von Prominenten sind mit einer Organisation verknüpft, die in der Öffentlichkeit so gut wie unbekannt ist. Eine Organisation, die auch als »Geheimloge« und »CIA-nah« bezeichnet wird.[229] › Hinweis Je mehr man sucht, umso größer das Erstaunen: Claus Kleber, von 2003–2009 Leiter, seit 2003 Moderator des ZDF-*heute-journals*, ist Kuratoriumsmitglied der Stiftung Atlantik-Brücke.[230] › Hinweis Der Journalist Stefan Kornelius, Leiter der SZ-Außenpolitik, gestand in einem NDR-Interview ein, Mitglied

der Atlantik-Brücke zu sein.[231] › Hinweis Die Zeitung habe ein Interesse daran, dass er in der Organisation sei und bezahle dort sogar seine Mitgliedschaft. Solche Nähe nennt er einen »Teil meines Geschäfts«.[232] › Hinweis Der Kommunikationswissenschaftler Uwe Krüger hatte Menschen wie Kornelius die Nähe zur Atlantik-Brücke vorgeworfen und behauptet, Journalisten, die dort Mitglieder seien, übernähmen deren Denkweise. Kornelius weist das zurück. Der US-Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung,* Christian Wernicke, war 2012 bei einer Mitgliederreise der Organisation in Washington dabei.[233] › Hinweis Auch der bekannte ZDF-Moderator Cherno Jobatey wird dort aufgeführt.[234] › Hinweis Die einflussreiche Journalistin Constanze Stelzenmüller [235] › Hinweis taucht bei der Atlantik-Brücke ebenso auf [236] › Hinweis wie der ZDF-Mann Theo Koll [237] › Hinweis.

Wer also verbirgt sich hinter diesem merkwürdigen Verein? Und wer übt Einfluss auf wen aus? Man könnte ja bis hierher nach der bisherigen Aufzählung der Namen der Auffassung sein, es handele sich halt um einen Verein von oder für Journalisten. Weit gefehlt. Denn es geht um Meinungsmacht. Es geht um Meinungshoheit.

Die »Atlantik-Brücke e. V.«, wurde in der *Spiegel* – Ausgabe vom 29. Januar 1958 als »Gesellschaft ehemaliger Besatzungsfunktionäre im Nachkriegsdeutschland« bezeichnet. So ist es auch nicht verwunderlich, dass die »Atlantik-Brücke« von 1957 bis 1970 das englischsprachige Informationsblatt »Meet Germany« für in Deutschland stationierte US-Soldaten herausgegeben hatte. Es ist schließlich eine Propagandaorganisation der früheren Besatzungsmacht. Warum sind dort Menschen wie der *Bild* – Chef Kai Diekmann Mitglied?

Die Atlantik-Brücke ist ein Verein.[238] › Hinweis In Deutschland gibt es etwa 600 000 Vereine.[239] › Hinweis Dass die Atlantik-Brücke da zwischen Schützen- und Kaninchenzüchter-, Ruder- und Kleingartenvereinen etwas ganz Besonderes ist, zeigt schon ein Blick auf die Liste jener, welche der Organisation nahestehen oder ihr gar angehören.

Im Vorstand des illustren Vereins sitzt als Ehrenvorsitzender der frühere CDU-Bundesschatzmeister Walther Leisler Kiep. Er war auch Aufsichtsrat von Volkswagen und 1984 bis 2000 Vorstandsvorsitzender der Atlantik-Brücke. Vorsitzender der Atlantik-Brücke ist der CDU-Politiker Friedrich Merz, der auch Mitglied der Trilateralen Kommission[240] › Hinweis ist, einer von David Rockefeller gegründeten Lobbyorganisation. Stellvertretende Vorsitzende ist die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Edelgard Bulmahn (SPD), die ebenfalls zugleich auch in Rockefellers Trilateraler Kommission sitzt, einer privaten Interessenvereinigung der Finanzwirtschaft. Auch der Unternehmensberater Burkhard Schwenker ist stellvertretender Vorsitzender der Atlantik-Brücke. Schatzmeister ist Andreas R. Dombret, ein deutsch-amerikanischer Bankmanager, der Partner bei Rothschild und in führender Position bei der *Bank of America* war und heute Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank ist.[241] › Hinweis Richard von Weizsäcker, Bundespräsident 1984 bis 1994, ist Ehrenmitglied. Als weitere Vorstandsmitglieder nennt die Atlantiker-Vereinshomepage: Kai Diekmann, Axel Springer SE, Berlin; Jürgen Fitschen, Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main; Angelika Gifford, Hewlett-Packard GmbH, Böblingen; Dr.-Ing. Jürgen R. Großmann, Georgsmarienhütte Holding GmbH, Hamburg; Dr. Ingrid Hengster, KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main; Professor Dr. Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln; Wolfgang

Ischinger, Allianz SE, München; Eckart von Klaeden, Daimler AG, Berlin; Alexander Graf Lambsdorff, MdEP (ALDE), Europäisches Parlament, Brüssel; Staatssekretär Christian Lange, MdB (SPD), Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Berlin; Philipp Mißfelder, MdB (CDU/CSU), Deutscher Bundestag, Berlin; Omid Nouripour, MdB (Bündnis 90/ Die Grünen), Deutscher Bundestag, Berlin; Lawrence A. Rosen, Deutsche Post AG, Bonn; Karsten Uhlmann, Frankfurter Brauhaus GmbH, Frankfurt (Oder); Michael Zissis Vassiliadis, Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, Hannover und Max M. Warburg, M.M. Warburg & CO, Hamburg.[242] › Hinweis

Bevor wir weiter auf die illustren Mitglieder eingehen, soll ein kurzer Überblick über die Atlantik-Brücke zum Nachdenken darüber anregen, was dort passiert: Die Atlantik-Brücke wurde 1952 auf Anregung des früheren Weltbankpräsidenten John McCloy als private Organisation gegründet. McCloy wurde in jener Zeit Vorstandsvorsitzender von Rockefellers *Chase Manhattan Bank*. McCloy war zuvor Hoher Kommissar für die BRD, also führender Kopf der amerikanischen Besatzungsmacht in (West-)Deutschland. Die Journalistin Marion Gräfin Dönhoff, Mitherausgeberin der Wochenzeitung *Die Zeit,* gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Atlantik-Brücke, welche es als selbstverständlich betrachteten, mit allen medial zur Verfügung stehenden Möglichkeiten die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Offiziell verfolgte der Verein laut Satzung das Ziel, »Bildungs-, wissenschaftliche, kulturelle und mildtätige Zwecke sowie die Förderung der Völkerverständigung« zu verfolgen. In Wahrheit aber ging es von Anfang an um ein persönliches Netzwerk von Führungskräften, welches meinungsbildend auf die öffentliche Meinung einzuwirken gedachte. Die *Frankfurter*

Allgemeine Zeitung nannte die Atlantik-Brücke 1981 eine »elitäre Mitbestimmungsgruppe« und nannte ihre Arbeit für die Demokratie aus der Sicht eines Puristen bedenklich.[243] › Hinweis

Mit der elitären Gruppe scheint die FAZ heute keine Berührungsängste mehr zu haben. Der Chef der FAZ-Außenpolitik, Klaus-Dieter Frankenberger, wird im Jahresbericht 2009/2010 der Atlantik-Brücke auf Seite 129 für den 10. Juni 2010 in diesem Zusammenhang erwähnt. Da heißt es:

79. Sitzung des Arbeitskreises USA: »Sicherheitspartnerschaft mit den Vereinigten Staaten: Auswirkungen und Folgerungen für Deutschland und die EU«, Einführungen: Hans-Ulrich Klose, MdB, Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt, Berlin, Stéphane Beemelmans, Abteilungsleiter Grundsatzfragen EU und Internationale Angelegenheiten; Neue Bundesländer, Bundesministerium des Innern, Berlin, und Klaus-Dieter Frankenberger, Leiter Außenpolitik, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Frankfurt am Main; »Bericht aus Washington«, Botschafter a. D. John C. Kornblum, Magnus-Haus, Berlin[244] *› Hinweis*

Im Jahresbericht 2006/2007 ist Frankenbergers Foto von einer Veranstaltung auf Seite 98 [245] › Hinweis. Und die Atlantik-Brücke wirbt mit Klaus-Dieter Frankenberger, was dieser dem Leser in seiner FAZ-Selbstdarstellung nicht mitteilt [246] › Hinweis. Die Nähe renommierter Journalisten zu dieser umstrittenen Institution ist kein Einzelfall: Allein in den Jahren 2006 bis 2012 werden in den Jahresberichten 88 Journalisten erwähnt, davon allein 26 aus dem Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien. Anders ausgedrückt: Abstand scheinen Journalisten nicht für nötig zu halten. Die

proamerikanische und ganz sicher nicht neutrale Organisation kriecht immer weiter vor in der medialen Berichterstattung.

Nun ist »proamerikanisch« nicht unbedingt ein Schimpfwort. Aber es geht hier auch nicht um gut oder böse, sondern im Hintergrund vor allem um ein Wertesystem. Mit wem hat Deutschland und haben deutsche Medien eine Wertegemeinschaft? Ganz sicher mit Ländern wie den Niederlanden, Österreich, der Schweiz und Spanien. Mit der Nato ganz sicher nicht. Mit der Türkei Erdogans hat Deutschland aber sicher keine Wertegemeinschaft. Und mit den USA? Auch da ist die Antwort eindeutig. Deutsche und Amerikaner teilen viele Werte, etwa Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit. Aber schon bei Fragen nach der Rechtsstaatlichkeit und dem Völkerrecht gibt es große Differenzen. Der Krieg gegen den Irak, Guantanamo oder Drohnen-Hinrichtungen sind mit dem deutschen Rechtsverständnis absolut unvereinbar. Die Tatsache, dass wir keine Wertegemeinschaft mit den USA haben und ganz sicher nicht auf Augenhöhe mit Washington stehen, belegt nichts so eindeutig wie die Einschränkung unserer Freiheit durch amerikanische Spionage, welche die Privatsphäre unserer Bürger Tag für Tag missachtet. Wenn deutsche Journalisten sich also mit proamerikanischen Organisationen wie der Atlantik-Brücke gemein machen, dort auftreten oder diese gar fördern, dann stehen sie nicht mehr inmitten unseres deutschen Wertesystems. Sie werden dann mitunter zu Fürsprechern und/oder Lobbyisten eines anderen Wertesystems.

Am 12. März 2010 wurde in Kooperation mit dem Fernsehsender *Phoenix* erstmals eine Veranstaltung der Atlantik-Brücke im öffentlich-rechtlichen Fernsehen gesendet. Die Atlantik-Brücke veranstaltete am 10. März

2010 ein Gespräch in der Universität der Bundeswehr in Hamburg mit Bundeskanzler a. D., Helmut Schmidt, und dem damaligen Bundesminister der Verteidigung, Karl-Theodor zu Guttenberg, zu dem Thema »Bundeswehr im Einsatz: Krisenherd Afghanistan«. Die Diskussion moderierte der Vorsitzende der Atlantik-Brücke Friedrich Merz. Man muss dazu wissen, dass Helmut Schmidt Mitglied der Atlantik-Brücke ist und Guttenberg ein »young leader« der Atlantik-Brücke. Eine nette Diskussion im Vereinskreis – und das im öffentlich-rechtlichen Fernsehen.[247] › Hinweis Und die *Bild* – Zeitung, deren Chef Diekmann ebenfalls bei der Atlantik-Brücke ist, lieferte die Schlagzeile: »Altkanzler und Verteidigungsminister diskutieren in Hamburg – was Guttenberg von Schmidt lernen kann«.[248] › Hinweis Erinnert sei daran, dass auch Diekmann und Guttenberg in jener Zeit dicke Freunde waren. Ob das alles den Fernsehzuschauern und den Zeitungslesern so bewusst war? Wohl eher nicht. Und genauso funktioniert die Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Einige Meinungsmacher, die ähnlich denken, treffen sich, »diskutieren« – und die ihnen verbundenen Medien berichten darüber.

Die Nähe der Atlantik-Brücke zur Politik wird rein zufällig auch durch ihren derzeitigen Sitz auffällig: der befindet sich im Nachbarhaus der Privatwohnung von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Das bestätigte eine Geschäftsführerin der Atlantik-Brücke in einem Interview – und auch, dass Angela Merkel ebenfalls Mitglied ist.[249] › Hinweis Wen wundert es da, dass Angela Merkel immer wieder Lobreden auf die Atlantik-Brücke hält?

Was also will der Verein? Ein früherer Vereinsvorsitzender, Arend Oetker, hat das so formuliert: »Die USA wird von 200 Familien regiert und zu denen wollen wir gute Kontakte

haben«.[250] › Hinweis Ist das, neben der schon erwähnten Beeinflussung der Medien, alles?

Die Atlantik-Brücke vergibt – wie erwähnt – den Vernon-A.-Walters-Award. Dieser Preis wird »an Persönlichkeiten vergeben, die sich in besonderem Maße um die deutsch-amerikanischen Beziehungen verdient gemacht haben. Der Preis ist nach dem ehemaligen US-Botschafter in Deutschland (1989–1991) Vernon A. Walters benannt, der von amerikanischer Seite die deutsche Wiedervereinigung begleitete. Bisherige Preisträger: Liz Mohn (Bertelsmann Stiftung, 2008), Dr. Jürgen R. Großmann (Georgsmarienhütte Holding GmbH, 2007), Dr. Dieter Zetsche (DaimlerChrysler AG, 2006), Dr. Michael Otto (Otto Group, 2005), Wolfgang Mayrhuber (Lufthansa AG, 2004), Dr. Bernd Pischetsrieder (Volkswagen AG, 2002), Dr. Manfred Schneider (Bayer AG, 2000), Dr. Henning Schulte-Noelle (Allianz AG, 1999), Dr. Thomas Middelhoff (Bertelsmann AG, 1998), Dr. Rolf-E. Breuer (Deutsche Bank AG, 1997), Jürgen E. Schrempp (Daimler Benz AG, 1996), Jürgen Dormann (Aventis Hoechst AG, 1995), Eberhard von Kuenheim (BMW AG, 1994), Louis R. Hughes (General Motors, 1993)«.[251] › Hinweis

Die Atlantik-Brücke vergisst bei dieser Darstellung eine winzige Kleinigkeit: Vernon A. Walters (1917 bis 2002) war Geheimdienstkoordinator der USA im Ausland und operativer Leiter der CIA. Er bezeichnete den Vietnamkrieg bis zuletzt trotz seiner Millionen Opfer als »einen der nobelsten und selbstlosesten Kriege«, den die Vereinigten Staaten je geführt haben.[252] › Hinweis Und es war genau dieser CIA-Mann Vernon A. Walters, der in Europa die Grundzüge für das geheime Gladio-Netzwerk aufbauen ließ. Vernon Walters diente seit 1941 in den Streitkräften der USA, von Anfang an in Dienststellungen der Nachrichtendienste. Er war an allen politischen

Brennpunkten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit subversiven Aktionen maßgeblich beteiligt, so im Koreakrieg (1950–1953), beim Staatsstreich gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Mohammad Mossadegh im Iran (1953), bei Geheimdienstaktionen zur Verhinderung von Wahlerfolgen der Kommunisten in Italien (1960–1962) und beim blutigen Militärputsch in Brasilien (1964). Er war Operativchef der CIA und in dieser Funktion verantwortlich für die CIA-Operation »Centauro« zur umfassenden Unterstützung des Militärputsches in Chile (1973) und bei Aktivitäten zum Abwürgen der Nelkenrevolution in Portugal (1974). Seine Spuren sind zu finden bei opferreichen Aktionen gegen demokratische Entwicklungen in Angola, Guatemala, Nicaragua und bei den jahrelangen Menschenrechtsverletzungen durch die Militärregimes in Südamerika (Operation »Condor«), bei denen Hunderttausende Menschen ermordet, verschleppt oder gefoltert wurden. Und nach diesem CIA-Mann benennt die Atlantik-Brücke, welche das alles verschweigt, heute einen Preis.[253] › Hinweis Und Menschen wie die Bundeskanzlerin Angela Merkel oder *Bild* – Chef Kai Diekmann sind dort Mitglied. Und die FAZ scheint sich dort auch wohl zu fühlen.

Man muss in Hinblick auf erwähnte transatlantische Organisationen, bei denen auch Journalisten Mitglied sind, wissen, dass bei den vielen transatlantischen Treffen wieder und wieder dieselben Losungen ausgegeben werden: Die Wichtigste ist die der angeblich gemeinsamen Werte, der transatlantischen Wertegemeinschaft, des gemeinsamen Wertefundaments jener Werte, die man nicht mehr zu diskutieren braucht, weil sie selbstverständlich seien. Diese Behauptung hat durch ständige Wiederholung längst ein Eigenleben entwickelt. Es ist wie eine Gehirnwäsche. Nur merken die deutschen Teilnehmer in der Regel nicht, dass

sie einer proamerikanischen Gehirnwäsche unterzogen werden. Denn natürlich haben wir bei näherer Betrachtung viele unterschiedliche Werte; angefangen von der Todesstrafe in den USA über extralegale Hinrichtungen durch Drohnen in fernen Ländern bis zu Auslandskriegseinsätzen, welche die Mehrheit der Deutschen ablehnen. Aber all jene proamerikanischen Qualitätsmedien, die wir in diesem Buch vorstellen, unterstützen Auslandskriegseinsätze an der Seite der USA und extralegale Hinrichtungen durch Drohnen. Etwa, wenn sie von der Münchner Sicherheitskonferenz an der Seite der Rüstungslobby berichten. Allein das zeigt die Wirkung der Gehirnwäsche. Im Hintergrund immer dabei: Geheimdienste.

In Wahrheit geht es bei den ganzen transatlantischen Organisationen nur um Unterstützungsmaßnahmen für die Nato. Und die wird von den USA angeführt. Deutsche sind da nur Vasallen. Der Historiker und Nato-Experte Daniele Ganser ist jedenfalls der Auffassung, dass Deutschland aufgrund seiner Einbindung in das Militärbündnis nichts anderes ist als ein »Vasallenstaat der USA«. Und er sagt:

Die Nato hat in allen Nato-Mitgliedsländern die Nato-Botschafter. Das sind die Botschafter, die jedes Land schickt, um informiert zu sein, was die Nato als nächstes wünscht. Die Kanäle funktionieren so, dass die Nato – und dabei vorwiegend die USA – sagt: So ist es und jetzt müsst ihr das machen.(...) Die Europäer gehorchen dann oft einfach nur.[254] › Hinweis

Nun muss man wissen, dass die Atlantik-Brücke jährlich vertrauliche Expertengespräche mit dem US European Command organisiert.[255] › Hinweis Ziel ist es, einen vertraulichen (!) Rahmen zu schaffen, in dem sich die Befehlshaber der in Europa stationierten amerikanischen

Teilstreitkräfte – Armee, Luftwaffe, Flotte und Marineinfanterie – und der Generalinspekteur der Bundeswehr mit seinen Generälen und Admirälen mit weiteren Experten zu aktuellen sicherheitspolitischen Fragen austauschen können. »Die Gespräche mit dem USEUCOM (U.S. European Command) bringen hochrangige Vertreter aus dem U.S. European Command und der Bundeswehr mit Verteidigungsexperten aus Regierung, Industrie und den Medien zusammen.«[256] › Hinweis Das ist ein Zitat aus dem Jahresbericht 2013/2014 der Atlantikbrücke.

Transparent ist da gar nichts. Es sind abgeschottete Veranstaltungen, zu denen Normalbürger keinen Zutritt haben. Oder versuchen Sie doch einmal, bei der Atlantik-Brücke Einlass zu einer solchen Veranstaltung zu bekommen, wo unsere Alpha-Journalisten wie selbstverständlich Platz nehmen. Das alles ist ein Skandal erster Ordnung, weil das USEUCOM (U.S. European Command) in Europa Kriege plant und die Medien diese Kriegsführung mit Propaganda flankieren sollen. Man sah das gut nach dem Absturz eines malaysischen Flugzeuges im Sommer 2014 in der Ukraine. Das *U.S. European Command* plante für September 2014 eine große Nato-Übung in der Ukraine. In einem Zeitungsbericht dazu hieß es:

Die US Army Europe und das ukrainische Heer leiten das Manöver, an dem rund 1300 Soldaten aus 16 Nationen teilnehmen sollen. Es soll auf dem fast 400 Quadratkilometer großen Truppenübungsplatz bei Javoriv unweit von Lviv stattfinden. Neben Armenien, Aserbaidshan, Bulgarien, Kanada, Georgien, Großbritannien, Lettland, Litauen, der Republik Moldau, Norwegen, Polen, Rumänien, Spanien, der Ukraine und den USA soll auch Deutschland Militärs schicken.[257] › Hinweis

Verstehen Sie jetzt, warum unsere »Qualitätsmedien«, die gemeinsam mit dem U.S. European Command bei »Expertengesprächen« Kriege besprechen (man nennt das dort verharmlosend »Sicherheitsarchitektur«), bei näherer Betrachtung wohl nichts anderes als beeinflusste Nato-Propagandisten sind? Mit journalistischer »Unabhängigkeit« hat es wohl nichts mehr zu tun, wenn man als Journalist »Expertengespräche« des U.S. European Command besucht und anschließend ganz im Sinne der Nato schreibt.

Im Würgegriff der Geheimdienste

Spätestens seit den Enthüllungen des Whistleblowers Edward Snowden wissen wir: Da draußen gibt es mit den Vereinigten Staaten einen großen Bruder, der alles über uns weiß. Über jeden von uns. Solange wir immer schön brav das machen, was er will, ist es ein lieber großer Bruder. Aber wenn wir mal nicht seiner Meinung sind, dann geschehen Dinge, die man früher für Verschwörungstheorien gehalten hätte. Professor Werner Weidenfeld kennt diesen großen Bruder besser als viele andere. Er war schließlich viele Jahre lang der Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit. In der Talkshow *Beckmann* sagte er uns, wie diese »Freundschaft« zwischen Deutschland und den USA praktisch funktioniert:

Ich kann Ihnen sagen, in meinen 12 Jahren als Amerikakoordinator habe ich drei Verhaltensweisen der amerikanischen Regierung erlebt. In dem Moment, wo man mit ihnen einer Meinung ist, sind wir die besten Freunde, wir umarmen uns, man hat Angst um seine Rippen, weil die Umarmungen so intensiv sind. Wenn wir in zweitrangigen Fragen nicht einer Meinung sind, dann sagt die amerikanische Regierung regelrecht, und das passiert mit uns, wo bleibt die Dankbarkeit in der Geschichte, wir haben die Freiheit und Sicherheit der Deutschen erobert und erhalten. Wenn wir in einer ernsten Frage anderer Auffassung sind, dann kommt Geheimdienstmaterial auf den Tisch, das Deutschland belastet und entweder ihr macht mit oder ihr seid dran. (…) Die Amerikaner haben eine ganz klare Vorstellung ihrer Interessenlage. (…) Und

entsprechend wird das umgesetzt. Das ist die Realität.[258] › Hinweis

Klar ist: Seit den 1950er-Jahren haben amerikanische Geheimdienste in Deutschland eine ganze Reihe privater wohltätiger Stiftungen eingerichtet und finanziert, die vor allem ein Ziel hatten: Geheimdienstvorposten unter einer Legende aufzubauen, dort Führungsoffiziere als angebliche Mitarbeiter von Stiftungen unterzubringen und eine zukünftige deutsche Elite proamerikanisch zu beeinflussen und, wo immer möglich, auch erpressbar zu machen.

Die Nähe amerikanischer Stiftungen zu US-Geheimdiensten wollen wir einmal näher betrachten. Es könnte ja sein, dass die CIA oder andere amerikanische Dienste bei jedem großen Treffen von Journalisten, Politikern und Wirtschaftsführern unter der Patenschaft der US-Denkfabriken mit am Tisch sitzen. Ich habe an Veranstaltungen solcher Organisationen als Fellow teilgenommen. Und ich habe etwa auf einer sechswöchigen Einladungsreise des *German Marshall Fund* (sie war offiziell von der FAZ abgesegnet) wie selbstverständlich Einladungen vom BND-Residenten bekommen und wurde bei diesen Reisen auch Mitarbeitern amerikanischer Dienste vorgestellt. Es ist kein Geheimnis, dass der *German Marshall Fund* beste Beziehungen zu Geheimdiensten unterhält: Als sich im Juni 2014 der frühere Chef des saudischen und der Ex-Chef des israelischen Militärgeheimdienstes trafen, da geschah das wie selbstverständlich beim *German Marshall Fund*.[259] › Hinweis Und Karen Donfried, die an der Spitze des *Marshall Funds* steht, war zuvor in Obamas Nationalem Sicherheitsrat für Europa zuständig.[260] › Hinweis Auch frühere leitende Mitarbeiter der Organisation werden als geheimdienstnah dargestellt.[261] › Hinweis Suzanne Woolsey, Ehefrau des früheren CIA-Chefs James Woolsey, ist

Kuratoriumsmitglied/Direktorin beim *German Marshall Fund*.[262] › Hinweis Ach ja: Den Kontakt zu ihrem Mann, dem CIA-Boss James Woolsey, hatte ich über den *German Marshall Fund* bekommen.

Dieser *German Marshall Fund* verhielt sich uns gegenüber ähnlich wie der schon einige Kapitel zuvor beschriebene Sultan von Oman – der Milliardär. Der *German Marshall Fund* gab jedem von uns einen Umschlag mit Bargeld für den Aufenthalt in den USA. Ich durfte mir einen klimatisierten Mietwagen aussuchen, der Sprit wurde natürlich auch bezahlt. Ebenso die Hotels, Wäschereien, die Mahlzeiten. Und es gab, wie dem Leser auch schon vom netten Milliardär aus Oman bekannt, Geschenke. Der Sultan hatte mir, Sie erinnern sich vielleicht, einen privaten Tauchlehrer und die Ausbildung zum Padi-Rettungstaucher finanziert. Bei der transatlantischen Elitereise des *German Marshall Fund*s erhielt ich zu meinem Erstaunen beim Besuch einer amerikanischen Firma die wichtigsten Teile einer Tauchausrüstung überreicht. Die Amerikaner wussten offenkundig ganz genau, welche Bestechungsgeschenke ich da einige Zeit zuvor in Oman angenommen hatte. Und anschließend durfte ich mit einem US-Seals-Team die neue Ausrüstung in der Nähe von San Diego bis auf fast 60 Meter Tiefe testen. Es war jene Reise, auf der mich der *German Marshall Fund* (ich habe das schon geschildert) mit der Ehrenbürgerurkunde des US-Bundesstaates Oklahoma überraschte. Ich blickte irgendwann auf der Reise in den USA nicht mehr durch, wer nun wirklich nur vom *German Marshall Fund* war und wer eher den US-Geheimdiensten zuzurechnen war. Klar ist nur, und man machte dort auch kein Geheimnis daraus, dass es enge Verbindungen gab. Ich vermute, dass es heute bei vielen transatlantischen Organisationen so ist, von denen ja viele mit oder mithilfe von US-Geheimdiensten gegründet wurden.

Wenn ich im Nahen Osten bei Einsätzen für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* unterwegs war, dann berichtete ich vor dem Hintergrund der früher bei rein zufällig erfolgten »geheimdienstnahen Gesprächen« getroffenen »Vereinbarungen« in besonderen Situationen zuerst für die Geheimdienste und erst zuletzt für die FAZ. Zuerst ging bei meinen Auslandsreisen eine wichtige neue Information an den »Militärattaché« der deutschen Botschaft (meist einen BND-Mann) und an die örtlichen Amerikaner und erst danach auch an die FAZ.

Ich weiß nicht, ob am Rande von Einladungen der Atlantik-Brücke, etwa als »young leader«, die ein ähnliches Konzept wie die mir widerfahrenen Einladungen haben, ebenfalls solche Absprachen getroffen werden oder wurden (vielleicht gar ohne Wissen der Atlantik-Brücke?). Wie man aber ganz generell in den USA junge deutsche Politiker für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren versucht, das beschreibt Jutta Ditfurth auf Seite 145 ihres Buches *Krieg, Atom, Armut. Was sie reden, was sie tun: Die Grünen.* Da heißt es:

Obgleich der Abend im offenen Streit endete, blieb unser Gastgeber vom American Institute for Contemporary German Studies *erstaunlich gelassen und fragte mich, ob ich bereit sei, eine Studie über meine Partei zu verfassen. Ich lehnte ab. Um mich zu überreden, nannte er mir Namen von Grünen, die kooperationsbereiter waren. Einer hieß Lukas Beckmann, der andere Otto Schily. Petra Kelly kannte man gut. Es blieb beim Nein. Ich erfuhr in diesen Tagen eine Menge darüber, welche »Zusatzausbildung« deutschen PolitikerInnen angeboten wird, die man für brauchbare Führungskräfte hält. Daran musste ich denken, als ich elf Jahre später las, man kenne Fischer gut. Das ist die übliche Sprachregelung, wie man sie heute zum Beispiel über*

Verteidigungsminister zu Guttenberg in den Wikileaks-Dokumenten wiederfindet.[263] › Hinweis

Ähnliche Erfahrungen, wie sie Jutta Ditfurth aus den USA beschreibt, habe ich sowohl in den USA als auch in Deutschland gemacht. Ich kann daher aus eigener Erfahrung sagen, dass man vor allem die geheimdienstliche Umarmung zunächst über Jahre hin gar nicht spürt. Ich möchte das zwischendurch mit einer Rückblende auf meine Erfahrungen mit den ersten zarten Anbahnungsversuchen durch den BND skizzieren – damals ahnte ich noch nicht, dass ich einmal Journalist werden würde:

Anfang der achtziger Jahre studierte ich in Freiburg im Breisgau Rechtswissenschaften und Politik. Das Wintersemester 1979/80 war fast vorbei, die Semesterferien nahten. Eine Italienreise war geplant. Und weil das folgende Semester finanziert werden wollte, standen nach dem Urlaub Arbeiten auf dem Bau oder als Aushilfskellner an. Geldverdienen gehörte zu den Semesterferien dazu, so wollte ich es auch dieses Mal halten. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich vom Bundesnachrichtendienst so viel Ahnung wie jeder andere auch. In meinem Studium spielte er keine Rolle, und ich hatte kein gesteigertes Interesse an der Arbeitsweise seiner Agenten. Das änderte sich erst viel später. In jener Zeit waren Professoren noch Respektspersonen, denen man als Student einen Wunsch nicht voreilig abschlagen sollte. So war es auch selbstverständlich, dass ich mir die Worte einer dieser Respektspersonen aufmerksam und höflich anhörte, als diese mir kurz vor den Semesterferien nach einer Vorlesung ein Flugblatt überreichte. Oberflächlich betrachtet sah es zumindest aus wie ein Flugblatt. Es war eine Einladung. »Daran sollten Sie unbedingt teilnehmen. Und berichten Sie

mir doch, wie es Ihnen gefallen hat«, sagte der Jurist. Ein angesehener Mann. Ein bekannter Mann. Und ein Mann mit einem Doppelleben. Ob er noch andere Studenten eingeladen oder angesprochen hat, entzieht sich meiner Kenntnis, denkbar ist es. An einer Einladung zur Fortbildung an sich war zunächst einmal nichts Ungewöhnliches. Die Professoren kannten ihre Studenten, wer auffiel, wurde gefördert. So ist es heute noch. Es gab also für mich keinerlei Grund, mich zu wundern.

Rückblickend weiß ich, dass der ehrenwerte Professor ein Anbahner des BND war. Wie weit er selbst in das Netz verstrickt war, vermag ich nicht zu sagen. Ich kann mich auch nicht daran erinnern, mit ihm später noch Gespräche über diese Anbahnungstreffen geführt zu haben. Sein Flugblatt war die Einladung für ein »Seminar zur Konfliktforschung«, Themenschwerpunkt: »Einführung in die Problematik des Ost-West-Konfliktes«. Etwas Langweiligeres hätte ich mir in jenen Tagen wahrlich nicht vorstellen können. Ich überlegte noch, wie man dem Professor nicht vorhandenes Interesse plausibel erklären könnte, als wohlklingende Worte mein Ohr erreichten: »Es gibt 20 Mark Tagesgeld, die Bahnfahrt zum Tagungsort Bonn wird erstattet. Und dort wartet natürlich ein Hotelzimmer auf Sie. Zum Abschluss noch 150 Mark Büchergeld.« Der Professor hatte schlagartig ungeheures Interesse geweckt. Acht Stunden Arbeit auf dem Bau brachten maximal 50 Mark. Dagegen die Aussicht auf ein Hotelzimmer, warme Mahlzeiten und dazu das finanzielle Bonbon – warum hatte ich eigentlich nie zuvor diese starke innere Sehnsucht verspürt, ein »Seminar zur Konfliktforschung« zu besuchen? Diese Sehnsucht konnte ich nun nicht einfach unterdrücken. Den Professor freute meine Zusage sichtlich. Die »Studiengesellschaft für Zeitprobleme« – mittlerweile gibt

es sie nicht mehr – hatte ihren Sitz in Bad Godesberg, einem vornehmen Vorort der damaligen Bundeshauptstadt Bonn, dort in der Ubierstraße 88. Sie wurde vom Verteidigungsministerium finanziert. Und heute ist längst bekannt, dass sie mit dem BND in Verbindung stand. Der BND-Kritiker Erich Schmidt-Eenboom hat viele Jahre später in seinem 1998 erschienenen Buch *Undercover – Der BND und die deutschen Journalisten* solche Seminare und die Anwerbungspraxis von Studenten beschrieben. Am 25. Februar 1980 traf ich zum ersten Mal an der Ubierstraße 88 in einem zweistöckigen bürgerlichen Altbau auf etwa 20 weitere Studenten. Sie waren Studienanfänger wie ich und aus allen Bundesländern gekommen, um endlich nach den wahren Hintergründen des Ost-West-Konfliktes forschen zu können. In zum Gähnen langweiligen Referaten erfuhren wir viel über die Sowjetunion und über die DDR. Wir machten Rollenspiele und verteidigten oder kritisierten dabei den Kommunismus. In Gesprächen erfuhr ich, dass auch andere Teilnehmer auf ähnliche Weise ihren Weg in die damalige Bundeshauptstadt Bonn gefunden hatten – sie waren für ein Fortbildungstreffen empfohlen worden. Ein wenig merkwürdig war es vielleicht, dass wir nie in den ersten Stock des Altbaus gehen durften. Die Treppe zum geheimnisvollen Obergeschoss war tabu. Wir ahnten damals nicht, dass wir beobachtet wurden. Im ersten Stock saß ein Mann, dem wir zwar ab und an im Haus begegneten, dessen Rolle in dem Spiel wir aber nicht kannten. Er nannte sich Schulte – ob das sein richtiger Name war, weiß ich nicht. Wie sich später zeigte, wusste Herr Schulte ziemlich genau über einen jeden von uns Bescheid. Die Rollenspiele und endlosen Diskussionen waren nichts anderes als ein gut getarnter Gesinnungstest durch deutsche Geheimdienste. Wir haben davon nichts bemerkt. Und der damalige Geschäftsführer der Studiengesellschaft, Rudolf Rothe, gab

laut Schmidt-Eenboom später ebenfalls an, von Herrn Schultes Arbeit nichts gewusst zu haben.

Ich habe genau das später bei meinen Reisen in die USA immer dann wieder erlebt, wenn große und spendable Organisationen die Reise finanziert – und uns Teilnehmer jede Sekunde in verschiedenen Situationen ganz genau beobachtet haben. Wenn Jutta Ditfurth über eine »Zusatzausbildung«, die bei solchen USA-Reisen angeboten wurde, berichtet – dann kann ich das bestätigen. Und genau deshalb sollte man die Nähe zu solchen Organisationen meiden. Man verliert dort leicht sein Rückgrat.

Warum also gilt die Atlantik-Brücke als CIA-nah? Gibt es dort auch Dinge, die im Verborgenen passieren? So, wie ich es in anderer Form bei der Studiengesellschaft für Zeitprobleme erlebt habe? Es gibt Menschen, die haben ihre Meinung geändert und der Atlantik-Brücke wieder den Rücken gekehrt. Dazu gehört die Grüne Katrin Göring-Eckardt. Sie war zunächst eher naiv und sagte:

Ich bin, wie einige andere GRÜNE, Mitglied des Vereins Atlantik-Brücke. Die Atlantik-Brücke ist ein Verein, der – wie in seiner Satzung festgeschrieben – der Förderung der Völkerverständigung dient. Es handelt sich um einen eingetragenen Verein, der auf der Grundlage des Vereinsrechtes arbeitet (damit genauso demokratisch ist wie ein Sportverein o. Ä.) und Konferenzen und Hintergrundgespräche zu außenpolitischen Themen, insbesondere den transatlantischen Beziehungen, anbietet. Das sind Themen, die für uns GRÜNE wichtig sind und zu denen wir mit JournalistInnen, Leuten aus der Wirtschaft und politischen MitbewerberInnen im Gespräch bleiben sollten, in diesem oder in anderem Rahmen.[264] › Hinweis

Sie war dort 2009/2010 sogar Vorstandsmitglied. Inzwischen heißt es, dass sie dort ausgetreten sei.[265] › Hinweis Auch Claudia Roth, die von 2005 bis 2010 in der Atlantik-Brücke war, erklärte mittlerweile ihren Austritt.[266] › Hinweis Auch Cem Özdemir sagt, er habe damit nichts mehr zu tun.[267] › Hinweis In einer neueren Broschüre der Atlantik-Brücke wird Cem Özdemir aber als einer der prominentesten Absolventen des »young leaders«-Programms genannt.[268] › Hinweis Özdemir erklärte einen Interviewer, der ihn zur Atlantik-Brücke und den »young leaders« fragte, zu einem Verschwörungstheoretiker, den man behandeln müsse.[269] › Hinweis Özdemir sagt in dem Interview allen Ernstes: »Verschwörungstheorien sind etwas, was man medizinisch behandeln sollte, da bin ich von der Politik der falsche Adressat. (…) Es würde mich eher interessieren, was ihr Therapeut dazu sagt.« Auf Seite 47 des Jahresberichts 2010/2011 der Atlantik-Brücke ist Cem Özdemir allerdings mit Bild und Namen in Zusammenhang mit dem »young leaders«-Programm abgebildet und erwähnt. Vielleicht verklagt Cem Özdemir ja die Atlantik-Brücke dafür, dass diese ihn als einen der prominentesten Nachwuchskräfte im »young leaders«-Programm auflistet.[270] › Hinweis

Die *Berliner Zeitung* hat zu den Merkwürdigkeiten und der Verschwiegenheit der Atlantik-Brücke einmal geschrieben:

»Dass von den Aktivitäten der Atlantik-Brücke wenig in der Öffentlichkeit bekannt wird, ist Absicht. Es ist kein Verein, der nach außen wirken will. Vielmehr wird in aller Stille agiert, was dem Verein zuweilen das Image eines Geheimbundes verleiht – und den Ruf eines elitären Clubs. Um eine Mitgliedschaft in der Atlantik-Brücke bewirbt man sich nicht, man wird dazu aufgefordert. Ihr Einfluss gilt als bedeutend. Die Atlantik-Brücke wird unterstützt von allen großen deutschen Unternehmen. Die Namensliste des

Vorstands (…) liest sich wie ein Who's who der Politik und Wirtschaft. Und auf der anderen Seite des Atlantiks engagieren sich nicht weniger einflussreiche Gesprächspartner.«[271] › Hinweis

Heute hat die Atlantik-Brücke ungefähr 500 Mitglieder, davon etwa die Hälfte aus der Wirtschaft, rund 100 aus der Politik, der Rest aus Wissenschaft, Verbänden, Gewerkschaften und vor allem den Medien.

Die Namen:
Umstrittene Kontakte

Journalisten erklären uns die Welt, beeinflussen unsere Meinung, machen Politik. Wer aber erklärt den Journalisten die Welt, beeinflusst ihre Meinung und macht somit Politik? Dazu gehört ganz sicher auch die Atlantik-Brücke. Deren Mitglieder sorgen dafür, dass die öffentliche Meinung ganz im proamerikanischen Sinne des Vereins beeinflusst wird. Und genau deshalb werden auch immer wieder Spitzenjournalisten, besonders gern von den öffentlich-rechtlichen Sendern ARD und ZDF, zu den Treffen und Reisen der Atlantik-Brücke oder Gesprächen mit Mitgliedern eingeladen. Allein in den Jahren 2006 bis 2012 werden in den Jahresberichten 88 Journalisten namentlich erwähnt, davon allein 26 aus dem Bereich der Öffentlich-Rechtlichen. Nachfolgend die Liste dieser Journalisten. Hier wird nicht behauptet, dass sie Mitglieder oder »young leader« der Organisation sind oder waren. Nur der von der Atlantik-Brücke behauptete Kontakt wird unter Zugrundelegung der Jahresberichte 2006/2007 bis 2011/2012 der Atlantik-Brücke sowie weiterer Dokumente der Atlantik-Brücke mit dieser Liste dokumentiert:[272] › Hinweis

Name	Vorname	Funktion
Schönenborn	Jörg	ARD – Chefredakteur WDR-Fernsehen
Deiß	Matthias	ARD – Hauptstadtstudio
Roth	Thomas	ARD – Korrespondent New York
Mikich	Sonia	ARD – Leiterin der Programmgruppe Inland des WDR – Monitor

Name	Vorname	Funktion
Wabnitz, Dr.	Bernhard	ARD – Moderator Weltspiegel
Hassel	Tina	ARD – Studio Washington seit 01.07.2012
Zamperoni	Ingo	ARD – Tagesthemen, Nachtmagazin
Ehni	Ellen	ARD – WDR Fernsehen – Leiterin der Programmgruppe Wirtschaft und Recht
Jahn	Frank	ARD- Korrespondent London
Wilhelm	Ulrich	Bayerischer Rundfunk – Intendant
Schoeller	Olivia	Berliner Zeitung, Frankfurter Rundschau – Leiterin Ressort Panorama zuvor USA Korrespondentin
Diekmann	Kai	Bild-Zeitung – Chefredakteur
Kallen, Dr.	Paul-Bernhard	Burda Media – Vorstandsvorsitzender
Pleitgen	Frederik	CNN, davor ZDF, RTL, n-tv
Feo de, Dr.	Marika	Corriere della Sera – Deutschlandkorrespondentin
Aslan	Ali	Deutsche Welle TV
Meurer	Friedbert	Deutschlandradio – Ressortleiter Redaktion Zeitfunk
Stürmer, Prof. Dr.	Michael	Die Welt – Chefkorrespondent, Deutschlandfunk, Deutschlandradio Kultur – Autor
Sommer	Theo	Die Zeit – Herausgeber, seit 2000 Editor-at-Large
Joffe	Josef	Die Zeit – Herausgeber
Naß	Matthias	Die Zeit – Internationaler Korrespondent
Brost	Marc	Die Zeit – Leiter Hauptstadtbüro
Ross	Jan	Die Zeit – Redakteur
Stelzenmüller, Dr.	Constanze	Die Zeit – Redakteurin, Leitung des Berliner Büros des German Marshall Fund, seit 2009 Senior Transatlantic Fellow
Klingst	Martin	Die Zeit – US-Korrespondent
McLaughlin	Catriona	Die Zeit-Referentin der Geschäftsführung, Zeit online

Name	Vorname	Funktion
Heckel	Margaret	ehem. Welt – Welt am Sonntag – Financial Times Deutschland Politikchefin, seit 2009 freie Journalistin und Buchautorin
Busse Dr.	Nikolas	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Frankenberger	Klaus-Dieter	Frankfurter Allgemeine Zeitung – Redakteur
Wrangel, von	Cornelia	Frankfurter Allgemeine Zeitung – Redakteurin
Kammerer	Steffi	Freie Journalistin, schreibt für Stern, Süddeutsche Zeitung, Spiegel, Spiegel online, Park Avenue
Seligmann	Rafael	Freier Journalist – publiziert in Spiegel, B.Z., Welt, Bild, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Jüdische Allgemeine, Atlantic Times
Schulte-Hillen	Gerd	Gruner und Jahr – Bertelsmann bis 2003
Inacker, Dr.	Michael J.	Handelsblatt – stellvertr. Chefredakteur
Steingart	Gabor	Handelsblattgruppe – Geschäftsführung
Klasen-Bouvatier	Korinna	Jungle World
Marohn	Anna	NDR – Persönliche Referentin von Intendant Lutz Marmor
Diehl	Julia	NDR – Redakteurin
Bremer	Heiner	n-tv – Moderator »Das Duell«, Stern Chefredakteur
Kolz	Michael	Phoenix – Leiter Redaktion Ereignis 2 – Stellvertr. Programmgeschäftsführer
Augter, Dr.	Stefanie	Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union, Brüssel, Pressesprecherin Familienministerium, Wirtschaftswoche, Handelsblatt
Arnold	Tim	ProSiebenSat1 – Senior Vice President Political Strategy der ProSiebenSat.1 Group
Schremper, Dr.	Ralf	ProSiebenSat1 – CFO Digital & Adjacent
Ebeling	Thomas	ProSiebenSat1– Vorstandsvorsitzender
Procházková	Bára	Respekt, Zeitschrift Tschechien

Name	Vorname	Funktion
Krauel	Thorsten Wilhelm	Rheinischer Merkur – Ressortleiter Innenpolitik
Ridderbusch	Katja	schreibt aus Atlanta für Welt, Handelsblatt, Spiegel online, Deutschlandfunk, WDR, The European
Hoffmann	Christiane	Spiegel – Leiterin Hauptstadtbüro, FAZ
Hujer	Marc	Spiegel online
Trautmann, Dr.	Clemens	Springer Verlag – Büroleiter Döpfner
Klaeden von, Dr.	Dietrich	Springer Verlag – Leiter Regierungsbeziehungen
Döpfner, Dr.	Mathias	Springer Verlag – Vorstandsvorsitzender
Gloger	Katja	Stern – Korrespondentin, Washington – Ehefrau von Georg Mascolo, ehem. Chefredakteur Spiegel
Wernicke	Christian	Süddeutsche Zeitung – US-Korrespondent
Klüver	Reymer	Süddeutsche Zeitung – USA-Korrespondent
Kornelius	Stefan	Süddeutsche Zeitung Leiter Ressort Aussenpolitik
Dewitz von	Ariane	Tagesspiegel
Schäuble	Juliane	Tagesspiegel
Marschall, von	Christoph	Tagesspiegel – Korrespondent Washington – Kommentator Deutschlandfunk, Deutschlandradio, Cicero, Atlantic Times
Rohwedder	Cecilie	Tagesspiegel – Redakteurin
Rimscha, von	Robert	Tagesspiegel bis 2004, FDP, 2011 Botschafter Laos
Karnitschnig	Matthew	Wall Street Journal – Büroleiter Deutschland
Hombach	Bodo	WAZ-Mediengruppe – Geschäftsführer, Bonner Akademie für Forschung und Lehre Praktischer Politik (BAPP)
Koll	Theo	ZDF – Hauptredaktion Außen-, Innen-, Gesellschafts- und Bildungspolitik
Burgard, Dr.	Jan Philipp	ZDF – Hauptstadtstudio, Morgenmagazin
Kampen van	Udo	ZDF – Leiter Studio Brüssel

Name	Vorname	Funktion
Kleber, Dr.	Claus-Detlev	ZDF – Moderator Heute Journal
Schmiese, Dr.	Wulf	ZDF – Moderator Morgenmagazin
Jobatey	Cherno	ZDF – Morgenmagazin
Theveßen	Elmar	ZDF – Stellvertretender Chefredakteur – Leiter Hauptredaktion Aktuelles

Jeder Leser möge sich selbst ein Urteil bilden und entscheiden, ob die vorgenannten Journalisten bei transatlantischen Themen wirklich unabhängig und überparteilich berichten, oder ob sie vielleicht beim ein oder anderen Bericht eine bestimmte Sicht, vor allem proamerikanisch, vermitteln. Die Atlantik-Brücke würde das dann sicher begrüßen und wohl auch ganz normal finden.

Aber schauen wir uns diese Kontakte zur Atlantik-Brücke an einem ganz konkreten Beispiel doch einfach einmal genauer an. Da erscheint in der oben abgedruckten Tabelle etwa der FAZ-Journalist Nikolas Busse. Die Leser kennen seinen Namen schon aus der peinlichen Geschichte im Kapitel »Gut geschmiert: Das anrüchige System hinter Journalistenpreisen«, wo Uranmunition für das Verteidigungsministerium reingewaschen wurde.

In der Selbstdarstellung schreibt Journalist Busse bei der FAZ über sich: »Im November 1998 Eintritt in die politische Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. 2007 Entsendung nach Brüssel als Korrespondent für die Nato und die EU. Seit September 2014 stellvertretender verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik in der Frankfurter Zentrale.«[273] › Hinweis Der Journalist hat also eine verantwortungsvolle Aufgabe und sollte peinlichst darauf achten, völlig neutral aufzutreten.

Doch weit gefehlt. Journalist Busse hat, was sein offizieller FAZ-Lebenslauf verschweigt, im Februar 2003 in einer von

der Atlantik-Brücke in der *New York Times* geschalteten großen Anzeige einen Treueschwur auf die Vereinigten Staaten geleistet; so lese ich jedenfalls den Inhalt einer riesigen Anzeige »A Message to the People of the United States of America« von Freunden und Mitgliedern der Atlantik-Brücke, unter der auch sein Name steht.[274] › Hinweis

Bevor wir zu den Einzelheiten des Aufrufes von Busse und der Atlantik-Brücke kommen, hier zur Erinnerung: Die genannte Zeitungsanzeige wurde wenige Tage vor dem völkerrechtswidrigen Einmarsch amerikanischer Truppen vom März 2003 in den Irak geschaltet. Der damalige US-Verteidigungsminister Colin Powell hatte dem UN-Sicherheitsrat gerade gefälschte »Beweise« vorgelegt, wonach der Irak angeblich Massenvernichtungswaffen besaß. Und nicht nur die deutsche Bundesregierung war gegen den Irakkrieg der Amerikaner. Millionen Demonstranten gingen auf die Straßen, um gemeinsam mit deutschen Politikern parteiübergreifend gegen den drohenden Angriffskrieg zu demonstrieren. Und in genau dieser Situation sendete der für Sicherheitspolitik zuständige FAZ-Mitarbeiter Busse über die Atlantik-Brücke in der *New York Times* eine »Message« an das amerikanische Volk. Liest man die Anzeige komplett, dann ist sie aus meiner subjektiven Sicht nichts anderes als eine Verpflichtungserklärung zur Treue für die transatlantische Partnerschaft. Und zwar für den absehbaren Fall, dass die USA völkerrechtswidrig den Angriffskrieg gegen den Irak führen würden (was sie dann ja auch taten). In genau jenem März 2003 erschien übrigens in der FAZ nach 17 Jahren auch der letzte Artikel von mir. Ich empfand die proamerikanische Kriegshetze der FAZ in Anbetracht der vielen absehbaren Toten damals als ungeheuerlich. Und weil ich ohnehin einen schweren Unfall hatte, bei dem die Nerven meines rechten Beins durchtrennt worden waren, legte man mir einen

Aufhebungsvertrag vor. Aber dazu kommen wir später noch bei den persönlichen Erfahrungen.

Zurück zur »Message« der Anzeige, also der Botschaft an das amerikanische Volk. Sie war eindeutig: Nikolas Busse bekundet dort vor dem Irakkrieg als einer von mehreren Unterzeichnern namentlich, er werde »keine Mühe scheuen«, damit das »Band zwischen Deutschland und Amerika künftigen Generationen erhalten bleibt«. Der Mann betont seine »Verbundenheit mit den Vereinigten Staaten«. Und er verkündete seinen Willen, die Gemeinschaft der Werte mit den USA »zu verteidigen«. Ich weiß nicht, ob Busse mit der »Gemeinschaft der Werte« die seit vielen Jahren bekannte exzessive Spionage der Amerikaner in Deutschland meint, die auf Befehl des US-Präsidenten ohne Gerichtsverfahren durchgeführten extralegalen Tötungen von Menschen oder die grausamen Hinrichtungen in US-Gefängnissen. Ich bin als Autor dieses Buches überzeugt davon, dass diese angebliche »Wertegemeinschaft« in großen Teilen nur ein Propagandaprodukt der US-Amerikaner ist. Wie Millionen Demonstranten es auf den Straßen 2003 bezeugten, teilt nicht jeder die Kriegshetze der USA, wenn es darum geht, Rohstoff- und Machtinteressen durchzusetzen. Ich finde es auch vor diesem Hintergrund beschämend, dass ein FAZ-Mitarbeiter Nato-Korrespondent wurde, nachdem er einen solchen Treueschwur vor einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg geleistet hatte. Der wurde im Februar 2003 auf Veranlassung der Atlantik-Brücke neben der *New York Times* ja auch in deutschen Leitmedien wie etwa der FAZ und der Welt abgedruckt, war also nicht nur in den USA bekannt, sondern auch Busses Frankfurter Arbeitgeber.[275] › Hinweis Zu jenem Zeitpunkt war Busse in der FAZ schon für »Sicherheitspolitik« zuständig.

Natürlich darf man als Journalist Aufrufe unterschreiben. Ich habe aber bei der Presseabteilung der russischen und der chinesischen Botschaft in Berlin nachgefragt, ob Busse ähnliche Aufrufe (etwa bei der Krimkrise) auch zugunsten von Moskau oder bei asiatischen Auseinandersetzungen zugunsten von Peking unterzeichnet hat. Hat er nicht. Er hat sich also einseitig nur für Washington festgelegt. Und die FAZ-Leser sollten das alles über den Nato-Berichterstatter Busse wissen. Kennt man den geschilderten atlantischen Treueschwur vor dem US-Angriffskrieg gegen den Irak auf die USA, dann liest man schließlich Busses Nato-Berichte seither mit ganz anderen Augen. Ich betrachte Busse jedenfalls persönlich seither als verlängerten Arm der Nato-Pressestelle.

Man muss zudem über Busse wissen: An der Entstehung der viel diskutierten und umstrittenen Studie »Neue Macht – Neue Verantwortung«, einer gemeinsamen Initiative der US-Lobbyorganisation *German Marshall Fund of the United States* und der Stiftung Wissenschaft und Politik, gefördert durch den Planungsstab des Auswärtigen Amts, Ende des Jahres 2013 erschienen, hat auch Leitmedien-Journalist Nikolas Busse teilgenommen.[276] › Hinweis Kritiker sehen die Studie als eine Unterstützung zur Rückkehr des deutschen Militarismus – unter Druck aus Washington.[277] › Hinweis Busse schreibt aus dieser Sicht so, wie es die Amerikaner freut.[278] › Hinweis

Verheerend ist es, wenn so einer auch noch öffentlich als vermeintlich Neutraler im Fernsehen auftaucht oder Veranstaltungen moderiert. Und genau das macht Busse, ob bei der Deutschen Nationalstiftung zum Thema »Welche Reformen braucht Europa?« oder bei der ARD. Dort übrigens gern im ARD-Presseclub zusammen mit Tina Hassel, die den Lesern dieses Buches ebenfalls schon von der Atlantik-

Brücke her bekannt ist.[279] › Hinweis Da diskutieren dann im Fernsehen zwei Freunde des Lobbyvereins Atlantik-Brücke, der, wie wir oben gerade anhand der Anzeige gesehen haben, auch Washingtons Kriege propagandistisch unterstützt – und der Zuschauer weiß das nicht.

Übrigens, ehe ich es vergesse: Den Treueschwur auf die Vereinigten Staaten leistete in der oben erwähnten Anzeige von Freunden und Mitgliedern der Atlantik-Brücke neben FAZ-Nato-Mann Busse auch ZDF-Mann Theo Koll. Wenn Sie also mal wieder das *Auslandsjournal* oder eine andere von Theo Koll moderierte Sendung sehen, dann wissen Sie, wofür er steht. Er »verteidigt« laut Atlantik-Brücke die angebliche Wertegemeinschaft mit den USA. Und zwar auch dann, wenn die USA aus Macht- und Rohstoffgründen in einen völkerrechtswidrigen Krieg ziehen. Mit dem Zweiten sieht man also vielleicht doch etwas einseitiger, oder? Der Türke Akif Pirinçci formulierte die hier angedeutete mögliche Voreingenommenheit des öffentlich-rechtlichen Senders ZDF einmal weitaus drastischer. Er sagte 2014 im ZDF live in die Kamera: »Mit dem Arschloch sieht man besser«. Das ZDF hat das politisch unkorrekte Interview natürlich sofort zensiert und geschnitten.[280] › Hinweis

Bei ZDF-Mann Theo Koll und FAZ-Mann Nikolas Busse war die Bekundung der tiefen Treue zu den transatlantischen Beziehungen nicht etwa ein einmaliger Ausrutscher: Beide Journalisten haben sich in einer am 17. April 2002 in der Tageszeitung *Die Welt* auf Seite 6 geschalteten großen Anzeige ausdrücklich bei der Atlantik-Brücke für »die großartigen Chancen und Möglichkeiten, die sie uns für unseren beruflichen und persönlichen Werdegang eröffnet hat«, bedankt. In der gleichen Anzeige der Atlantik-Brücke bedankte sich auch die damals in Teheran ansässige FAZ-Korrespondentin Christiane Hoffmann für die vorgenannte

berufliche Hilfestellung, zudem Katja Gloger (damals *Stern*), Malte Lehming (*Tagesspiegel*, US-Korrespondent), Rüdiger Löwe (Bayerischer Rundfunk), Eckart Stuff (Ausbildungsleiter des SFB), Christian Wernicke (Europakorrespondent der *Süddeutschen Zeitung* in Brüssel), Sabine Ulbrich (Korrespondentin von N24 und SAT1 in Washington), Margaret Heckel *(Financial Times Deutschland),* Matthias Naß (Stellvertretender Chefredakteur der *Zeit*) und Anke Plättner (Journalistin, Köln). Die Unterstützung der Atlantik-Brücke für »die großartigen Chancen und Möglichkeiten, die sie … [den vorgenannten Journalisten für deren] beruflichen und persönlichen Werdegang eröffnet hat«, klingt für mich irgendwie so, als ob diese ihre Positionen auch der Atlantik-Brücke zu verdanken haben. Oder wie versteht das ein neutraler Dritter wie Sie als Leser? Helfen transatlantische Organisationen also beim »beruflichen Werdegang« von Journalisten? Was läuft da eigentlich im Hintergrund?

Zurück zur Atlantik-Brücke. Vielleicht haben die hier weiter oben in der Tabelle namentlich genannten Journalisten auch einfach keine Ahnung davon, bei wem sie da aufgetaucht sind. Denn es gibt ja schließlich auch Journalisten, welche die »Nachrichtenagentur« UPI für eine ganz normale Nachrichtenagentur halten. Dabei gehört diese ja zur Moon-Sekte.[281] › Hinweis Viele Journalisten wissen das schlicht nicht. Man kann sie also leicht täuschen und auch mit gut klingenden Namen wie »Atlantik-Brücke« Menschen ködern.

Die *taz* hat mit Blick auf solche Organisationen wie die Atlantik-Brücke 2013 einen Bericht mit den Worten überschrieben: »Journalisten unter Einfluss – Böse Kontakte«. Dort heißt es: »Schreiben Deutschlands Alpha-Journalisten einseitig, weil sie sich mit der politischen Elite gemein machen? Eine Studie behauptet jetzt: Ja.«[282] › Hinweis Die dort aufgeführte Doktorarbeit von Uwe Krüger

untersucht, welchen Einfluss Eliten auf die Berichterstattung haben und zeigt die Netzwerke der wichtigen Menschen in Wirtschaft, Politik und Journalismus. Zu diesen Netzwerkorganisationen gehört eben auch die Atlantik-Brücke. Statt einen offenen Marktplatz an Ideen abzubilden, vertreten Journalisten nach der Studie über die Netzwerke oft die Positionen der Herrschenden. Und nach Uwe Krüger spitzt sich überall in Europa und in der ganzen Welt der Konflikt »Elite gegen das Volk« zu. Dabei stehen die Journalisten allzu oft auf der Seite der Eliten.

Peinliche Lobhudeleien

Jetzt wollen wir anhand der *Bild* – Zeitung einmal aufzeigen, wie eine Berichterstattung über die Atlantik-Brücke, natürlich rein zufällig, in der Realität aussieht. Nehmen wir nur die Rubrik Gewinner/Verlierer. Die für Normalbürger völlig unwichtige Eliteorganisation Atlantik-Brücke wurde in der Vergangenheit bei *Bild* immer wieder unter die »Gewinner« geschmuggelt. Einige Beispiele aus der Vergangenheit.

Bild vom 12. April 2002:

Gewinner
Ein Symbol der deutsch-amerikanischen Freundschaft feiert 50-jähriges Jubiläum: die Atlantik-Brücke. Verdienst des Vereins: den Dialog zwischen beiden Ländern zu fördern, das politische und kulturelle Verständnis zu vertiefen. Der Vorsitzende Arend Oetker (63, Foto): »Es ist eine Brücke, die es immer wieder instand zu setzen gilt.« BILD meint: Was zählt, ist Freundschaft.

Bild vom 18. April 2002:

Gewinner
Ein Mann, der Brücken schlägt: Ex-US-Präsident George Bush (77) erhielt gestern im Berliner Schloss Charlottenburg den Eric-M.-Warburg-Preis. Die Laudatio hielt Außenminister Joschka Fischer. Mit dem Preis zeichnet der Verein Atlantik-Brücke Bushs Verdienste um die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA aus. BILD meint: Transatlantisch!

Bild vom 5. Mai 2003:

Gewinner
Wer über das deutsch-amerikanische Verhältnis redet, kommt an Dr. Beate Lindemann (60) nicht vorbei. Sie kriegt in Washington jeden Gesprächspartner an die Strippe. Die Geschäftsführerin des Vereins Atlantik-Brücke bemüht sich gerade in diesen Tagen um ein gutes Verhältnis zu Amerika. Eine wichtige Aufgabe, die sie mit viel Klugheit und Charme meistert. BILD meint: Transatlantisch!

Bild vom 3. Februar 2004:

Gewinner
Ein Flugkapitän, der Brücken baut: Lufthansa-Chef Wolfgang Mayrhuber (56) erhält heute in New York den Vernon-A.-Walters-Award für seine Verdienste um die deutsch-amerikanische Partnerschaft. Verliehen wird der Preis vom renommierten Verein Atlantik-Brücke. BILD meint: Über den Wolken muss die Freundschaft wohl grenzenlos sein.

Bild vom 11. Juni 2004:

Gewinner
CDU-Politiker Walther Leisler Kiep (78) ist der neue Ehrenvorsitzende des Vereins Atlantik-Brücke. Die Mitgliederversammlung (u. a. Otto Graf Lambsdorff, Hilmar Kopper, Rudolf Scharping) würdigten damit einstimmig Kieps Verdienste um die deutsch-amerikanische Verständigung. BILD meint: Verdiente Ehre!

Bild vom 16. Juni 2005:

Gewinner

Jetzt bekommt die Atlantik-Brücke Flügel: Dr. Thomas Enders (45), Vorstand beim europäischen Luft– und Raumfahrtkonzern EADS, wird neuer Vorsitzender des Vereins. Amerika-Freund Enders studierte in Los Angeles, löst Dr. Arend Oetker nach fünf Jahren ab. Die überparteiliche Atlantik-Brücke e. V. setzt sich seit 1952 für die Freundschaft zwischen Deutschland und den USA ein. BILD meint: Viel Erfolg!

Bild vom 1. Oktober 2005:

Gewinner
Drei hohe Ehrungen in zwei Monaten für Michael Otto (62): Erst der Bertelsmann-Preis für Jugendförderung, dann der Umweltpreis 2005 und jetzt in New York der Vernon-A.-Walters-Award der »Atlantik-Brücke«. 54 000 Mitarbeiter des größten Versandkonzerns der Welt können stolz auf ihren Chef sein. BILD meint: Otto — find‘ ich gut!

Bild vom 10. Oktober 2005:

Gewinner
Sie baut Brücken zwischen Deutschland und Amerika. Dafür erhält Dr. Beate Lindemann heute in Berlin das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. Die Vize-Vorsitzende des Vereins »Atlantik-Brücke« hat u. a. ein Austauschprogramm ins Leben gerufen, das seit 1990 mehr als 3000 ostdeutschen Oberschülern einen einjährigen Aufenthalt in den USA ermöglichte. BILD meint: Ehre, wem Ehre gebührt.

Bild vom 15. Mai 2007:

Gewinner

Bei den Verhandlungen zur deutschen Einheit zwischen den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs und den beiden deutschen Staaten spielte Condoleezza Rice (52) 1990 eine entscheidende Rolle. Dafür bekommt die heutige US-Außenministerin am 31. Mai den Eric-M.-Warburg-Preis von der Atlantik-Brücke e. V. verliehen. Die Laudatio hält der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl. BILD meint: Der Preis ist Rice!

Bild vom 1. Juli 2009:

Gewinner
Ehrenvolle Aufgabe für Friedrich Merz (53): Der streitbare Politiker ist neuer Vorsitzender der angesehenen Atlantik-Brücke. Merz übernimmt das Amt von Airbus-Chef Enders. Die Atlantik-Brücke ist ein Zusammenschluss von Wirtschaftsführern, Politikern u. a. in Deutschland und den USA mit dem Ziel, die deutsch-amerikanische Freundschaft zu fördern. BILD meint: Top-Mann für eine Top-Aufgabe!

Bild vom 30. Juni 2010:

Gewinner
Der alte und neue Vorsitzende der Atlantik-Brücke heißt Friedrich Merz (54). Der Anwalt und Wirtschaftsexperte wurde gestern auf der Mitgliederversammlung des Vereins mit großer Mehrheit wiedergewählt. Die Atlantik-Brücke setzt sich seit ihrer Gründung 1952 für die deutsch-amerikanische Freundschaft ein. BILD meint: Brückenbauer!

Man könnte die Auflistung immer weiter fortsetzen. Noch interessanter wird es, wenn man sich Fotos betrachtet.

Am 27. Februar 2009 berichtete *Bild* etwa auf Seite 2 mit Foto über eine Erklärung der Atlantik-Brücke aus Mumbai. Dazu druckte man ein Foto ab. Aber es war nicht das

komplette Gruppenfoto. Der Mann ganz links auf dem Originalfoto ist Kai Diekmann, Chefredakteur der *Bild* – Zeitung, Mitglied der Atlantik-Brücke. Der aber wurde für *Bild* herausgeschnitten.[283] › Hinweis Wie sehen Sie als Leser solche »Zufälle«? Übrigens ist Kai Diekmann keineswegs der einzige Atlantiker in der Chefetage von *Bild*. Auch der heutige stellvertretende *Bild* – Chefredakteur Bela Anda, der früher auch schon mal Chef des Bundespresseamts war, bekannte einmal in einem Interview, er sei Mitglied der Atlantik-Brücke.[284] › Hinweis Wie begann doch die *Berliner Zeitung* einen Bericht über die Macht der Atlantik-Brücke unter der Überschrift »Die Kontakte reichen bis ins Weiße Haus«:

Regierungssprecher Bela Anda duzt sie und Bild-Chefredakteur Kai Diekmann auch. Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl lässt sich gerne mit ihr fotografieren und der frühere US-Präsident George Bush, der Ältere, nennt sie verbindlich »Dear Beate«. Beate Lindemann ist keine Politikerin, sie führt kein Wirtschaftsunternehmen und ist keine Verlegerin, und dennoch steht sie häufig an der Seite der Mächtigen: Beate Lindemann ist die geschäftsführende stellvertretende Vorsitzende eines der einflussreichsten Netzwerke dieser Republik, der Atlantik-Brücke. 1952 gegründet, ist es oberstes Ziel der Atlantik-Brücke, die deutsch-amerikanische Freundschaft zu pflegen und zu festigen.[285] › *Hinweis*

Am Schluss dieses Kapitels kann man sich wohl kaum noch des Eindrucks erwehren, dass krakenhafte Organisationen mit umstrittener Geheimdienstnähe wie die Atlantik-Brücke, in deren Vorstand *Bild* – Chef Kai Diekmann sitzt [286] › Hinweis , vorsichtig ausgedrückt, einen Einfluss auf unsere Medien haben. »Qualitätsjournalismus Fehlanzeige: Journalisten als

Lobbyisten« – so sieht das Fachblatt *Meedia* die Tätigkeit der Organisation. Und fragt: »Journalisten lassen sich Meinung nicht von den Lesern vorschreiben – vielleicht aber von Organisationen?«[287] › Hinweis Vom Journalisten zum Propagandisten ist es offenkundig nicht weit.

Undercover Macht:
Klassische Propagandatechniken

Der schon erwähnte Wissenschaftler Uwe Krüger hat seine Doktorarbeit über den Einfluss der Eliten auf deutsche Journalisten verfasst. Krüger zeigt die Netzwerke der wichtigen Menschen in Wirtschaft, Politik und Journalismus auf. Statt einen offenen Marktplatz an Ideen abzubilden, vertreten bestimmte Journalisten demnach oft die Positionen der Herrschenden. Krüger sagt in einem Interview mit Michael Voregger:

Ich war selber Journalist und wurde an der Universität mit hohen Idealen gefüttert – von Unabhängigkeit, Kritik und Kontrolle. Als ich dann medienjournalistisch tätig war, also über Journalismus und Journalisten berichtet habe, stieß ich auf eine geheime Konferenz – die jährliche Bilderberg-Konferenz. Dort treffen sich Politiker, Militärs, Wirtschaftsführer und Journalisten aus Nordamerika und Westeuropa. Über diese Konferenz war damals kaum etwas bekannt, die anwesenden Journalisten berichteten darüber nicht. Für mich begann eine Spurensuche, was da eigentlich im Hintergrund läuft.[288] › Hinweis

Auf die Frage, wie nah Journalisten den Eliten unserer Gesellschaft kommen und welche Medien über besonders gute Kontakte verfügen, antwortet der Wissenschaftler:

Ich habe auf breiter Front Elitenkontakte von Journalisten erfasst. Es waren 64 Journalisten, die in 82 Organisationen involviert waren, wo auch Eliten aus Politik oder Wirtschaft

beteiligt waren. Besonders heraus stachen die Netzwerke von vier Außenpolitik-Journalisten: dem Außenpolitik-Ressortleiter der Süddeutschen Zeitung, Stefan Kornelius, dem verantwortlichen Redakteur für Außenpolitik der FAZ, Klaus-Dieter Frankenberger, dem Chefkorrespondenten der Welt, Michael Stürmer, und dem Mitherausgeber der Zeit, Josef Joffe. Die waren in außen- und sicherheitspolitischen Think Tanks, US- und Nato-affinen Vereinen und vertraulichen Runden involviert, in denen sie teilweise immer auf dieselben Leute trafen.[289] › Hinweis

Krüger bestätigt Aussagen, die man früher wohl für Verschwörungstheorien gehalten hätte, sagt etwa:

Es gibt offensichtlich einen hohen individuellen Nutzen für Journalisten: Hintergrundinformationen, Orientierung, exklusive Kontakte, hochrangige Interviewpartner. Ich sehe aber nur einen eingeschränkten Nutzen für Leser und Zuschauer. Die bekommen das Wissen ja nicht in Form von Berichten und Reportagen aus diesen Hintergrundzirkeln vermittelt, sondern das Wissen und auch die Perspektive der Eliten. Das fließt in Kommentare und Leitartikel ein, von denen man glaubt, sie seien von unabhängigen und kritischen Journalisten verfasst. Das kann auch absolut kontraproduktiv werden, wenn Journalisten integraler Teil von vertraulichen Politikplanungsprozessen sind, über die sie sich verpflichten zu schweigen. Denn Eliten schaffen im vertraulichen Rahmen Spannungen aus der Welt und finden einen Konsens, bevor die öffentliche Diskussion überhaupt beginnen kann. Der Journalist aber ist Anwalt der Öffentlichkeit.[290] › Hinweis

Wissenschaftler Krüger sagt, dass bestimmte Journalisten und Medien sich von ihrer Kontrollfunktion entfernt haben:

Je näher sie den Machthabern und Entscheidern kommen, desto weiter entfernen sie sich von Kritik und Kontrolle. Die Nähe ist meist erkauft mit Konformität. Da muss man diskutieren, wie groß der Abstand zwischen Journalisten und Eliten sein soll. Wollen wir, dass unsere größten und einflussreichsten Medien eine starke Schlagseite in Richtung der Eliten haben, oder wollen wir eher neutrale Beobachter, Kritiker und Kontrolleure haben – die aber vielleicht nicht immer die heißesten Indiskretionen und neuesten Insider-Informationen aus dem Elitenmilieu haben? [291] › Hinweis

Krüger spricht in dem Interview von einer »Parteinahme« der von ihm untersuchten Journalisten und weist darauf hin, dass die renommierte Zeitung *New York Times* in ihrem Ethikkodex einen Paragrafen habe, wonach Journalisten sich nicht in Organisationen engagieren dürfen, die selbst nachrichtenwürdige Aktivitäten entfalten oder die mit Politik und Wirtschaft zusammenhängen. Krüger sagt: »Sie dürfen nicht in Beiräten oder Kuratorien sitzen. Sie dürfen sich lediglich in der journalistischen Aus- und Weiterbildung engagieren. Das ist ein Reinheitsgebot, das ich gerne auch in Deutschland verankert sähe.«

Albrecht Müller, ehemaliger Planungschef im Bundeskanzleramt, hat die obigen Aussagen von Krüger sorgfältig studiert und analysiert. Er spricht von der »US-nah organisierten Gleichschaltung wichtiger Leitmedien« in Deutschland.[292] › Hinweis Der einflussreiche Müller fordert:

Es ist wichtig, über die organisierte Gleichschaltung vieler Medien aufzuklären. Es ist wichtig, auf diese Weise die Glaubwürdigkeit dieser Medien zu erschüttern. (…) Deshalb die herzliche Bitte: Klären Sie auf über die Abhängigkeit vieler deutscher Medien von den Herrschenden und einer militärorientierten herrschenden Ideologie, die übrigens

immer auch eine innenpolitische und gesellschaftspolitische Seite hat. Nennen Sie Namen. Denn die laufende Agitation ist nicht namenlos. Sie wird von Personen organisiert und getragen. Die Glaubwürdigkeit dieser Personen muss im Mark erschüttert werden.[293] › Hinweis

Nachfolgend eine Tabelle mit Namen von einflussreichen deutschen Journalisten, die in transatlantisch ausgerichteten außen- und sicherheitspolitischen Eliteorganisationen eingebunden waren oder sind. Diese Tabelle ist ein Auszug aus dem Buch von Uwe Krüger (siehe dort die Seiten 119–122):

Medium	**Name**	**Organisation, in der der Journalist zwischen 2002 und 2009 involviert war**
ZEIT	Josef Joffe	American Academy in Berlin American Council on Germany American Institute for Contemporary German Studies Aspen Institute Deutschland Atlantik-Brücke Bilderberger Europe's World Goldman Sachs Foundation Hypovereinsbank International Institute for Strategic Studies »Internationale Politik« Münchner Sicherheitskonferenz »The American Interest« Trilaterale Kommission
ZEIT	Matthias Naß	Atlantik-Brücke Bilderberg
ZEIT	Marc Brost	Atlantik-Brücke

Medium	Name	Organisation, in der der Journalist zwischen 2002 und 2009 involviert war
Süddeutsche Zeitung	Stefan Kornelius	American Institute for Contemporary German Studies Bundesakademie für Sicherheitspolitik Deutsche Atlantische Gesellschaft Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik »Internationale Politik« Körber-Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz
ZDF	Claus Kleber	Aspen Institute Deutschland
ZDF	Peter Frey	Bundesakademie für Sicherheitspolitik Körber-Stiftung
BILD	Kai Diekmann	Atlantik-Brücke
FAZ	Klaus-Dieter Frankenberger	Atlantische Initiative Bundesakademie für Sicherheitspolitik Institut für Europäische Politik Münchner Sicherheitskonferenz Trilaterale Kommission
FAZ	Günther Nonnenmacher	Centrum für angewandte Politikforschung Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik International Institute for Strategic Studies Internationale Politik Valdai Discussion Club Walter-Rathenau-Institut
FAZ	Frank Schirrmacher (gest. Juni 2014)	Herbert-Quandt-Stiftung M100 Sanssouci-Colloquium
WELT	Michael Stürmer	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik European Council on Foreign Relations German British Forum Münchner Sicherheitskonferenz Valdai Discussion Club

Die genannten Personen waren nach Angaben der überarbeiteten Version der Doktorarbeit von Uwe Krüger (»Meinungsmacht«) in vergangenen Jahren auf verschiedene Weise mit den genannten Institutionen verwoben, etwa durch Mitgliedschaft in Vereinen, Beirat

oder Kuratorium oder beispielsweise auch mit der Teilnahme an Konferenzen, Pressegesprächen oder vertraulichen Unterredungen.

Grundsätzlich fiel dem Medienwissenschaftler Krüger auf, dass die FAZ-Journalisten zu den am besten vernetzten Meinungsmachern in Deutschland gehören. Mitherausgeber Nonnenmacher (Politik) steht auf Platz 3 der Liste, FAZ-Außenpolitikchef Frankenberger auf Platz 5 und der im Juni 2014 verstorbene FAZ-Mitherausgeber Schirrmacher (Feuilleton) auf Platz 9, während Ex-Bundeskanzler und Zeit-Mitherausgeber Helmut Schmidt erst auf Platz 15 zu finden ist.[294] › Hinweis

FAZ-Herausgeber Günther Nonnenmacher ist etwa in der im offiziellen Lobbyisten-Bundestagsregister (»Lobbyliste«[295] › Hinweis) aufgeführ-ten Organisation »Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik« (DGAP). Nach Angaben von Lobbypedia und in der Eigendarstellung ist diese Organisation Teil des Lobbynetzwerkes von *Transatlantic Policy Network.*[296] › Hinweis Lobbypedia schreibt dazu: »Das *Transatlantic Policy Network* (TPN) ist eine Lobbyorganisation großer europäischer und US-amerikanischer Unternehmen sowie wirtschaftsnaher Netzwerke, die durch die Einbindung von europäischen und US-amerikanischen Politikern die transatlantische Politik im Sinne ihrer wirtschaftlichen Interessen beeinflusst. Es versteht sich als Netzwerk seiner Netzwerk-Mitglieder.«[297] › Hinweis Sowohl aus Bundestagsperspektive als auch aus der Perspektive von Lobbypedia ist der FAZ-Herausgeber Nonnenmacher also nach meiner Sichtweise in einer Lobbyistenorganisation aktiv (die DGAP selbst bestreitet, eine Lobbyorganisation zu sein).[298] › Hinweis Da kann es nicht verwundern, dass die FAZ und die Lobbyorganisation DGAP wie selbstverständlich gemeinsame Veranstaltungen durchführen. Auf der Homepage heißt es: »Das DGAP-Forum

Frankfurt wurde 2010 auf Initiative unserer Präsidiumsmitglieder Herbert J. Scheidt und Prof. Dr. Günther Nonnenmacher gegründet. Unter dem Namen ›DGAP im Dialog‹ veranstaltet das Forum in enger Kooperation mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und der Bank Vontobel hochkarätige Veranstaltungen in den Räumen der FAZ.«[299] › Hinweis

Zu den Lobbyisten im Hause FAZ zählt auch Außenpolitikchef Klaus-Dieter Frankenberger, der 2008 für seine transatlantische Berichterstattung mit dem Medienpreis der Steuben-Schurz-Gesellschaft belohnt wurde (auf der Webseite heißt es, dass er »die deutsch-amerikanische Verständigung gefördert« habe[300] › Hinweis). Frankenberger sitzt auch im Beirat der Atlantischen Initiative.[301] › Hinweis Letzteres ist aus meiner persönlichen Sicht wohl eher eine Übertretung der journalistischen Berufsrolle, lediglich Beobachter zu sein.[302] › Hinweis

Die Organisation wird immerhin ebenfalls vom Bundestag in der »Lobbyliste« geführt.[303] › Hinweis FAZ-Außenpolitik-Herausgeber Nonnenmacher und FAZ-Außenpolitik-Ressortleiter Frankenberger sind also aus meiner Sicht Lobbyisten. Man könnte aus diesen Informationen die Folgerung ziehen, dass sie ganz bestimmte Interessen eines elitären Netzwerkes verfolgen. Und nun lesen Sie einmal, womit die FAZ im Selbstportrait wirbt: »Seit ihrer Gründung 1949 legt die F.A.Z. größten Wert auf ihre Unabhängigkeit.«[304] › Hinweis Immer mehr Leser kehren dieser Art von »Unabhängigkeit« den Rücken. Die einst so renommierte FAZ verliert jedenfalls rasant an Zuspruch, und langjährige Leser bestellen das tendenziöse Blatt einfach ab. Immer weniger Menschen wollen für diese Art der »journalistischen Qualität« noch Geld ausgeben.[305] › Hinweis

Denn die Nähe zu den Netzwerken der Elite beeinflusst ja möglicherweise auch die Berichterstattung.

Eine der wichtigsten Fragen in der Untersuchung von Krüger lautet: Spiegelt sich die Verbundenheit mit den Eliten der Topjournalisten Klaus-Dieter Frankenberger (FAZ), Stefan Kornelius *(Süddeutsche),* Josef Joffe *(Zeit)* und Michael Stürmer *(Welt)* auch in der Berichterstattung wider? Krüger sagt dazu:

Ja, mit dieser These von der »kognitiven Vereinnahmung« von Journalisten durch Eliten habe ich die Arbeit auch begonnen. Und als ich die Artikel der vier untersuchte, stellte ich tatsächlich fest: Die Journalisten lagen ganz auf Linie mit den Eliten und benutzten sogar klassische Propagandatechniken.[306] › Hinweis

Journalisten von FAZ, *Süddeutsche, Zeit* und *Welt* nutzen also nach den Erkenntnissen des Wissenschaftlers »klassische Propagandatechniken«. Wie bitte verträgt sich das mit Pressefreiheit? Und Krüger nennt noch ganz andere pikante Details für die Vergangenheit:

Es gab in meiner Untersuchung einen Außenpolitik-Ressortleiter, der im Präsidium der Deutschen Atlantischen Gesellschaft saß, einem Lobbyverein für die Nato. Und es gab Außenpolitik-Ressortleiter und einen ZDF-Hauptstadtstudioleiter, die im Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik saßen und dort die Bundesregierung in Sicherheitsfragen berieten. Wenn das nicht mehr ginge, wenn solche Ehrenämter für Journalisten zum Tabu erklärt würden, dann wäre schon viel gewonnen.[307] › Hinweis

Da würde man doch gern wissen, wer da den ethisch gebotenen Sicherheitsabstand zwischen Journalismus und Eliten ignorierte. Wer also ist der Außenpolitik-Ressortleiter,

der in einem Lobbyverein der Nato saß? Es war nach Angaben von Krüger Stefan Kornelius, Außenpolitikchef der *Süddeutschen.*[308] › Hinweis

Und wer ist der Außenpolitik-Ressortleiter, der im Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik saß und dort die Bundesregierung in Sicherheitsfragen beriet? Nach Angaben von Krüger war FAZ-Mann Klaus-Dieter Frankenberger der so aufgefallene Außenpolitik-Ressortleiter.

Eine Stellungnahme wollten die betroffenen Journalisten gegenüber dem Wissenschaftler Krüger, der einfach einmal grundsätzlich aufgelistet hatte, wie die genannten Journalisten mit solchen Gruppen verflochten sind, zunächst nicht abgeben, Krüger schreibt:

Den vier Journalisten wurde die Studie zur Kenntnis gegeben, verbunden mit der Einladung, ihre Sicht der Dinge in separaten Beiträgen für die Buchveröffentlichung darzustellen. Alle vier haben abgelehnt.[309] *› Hinweis*

Kallmorgen und Bohnen – Dubiose PR-Fachleute und renommierte Zeitungen

FAZ-Mann Klaus-Dieter Frankenberger war nach den gleichen Angaben von Uwe Krüger auch Beirat der Atlantischen Initiative, Mitglied im Direktorium des Instituts für Europäische Politik[310] › Hinweis und Mitglied der Trilateralen Kommission.[311] › Hinweis Ich habe mir das alles einmal genauer angeschaut.

Als Lobby wird die Vorhalle des Parlaments bezeichnet, in der ursprünglich Vertreter verschiedener Gruppen (Lobbyisten) die Abgeordneten an die Möglichkeit ihrer Abwahl erinnerten und so eine Form der Kontrolle ausübten und auch Vorteile für bestimmtes Verhalten in Aussicht stellten. Der Präsident des Deutschen Bundestages führt eine öffentliche Liste, in der sich alle Verbände, welche ihre Interessen gegenüber dem Bundestag oder der Bundesregierung vertreten wollen, eintragen lassen können. Die Liste ist öffentlich als »Lobbyliste« einsehbar.[312] › Hinweis Und auf dieser Lobbyliste ist das Institut für Europäische Politik eingetragen.[313] › Hinweis Der Journalist Frankenberger war demnach bei einer vom Deutschen Bundestag offiziell als Lobbyistenorganisation geführten Gruppierung aktiv.[314] › Hinweis Ebenfalls auf der offiziellen Lobbyliste eingetragen: die Atlantische Initiative.[315] › Hinweis Dort ist der FAZ-Außenpolitikchef Frankenberger ja heute sogar im Beirat vertreten.[316] › Hinweis

Schauen wir uns das einmal näher an. Das Institut für Europäische Politik ist aus meiner Sicht eine

Interessenvertretung der EU, weil es eine »strategische Partnerschaft« mit der EU-Kommission hat. Auf der Homepage heißt es: »Das Institut für Europäische Politik (IEP) ist ein strategischer Partner der Europäischen Kommission und wird von ihr finanziell unterstützt.«[317] › Hinweis Und es ist eine Lobbyorganisation jener deutschen Regierungskreise, welche die europäische »Integration« – also die EU-Erweiterung[318] › Hinweis, die ja in der Bevölkerung eher nicht beliebt ist, unter dem Deckmantel von Forschungs- und Integrationsprojekten noch weiter stärken will.

Die ebenfalls in Zusammenhang mit Frankenberger genannte Trilaterale Kommission, auf die wir noch in einem eigenen Kapitel eingehen werden, ist eine private Interessenvereinigung der Finanzwirtschaft. Und die Atlantische Initiative ist eine umstrittene pro-amerikanische Lobbyorganisation[319] › Hinweis, die von den Inhabern der PR-Agentur und Unternehmensberatung Bohnen Kallmorgen & Partner mitgegründet wurde.[320] › Hinweis

Schauen wir uns die beiden Gründer der Atlantischen Initiative ein wenig näher an. Der liebe Herr Kallmorgen leitete in der Eigendarstellung »bis Ende 2007 das Programm Transatlantische Beziehungen bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Nach seinem Examen in Geschichte und Politikwissenschaften absolvierte er ein Masterprogramm in internationalen Beziehungen an der *Georgetown University* in Washington, DC. Während dieser Zeit hat er für verschiedene Unternehmensberatungen und die Weltbank gearbeitet. Von 2000 bis Anfang 2003 war er beim Bankhaus Goldman, Sachs & Co. tätig. Kallmorgen ist Mitglied des Young Leader Programms der Atlantik-Brücke e. V.«.[321] › Hinweis

Der frühere Goldman-Sachs-Investmentmanager Kallmorgen ist nach Angaben von *LobbyControl* auch

Lobbyist »einer Lobby-Plattform für Finanzinvestoren und Hedgefonds«, die »unter der gleichen Büroadresse wie Bohnen Kallmorgen und Partner firmiert«.[322] › Hinweis

Auch der liebe Herr Bohnen »ist Gründer und ehrenamtlicher Vorstand der Atlantischen Initiative. Er studierte an der *Georgetown University* in Washington, DC (Master of Science), und wurde in Oxford in Internationaler Politik promoviert. Nach Tätigkeiten u. a. für den amerikanischen Think Tank CSIS, den Deutschen Bundestag und die Bertelsmann Stiftung, arbeitete er als Pressesprecher einer Landespartei und Redenschreiber für den Bundesminister für Bildung und Forschung.«[323] › Hinweis

Nach Angaben von *LobbyControl* betreibt eine andere von Kallmorgen und Bohnen gegründete Lobbyorganisation »eine unsaubere Form der Lobbyarbeit (…), bei der sie sich als etwas verkauft, was sie nicht ist: Sie verkauft sich als eine hauptsächlich von Wissenschaftlern und Mitgliedern der Zivilgesellschaft getragene gemeinnützige Initiative, ist aber faktisch die Erfindung einer Lobbyagentur; sie täuscht die Öffentlichkeit über ihre wahren Ziele und ihre Mitglieder; und sie bleibt letztlich unklar darüber, wie sie sich finanziert.«[324] › Hinweis

Fassen wir zusammen: Die Atlantische Initiative wurde demnach führend von Personen gegründet, die ganz sicher – extrem höflich und vorsichtig ausgedrückt – umstritten sind: Es sind nach Angaben von *LobbyControl* unsauber arbeitende Lobbyisten, welche die Öffentlichkeit in der Vergangenheit bei ihrer Lobbyarbeit über ihre wahren Ziele getäuscht haben. Und zwar mithilfe von Medien.

Das Schweizer Magazin *Saldo* hat 2011 unter der Überschrift »Journalisten im Dienst von PR-Agenturen« darüber berichtet, wie die renommierten Zeitungen FAZ und *Süddeutsche Zeitung* – unabhängig von der Atlantischen

Initiative – sich von Kallmorgen und Bohnen vor ihren PR-Karren haben spannen lassen.[325] › Hinweis Da heißt es, eine neue Studie lege nun den Schluss nahe, dass Artikel aus FAZ und *Süddeutscher* »die frisierte Botschaft einer PR-Firma verbreiteten«. Gemeint waren Kallmorgen, Bohnen und deren Lobbynetzwerke. Weiter heißt es zum unkritischen Abschreiben renommierter Medien von der PR-Agentur: »Die Posse verdeutlicht, wie leicht sich Journalisten von PR-Firmen für deren Zwecke einspannen lassen.« Kallmorgen und Bohnen sind schon 2011 wegen ihres irreführenden Auftretens vom PR-Rat abgemahnt worden.[326] › Hinweis Und sie präsentieren »dubiose« Organisationen als »gemeinnützige Initiativen«, um Beratungsaufträge zu generieren. Eigen- statt Gemeinnutz. Ein anrüchiges Geschäftsmodell.[327] › Hinweis

Und der FAZ-Außenpolitikchef Frankenberger sitzt bei einer von diesen Lobbyisten gegründeten Organisation, der Atlantischen Initiative, die im Lobbyregister des Bundestages geführt wird, im Beirat.[328] › Hinweis Er fühlt sich offenkundig (wie auch seine genannten Kollegen bei anderen Vereinen) im Umfeld von Lobbyistenorganisationen wohl. Albrecht Müller, Ex-Planungschef im Bundeskanzleramt, sagt über solche Journalisten: »Die Nähe zu den Eliten und zu deren politischer Orientierung zahlt sich auch für die Karriere der genannten Journalisten aus.« Sie seien »auch dank ihrer ideologischen Ausrichtung und ihrer Verbundenheit mit den mächtigen Zirkeln der Eliten beruflich erfolgreich«.[329] › Hinweis

Zur Erinnerung: Der Ex-Planungschef des Bundeskanzleramtes spricht bei solchen Journalisten von der »US-nah organisierten Gleichschaltung wichtiger Leitmedien« in Deutschland.[330] › Hinweis Wenn Sie also mal wieder die *Frankfurter Allgemeine* oder andere vorgeblich

renommierte Medien vor sich haben – dann wissen Sie, was möglicherweise von einigen Berichten zu halten ist: Klassische Propagandatechniken auf Linie mit den Eliten. Da werden Journalisten geistig offenbar von den Eliten vereinnahmt.

Ein seriöses Unternehmen würde Journalisten, bei denen die hier aufgezeigten Verflechtungen bekannt und nachweisbar würden, wohl fristlos entlassen. Warum das nicht passiert, ist leicht nachvollziehbar: Die dafür Zuständigen in der Chefetage sitzen ja selbst in den obskuren Netzwerken und müssten sich gleich selbst ebenfalls die fristlose Entlassung unterzeichnen. Sie beklatschen den Filz also noch. Als für »Informationen« zahlender Bürger kommt man sich da mehr als veräppelt vor.

Obamas Trolle:
Die Fünfte Kolonne der USA

Angeblich verfügen wir in Deutschland ja über ein breitgefächertes Angebot an Zeitungen, Fernsehsendern und anderen Medien mit den unterschiedlichsten Meinungen. Von ganz rechts bis ganz links. Die Journalisten sind unabhängig von den Gegenständen und den Personen, über die sie berichten. Nur verpflichtet der objektiven Wahrheit. Und die Realität? In Wahrheit wird die Meinungsfreiheit offenbar nur noch simuliert.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben sich die US-amerikanischen Lobbyorganisationen auf deutschem Boden massenhaft metastasiert. Das hat zur Folge, dass in den deutschen Regierungen immer häufiger Minister ihre Karriere der Protektion durch US-Seilschaften verdanken. Und auch die Journalisten werden von den US-Lobbyorganisationen, wie wir gesehen haben und sehen werden, geistig vereinnahmt.

Im Jahr 2014 las ich in der renommierten *Neuen Zürcher Zeitung* folgende Passage über angeblich böse Menschen, welche die Öffentlichkeit Tag für Tag belügen und betrügen:

Ein Artikel der regierungskritischen russischen Zeitung »Nowaja Gazeta« berichtete vor einem halben Jahr darüber, dass eine »Agentur für Internet-Studien« in St. Petersburg 650 Franken pro Monat und gratis Essen für Personen anbietet, welche im Internet regelmässig Kommentare im Sinne des Kremls schreiben. Die Betreiber der Agentur

kämen aus dem Umfeld kremltreuer Jugendorganisationen …[331] › Hinweis

Das bewegt. Das geht nahe. Die bösen Russen im Kreml bezahlen junge Menschen dafür, dass diese im Internet Propaganda für die russische Regierung machen. Ein Skandal. Da bekommen arme Russen gratis Essen und ein paar Euro im Gegenzug für Propaganda. So etwas verbreitet sich als Nachricht wie ein Lauffeuer um die angeblich freie Welt. Diese Niederträchtigkeit. Aber halt: Was ist mit jenen unzähligen deutschsprachigen Journalisten, die – gegen Gefälligkeiten – bereitwillig Propaganda für proamerikanische Organisationen, für Unternehmen oder für Politiker machen? Warum ist das kein Skandal, sondern »selbstverständlich«? Fast alle proamerikanischen oder geheimdienstnahen Organisationen, die in diesem Buch erwähnt werden, haben Blogs, auf denen auch deutsche Journalisten regelmäßig schreiben. Und die gleichen Journalisten finden sich dann häufig auch mit Foto bei Einladungen der Organisationen zu Festessen – ist das etwas anderes als die oben bei den Russen erwähnten »Gratisessen«? Und diese linientreuen Journalisten bekommen häufig Einladungen zu Reisen in die USA. Und dort dürfen sie dann (bezahlte) Vorträge halten. Da schließt sich der Kreis. Es gibt nicht den geringsten Unterschied zu jener Meldung aus der *Neuen Zürcher Zeitung*, über die man beim ersten Lesen so leicht die Nase rümpft. So ist das mit gekaufter Berichterstattung – es gibt sie in Ost und West. Nur ist sie bei uns inzwischen so »normal« und verbreitet, dass wir sie gar nicht mehr wahrnehmen und für selbstverständlich halten.

Doch die *Süddeutsche* bietet uns da noch ein ganz besonderes Bonbon: Sie hat im Juni 2014 einen Artikel über »Putins Trolle« geschrieben, über angebliche Propaganda

aus Russland in deutschen Medien. Da heißt es: »Hunderte bezahlte Manipulatoren versuchen, weltweit die Meinung in sozialen Netzwerken und in Kommentarbereichen wie auch bei *Süddeutsche.de* im Sinne des Kreml zu beeinflussen.«[332] › Hinweis Man gewinnt beim Lesen des Artikels den Eindruck, unter den Kommentatoren der Onlineportale deutscher Qualitätsmedien seien zum überwiegenden Teil moskautreue und moskaugesteuerte Einflussagenten. Wenn unter einem Artikel ein unerwünschter Kommentar steht, dann war das also angeblich die Fünfte Kolonne Moskaus. Äh – wie jetzt? Das verlängerte Pressebüro der Nato schreibt in Form von deutschen Journalisten. Und die verbreiten auch bei der *Süddeutschen* tendenziöse proamerikanische Artikel.[333] › Hinweis Letzteres ist wissenschaftlich in einer Münchner und auch einer Leipziger Studie belegt. Und die Fünfte Kolonne Moskaus kontert dann in den Kommentarspalten unter den Artikeln? Nein, das ist nicht wissenschaftlich belegt, denn die *Süddeutsche* beruft sich bei dieser skurrilen Einschätzung vor allem auf eher anonyme Quellen. Zu dem erwähnten Artikel stellte die *Süddeutsche* dann auch noch ausgerechnet als Illustration ein Propagandafoto von der Organisation »Reporter ohne Grenzen«, auf dem der russische Präsident Putin mit erhobenem »Stinkefinger« abgebildet war. Suggeriert werden sollte dem unbefangenen Leser der *Süddeutschen* wohl, dass Putin sich einen Dreck um die Pressefreiheit schere. Vergessen wurde dabei der Hinweis, wer diese »Reporter ohne Grenzen« finanziert und für wen sie tätig werden: Dahinter standen in der Vergangenheit beispielsweise das US-Außenministerium und der US-Milliardär George Soros.[334] › Hinweis Die Mission der Reporter ohne Grenzen, so die Zeitung *Junge Welt*, ist wohl vor allem proamerikanische Desinformation.[335] › Hinweis Das alles wird von der *Süddeutschen* verschwiegen. Es erinnerte

mich beim Lesen an die in diesem Kapitel schon erwähnten »klassischen Propagandatechniken«. Man kommt sich da als Normalbürger vor wie auf dem Kinderspielplatz. Oder aber verarscht.

Bevor wir es vergessen: Nach Informationen des Whistleblowers Edward Snowden kann der britische Geheimdienst die Inhalte im Internet nach Belieben manipulieren. Das machen also keine Hacker, sondern der Staat, eine europäische »Demokratie«. Die verändert sogar Umfrageergebnisse im Internet. Früher hielt man so etwas für Verschwörungstheorie. Und heute ist es Realität. Die Programme können auch Abstimmungen und Klickzahlen im Netz verändern, aber auch Videos zensieren. Der Journalist Glenn Greenwald beschreibt die Programme als »einige der erstaunlichsten Methoden von Propaganda und Täuschung im Internet«.[336] › Hinweis Nun ist der britische Geheimdienst Partnerdienst der US-Dienste. Und was die Briten auf diesem Gebiet können [337] › Hinweis, das können die Amerikaner schon lange. Sie können es nicht nur, sie machen es auch.[338] › Hinweis Sie zensieren und manipulieren vor allem Kommentare im Internet.[339] › Hinweis Und diese Massenüberwachung hat, wie schon immer in der Geschichte, nur ein Ziel: politische Gegner auszuschalten.[340] › Hinweis Äh, wie bitte? Nennt die *Süddeutsche* die Amerikaner, welche solche Manipulationen im Internet vornehmen, nun künftig »Obama-Trolle«? Oder hetzt man nur weiter als Fünfte Kolonne der USA einseitig gegen die »Putin-Trolle«?

Der Geist Rockefellers – die Trilaterale Kommission

Die Zugehörigkeit zu privaten Elitevereinigungen ist für Privatbürger grundsätzlich durchaus legitim. Und zwar auch dann, wenn es sich um Organisationen handelt, denen ausschließlich einflussreiche, sehr einflussreiche Menschen angehören. Bemerkenswert ist dabei lediglich, dass in der Öffentlichkeit so wenig über die Existenz solcher Verbindungen bekannt ist. Das gibt Verschwörungstheorien Auftrieb. Und man fragt sich dann auch, was gerade Journalisten in bestimmten Organisationen der Machteliten zu suchen haben.

Zu den bedeutsamsten Organisationen der westlichen Machtelite zählt neben den Bilderbergern unzweifelhaft die Trilaterale Kommission. Gegründet 1973 unter der Ägide von David Rockefeller, darf sie als ein weiterer geheimnisvoller Ableger der Bilderberger gelten.[341] › Hinweis

Die Trilaterale Kommission ist nach Angaben der Belgrader Völkerrechtlerin Smilja Avramov, welche ein Buch über die Organisation geschrieben hat, »nichts anderes als eine Weltregierung im Wartestand. Auf ihren Tagungen werden die jeweils aktuellen globalen Probleme verhandelt und dazu entsprechende Beschlüsse gefasst …«.[342] › Hinweis Vor einigen Jahren soll nach ihren Angaben am Rande eines Treffens der Trilateralen auch die Zerschlagung Jugoslawiens beschlossen worden sein. Man könnte das für eine Verschwörungstheorie halten, aber viele Fachleute berichten in Zusammenhang mit den Trilateralen Ähnliches. Etwa,

dass die Eliten aus den Reihen der Trilateralen Kommission beschlossen haben, die finanziellen Folgen der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise den europäischen Bürgern aufzudrücken. Das schreibt zum Beispiel der argentinische Wirtschaftsfachmann Adrian Salbuchi in einem lesenswerten Stück »Socializing losses: Trilateral takeover of Europe?«.[343] › Hinweis Es geht demnach im Hintergrund seit vielen Jahren bei den Trilateralen vor allem darum, den Superreichen dieser Welt ihre Vermögen zu retten. Und die Leitmedien sollen mit Orwellschem »Neusprech« dafür sorgen, dass die Bürger das brav schlucken. Die Medien, welche dann in ihrem Sinne schreiben oder berichten, wären aus dieser Perspektive nichts anderes als Marionetten der Trilateralen Kommission. Der Leipziger Medienwissenschaftler Uwe Krüger beschreibt die Trilaterale Kommission als eine Organisation, in welcher Eliten ihre »Interessen« verhandeln, »bevor sie an die Öffentlichkeit kommen«.[344] › Hinweis

Der Ausschluss der Presse, und damit der Öffentlichkeit, bei den Treffen der Trilateralen wird üblicherweise damit erklärt, dass die Mitglieder nur unter dieser Voraussetzung ihre Ideen und Erkenntnisse offen und frei austauschen können. Das ist so wie bei der Mafia. Verlässliche Informationen über die Vorträge und Gespräche dringen also grundsätzlich nicht nach außen. Als logische Konsequenz führt gerade diese Geheimhaltung zu einer Unzahl von Spekulationen, denen allerdings entsprechende Skepsis entgegenzubringen ist. Die schon erwähnte Belgrader Völkerrechtlerin Smilja Avramov sagt zum Beispiel über die Trilaterale Kommission:

Global Governance bedeutet übrigens für die Trilaterale Kommission Governance without Governments, Weltherrschaft ohne Regierungen. So betreibt man weltweit

die Zerstörung von Staatsfunktionen und schafft über sogenannte Nichtregierungsorganisationen Instrumente, um an den bestehenden Regierungen vorbei die Geschicke der Völker zu lenken.[345] › Hinweis

Nach allem könnte man zu dem Schluss kommen: Die gegenwärtigen Krisen sind nicht zufällig, sie sind gewollt. Und sie werden auch von obskuren Organisationen wie der Trilateralen Kommission herbeigeführt und dienen dem Ziel der Neuen Weltordnung, einer Diktatur der Eliten.

Wie wichtig ihre Treffen sind, belegen nicht zuletzt die Tagungsorte: 1977 fand das Jahrestreffen der Trilateralen Kommission immerhin in Deutschland direkt im Kanzleramt statt. Der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt ließ noch Stühle herbeiholen, damit die Mächtigen auch alle Platz im Kanzleramt hatten.[346] › Hinweis Seither hat sich nicht viel geändert. Die Jahreshauptversammlung 2013 der Trilateralen Kommission fand im März in Berlin statt. In vorderster Reihe dabei war wie auch schon 1977 in Bonn Gründer David Rockefeller.[347] › Hinweis

2010 hat die Trilaterale Kommission bei ihrem Treffen in Brüssel beschlossen, dass die EU-Bürger mehr Entscheidungskompetenzen an Brüssel abgeben sollen. Der Souveränitätsabbau der Nationalstaaten solle zur »ökonomischen Union« führen, so machte es uns später die Nachrichtenagentur Reuters schmackhaft.[348] › Hinweis Mehr Entscheidungskompetenz soll an Brüssel abgetreten werden. Ob die Bürger, die Steuerzahler, die Wähler damit einverstanden sind? Wie sollen sie, wenn sie nicht einmal darüber informiert werden, was da hinter verschlossenen Türen beschlossen wird? Wenn sie nicht einmal wissen, was geheim tagende Organisationen wie die Trilaterale Konferenz da über ihre Köpfe hinweg vereinbaren?

Die Lobbypedia, ein Projekt von *LobbyControl*, nennt die Trilaterale Kommission eine »Lobbyorganisation der Wirtschaftselite«.[349] › Hinweis Stets gern dabei: FAZ-Außenpolitikchef Klaus-Dieter Frankenberger [350] › Hinweis. Der Journalist, der schon zu meiner Zeit bei der FAZ durch amerikanische Cowboystiefel zum Anzug und dicke Zigarren auffiel, ist offenkundig auch noch stolz auf seine Mitgliedschaft bei dieser geheimnisumwitterten Lobbyorganisation der Hochfinanz. Er schreibt in seinem offiziellen Lebenslauf der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung:* »Seit Beginn des Jahres 2001 verantwortlich für Außenpolitik. Mitglied der Trilateralen Kommission.«[351] › Hinweis

FAZ-Journalist Frankenberger sitzt da zusammen in einer Organisation mit Milliardär David Rockefeller, dem Bilderberger Mario Monti und Jean-Claude Trichet, dem Ex-Präsidenten der Europäischen Zentralbank, neben dem Deutsche-Bank-Chef Jürgen Fitschen und der Ex-US-Außenministerin Madeleine Albright, neben dem früheren US-Verteidigungsminister John Deutch, neben dem EX-US-Geheimdienschef John Negroponte und Henry Kissinger.[352] › Hinweis Ist das der richtige Platz für einen Journalisten, der doch nach dem früheren Verständnis von funktionierenden Medien vor allem eine Kontrollfunktion haben sollte?

Ein führender deutscher Journalist zugleich in einer konspirativ wirkenden Lobbyorganisation der Wirtschaftselite und des US-Milliardärs David Rockefeller, wie kann das sein? Und dann schreibt dieser Journalist auch noch darüber, etwa anlässlich des Berliner Jahrestreffens 2013 der Organisation.[353] › Hinweis In der Unterzeile der Überschrift heißt es »Einen Leuchtturm gibt es nicht – oder vielleicht doch?« Und das Stück beginnt mit den Worten: »Vor 40 Jahren rief David Rockefeller die Trilaterale

Kommission ins Leben.« Ob der Leser ahnt, dass hier ein Vereinsmitglied über seinen eigenen Verein schreibt?

Blickt man ins FAZ-Archiv, dann gibt es, aus meiner Sicht, viel an Hofberichterstattung erinnernde Berichte von Frankenberger für die Trilaterale Kommission und für David Rockefeller. Im April 2003 etwa begann Frankenberger einen Text (»Amerikas neuer Spielgefährte«) mit den Worten: »Vor dreißig Jahren hatte David Rockefeller eine gute Idee: War es nicht höchste Zeit, ein Forum zu schaffen …«. Und im März 2013 begann Frankenberger den FAZ-Artikel »Welt in Unruhe« mit den Worten: »Vor 40 Jahren rief David Rockefeller die Trilaterale Kommission ins Leben. Sie war die Antwort des New Yorker Bankiers, Mäzens …«. Der gute Milliardär Rockefeller mit den guten Ideen, die gute Trilaterale Kommission? Erinnern Sie sich noch daran, was ich ganz am Anfang dieses Buches über einen anderen Milliardär und Frankenbergers (und meine!) Hofberichterstattung in der FAZ geschrieben habe: der andere Milliardär hieß Sultan Qabus und bezahlte Frankenberger und mir traumhafte Luxusreisen, von denen wir beide noch lange im Kollegenkreis schwärmten. Wir hatten uns für Hofberichterstattung in der FAZ bereitwillig »schmieren« lassen. Die klebrige Nähe zu Eliten ist bei Frankenberger offenkundig geblieben. Wie viel Nähe zu Geld- und Machteliten, wie viel Involviertheit in Lobbyorganisationen ist Journalisten erlaubt?

Ich habe den Namen meines früheren Kollegen Klaus-Dieter Frankenberger in diesem Buch schon häufiger erwähnt. Nicht, weil ich ihn nicht mag. Im Gegenteil. Sondern gerade weil ich ihn über Jahre aus nächster Nähe erlebt habe, ist mir klar geworden, dass Alpha-Journalisten wie er wie eine russische Matroschka sind. Gemeint sind jene Steckpuppen, bei denen man immer neue Ebenen findet. Man glaubt,

endlich die letzte Ebene im verborgenen Untergrund gefunden zu haben. Und dann kommt die nächste hervor. Bei Frankenberger war es mal der Beirat der Atlantischen Initiative, dann das Direktorium des Instituts für Europäische Politik, die Teilnahme an Münchner Sicherheitskonferenzen oder die Mitgliedschaft in der umstrittenen Trilateralen Kommission. Journalisten sollten aber keine Matroschkas sein, bei denen man nicht mehr weiß, welche Interessen sie möglicherweise wann, wo und wie beeinflussen könnten. Die Trilaterale Kommission ist und bleibt ein Ableger der Bilderberger. Und dort haben Journalisten nach meiner persönlichen Auffassung eben nichts zu suchen.

Der deutsche Soziologe Rudolf Stumberger spricht von einer tendenziellen Re-Feudalisierung im Sinne einer zunehmend bedeutsamer werdenden Welt selbsternannter Eliten und deren Strukturen, die parallel neben den offiziellen Strukturen entstanden seien – andere Worte für das Phänomen der Schattenregierung und ihres Ziels, eine umfassende, möglichst globale Macht und totale Kontrolle auszuüben.

Es ist an der Zeit, dass die Öffentlichkeit von solchen Strukturen und ihren Zielen erfährt. Doch dazu muss diese bislang absichtlich nicht in Kenntnis gesetzte Öffentlichkeit umdenken. Und sie muss angesichts der neuen Perspektiven in der Lage und willens sein, die Realität dieser verdeckten Organe jenes »Kraken« zu akzeptieren. Die Trilaterale Kommission ist nur eine von vielen Eliteorganisationen, welche deutsche Führungskräfte wie ein Krake umschlingt.

Wer sich darüber wundert, dass Äußerungen verschiedener Politiker, aus der Wirtschaft und Presse etwa zur deutschen Außenpolitik fast identisch sind, dem sei angeraten, sich einmal in der Welt der weiteren elitären Vereinigungen zur deutschen Außenpolitik umzusehen. Dort

ist in den letzten Jahren ein Netzwerk entstanden, das allein auf die transatlantischen Beziehungen und die Nato ausgerichtet ist. Die Maschen dieses proamerikanischen Netzwerkes sind mittlerweile so dicht geknüpft, dass keine andere Meinung mehr durchdringt. Davon abweichende Meinungen werden schnell als verantwortungslose Träumereien und als angeblich gefährlich diffamiert. Wer die Netzwerke thematisiert, der wird gern als Verschwörungstheoretiker abgetan und beschimpft. Einen großen Einfluss haben neben der Trilateralen Kommission des Milliardärs Rockefeller in Deutschland auch die *American Academy,* das *American Jewish Committee,* das *Aspen Institute,* die Atlantik-Brücke, die Atlantische Initiative, die Deutsche Atlantische Gesellschaft, die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und der *European Council on Foreign Relations* (ECFR) des Milliardärs George Soros.

Zu den Netzwerkern in solchen und ähnlichen Organisationen und deren Umfeld gehören oder gehörten vor allem:

Name	**Vorname**	**Organisation**	**beruf l. Stellung**
Baring, Prof. Dr.	Arnulf	Atlantische Initiative	Historiker
Berger, Prof. Dr. h. c.	Roland	Atlantik-Brücke Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP European Council on Foreign Relations ECFR	Roland Berger Strategy Consultants
Brok	Elmar	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP	MdEP
Brzezinski, Dr.	Mark	Atlantische Initiative	McGuireWoods

Name	Vorname	Organisation	beruf l. Stellung
Bütikofer	Reinhard	American Jewish Committee Aspen Institute Atlantik-Brücke Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP	MdEP
Chrobog	Jürgen	Atlantische Initiative	BMW Stiftung Herbert Quandt
Cromme, Dr.	Gerhard	European Council on Foreign Relations ECFR Aspen Institute	Aufsichtsratsvorsitzender, Siemens AG
Diekmann	Kai	Atlantik-Brücke	Bildzeitung
Dohnanyi, Dr., von	Klaus	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP	ehem. Regierender Bürgermeister Hamburg, SPD
Dombret Dr.	Andreas	Atlantik-Brücke	Vorstand Bundesbank
Döpfner, Dr.	Mathias	American Academy Aspen Institute American Jewish Committee	Springer Verlag
Enders	Thomas	Atlantik-Brücke Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP	EADS
Fischer	Joschka	Atlantik-Brücke European Council on Foreign Relations ECFR	ehem. Außenminister
Fitschen	Jürgen	Atlantik-Brücke	Deutsche Bank
Frey, Dr.	Peter	American Jewish Committee	ZDF
Gauck	Joachim	Atlantik-Brücke	Bundespräsident

Name	Vorname	Organisation	beruf l. Stellung
Genscher, Prof. Dr. h.c.	Hans-Dietrich	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP	ehem. Außenminister
Graf Lambsdorff	Alexander	American Jewish Committee Atlantik-Brücke Atlantische Initiative European Council on Foreign Relations ECFR	MdEP
Graf Lambsdorff	Hagen	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP	Diplomat
Großmann Dr.	Jürgen R.	Atlantik-Brücke	Georgsmarienhütte
Guttenberg zu	Karl-Theodor	Atlantik-Brücke European Council on Foreign Relations ECFR	ehem. Verteidigungsminister
Holbrooke	Richard C.	American Academy	US-Botschafter 1993, verst. 2010
Inacker, Dr.	Michael	American Academy Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP	Handelsblatt
Ischinger	Wolfgang	American Academy American Jewish Committee Atlantik-Brücke European Council on Foreign Relations ECFR	Allianz SE, Vorsitzender Münchner Sicherheitskonferenz
Joffe Dr.	Josef	American Academy Aspen Institute	Die Zeit, Herausgeber
Kempe Dr.	Frederick	Atlantik-Brücke	The Atlantic Council of the United States

Name	Vorname	Organisation	beruf. Stellung
Kiep	Walther Leisler	Atlantik-Brücke Atlantische Initiative	Politiker
Kissinger	Henry A.	American Academy	ehem. US-Außenminister
Klaeden von	Eckart	Aspen Institute Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP Atlantik-Brücke Atlantische Initiative	Daimler
Klose	Hans-Ulrich	American Jewish Committee Atlantik-Brücke Atlantische Initiative Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP	Politiker, SPD
Koch-Weser	Caio	Atlantik-Brücke European Council on Foreign Relations ECFR	Deutsche Bank
Kornblum	John C.	American Academy Atlantische Initiative	US-Botschafter 1997 – 2001, Chairman Lazard Germany
Lange	Christian	Atlantik-Brücke	MdB, SPD
Lindemann	Beate	American Jewish Committee Atlantik-Brücke Atlantische Initiative	geschäftsführende Vizepräsidentin, Atlantik-Forum
Maltzahn Freiherr von	Paul	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP	Diplomat
Maltzahn von	Nina	American Academy	

Name	Vorname	Organisation	beruf. Stellung
Mißfelder	Philipp	Atlantik-Brücke Atlantische Initiative Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP	MdB, CDU
Müller	Kerstin	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP	
Murphy	Philip D.	Atlantik-Brücke	US-Botschafter
Naumann, Dr.	Michael	American Jewish Committee	ehem. Staatsminister
Nouripour	Omid	Atlantik-Brücke Deutsche Atlantische Gesellschaft	MdB, Grüne
Nowak	Wolfgang	American Jewish Committee	Alfred Herrhausen Gesellschaft
Oetker, Dr.	Arend	American Jewish Committee Atlantik-Brücke Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP	Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG
Oppenheim, Freiherr von	Christopher	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP	Bankhaus Oppenheim
Pflüger, Prof. Dr.	Friedbert	Atlantik-Brücke Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP	Staatssekretär a. D.
Polenz	Ruprecht	Atlantische Initiative European Council on Foreign Relations ECFR	MdB, CDU

Name	Vorname	Organisation	beruf. Stellung
Primor	Avi	Atlantische Initiative	Botschafter a. D. des Staates Israel
Robbe	Reinhold	American Jewish Committee Deutsche Atlantische Gesellschaft	ehem. MdB, SPD
Sandschneider, Prof. Dr.	Eberhard	Atlantische Initiative Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP	Otto-Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP
Sommer, Dr.	Theo	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP	ehem. Die Zeit
Teltschik, Prof. Dr. h. c.	Horst M.	Aspen Institute Atlantische Initiative Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP	ehem. Vorsitzender Münchner Sicherheitskonferenz, Kohl-Berater
Vassiliadis	Michael Zissis	Atlantik-Brücke	Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
Voigt	Karsten D.	Aspen Institute Atlantische Initiative Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP	ehem. MdB, SPD
Warburg	Max M.	Atlantik-Brücke	M. M. Warburg & Co. Privatbank
Weizsäcker von	Richard	American Academy	ehem. Bundespräsident
Wenning	Werner	Atlantik-Brücke	Bayer AG
Wowereit	Klaus	American Academy	ehem. Regierender Bürgermeister Berlin

Wenn man sieht, wie beispielsweise die Milliardäre Rockefeller und Soros im Hintergrund Fäden bei solchen Organisationen ziehen, dann wird einem vieles klarer. Ein Beispiel: Die 1913 gegründete renommierte linksliberale britische Wochenzeitung *New Statesman* hat schon 2003 in einem langen Bericht enthüllt, wen der Milliardär George Soros in von ihm mitfinanzierten vermeintlich gemeinnützigen Organisationen mit Führungsaufgaben betraut: Es sind häufig Ex-Mitarbeiter amerikanischer Geheimdienste oder geheimdienstnaher Organisationen oder Militärs.[354] › Hinweis »George Soros«, schrieb der *New Statesman*, »kann man vielleicht nicht direkt als vollbezahlten CIA-Agenten bezeichnen, wie manche das getan haben. Aber es kann kein Zweifel daran bestehen, dass seine Firmen und NGOs eng in die US-Expansion einbezogen sind.«[355] › Hinweis Soros, Rockefeller und transatlantische Denkfabriken haben vor allem aus machtstrategischen und wirtschaftlichen Erwägungen Umstürze in den früheren Ostblockländern und im Nahen Osten und Nordafrika begleitet, mitunter sogar selbst entfacht.

Beim *European Council on Foreign Relations* (ECFR) des Milliardärs George Soros ist die Vorgehensweise immer gleich: Ein Ereignis wie beispielsweise ein für die eigenen Wirtschaftsinteressen unliebsames Wahlergebnis wird öffentlich als Manipulation diffamiert, oder ein Vorfall wie etwa in Tunesien – die angebliche Selbstverbrennung eines Gemüsehändlers – werden zum Anlass anhaltender Proteste und Demonstrationen genommen, organisiert über die neuen Medien, bis die amtierende Regierung aufgibt und zurücktritt. Beabsichtigt ist, dass so eine den USA wohlgesonnene Regierung, die den neoliberalen Wirtschaftsinteressen Soros nachkommt, an die Macht kommt.

Die Zeitung *Der Freitag* schreibt zur Soros-Umsturz-Maschine:

Soros ist jedoch dafür bekannt, dass er seine Beteiligung an »Regime Changes« und Revolutionen erst dann zugibt, wenn es für ihn ungefährlich ist. Wenn die geschaffenen Tatsachen Geschichte geworden sind, wie im Falle der Solidarnosc in Polen der Achtziger und seinem mit hunderten Millionen Dollars finanzierten und lang eingefädelten Umsturz der Regierung Milosevic in Serbien, gibt er dann gern seine Urheberschaft zu und brüstet sich sogar damit. Im Falle der Rosenrevolution in Georgien, wo die Soros-Maschine ebenso zugeschlagen hat und Sakashwilli mit dem Segen des Milliardärs an die Macht brachte, ist Soros schon etwas vorsichtiger geworden. In den Wirren der Ägyptischen Machtkämpfe und der Jasmin-Revolution gibt es allerdings kein »Bekennerschreiben« des selbsternannten Philantropen mit der Lust an der Zerstörung von Staaten und Gesellschaften.[356] › Hinweis

Und unsere Medienvertreter spielen bei den dahinterstehenden gelenkten Pressekampagnen mit, vielleicht aus reiner Unwissenheit? Nehmen wir nur einen Bericht des Journalisten Peter Riesbeck, der im Juli 2013 über angeblich proeuropäische Unruhen in Bulgarien in der *Frankfurter Rundschau* und auch der *Berliner Zeitung* erschien.[357] › Hinweis Er beginnt mit den Worten: »Dimitar Bechev kennt die Situation in Sofia«. Und dann erfährt der Leser: »Bechev arbeitet in Sofia für den *European Council on Foreign Relations* (ECFR), einem europäischen Forschungsinstitut mit Büros in Sofia, Berlin und London.«

Der ECFR des Milliardärs George Soros wird dem Durchschnittsleser also als wissenschaftliches »Forschungsinstitut« verkauft. Kein Wort von George Soros

und den Demonstrationen, die er über ECFR in seinem Interesse entfachen lässt. Und so ist Bechev, der nicht nur für den ECFR arbeitet, wie Riesbeck behauptet, sondern das Büro in Sofia sogar leitet[358] › Hinweis, auch nur »aus bloßem Interesse als Sozialwissenschaftler« »mitunter selbst auf die Straße gegangen«. Wie edel sind doch die Motive der Demonstranten in Sofia. »Uns geht es um echte Demokratie«, heißt es in dem Stück. Wie auch bei den Protesten in der arabischen Welt wird das Bild der jungen, gut gebildeten und angeblich total westlich orientierten Demonstranten gezeichnet. Und es wird ein Eingreifen Europas zugunsten der Demonstranten gefordert. Das alles klingt nach gelenkten Pressekampagnen.

Angeblich spontane Ausbrüche der Empörung und des Volkszorns sind immer wieder das Vehikel, um nicht nur ganze Staaten, sondern auch Regionen im Sinne der USA und einiger weniger Milliardäre umzukrempeln. So dienten schon die früheren »Revolutionen« in anderen ehemaligen Ostblockstaaten nicht etwa dem Volk, sondern dem Bemühen, die früheren Sowjetstaaten aus dem Machtbereich Russlands herauszubrechen und an den Westen (Nato) anzuschließen. Finanziert werden die Revolutionen von den Stiftungen westlicher Milliardäre wie etwa der Rockefellers oder George Soros. Soros räumte unumwunden ein: »Meine Stiftungen trugen zu den Regimewechseln in der Slowakei (1998), Kroatien (1999) und Jugoslawien (2000) bei und mobilisierten die Zivilgesellschaft, um Vladimír Meciar, Franjo Tudman und Slobodan Miloševic aus ihren Ämtern zu vertreiben.« Soros' *Open Society Foundations* gehören zu den führenden Akteuren, wenn es darum geht, fremde Regierungen mithilfe von Volksaufständen zu stürzen. Der geistige Nährboden dafür wird in transatlantischen Denkfabriken geschaffen. Und Alpha-Journalisten begleiten in den Leitmedien die

Umstürze und Militäraktionen, die von Afghanistan über Ägypten, Syrien und den Irak bis zur Ukraine ganz sicher nie den Menschen der betroffenen Länder, sondern einzig Washingtoner Machtinteressen und denen einiger Milliardäre gedient haben.[359] › Hinweis

Im Gedenken an FAZ-Chef Schirrmacher: Zivildienstleistender Panzerfahrer

Wie wird man eigentlich Alpha-Journalist? Man kann sich als Alpha-Journalist im deutschsprachigen Raum so ziemlich alles erlauben – man muss nur dreist genug lügen können.

Sie wollen Erfolg haben im Leben? Sie wollen auch Elite-Netzwerker werden? Dann analysieren Sie doch einfach einmal das Leben der tatsächlich Erfolgreichen. Sie müssen dann allerdings wohl vorübergehend den Weg der völligen Aufrichtigkeit verlassen. Vor allem als wirklich erfolgreicher Journalist. Ein Tipp vorab: Halten Sie zunächst einmal – je nach Bedarf – wechselnde Lebensläufe bereit: Wo es angebracht erscheint, da behaupten Sie, Zivildienst geleistet zu haben. Und bei anderer Gelegenheit waren Sie eben Panzerfahrer. Sie werden dann vielleicht sehen: Am Ende interessiert das alles nicht mehr. Sie können vielmehr trotzdem ganz oben landen und mit Preisen ausgezeichnet werden.

Nehmen wir einmal eine Person der Zeitgeschichte, deren Name bis zum tödlichen Herzinfarkt im Juni 2014 beinahe täglich in den Medien erwähnt wurde und die aus dem Blickwinkel eines durchschnittlichen Bürgers heute über alle Zweifel erhaben erscheint: den langjährigen Mitherausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Frank Schirrmacher. Ich habe seine Anfänge aus nächster Nähe beobachtet. Wir haben uns als junge Redakteure viel unterhalten, vor allem am Rande der großen Redaktionskonferenzen.

Wenn die Mächtigen unseres Landes im Kanzleramt zusammenkamen, dann war auch Frank Schirrmacher dabei.

So wie etwa beim 60. Geburtstag von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann 2009.[360] › Hinweis Was sind das für Menschen, die es wie Schirrmacher im Kreis der wirklich Mächtigen nach ganz oben gebracht haben und die auf den ersten Blick über jeden Zweifel erhaben zu sein scheinen? Wir können hier nicht alle seine Preise auflisten, nur einige aus der langen Liste: Ludwig-Börne-Preis, Jacob-Grimm-Preis, Goldene Feder – ob jene, die die Auszeichnungen verliehen haben, auch die Vergangenheit des Mannes dabei mitgewürdigt haben?

Erwähnt wird bei Schirrmacher heute erstaunlicherweise nur noch die strahlende Seite. Doch die abwechselungsreiche Vita des Feuilleton-Herausgebers wurde 1996 im *Spiegel* etwa mit folgenden Worten umschrieben:

Die Grenzen zwischen Wahrheit, Ausschmückung und freier Erfindung sind bei dem hochbegabten Mann kongenialisch fließend. Manche Details sind so skurril, daß die FAZ-Redakteure sich mitunter fragen, ob ihr Vorgesetzter mit der Geschwindigkeit der Karriere möglicherweise alle Maßstäbe verloren hat.[361] › *Hinweis*

Ich werde nie vergessen, wie wir uns im Kollegenkreis betreten gegenseitig in der FAZ-Politikredaktion anschauten, als damals der hier zitierte Artikel im *Spiegel* erschien. Es war unendlich peinlich, einen Kollegen zu haben, über den der *Spiegel* weiter schrieb:

So verblüffte er selbst enge Vertraute mit der Erzählung, er sei als Kind in Äthiopien entführt worden und unter den Augen von Männern aufgewachsen, die jederzeit bereit gewesen seien, ihn zu töten. Und hat ihr Herausgeber nun, rätseln die Redakteure, Zivildienst abgeleistet, wie er

zunächst behauptete, oder war er doch Panzerfahrer, wie er zwischenzeitlich in Umlauf brachte? [362] › Hinweis

Sie holen gerade tief Luft und fühlen sich an den 1. April erinnert? Bitte nicht aufgeben und noch etwas weiterlesen, denn es geht in diesem Stil munter weiter. Über Schirrmacher heißt es da auch:

Manche Flunkereien entspringen offenbar einer Laune des Augenblicks. Anders ist nicht zu erklären, wieso Schirrmacher beim Blättern in einem Bildband mit hochherrschaftlichen Villen der Jahrhundertwende plötzlich auf ein besonders schönes Foto zeigt und dazu erklärt, in so einem Haus sei er aufgewachsen. Tatsächlich ist der kleine Frank in einem Reihenhaus in Wiesbaden groß geworden. Einige Fehlleistungen folgen allerdings auch klarem Kalkül. Offenbar um sich bei dem damals noch amtierenden Chef Fest einzuschmeicheln, berichtete er diesem eines Tages, er sei von der Society of Fellows an der amerikanischen Harvard-University gebeten worden, einen Vortrag über dessen Hitler-Buch zu halten. (…) Im Büro der Society of Fellows in Harvard kann sich niemand daran erinnern, dass die Rede jemals öffentlich gehalten wurde. Der angesehene Klub von Doktoranden und Förderern beschäftigt sich in der Hauptsache mit der Vergabe von Stipendien. »Wir organisieren Essen, aber keine Vorträge«, erklärt der zuständige Sekretär.[363] › Hinweis

Das sind nur einige von vielen skurrilen Auszügen eines *Spiegel* – Artikels über den Lebenslauf eines Mannes, der es mit der Wahrheit in seinem Leben offenkundig nicht so genau genommen hat. Trotz der Peinlichkeiten wurde der von sich selbst überzeugte Schirrmacher beispielsweise Stellvertretender Vorsitzender des Stiftungsrats der Herbert-

Quandt-Stiftung.[364] › Hinweis Man ehrte den Mann. Man schätzte auch einen ehedem skurrilen Münchhausen-Nachfolger in einer Zeit, in der unsere Eliten inzwischen reihenweise unter dem Verdacht stehen, bei ihren Lebensläufen oder Doktorarbeiten verfälscht oder plagiiert zu haben. Auch da fand sich Schirrmacher übrigens in bester Gesellschaft. Die Details dazu, wie Schirrmacher bei seiner Doktorarbeit sich selbst plagiierte und seine Magisterarbeit in weiten Teilen nochmals an der Universität als Doktorarbeit vorlegte, finden sich ebenfalls im schon zitierten *Spiegel* – Artikel. Zur Klarstellung: Sein Verhalten findet auch Schirrmachers Umgebung heute offenkundig völlig normal. So ist das halt in unserer vom Werteverfall gezeichneten Welt: Wo unsere Vorfahren wohl eher die Rote oder Gelbe Karte rausgeholt hätten, da verdrängen wir unschöne Flecken auf mutmaßlich blütenweißen Westen von Saubermännern, klatschen Beifall und verleihen Preise. Ist das wirklich die Art Journalismus, die wir haben wollen? Offenkundig schon.

In der Monatszeitschrift *Merkur* wies Joachim Rohloff anlässlich des Erscheinens des Schirrmacher-Buches *Ego: Das Spiel des Lebens* anhand von zahlreichen Beispielen grammatikalische, stilistische und inhaltliche Fehler in *Payback* nach und legte Schirrmacher die Worte in den Mund: »Lieber Leser, es ist mir schnuppe, was für einen Dreck ich dir vorsetze, denn ich weiß ja, dass du ihn fressen wirst.«[365] › Hinweis

Die *Wirtschaftswoche* hat 2013 einen Bericht über FAZ-Herausgeber Schirrmacher mit den Worten überschrieben: »Schirrmacher zwischen Infantilität und Größenwahn«.[366] › Hinweis

Und die Berliner *taz* weiß über Schirrmacher zu berichten:

Die Gesellschaft glaubt an den biografischen Künstler, dessen Eintrag zu seiner Person im Onlinelexikon Wikipedia sich zeitweise geschönt las – etwa mit Auszeichnungen, die später wieder gelöscht waren.[367] › Hinweis

In den vielen Jahren, die seit dem eingangs zitierten *Spiegel* – Artikel über den zivildienstleistenden Panzerfahrer vergangen sind, scheint sich bei diesem Journalisten nichts verändert zu haben. Er sprach vor Elitenetzwerken.[368] › Hinweis Wenn zum Abend mit ihm eingeladen wurde, dann hieß es: »Dr. Frank Schirrmacher ist seit 1994 Mitherausgeber der ›Frankfurter Allgemeinen Zeitung‹. In dieser Position etablierte sich Frank Schirrmacher als einer der einflussreichsten Meinungsmacher Deutschlands …«.[369] › Hinweis Ein an Münchhausen erinnernder Meinungsmacher, der mit den Eliten verflochten war. Man kann sich also als Alpha-Journalist so ziemlich alles erlauben. Man muss nur dreist genug lügen können.

Mit großen Namen Kontakte kaufen? Adel vernichtet

Wenn man bei einer wichtigen Zeitung arbeitet, dann ist man umgeben von Interessen, die einen skrupellos vereinnahmen. Es geht dabei häufig um Hofberichterstattung. Wer die Verlautbarungen von EU-Politikern abschreibt, der betreibt solche Hofberichterstattung genauso wie jene, die Presseberichte von Parteien, Verbänden und Stiftungen per copy & paste übernehmen oder sich für Gefälligkeitsinterviews zur Verfügung stellen. Früher, im Mittelalter, hieß Hofberichterstattung, dass die Untertanen durch öffentliche Bekanntmachungen von Ereignissen an den Adelshöfen unterrichtet wurden (Hochzeiten, Geburten, Abkommen und Friedensverträge, die geschlossen wurden). Hofberichterstattung ist immer wohlwollend. Und sie ist selektiv. Die Zeiten haben sich offenkundig seit dem Mittelalter kaum geändert. Ein Beispiel: Die *Dresdener Nachrichten/Dresdener Allgemeine* berichteten am 19. Mai 1914 in typischer Form der Hofberichterstattung:

»Seine Königliche Hoheit Prinz Johann Georg beging am Sonnabend die Feier seines Namenstages. Aus diesem Anlasse fand bei Seiner Königlichen Hoheit 1 Uhr mittags Familientafel statt, an der die Prinzen und Prinzessinnen des Königlichen Hauses teilnahmen.«

Genau 100 Jahre später heißt es in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* am 18. Mai 2014 in der Politik bei den kurzen Meldungen:

»Anton Andreas Graf von Faber-Castell hat am Samstag im fränkischen Familienschloss Hochzeit mit der Australierin Kate Stahl gefeiert. Etwa 300 Gäste versammelten sich für die Trauung in der Luther-Kirche in Stein bei Nürnberg.«

Die FAZ betreibt also heute noch klassische »Hofberichterstattung«, also die Veröffentlichung von Verlautbarungen über Ereignisse des Adels.

Adel und Journalismus, passt das zusammen? Manchmal werden Journalisten vor allem wegen ihrer guten Kontakte »eingekauft«. Ich habe das mit Alexander Graf von Schönburg-Glauchau erlebt. Er ist der Bruder der Milliardärin[370] › Hinweis Gloria von Thurn und Taxis und von Maya Flick (die angeblich mit 20 Millionen nach einer Scheidung nicht auskam[371] › Hinweis). Als ich noch bei der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* war, hatte Schönburg, der nach eigenen Angaben in eher bescheidenen Verhältnissen aufgewachsen war, dort einen Job bei den Berliner Seiten. Der im vorherigen Kapitel beschriebene Frank Schirrmacher, damals Feuilleton-Herausgeber der FAZ, sagte mir einmal stolz, er habe Schönburg für die Berliner Seiten der FAZ »eingekauft«. Später arbeiteten Schönburg und ich beim renommierten Verlag Gruner + Jahr zusammen. Dort hatten der frühere FAZ-Mann Holger Christmann und ich das Edelmagazin *Park Avenue* vorbereitet. Und dann holte Gruner + Jahr Graf Alexander ins Boot. Der Mediendienst Kress berichtete dazu:

Von Schönburg, der von G+J nicht zuletzt wegen seiner exzellenten Kontakte eingekauft wurde (er ist der Bruder von Fürstin Gloria von Thurn und Taxis) …[372] › *Hinweis*

Da war es wieder: Das Wort »eingekauft«. Man kauft sich einen Menschen. Und zwar seiner Kontakte wegen. Es geht

nicht in erster Linie um die Fähigkeiten. Die Wissenschaftler Stephan Weichert und Christian Zabel haben zu Alexander Graf von Schönburg-Glauchau und dessen Wirken bei *Park Avenue* folgende Sätze geschrieben:

Die Bussi-Bussi-Gesellschaft, die gesellschaftlichen Opportunismus zur obersten Tugend erklärt, spült dabei sogar eine im Journalismus längst überwunden geglaubte Herkunftselite wieder an die Oberfläche der Mediengesellschaft. Da wird zum Beispiel der Bruder von Gloria von Thurn und Taxis zum Chefredakteur eines Society-Blattes ernannt, weil es anscheinend wieder schick ist, prominente Adelstitel im Impressum zu führen – selbst wenn der Betroffene vom Blattmachen wenig Ahnung hat. Zu spät gestand sich der Verlag ein, dass der designierte Park-Avenue-Chef höchstens als publizistische Staffage, nicht aber als intellektueller Wortführer taugt – weshalb man ihn später feuert …[373] › Hinweis

Das klingt zusammengefasst ein wenig wie: Adel vernichtet. Graf Schönburg war damals wohl eher arm an Ideen. Das fiel auch anderen auf. Der Medienjournalist Stefan Niggemeier schrieb dazu 2011:

Vor sechs Jahren wurde Alexander von Schönburg für einen Moment zum Gespött der Medienbranche. Schönburg war damals Chefredakteur einer edel gemeinten neuen Gruner+Jahr-Zeitschrift namens »Park Avenue«. Auf der Suche nach Themen und Ideen bat er in der Online-Community »A Small World« um Hinweise und bot im Gegenzug fünfzig Drei-Monats-Freiabos. Als das herauskam, kommentierte Thomas Knüwer im »Handelsblatt«-Blog (…): In unserer Journalistenschule war es eine der obersten Regeln: »Der ärmste Mensch unter der Sonne ist ein Journalist ohne Thema.« Somit ist »Park Avenue«-

Chefredakteur Alexander von Schönburg ein journalistischer Bettler. Im wahrsten Sinne des Wortes.[374] › Hinweis

Alexander Graf von Schönburg-Glauchau, der die Berichterstattung aus Adelskreisen liebte, landete später bei der *Bild* – Zeitung. 2007 wurde er Adelsexperte bei *Bild*.[375] › Hinweis Sein Versuch, mit angeblichem Wissen über den Hochadel zu trumpfen, scheiterte erst einmal kläglich. Da beschrieb er etwa den Ablauf des Heiligabends bei den Windsors mit den Worten:

Die englischen Royals haben sich in Schloss Sandringham versammelt. Ihr heutiger Tag: Morgens spazieren gehen oder Ausritt. Um 15 Uhr sitzen alle vor dem Fernseher, hören die Weihnachtsansprache der Queen.[376] › Hinweis

Das war peinlich. Graf Schönburg wusste nicht einmal, dass die Weihnachtsansprache der Queen nicht an Heiligabend, sondern erst am 25. Dezember übertragen wurde.[377] › Hinweis Der adelige Hofberichterstatter, der früher gegen Freiabos nach Ideen suchte, kannte die Welt des Hochadels wohl nicht wirklich gut. So schrieb er auch über Otto von Habsburg in *Bild* ein Stück (»Der Mann, der heute Kaiser wäre«[378] › Hinweis) mit einem kleinen geschichtlichen Abriss, in dem es heißt:

Franz Josephs Sohn, der junge Kaiser Karl I., regierte nur noch zwei Jahre, dann wurden die Habsburger abgesetzt.

Kaiser Karl I. war allerdings nicht der Sohn von Kaiser Franz Joseph. Karl war vielmehr der Sohn des Erzherzogs Otto und der Prinzessin Maria Josepha von Sachsen. Er wurde Thronfolger, weil Franz Josephs einziger Sohn, Kronprinz Rudolf, sich 1889 umgebracht hatte, worauf Franz Josephs Neffe Franz Ferdinand Thronfolger wurde. Und der wurde

1914 von dem serbischen Nationalisten Gavrilo Princip in Sarajevo erschossen. Und so ging die Thronfolge dann auf dessen Neffen Karl I. über. Aber kann man dieses Wissen über den Hochadel von einem Adelsexperten der *Bild* erwarten, der beim Lesen anspruchsvoller Bücher nach eigenen Angaben »Gehirn-Muskelkater« bekommt?[379] › Hinweis

Unvergessen ist mir sein Sachbuch *Der fröhliche Nichtraucher. Wie man gut gelaunt mit dem Rauchen aufhört*. Schönburg hatte kein Problem damit, in meinem Beisein Zigaretten zu rauchen. Er hatte den sozialen Abstieg erlebt. Er schnorrte Zigaretten.[380] › Hinweis Und bei der *Bild* – Zeitung schreibt er heute Schlagzeilen wie etwa »Thronwechsel in Spanien – Kann Letizia Königin?«[381] › Hinweis Zeitgleich schreibt Schönburg, der Chef des früher standesherrlichen Hauses Schönburg als *Bild* – Autor heute Sätze wie: »Deutschland, das Land der Dichter und Denker? Lächerlich! Wie oft haben SIE heute schon einer ›Kuh in den Arsch‹ geschaut? Oder sich sprichwörtlich ›Ihren goldenen Pimmel blasen lassen‹?«[382] › Hinweis Der Geruch des Edlen ist das ganz sicher nicht.

Die *taz* schrieb einmal über ihn: »Sozial absteigen ohne zugrunde zu gehen heißt sein Geheimnis …«.[383] › Hinweis Seine Schwestern haben in Milliarden und Millionen eingeheiratet – und Graf Alexander Schönburg darf bei der *Bild* – Zeitung über den »goldenen Pimmel« und mal über »Kann Letizia Königin?« schreiben. Die *Bild* – Zeitung hatte 1995 eine Schlagzeile auf der ersten Seite »Die gierige Frau Flick« mit einem Foto von Maya Flick, einer Schwester des *Bild* – Zeitungs-Grafen. Inzwischen ist er selbst bei der *Bild* – Zeitung. Der im Branchenjargon »Allzweck-Adelige«[384] › Hinweis genannte Schönburg schreibt in *Bild* heute: »Ich

wurde mal bei der FAZ entlassen. Mitfühlend und salbungsvoll. Fühlte sich trotzdem sch… an.«[385] › Hinweis

Ob der »Allzweck-Adelige« Alexander von Schönburg wohl noch weiß, was er einst über seine Leser sagte: »Pervers ist, dass wir letztlich genau das Publikum bedienen werden, das wir verachten. Deshalb befinden wir uns in einem geschlossenen Kreislauf der Prostitution, der uns natürlich, wie dem Happy Hooker, sehr viel Spaß macht.«[386] › Hinweis Muss man als Schreibender sein Publikum so verachten?

Gern berichtet Graf Schönburg, dass er mit der britischen Königin verwandt sei. Das klang dann, wenn er mir das erzählte, nach meiner Erinnerung so, als ob er dort ein- und ausgehe. Die Wahrheit: Die Großmutter seiner Frau war Prinzessin Sophia von Griechenland. Und über diese ist Schönburg ein Großneffe von Prinzgemahl Philipp von Großbritannien. Es ist also eine sehr weitläufige – angeheiratete – Verwandtschaft. Als Fan des »Allzweck-Adeligen« Schönburg würde man sich wünschen, dass er einmal die Geheimnisse der Royals niederschreibt.

Der inzwischen pensionierte spanische König Juan Carlos soll im Alter von 18 Jahren 1956 seinen damals 14 Jahre alten Bruder Alfonso erschossen haben. Und die Polizei durfte das Familiendrama bis heute nicht untersuchen. Warum also enthüllt Alexander von Schönburg uns nicht die wahren Hintergründe, wenn er den Hochadel doch so gut kennt? Schließlich ist die Frau von Juan Carlos, Königin Sofia, wie auch die Großmutter von Schönburgs Frau eine gebürtige Prinzessin von Griechenland und spricht zudem noch fließend Deutsch. Gern würde ich von seiner angeheirateten Verwandtschaft, Königin Elisabeth II, auch einmal in deutschen Medien lesen, was die Dame beruflich gelernt hat: sie wurde zur Automechanikerin ausgebildet und kann die Motoren von Oldtimern reparieren. Das ist

doch nicht ehrenrührig. Die schraubende Königin, da würde ich gern mal Details in der *Bild* lesen. Und die norwegische Königin Sonja machte früher eine Schneiderlehre und zapfte Bier, bevor sie Kronprinz Harald kennenlernte und heiratete. Silvia von Schweden arbeitete früher als Hostess. Und Hollands Königin Maxima wurde in Lateinamerika als uneheliches Kind geboren. Vom Todesschützen König Carlos bis zur Kneipenfachfrau Sonja könnte Schönburg doch noch viele spannende Geschichten enthüllen, wenn er denn tatsächlich die Hintergründe weiß. Ich warte jedenfalls immer auf die *Bild* – Schlagzeile »Adelsexperte enthüllt: So tötete König Juan Carlos seinen Bruder«. Oder auf die Enthüllungen über die wahren Hintergründe zu den vielen Vaterschaftsklagen von König Carlos.[387] › Hinweis

Eines der Bücher von Graf Alexander beginnt mit dem Satz »Je suis superflue mais irremplaçable.« Ich bin überflüssig, aber unersetzbar. Das zeigte uns Alexander von Schönburg 2012 mit einem genialen Meisterstück, als er in *Bild* Friedrich den Großen interviewte. 226 Jahre nach dessen Tod. Die Schlagzeile lautete: *Bild* – Interview mit dem »Alten Fritz«.[388] › Hinweis So ist das, wenn man mit großen Namen Kontakte kauft. Die wirklich wichtigen Kontakte macht man unterdessen wohl woanders.

Machtzirkel Bilderberger: Verschwörungstheorie oder Realität?

Kaum ein Name steht heute so für angebliche Verschwörungstheorien wie die »Bilderberger«. Für die einen sind die Bilderberg-Konferenzen nur informelle, private Treffen von einflussreichen Personen aus Politik, Wirtschaft, Militär, Medien und Hochadel. Für die anderen ist es eine verschwörerische Gruppe, welche die Weltherrschaft an sich zu reißen gedenkt. Bei den Bilderbergern, von denen WikiLeaks viele Dokumente veröffentlicht hat [389] › Hinweis, gilt wie beim ähnlich ausgerichteten und diskret operierenden *Council on Foreign Relations:* Man darf nicht konkret darüber berichten, was dort genau passiert ist und wer was gesagt hat. Und genau das macht es für Außenstehende schwierig, sich ein neutrales Urteil über die Gruppe zu bilden – und für Verschwörungstheoretiker leicht.

Dabei sprechen allerdings auch die Medien selbst von einer verschwörerischen Gruppe, wenn sie denn über die Bilderberger berichten. Die britische BBC hatte die Schlagzeilen »Inside the secretive Bilderberg Group«, »Bilderberg: The ultimate conspiracy theory« und »Elite power brokers meet in secret«. Die *Asia Times* bezeichnete die Gruppe 2003 im gleichnamigen Artikel als die »Masters of the Universe«.[390] › Hinweis Der *Münchner Merkur* berichtete 2005 im gleichnamigen Artikel über ein »heimliches Mächtigen-Treffen«. Der *Ottawa Citizin* berichtete 2006 »the Worlds Elite slipe into town for secret Meeting«. Und *CBC News* fragte 2006, ob das Bilderberger-Treffen ein »Informal Forum or Global Conspiracy?« sei.

Sind die Bilderberger also die »Masters of the Universe« – die Herren der Welt – wie die *Asia Times* es behauptete? Jeder, der die Konferenz in früheren Jahren auch nur erwähnte, galt als wilder Verschwörungstheoretiker. Heute ist das anders. Heute darf man zumindest darüber sprechen, dass es sie gibt.

Zum ersten Mal wurde die Konferenz im Mai 1954 auf Einladung von Prinz Bernhard der Niederlande in dessen Hotel Bilderberg in den Niederlanden veranstaltet. Der Name Bilderberger wurde also vom ersten Tagungsort übernommen. Tatsache ist, dass die Bilderberger von Anfang an beträchtliche finanzielle Zuwendungen sowohl von Seiten der amerikanischen Regierung und der CIA als auch aus privaten Quellen über das *American Committee for a United Europe* (ACUE) und andere Institutionen erhalten haben. Es handelt sich also keineswegs um eine neutrale Organisation, sondern um eine interessengesteuerte proamerikanische Einrichtung, welche im Verborgenen für Washington und amerikanische Interessen wirken soll.

Die Bilderberg-Gruppe ist ein elitärer Zirkel, der seit 1954 Topeliten aus Europa und den USA zusammenbringt – Wirtschaftsbosse und Strategen treffen auf handverlesene Politiker und Journalisten. Bei Bilderberg geht es nicht einfach um persönliche Karrieren von Politikern, sondern um die strukturelle Nähe der Elitenetzwerke. So sind Vertreter der »Volksparteien« Union und SPD regelmäßig bei Bilderberg dabei. In der Regel nehmen etwa 130 Personen an einer Bilderberger-Konferenz teil, wobei zwei Drittel aus Westeuropa und ein Drittel aus Nordamerika stammen. Etwa zwei Drittel der geladenen Teilnehmer kommen aus dem Finanzsektor, der Industrie, Hochschulen und Medien und etwa ein Drittel aus Regierungen oder politischen Institutionen.

Die Organisation *LobbyControl* schreibt zum Bilderberg-Treffen 2014 in Kopenhagen:

Lange Jahre war neben der Deutschen Bank die Wochenzeitung »Die Zeit« die zweite traditionelle Säule der Bilderberger in Deutschland und im »Steering Committee« der Treffen vertreten. Dieses Jahr war nun Mathias Döpfner von Axel Springer statt einem Zeit-Vertreter dabei. Laut dem Medienjournalist Stefan Niggemeier hat die Zeit ihren Platz bei Bilderberg dauerhaft aufgegeben. In einem Artikel über den Ethik-Kodex der Zeit schrieb er im März: »Angeblich gibt es trotzdem tatsächlich eine zunehmende Sensibilisierung für Fragen von Transparenz und Distanz in der Redaktion. Eine Folge davon ist, dass die »Zeit« ihren Platz in der berüchtigten Bilderberg-Konferenz aufgegeben hat, den sie über viele Jahrzehnte inne hatte — ›unwiderruflich‹, wie es heißt. Dieser Sitz wird nun von Springer-Vorstandschef Mathias Döpfner besetzt.« Dass die Zeit aussteigt, ist erfreulich. Dass Axel Springer übernimmt, nicht. Es bleibt dabei, beim Thema Bilderberg bekleckern sich die Medien in Deutschland nicht mit Ruhm. Dabei brauchen wir mehr kritische Öffentlichkeit und Berichterstattung über diese Konferenzen. Denn solche verschwiegenen, hochrangigen Treffen spielen eine wichtige Rolle, um gemeinsame Perspektiven innerhalb der Eliten zu fördern. Sie stehen für das Problem, dass demokratische Strukturen durch intransparente, informelle Verbindungen überlagert werden.[391] › Hinweis

Der Medienwissenschaftler Uwe Krüger überschrieb 2007 einen der wenigen Berichte, die über die Bilderberger in Deutschland erschienen sind, mit: »Alpha-Journalisten embedded«. Krüger schreibt darin:

Journalistische Neugier oder gar Aufklärungseifer spürt man in den etablierten Medien nicht. Es gibt Hinweise dafür, dass das nicht von ungefähr kommt. So wurde 1967 in England ein Memorandum bekannt, in dem der Chef der Newspaper Proprietors Association, Cecil King, seine Verlegerkollegen daran »erinnerte«, dass »unter keinen Umständen ein Bericht oder auch nur eine Spekulation über den Inhalt der Konferenz« im St. Johns College, Cambridge, gedruckt werden solle (...) Als der US-Aktivist und Filmemacher Alex Jones 2006 nach Ottawa flog, um die dortige Bilderberg-Konferenz zu dokumentieren, wurde er 16 Stunden lang von Beamten der kanadischen Einwanderungsbehörde auf dem Flughafen festgehalten (...) Von einer zehnstündigen Befragung durch den deutschen Geheimdienst auf dem Münchner Flughafen berichtet Bilderberg-Buchautor Daniel Estulin aus Spanien, als er 2005 auf dem Weg nach Rottach-Egern war. Auch sein kleines Hotel in Rottach-Egern, wo er anschließend übernachtete, sei voller Geheimdienstler gewesen.

Krüger fährt fort:

Während sich manche Journalisten die Köpfe an den Schutzwällen von Bilderberg einrennen, sitzen andere mitten drin im Fünf-Sterne-Hotel, in einem Saal mit Regierungschefs, Ministern und Konzernvorständen. Fragen drängen sich auf: Was tun sie da, wenn sie nicht darüber berichten, ja sogar zur Verschwiegenheit verpflichtet sind? Wie steht es mit Hajo Friedrichs Forderung, stets kritische Distanz zu wahren und sich nicht gemein zu machen, auch nicht mit einer guten Sache? Gilt das Motto »Überall dabei sein, ohne dazuzugehören« für Bilderberg-Journalisten nicht? (...) Josef Joffe, Mit-Herausgeber der Zeit, antwortet

auf die Interview-Anfrage lapidar in einer Mail: »Sorry, Vertraulichkeit wird vereinbart und eingehalten.«

Doch nicht nur der umstrittene Josef Joffe, eine klagefreudige Spaßbremse [392] › Hinweis, saß in der Vergangenheit bei den Bilderbergern mit am Tisch. Auch *Zeit* – Chef Theo Sommer sowie die Journalisten Matthias Naß *(Zeit)* und Christoph Bertram oder der Verleger Hubert Burda und Springer-Chef Mathias Döpfner hatten keine Berührungsängste mit den Bilderbergern.

Der Münchener Mediensoziologe und Publizist Rudolf Stumberger äußerte über die Bilderberg-Konferenz 2010, er habe kein Verständnis dafür, »dass verantwortliche Redakteure etwa der Wochenzeitung *Die Zeit* schon über viele Jahre eng mit den Bilderbergern verflochten sind und dennoch wie alle anderen teilnehmenden Journalisten nie auch nur eine Zeile über die Konferenzen berichten«.

Klar ist, dass bei den Bilderberger-Konferenzen wichtige politische oder wirtschaftliche Entscheidungen getroffen werden, an denen die demokratischen Institutionen entweder gar nicht oder nur teilweise beteiligt werden. So wurde die in diesem Buch schon erwähnte Trilaterale Kommission (eine weitere proamerikanische Lobbyorganisation) auf Anraten Rockefellers bei einer Bilderberg-Konferenz gegründet. Auch die Einführung des Euro geht nach Angaben des belgischen Unternehmers und Ehrenvorsitzenden Étienne Davignon auf eine Bilderberg-Konferenz zurück.[393] › Hinweis Und bei der Gestaltung der Römischen Verträge zur Gründung der EWG kam nach Angaben des ehemaligen US-Botschafters in Berlin, John McGhee, den Bilderberg-Konferenzen eine »wichtige Rolle« zu.

Aber die Bilderberger sind nun einmal nur einer von vielen ähnlichen elitären Zirkeln. In dem Buch *Die Super-Klasse.*

Die Welt der internationalen Machtelite hat sich David Rothkopf mit den weltweit rund 6000 global agierenden Spitzenkräften aus Regierungen, internationalen Konzernen, Finanzkonglomeraten und Medien beschäftigt, die aufgrund ihrer hochkonzentrierten Macht »im Grunde den Schlüssel zum Planeten in der Hand halten«. Seine Recherche zeichnet sich dadurch aus, dass er als ehemaliger stellvertretender Staatssekretär für internationale Handelsbeziehungen in der Clinton-Regierung selbst Einblick in diese Kreise hatte. In seiner Darstellung kommt klar zum Ausdruck, dass die Bilderberg-Konferenzen nur noch eines von vielen Foren sind, bei denen diese zusammenkommen. David Rothkopf vertritt die Auffassung:

Es ist zwar sehr unwahrscheinlich, dass die Menschen, die Zugang zu diesen Institutionen haben ... geheime Pläne zur Eroberung der Weltherrschaft schmieden; aber es ist höchst wahrscheinlich, dass sie gemeinsame Interessen haben. Sowohl ihre Zielsetzungen als auch in vielen Fällen ihre Ansichten über die Welt und wie sie sich entwickeln sollte, ähneln sich. Wenn sie miteinander Kontakt aufnehmen, dann nicht, um sich als Gruppe zu verschwören, sondern um ihre eigene Macht durch vorteilhafte Verbindungen zu erweitern.

Medienfachmann Uwe Krüger sagt deutlich, was er von der Nähe einiger Journalisten zu den Bilderbergern und der Verschwiegenheit über die konspirativen Treffen hält:

Erklärt werden kann das mit einem Zusammenspiel mehrerer Faktoren. Erstens: Die meisten normalen Journalisten dürften bis vor kurzem noch nie etwas von Bilderberg gehört haben. Zweitens: Die Alpha-Journalisten mit guten Kontakten in höchste Kreise mögen davon gewusst haben, empfinden aber wahrscheinlich vertrauliche

Elitentreffen nicht als skandalös, sondern als normal, und wollen außerdem ihre Kontakte nicht aufs Spiel setzen. Drittens: Journalisten der Verlage Springer, Burda und Holtzbrinck scheiden als Enthüller aus, weil Mathias Döpfner, Hubert Burda und Matthias Naß (Die Zeit erscheint im Holtzbrinck-Verlag) Bilderberger sind und niemand gegen den eigenen Brötchengeber recherchiert. Viertens: Für eine gute Geschichte braucht man gute Quellen. Im Fall Bilderberg gibt es keine guten Quellen: Alle Teilnehmer haben versprochen zu schweigen, alle Nicht-Teilnehmer wissen nichts Konkretes. Normativ betrachtet sollte aber Bilderberg mehr in den Fokus der Öffentlichkeit kommen. Denn von hier geht »soft power« aus, und hier werden globale Eliten sozialisiert und miteinander vernetzt.[394]
› *Hinweis*

Mächtige Entscheidungsträger aus der ganzen Welt treffen sich jedes Jahr mit einigen wenigen ausgewählten Journalisten und verbringen drei Tage abgeschottet zusammen. Die Bedeutung dieser Treffen für uns Bürger ergibt sich aus ihrer Macht und eventuellen Entscheidungen und Absprachen, die auf solchen Konferenzen getroffen werden. Das Geheimhaltungsgebot spricht dagegen, dass es sich dort nur um einen Austausch von Höflichkeiten handelt. Alle Teilnehmer sind Personen der Zeitgeschichte, an denen die Öffentlichkeit ein berechtigtes Interesse hat. Warum ihre Handlungen also weiterhin bewusst verschwiegen werden, ist unklar.

Sind die Treffen der Bilderberger also ein Treffen der »Masters of the Universe« – der Herren der Welt – wie es die *Asia Times* schrieb? Der französische Intellektuelle Thierry Meyssan, Präsident und Gründer des Réseau Voltaire und der Konferenz Axis for Peace, hat sich wie kaum ein anderer

zuvor mit den Bilderbergern und ihrer Geschichte befasst. Er kommt zu einem ganz anderen Ergebnis: Die Bilderberger sind eine Lobbyorganisation auf Nato-Kurs, welche die öffentliche Meinung im proamerikanischen Sinne beeinflussen soll.[395] › Hinweis Und dort hätten Journalisten dann wohl eher nichts zu suchen.

Kapitel 4

Kauf Dir einen Journalisten – geschmierte Berichterstattung

Alle in diesem Buch namentlich genannten Personen bestreiten eine klebrig-filzige Nähe zu Eliteorganisationen. Sie bestreiten zudem, Lobbyisten zu sein. Sie bestreiten auch, sich durch die Nähe zur Elite »korrumpieren« zu lassen. Und sie bestreiten, als Journalisten mit Nähe zu vorgenannten Gruppen den journalistischen Biss verloren zu haben. Sie bestreiten, dass sich die dargelegte Nähe auf ihre Berichterstattung auswirkt.

Hasso Mansfeld, ein deutscher PR-Berater, wirbt auf seiner Homepage: »Wir ergänzen Ihre Medienarbeit auf höchster Ebene – durch die Vermittlung von Interviews, die Platzierung von Namensartikeln …«.[396] › Hinweis Das Vermitteln von Interviews macht Mansfeld, ursprünglich gelernter Gärtner [397] › Hinweis, wahrscheinlich nicht

umsonst. Und er ist nicht der Einzige. Da draußen sitzen demnach viele Journalisten und PR-Berater, die es offenkundig »normal« finden, wenn uns Berichterstattung in Medien präsentiert wird, die für einen neutralen Dritten bei näherer Betrachtung irgendwie gekauft anmutet. Auf mich wirkt der Satz von der Homepage des PR-Mannes Mansfeld, die es ähnlich auch bei anderen PR-Agenturen gibt, wie die Aufforderung: »Kauf Dir einen Journalisten!« Wie wir noch sehen werden, gibt es viele Mansfelds, die uns Bürger mit filzig-klebriger PR vollstopfen wollen. Und offenkundig noch mehr Journalisten, welche das bereitwillig mitmachen. Oder solchen PR-Menschen eine Bühne verschaffen. Denn aus der Sicht eines Durchschnittsbürgers sollten Journalisten um PR-Agenturen, welche sich »die Vermittlung von Interviews« in Medien auf ihre Fahnen geschrieben haben, wohl einen großen Bogen machen. Wenn ein einfacher [398] › Hinweis Journalist wie Stefan Laurin, der mal für *Welt am Sonntag*, für *Cicero* und auch für das finanziell ums Überleben kämpfende *Blog Ruhrbarone* [399] › Hinweis schreibt, im Sommer 2014 ein Interview mit PR-Mann Hasso Mansfeld über die Zukunft der Medien führt [400] › Hinweis, sich damit vor dessen PR-Karren spannen lässt und dessen Agentur so aufwertet, dann sollte man als wachsamer Bürger einfach nur vorsichtig sein. Aber man kann das im Grunde vergessen, weil es unwichtig ist. Richtig verheerend wird es erst, wenn die wichtigen und einflussreichen Leitmedien sich vor Karren spannen lassen. Wenn Politik, Hochfinanz und Medienmacher von öffentlich-rechtlichen Sendern und unsere renommierten Zeitungen PR machen.

Zwei Drittel der Journalisten sind bestechlich

Der Verleger Axel Springer hat früher seinen Redakteuren nicht nur gute Gehälter gezahlt, sondern beschenkte sie auch zu Weihnachten: Jeder Redakteur erhielt zusätzlich zum Weihnachtsgeld noch ein Geschenk (einen Fernseher oder Ähnliches) und eine große Kiste voller Delikatessen des Hamburger Feinkostgeschäftes Michelsen. Und zum Jubiläum gab es für alle Angestellten eine Goldmünze. Was mussten die Journalisten für solche Geschenke tun? Ein Beispiel: Im Februar 1983 startete die *Bild am Sonntag* eine Schmutzkampagne gegen den damaligen SPD-Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel. Die Zeitung »enthüllte« auf Seite 1 die »NS-Vergangenheit des Kanzlerkandidaten Dr. Vogel«. Er sei »ehemaliger NS-Kulturbeauftragter«. Schnell stellte sich heraus, dass die angebliche NS-Vergangenheit des SPD-Politikers daraus bestand, dass er mit 16 Scharführer der Hitlerjugend war. Gesteuert wurde die sogenannte Enthüllung direkt aus dem Büro Axel Springers in Berlin. Manch ein Journalist, mit dem Axel Springer sehr zufrieden war, bekam auch einen Autoschlüssel für einen Neuwagen. Heute sind die Zeiten vorbei. Heute kämpfen viele Journalisten und ihre Verlagshäuser ums nackte Überleben. Heute verschwimmen alle Grenzen.

Der deutsche Bundesgerichtshof hat 2014 in einer Entscheidung klargestellt: Gekaufte Berichte müssen klar und deutlich mit dem Wort »Anzeige« gekennzeichnet werden und sich auch formal für den Leser erkennbar

abheben.[401] › Hinweis In der Realität ist das aber nicht der Fall. Das Wirtschaftsmagazin *brand eins* hat 2014 in Riesenlettern auf den Titel geschrieben, worum es heute nur noch geht: »Kauf, Du Arsch«.[402] › Hinweis Journalisten diskutieren darüber, wie weit man sich als Redaktion kaufen lassen darf.[403] › Hinweis Und machen weiter. Ganz dreist sind mitunter »Dossiers« und »Specials«. Zum Beispiel von *Capital* im Januar 2014. Das Thema: »Ihr persönlicher Rentenplan«. Einziger Anzeigenkunde: Die ERGO Versicherungsgruppe. Motive: »ERGO Rente Garantie« und »Wir beraten Sie«. Das Ziel: Kunden gewinnen. Das ist mehr als unappetitlich.

Wolfram Weimer, von 1990 bis 1998 mein Kollege bei der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, beherrscht das Geschäft mit der gekauften Berichterstattung heute nach Angaben von Branchenkennern offenkundig perfekt. 2012 gründete er die Weimer Media Group und gibt Wirtschaftspublikationen heraus.[404] › Hinweis Eine davon heißt *Börse am Sonntag.* Dort gibt es »Gastbeiträge«. Der Werbefachmann Dr. Thomas Levermann schreibt unschöne Dinge über meinen früheren FAZ-Kollegen und dessen Produkt *Börse am Sonntag,* dort gibt es:

… die »Gastbeiträge« des Wolfram Weimer Mediums »Börse am Sonntag«. Diese fallen durch besonders kritisches Interviewen auf. Zitat: »BaS: ActivTrades zählt zu den erfolgreichen CFD-Brokern. Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Gründe für das starke Unternehmenswachstum?« Das funktioniert auf drei Wegen: Erstens, derartige Beiträge sind direkt bezahlt (Beispiel wieder von der Börse am Sonntag hier [405] › Hinweis), aber nicht gekennzeichnet, also die ganz harte Nummer. Zweitens die Beiträge sind indirekt bezahlt, weil in der

identischen oder nächsten Ausgabe eine Anzeige steht (Sorry Börse am Sonntag, schon wieder Ihr[406] › Hinweis *am Beispiel Wikifolio) oder drittens, der Beitrag wird nicht als »Anzeige« gekennzeichnet, sondern als »in Kooperation mit«.*

Vielleicht ist das alles sogar formaljuristisch in Ordnung – ethisch sauber ist es aus meiner Sicht ganz sicher nicht.

Markus Wiegand, Chefredakteur von *Wirtschaftsjournalist*, hat üble Erfahrungen mit dem Alpha-Journalisten Wolfram Weimer gemacht. Er schreibt über die Autorisierung eines *Wirtschaftsjournalist* – Titelinterviews mit Weimer 2014:

Das Gespräch mit dem Verleger und langjährigen Top-Journalisten Wolfram Weimer in einem Restaurant im Englischen Garten in München verlief einigermaßen normal. (…) Mühsam wie selten zuvor war allerdings die anschließende Autorisierung. Weimer verlängerte das Gespräch um ein Drittel (…), relativierte etliche Aussagen und schliff an vielen Formulierungen mit dem Ehrgeiz der Eigen-PR. Das war alles hart an der Grenze des Akzeptablen. Darüber hinaus ging der preisgekrönte Journalist allerdings, als er an den exakt so gestellten Fragen des Gesprächs Hand anlegte. Frage im Original: »Bei Ihrer letzten Station, dem »Focus«, sind Sie nach öffentlicher Leseart gescheitert. Hat Ihr Wechsel auf die Verlegerseite auch damit zu tun?« Frage nach der Autorisierung Weimers: »Bei Ihrer letzten Station, dem »Focus«, lief es für Sie nicht so erfolgreich wie sonst. Hat Ihr Wechsel auf die Verlegerseite auch damit zu tun?« Weimer wollte in der Druckfassung auch nicht mehr gefragt werden, warum die Angebote seines Verlages »kaum wahrgenommen« werden und, dass der Eindruck von außen entstehe, er sei jetzt »in der dritten Liga« unterwegs. Weimer fand diese Passagen »unverschämt bis

erniedrigend« und änderte sie. Dies wiederum wollte ich nicht akzeptieren.[407] › Hinweis

Medienunternehmen und ihre Mitarbeiter sind in erster Linie Unternehmen mit Geschäftsinteressen. Im Klartext: Sie haben das Ziel der Gewinnmaximierung. Das Ziel von Verlagen und Journalisten ist es, Geld zu verdienen. Und das Interesse des Geldverdienens hat, wie überall, einen maßgeblichen Einfluss auf das Geschäft. Wer so tut, als ob Journalisten und Verlage barmherzige Samariter seien, welche in erster Linie dem Gemeinwohl und der reinen Wahrheit verpflichtet seien, der belügt sich selbst. Der versteht auch nicht, warum Journalisten in einer für die Branche finanziell immer schwierigeren Zeit immer käuflicher werden.

Beamte, die ein paar Euro annehmen, gelten als bestechlich. Sie werden strafrechtlich verfolgt und entlassen. Bei Journalisten dagegen ist Bestechung selbstverständlich, ja gehört zum guten Ton. Denn je mehr ein Journalist sich korrumpieren lässt, umso größer seine Aufstiegschancen. Wer bereit ist, die Waschmittelparolen aus den Marketingabteilungen von Politik oder Unternehmen als vermeintliche »Nachricht« unters Volk zu jubeln, der kann Regierungs- oder Unternehmenssprecher werden. Wir werden noch viele Beispiele für korrupte Journalisten kennenlernen.

Zwei von drei Journalisten im deutschsprachigen Raum sind bestechlich – und finden das ganz normal. Von 45 000 festangestellten und weiteren 40 000 freien Journalisten nehmen rund 73 000 regelmäßig Presserabatte in Anspruch. Im Klartext: Sie fordern Vorteile für sich ein. Eine andere nachprüfbare Zahl: 74 Prozent aller deutschen Journalisten lassen sich bereitwillig kaufen.[408] › Hinweis Auf der Startseite eines großen deutschen Journalistenportals werden

Besucher mit den Worten empfangen: »Bis zu 50 Prozent Presserabatt sind drin: Die größte Presserabatt-Datenbank im Internet hilft Journalisten, bares Geld zu sparen: Über 1700 Presserabatte von Flugtickets, Fitnessgeräten, Kaffeeautomaten, Teddybären bis zum Gleitgel sorgen für Markttransparenz. Zusammen mit 10 000 Tipps von Kollegen bietet Deutschlands größte Presserabatt-Datenbank die besten Tipps zu allen Pressekonditionen.«[409] › Hinweis

Journalisten fordern solche Rabatte aktiv und energisch von Unternehmen ein. Dominik Stawski hat darüber seine Diplomarbeit geschrieben und kommt zu erstaunlichen Ergebnissen.[410] › Hinweis Er sagte etwa: »Mich haben die Schilderungen der Unternehmen fassungslos gemacht. Manche Pressesprecher erzählten, dass die Journalisten sie regelrecht unter Druck setzen, um einen Rabatt zu bekommen. Das geht so weit, dass mit negativen Berichten gedroht wird.«[411] › Hinweis

Die EU bezahlt beispielsweise Journalisten dafür, dass diese positiv über Brüssel berichten. Knapp eine Million Euro haben allein deutsche Journalisten bislang dafür heimlich erhalten.[412] › Hinweis Um an das Geld zu kommen, haben sie sogar eine Verpflichtungserklärung unterschrieben, in der es unter anderem heißt: »Ich versichere, das Image der Europäischen Union, ihrer Politik und Einrichtungen weder direkt noch indirekt zu schädigen.« Im Klartext: Kritische Berichterstattung ist unerwünscht. Und die Journalisten berichten linientreu. Natürlich gegen Bezahlung. Wir leben in einem großen Theater. Das gespielte Stück nennt sich »Demokratie«. Und wie wir sehen, ist auch die »Pressefreiheit« bei diesem Theater nur eine gut gespielte Illusion.

Es geht nicht nur um Bezahlung. Jede Woche bekomme ich Mails von PR-Agenturen, welche diskret und unauffällig Journalisten und PR-Abteilungen miteinander vernetzen. Das ist nicht verboten, aber ich finde es moralisch nicht in Ordnung. Ich antworte dann nie, dürfte also durch eigenes Zutun in keiner solchen Datenbank zu finden sein. Warum ich das nicht mache? Der Leser würde es ja nicht erfahren, welche PR-Agentur mich da bei meinen Berichten im Hintergrund »unterstützt«. Damit sich der Leser ein Bild von solchen Angeboten machen kann, zitiere ich nachfolgend einfach einmal eine typische Mail, die ich im Juli 2014 bekommen habe:

Betreff: Anfrage zur Aufnahme in die Cision Journalisten-Datenbank

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Name ist ... und ich arbeite als Media Researcher in der Redaktion der Cision Germany GmbH, einem führenden Anbieter von Dienstleistungen für die PR-Branche. Wir erweitern momentan unsere Journalisten-Datenbank in den Bereichen Tagesnachrichten und Gesundheit und würden gerne Mitglieder der (...) Redaktion bei uns aufnehmen. Das Ziel unserer Datenbank ist es, einen themenbezogenen Dialog und Informationsaustausch zwischen Medienvertretern und PR-Profis zu ermöglichen, der gezielt auf den Themenbereichen der bei uns gelisteten Medien, Journalisten und Blogger basiert. Von unseren Kunden – PR-Agenturen, sowie auch kleinen und großen Unternehmen – würden Sie Pressemitteilungen sowie auch Einladungen zu Presseterminen und weitere Informationen zu Ihrem journalistischen Bereich erhalten. Selbstverständlich ist der Eintrag mit keinerlei Kosten verbunden und wir garantieren Ihnen, dass die Daten in keinster Weise öffentlich zugänglich

gemacht werden. (…) Herzlichen Dank. Mit freundlichen Grüßen, (…) Media Researcher DACH, CISION Germany GmbH, Hanauer Landstraße 287–289, 60314 Frankfurt/Main

Wenn man in solchen Datenbanken ist, so meine früheren Erfahrungen, dann bekommt man viele schöne Einladungen. Man wird dann als Journalist umworben. Und man merkt irgendwann nicht mehr, wie man geschickt manipuliert wird.

Gefallen an Gefälligkeiten: So macht man Medien gefügig

Immer öfter spielt Geld keine Rolle, wenn Journalisten gekauft werden sollen. Rund dreißig deutsche Autojournalisten waren auf Einladung von Volkswagen 2008 für vier Tage zu den Olympischen Spielen nach Peking gereist – für bis zu 25 000 Euro pro Person. Das Ziel von VW war aus meiner Sichtweise Bestechung. »Um eine positive Berichterstattung seitens der Medien zu garantieren«, wolle man ausgewählte Journalisten im August zu den Olympischen Spielen nach Peking einladen, erläuterte ein PR-Mann des Autounternehmens im Juli 2008 der hausinternen Steuerprüfung. Die Spiele wurden von VW gesponsert. Und die Journalisten würden gebraucht, um das gebührend zu würdigen. So korrumpieren ließ sich etwa der damalige stellvertretende Chefredakteur der *Autozeitung*, Walter Eschment. Er war in Peking dabei, sagte später zu den entsprechenden Veröffentlichungen darüber: »Ich finde es äußerst blöd, wenn man unter Journalisten quer recherchiert.« Auch dabei waren der Ressortleiter Auto des Springer-Blattes *Welt*, Stefan Anker und, wen wundert es, ein Mitarbeiter der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.[413]

› Hinweis

Diese gekaufte Berichterstattung ist vor allem dort zu finden, wo der Bürger sie ganz sicher nicht erwartet: in den renommiertesten Medien. Und ganz weit vorne marschieren dabei vor allem einstmals angesehene Gazetten wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Der Autor dieses Buches hat ja lange für die FAZ gearbeitet. Ein Teil seiner

Dienstreisen, welche er im Auftrag der verschiedenen FAZ-Ressorts zu absolvieren hatte, waren bezahlte Einladungsreisen von Unternehmen, Regierungen oder Bürgerkriegsparteien. In der Frankfurter Zentrale wurde es mir als FAZ-Journalisten damals suggeriert, dass es selbstverständlich sei, beispielsweise bezahlte Einladungsreisen anzunehmen und anschließend Lobgesänge auf den Einladenden zu verfassen. In meinen 17 Jahren bei der FAZ waren solche – rückblickend – unseriösen Methoden Alltag. Ich habe es auch bei vielen Kollegen so erlebt.

Daran scheint sich seit meinem Ausscheiden nichts geändert zu haben. 2012 etwa titelte der *Focus:* »FAZ ließ sich von ThyssenKrupp zu teurer Reise einladen«. In dem Bericht heißt es: »Der Stahlkonzern ThyssenKrupp hat offenbar Journalisten zu Luxustrips mit reichhaltigem Freizeitprogramm eingeladen. Peinlich, peinlich: Auch die renommierte FAZ ließ sich einladen – wenig später erschien ein wohlmeinender Artikel.«[414] › Hinweis Demnach flog der FAZ-Redakteur im ThyssenKrupp-Firmenjet von Düsseldorf nach München, dann weiter in der First Class der Lufthansa nach Peking. Dort wird der Reporter auf Kosten von ThyssenKrupp in 5-Sterne-Hotels untergebracht. Kosten der Reise, welche ThyssenKrupp für den FAZ-Mann übernommen hat: angeblich rund 15 000 Euro. Der *Deutschlandfunk* berichtete später, es sei nicht nur darum gegangen, einen Gefälligkeitsartikel in der FAZ zu bekommen, sondern den FAZ-Journalisten dauerhaft an sich zu binden und gefügig zu machen. In einer Reportage des *Deutschlandfunks* wird der *Welt* – Journalist Jörg Eigendorf zur Käuflichkeit der FAZ durch ThyssenKrupp mit den Worten zitiert: »Ehrlich gesagt: Es geht doch gar nicht um den Bericht danach. Der ist doch nicht das, worauf es ankommt. Hier geht es darum, eine enge Verbindung zu schaffen, eine Zugänglichkeit zu

schaffen und Journalisten in ein Boot zu holen, aus dem die Journalisten nicht mehr selber aussteigen können. Man schafft hier bestimmte Abhängigkeiten und man bringt den Journalisten auch in eine Lage, die es ihm schwierig macht, unliebsam hinterher zu handeln und unliebsam zu berichten.«[415] › Hinweis

Die FAZ ließ später sinngemäß verlauten, sie fände das alles völlig normal. Die FAZ gab demnach an, dass die Unabhängigkeit der Zeitung gewahrt sei, egal ob die Redakteure nun Einladungen annähmen oder nicht.[416] › Hinweis Diese Aussage hat mich nicht erstaunt. Schließlich habe ich es dort im Hause FAZ auch nicht anders erlebt. Eine meiner ersten Auslandsreisen im Auftrag der FAZ hatte ich in den 1980erJahren nach Namibia und Südafrika gemacht – finanziert für die FAZ vom damaligen Apartheidsregime. Eine der nächsten Luxusreisen ins südliche Afrika im Auftrag der FAZ-Politikredaktion wurde vom Verband der südafrikanischen Goldindustrie finanziert, so ging das in kurzen Abständen. Selbst vom irakischen Diktator Saddam Hussein ließ sich die FAZ im Sommer 1988 einladen und schickte mich als proirakischen Berichterstatter aufs Schlachtfeld an die irakisch-iranische Grenze genau dort, wo im Juli 1988 Iraner mit deutschem Giftgas vergast wurden. Ich will damit sagen: Von Luxusreisen in 5-Sterne-Hotels bis zu Vergasungen auf dem Schlachtfeld reichten die bezahlten Einladungen, bei denen meine Vorgesetzten keine Skrupel hatten, zuzuschlagen. Nur damit es bei manchen Lesern keine Zweifel gibt, dass es tatsächlich Einladungen zur Begutachtung einer Vergasungsaktion auf einem Schlachtfeld gab: Man kann da nicht als Tourist einfach so hinfahren, das sind Kriegsgebiete. Das waren schon gut organisierte Einladungen.

Medienschaffende sind offenkundig eine besonders geldgierige Bevölkerungsgruppe. Der geldwerte Vorteil scheint ein fester Bestandteil des eigenen Gedankenguts zu sein. Ein Daimler-Chrysler-Mitarbeiter berichtet: »Wenn wir einem Journalisten einen Testwagen für einen Monat zu Verfügung stellen, kommen sogar Beschwerden, dass er ihn nicht gleich ein halbes Jahr testweise fahren kann«.[417] › Hinweis Geiz-ist-geil-Journalisten greifen da gern zu.

»Als Automobil-Journalist müsse man bescheuert sein, sich ein Auto zu kaufen« – so zitiert eine Studie von *Transparency Deutschland* den Anwalt von Franz Danner, einen früheren Marketingmanager von Mazda.[418] › Hinweis Dessen Arbeit gewährt tiefe Einblicke in die Lobbyarbeit eines Autokonzerns mit der Zielgruppe Journalisten. Im Autojournalismus sei es üblich, immer wieder neue Testwagen zu bestellen. Danner habe die Fahrzeuge teilweise bis zum nächsten Modellwechsel an Journalisten als Testwagen vergeben. Präsentationen von neuen Modellen seien häufig allein die »Fassade für luxuriöse Reisen an reizvolle Orte« gewesen, heißt es in der Studie. So habe er beispielsweise Testfahrten in Wien organisiert. Die teilnehmenden Journalisten bekamen gleich die Karten für den Besuch des Wiener Opernballs und einen maßgeschneiderten Frack mit dazu. Danner stand 2013 wegen schwerer Untreue vor der 6. Strafkammer des Kölner Landgerichts. Er soll nicht nur viele Journalisten bestochen, sondern Mazda auch um insgesamt 41 Millionen Euro betrogen haben.[419] › Hinweis In dem Prozess hat er freimütig bekundet, wie der Umgang eines Autobauers mit Journalisten aussieht. »Medienlandschaftspflege« wird das genannt. Wie diese Medienbeeinflussung ausgesehen hat, davon berichtet die *Berliner Zeitung*.[420] › Hinweis »Mein Job war es«, sagte Danner, »dafür zu sorgen, dass möglichst

positive Berichte über die Autos geschrieben und gesendet wurden«. Und das bedeutete im Einzelnen:[421] › Hinweis

Um die Autojournalisten »angenehm einzustimmen«, gebe es laut Danner eine relativ einfache Formel: »Super Destination, super Hotel, super Service, super Geschenke«, zählt der PR-Experte auf. Ein deutscher Autokonzern etwa habe einmal zur Präsentation eines neuen Autos nach Sardinien eingeladen. Da habe dann ein Privatjet für 40 Leute am Flughafen bereitgestanden, die Journalisten seien in einem teuren Hotel an der Costa Smeralda untergebracht worden. Andere Firmen würden nach Kapstadt gehen, die Vorstellung eines neuen Modells verbinden mit der Fahrt durch die Wüste nach Namibia. »Je attraktiver der Vorstellungsort, desto besser die Presse«, sagt Danner.

Etwa zehn solcher Events soll Mazda, Danner zufolge, für Autojournalisten veranstaltet haben. Wie dort gehaust wurde, weiß der Ex-PR-Mann drastisch zu schildern:

»Jeder Autojournalist konnte in den Fünf-Sterne-Hotels die Minibar leer trinken, an der Bar Champagner bis zum Abwinken bestellen, alle Dienstleistungen, die solch ein Hotel anbietet, auf unsere Kosten in Anspruch nehmen.«[422] *› Hinweis*

Das Jahresbudget für die PR-Abteilung der Mazda-Europazentrale in Leverkusen habe bei 15 bis 16 Millionen Euro gelegen. Die Ausgaben für die gezielte Beeinflussung der Journalisten unterlag einer einfachen Kalkulation:

»Wir hatten eine ganz einfache Rechnung: Der durchschnittliche Journalist kostet bei unseren Events drei- bis fünftausend Euro. Bringen musste er einen Gegenwert

von mindestens 15 000 Euro. Das haben wir immer geschafft.«[423] › Hinweis

Ob dieses Geschäftsziel erreicht wurde, haben Danners Leute in der Mazda-PR-Abteilung sogar nachgemessen: Wie viel Zentimeter nahm ein Autoartikel in einer Zeitung ein, wie viel Sekunden wurde ein Fahrzeug im Fernsehen gezeigt, wie groß wurde im Internet berichtet?

»Wenn Sie überlegen, was eine Anzeige in Zeitungen oder gar Spots im Fernsehen kosten, war der journalistische Bericht über ein Auto trotz der durchschnittlichen Eventkosten von rund zwei Millionen Euro geradezu billig.«[424] › Hinweis

Zusätzlicher Positiveffekt solcherart beeinflusster Berichterstattung war, dass journalistische Beiträge deutlich glaubwürdiger erscheinen als reine bezahlte Werbung – obwohl es sich in Wahrheit um nichts anderes handelt.

Der Mazda-Konzern wollte sich zu Einzelheiten nicht äußern und ging nach eigenem Bekunden davon aus, dass Danner alle Maßnahmen »unter Beachtung unseres Verhaltenskodexes durchgeführt« habe. Auffällig ist auch, wie wenig über den Danner-Prozess und die damit verbundene Aufdeckung journalistischer Praktiken berichtet wird. Danner sagte im Prozess auch:

»Es gab eine eingeübte Kultur des Wegschauens«, und fuhr fort: »Jeder wusste doch, dass es mein Job war, die Journalisten mit allen Mitteln bei Laune zu halten. Und diese Mittel wollte man im Detail gar nicht so genau kennen.«[425] › Hinweis

Seit vielen Jahren schon weisen deutsche Topjuristen darauf hin, dass bestechlichen Medienautoren in Deutschland keine

Strafe droht. »Wir müssen uns fragen, ob wir endlich ändern wollen, dass Journalisten außerhalb der Rechtsprechung agieren«, mahnt etwa der bekannte Korruptionsstrafrechtler Professor Dr. Ulrich Sommer. Und auch der Frankfurter Oberstaatsanwalt Michael Loer (Leiter der Korruptionsabteilung bei der Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftsstrafsachen) warnt auf Basis der weiterhin unbefriedigenden Gesetzeslage: »Glaubwürdigkeit kann man nicht rechtlich verbriefen, sondern dies muss das Berufsethos richten, aber es kämen sicher mehr korruptive Praktiken ans Licht.«[426] › Hinweis

Aus den USA kommt jetzt ein Trend zu uns, der aufhorchen lässt: Kauf Dir einen Journalisten. Auf der Webseite Spot. us[427] › Hinweis schlagen Nutzer (meist Firmen) Journalisten Themen vor und bezahlen ganz offen für die Berichterstattung. »Community funded reporting« nennt sich das. Ja, das Modell lautet allen Ernstes: Kauf Dir einen Journalisten.

Auch in Deutschland verschwimmt die Grenze zwischen Journalismus und PR immer mehr. In einer Facharbeit über Marketing heißt es, dass es immer öfter eine »Win-Win-Situation« gebe:

Produkt-PR und Journalismus befinden sich immer dann in einer Win-Win-Situation, wenn beiderseits ein Publizitätsinteresse besteht. Dass sich Produkt-PR dabei nicht immer in der Anbieterrolle befindet, mag abschließend nochmals der Rückgriff auf das Beispiel »Auto« zeigen, wo tagesaktuelle Boulevardmedien gerne um die Erstveröffentlichung sogenannter »Erlkönig-Fotos« buhlen. Es kann dabei im doppelten Wortsinne von einer »verschwiegenen« Win-Win-Situation gesprochen werden, denn ein Teil wechselseitiger Kontakte findet auf der

Hinterbühne persönlicher Beziehungen und damit an »verschwiegenen Plätzen« statt; in der Journalismusdebatte verschwiegen wird zudem die Win-Win-Situation, vielleicht, weil Journalisten bei Produktberichterstattung in die Rolle von Absatzmittlern rücken und damit ein parteilicher Eindruck entsteht, der nicht ohne Weiteres zu klassischen journalistischen Rollenbildern passt.[428] › Hinweis

Journalisten werden also immer mehr zu »Absatzmittlern«. Ob die Bürger das ahnen?

Nun hackt eine Krähe der anderen kein Auge aus. Und deshalb wird dieses Buch wohl schnell zum Hassobjekt einer ganzen Branche werden. So wie ein Arzt gemäß dem vorherrschenden Standesdenken nicht über Ärztepfusch sprechen darf und bei Zuwiderhandlung zum Ausgestoßenen unter den Kollegen wird, so sollte ein Journalist immer beide Augen fest zudrücken, wenn es um geschmierte Berichterstattung und jene Schleimspuren geht, welche Journalisten gern im engsten Dunstkreis unserer vermeintlichen »Eliten« hinterlassen. Deutsche Journalisten tun sich mit Selbstkritik extrem schwer. Das belegt auch die Studie »Zimperlieschen? Wie deutsche Journalisten mit Kritik umgehen« des Erich-Brost-Institutes für internationalen Journalismus an der TU Dortmund.[429] › Hinweis Rund 1800 Journalisten aus zwölf europäischen und zwei arabischen Ländern beantworteten Fragen zu Selbstkritik und Selbstkontrolle im eigenen Berufsalltag. Das Ergebnis: Ein Drittel der deutschen Befragten kritisiert selbst nie oder fast nie Kollegen, umgekehrt werden zwei Drittel nie oder fast nie von Kollegen kritisiert. Das ist wie eine eiserne Regel: Austeilen ohne einzustecken. *Wirtschaftswoche* – Redakteur Sebastian Matthes hat diese eiserne Regel einmal durchbrochen. Er schrieb in seinem Blog:

Über Ärzte und die von Pharmafirmen finanzierten Luxusreisen wurde in den vergangenen Jahren viel diskutiert. Nie über Journalistenreisen deutscher Fachreporter nach Miami, Barcelona oder Dubai, wo Autohersteller mitunter nur das Facelift bekannter Modelle vorstellen. Geflogen wird freilich mindestens Business Class und in der Regel auf Kosten der Autohersteller. Kein Wunder, dass viele Auto-Journalisten längst Senator-Status bei der Lufthansa haben. (…) Wenn Ärzte sich nicht zu Präsentationen neuer Schmerzmittel auf Südseeinseln einladen lassen dürfen, weil dann ihre Entscheidungen bei der Medikamentenwahl beeinflusst werden könnten, wie können Journalisten dann nach ihrer Miami-Reise objektiv bleiben? Auch Geschichten leitender Redakteure großer Blätter, die sich übers verlängerte Wochenende vom hauseigenen Autoredakteur einen Porsche kommen lassen, hört man. (…) Eigentlich müssten wir dringend über all das reden. (…) Wieso darüber kaum gesprochen wird? Weil es so viele betrifft.[430] › Hinweis

Die Bestechlichkeit von Journalisten ist die eine verschwiegene Seite eines ganzen Berufsstandes. Die andere ist die verschwiegene Nähe zur Macht. Fast alle renommierten deutschsprachigen Medien haben, wie wir schon gesehen haben, engste Verbindungen in die Führungsetagen von Politik und Wirtschaft.[431] › Hinweis Ihren Kunden – uns Bürgern – verschweigen sie das. Aus gutem Grund. Denn sie werden auch von dieser Seite korrumpiert. Am Ende kommt das heraus, was bei immer mehr Bürgern auf Ablehnung stößt: gekaufte und manipulierende Desinformation, die nur noch den Interessen einer kleinen Clique dient.

Doch alles ist noch viel verheerender. Denn auch die Anzeigenabteilungen der Medienunternehmen boten ihren Kunden in Geheimgesprächen in der Vergangenheit an, gegen Bezahlung auf Umfang und Themenwahl der Berichterstattung Einfluss zu nehmen.[432] › Hinweis Von der der SPD gehörenden *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* (WAZ) bis zu der heute zur *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* gehörenden *Frankfurter Rundschau* (FR) konnten Anzeigenkunden demnach zumindest in der Vergangenheit unmittelbaren Einfluss auf die Berichterstattung nehmen. Eine Trennung von Journalismus und Anzeigengeschäft ist demnach in der Realität oftmals reine Fiktion. Andreas Eickelkamp, Dozent an der Freien Universität Berlin, sagt dazu etwa in Hinblick auf den Bauer-Verlag:

Beim Bauer-Verlag gab es viele Fälle von Schleichwerbung, besonders bei den niedrigpreisigen Frauenzeitschriften. Dort hatten vor allem Pharma-Konzerne auf die redaktionelle Berichterstattung Einfluss genommen. Vom Presserat wurde das mehrfach gerügt. So sieht ein prototypisches Beispiel für schwache Redaktionen in einem Verlag aus. Denn gerade die Pharma-Industrie unterliegt besonders strikten Werberichtlinien – und wenn sie es dann trotzdem schafft, sich in redaktionelle Texte einzuschleichen, ist das ein deutlicher Hinweis auf eine schlechte Verlagskultur.[433] › *Hinweis*

Früher war die Medienwelt noch überschaubar und klar gegliedert. Da gab es PR-Agenturen, welche Lobbyarbeit leisteten. Und es gab Journalisten, welche bestimmten Grundsätzen verpflichtet waren. Heute verschmelzen diese Grenzen oder sind schon lange verschmolzen. Da heißt es etwa im *medienforum:*

Dass die Nähe zwischen Public Relations und Journalismus zunimmt, wird in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Längst liefern beispielsweise Großverlage außer journalistischen Produkten auch PR-Magazine. So betreibt etwa der Verlag Gruner + Jahr Corporate Publishing in Form von Kundenmagazinen für die Deutsche Bahn (DB mobil) und die Volkswagen AG (VW Magazin). Angesichts dieser Nähe wird den Redaktionen von journalistischen Titeln des Verlags eine kritische Distanz gegenüber der Deutschen Bahn und Volkswagen nicht gerade leicht fallen.[434] › Hinweis

Wer solche Fakten zusammenträgt, der wird als Überbringer der Nachricht schnell zum Feindbild. Als am Beispiel einer exklusiven Safarireise enthüllt wurde, wie korrupt manche Medienhäuser sind, gab es juristische Drohungen Ein Medienportal berichtet:

Auf einer Safari in Südafrika im März 2011 waren Journalisten der Süddeutschen Zeitung, des Tagesspiegel, der NRZ und der Rheinischen Post. »Die Reise hat die erwarteten Hintergrundinformationen über das Unternehmen erbracht«, bilanziert Tagesspiegel-Chefredakteur Stephan-Andreas Casdorff gegenüber der Welt am Sonntag. Auch die anderen Zeitungen argumentieren ähnlich. Die SZ verweist darauf, dass der entsprechende Reporter freier Angestellter sei. Die NRZ drohte der WamS sogar indirekt: »Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir jegliche andere Berichterstattung über unser Haus einer juristischen Überprüfung unterziehen werden« (…).[435] › Hinweis

Man spricht nicht gern darüber. Zu den Olympischen Spielen in London hatte beispielsweise der südkoreanische Konzern *Samsung* Journalisten eingeladen – und sie zur

Gefälligkeitsberichterstattung herangezogen. Das machte *Samsung* auch auf der Internationalen Funkausstellung (Ifa) in Berlin.[436] › Hinweis Da wurden Reisen bezahlt und geschönte Berichte erwartet.

Enthüllt: Die Nebenverdienste

Was Otto-Normal-Rundfunkbeitragszahler schon immer ahnte, ist jetzt amtlich: Nicht wenige der bei öffentlich-rechtlichen Anstalten beschäftigten Journalisten haben hohe Nebenverdienste. Abgeordnete, die von Steuern finanziert werden, müssen ihre Nebenverdienste öffentlich machen. Moderatoren der öffentlich-rechtlichen Sender, die von Zwangsgebühren finanziert werden, nicht.

Bis zu 20 000 Euro bekommen Nachrichtensprecher der öffentlich-rechtlichen Sender für einen privaten Vortrag.[437] › Hinweis Das NDR-Medienmagazin *Zapp* berichtete über lukrative Nebenverdienste wie Firmenauftritte von prominenten Fernsehjournalisten der ARD wie Tom Buhrow, Michael Antwerpes und Anja Kohl sowie des ZDF wie Claus Kleber, Peter Hahne und Petra Gerster. Der frühere ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender sagte, die Nebeneinkünfte von Journalisten, die Glaubwürdigkeit beanspruchten, sollten transparent sein: »Ein Journalist, der Nebentätigkeiten ausführen will, soll öffentlich sagen, was er macht, von wem er bezahlt wird und wie hoch sein Honorar ist«.

In einem NDR-Beitrag aus dem Jahr 2009 heißt es: »…kann man einen Bankdirektor tatsächlich noch kritisch interviewen, wenn man vorher für die gleiche Bank für viel Geld eine Podiumsdiskussion moderiert hat? Und kann man heute unabhängig über ein Unternehmen berichten, für das man noch gestern Werbung gemacht hat?«[438] › Hinweis Es ist klar, dass ein Journalist nicht kostenlos bei einem Unternehmen auftritt. Das hat einen gewissen Preis. Und den erfahren nur jene, welche die Journalisten auch

tatsächlich buchen wollen. 2009 nannte das NDR-Magazin *Zapp* einer erstaunten Öffentlichkeit diese damaligen Preise. Da hieß es: »Dennoch: nach vielen Gesprächen hat auch Zapp die Preislisten der Agenturen. Die verlangen für eine Moderation oder einen Vortrag von Petra Gerster: ca. 14 000 Euro; für Tom Buhrow berechnen sie ca. 20 000 Euro; die gleiche Summe für Claus Kleber; Anja Kohl kommt angeblich für ca. 6500 Euro; Peter Hahne für ca. 10 000 Euro; der Agenturpreis für Michael Antwerpes: ca. 8000 Euro. Unklar bleibt, wie viel die Journalisten davon selbst erhalten – keine Auskunft dazu von Agenturen und Journalisten.«[439] › Hinweis

Anja Kohl ist eine ARD-Moderatorin, die regelmäßig für die ARD das Geschehen an der Börse präsentiert. Ihre Auftritte sorgten nach einer NDR-Sendung für Irritationen. Da hieß es bei *Zapp:* »Denn sie moderiert und referiert bei Veranstaltungen, die auch von Banken und Unternehmen finanziert werden, deren Aktien an der Börse gehandelt werden. In Firmenprospekten schmückt man sich mit ihren Ratschlägen und ihrem Gesicht. Honorare erhält sie auch für Auftritte bei Veranstaltungen von Energiekonzernen. Für manchen Kritiker eine Interessenkollision.«[440] › Hinweis

Professor Christian Schicha, Medienwissenschaftler der Hochschule Düsseldorf, sagte dazu: »Es regt mich auf, wenn Journalisten neben ihrer Tätigkeit zusätzlich Möglichkeiten suchen, um sich zu profilieren, um Einkünfte zu bekommen, die sie aufgrund ihrer Popularität bekommen. Das muss nicht unbedingt etwas mit Sachverstand zu tun haben, sondern es hat eine Menge mit Prominenz zu tun. Also es regt mich dann auf, wenn letztendlich diese Popularität benutzt wird, um in diesen Bereich richtig einzusteigen.«

Auch die Spitzenverdiener in den Chefsesseln verdienen nicht schlecht. Der ehemalige *Tagesthemen* – Moderator Tom Buhrow bezog nach Presseangaben 2013 mehr als 350 000 Euro Jahresgehalt vom WDR.[441] › Hinweis Die ARD- und

ZDF-Chefs verdienen mehr als unsere Regierungschefs. Und sie haben auch noch Nebeneinnahmen.

Gehirnwäsche:
Die Schere im Kopf

Gehirnwäsche dient der psychologischen Manipulation. Sie ist der Versuch der Bewusstseinskontrolle und ein Kennzeichen totalitärer Staaten. Wenn die gleichgeschalteten nordkoreanischen Medien über den geliebten Führer berichten, dann ist das eine Form der Gehirnwäsche. Wenn die Mullahs in Teheran Hunderttausende aufmarschieren und Parolen wie »Tod den USA« rufen lassen, dann ist auch das Gehirnwäsche. Denn kein nordkoreanischer oder iranischer Journalist darf etwas anderes als die offizielle Version berichten. Und so wird eine Einheitsmeinung produziert. In Demokratien gibt es, angeblich, keine Gehirnwäsche. Schließlich haben die Vereinten Nationen 1975 Gehirnwäsche und Bewusstseinskontrolle von Bevölkerungen oder Bevölkerungsgruppen verboten. Doch wie soll man das nennen, was heute im deutschsprachigen Raum von den »Qualitätsmedien« produziert wird? Dort, wo früher Pluralismus und verschiedene Meinungen miteinander gestritten haben, herrscht heute ein Klima der Angst.

Die Evolution hat den Menschen Augen gegeben, mit denen sie ihre Umwelt betrachten können – und ein Gehirn, um die Eindrücke zu verarbeiten. Mitunter gibt es Sinnestäuschungen. Denn Politiker und auch Medien zeichnen oftmals gern ein Bild von unserer Umwelt, welches bei näherer Betrachtung völlig anders ist. Das ist dann zwar politisch so korrekt. Aber wir haben jetzt Angst vor der Wahrheit. Es gibt Tabus unter Journalisten.

Ein älteres, aber deutliches Beispiel: Am 5. Juni 2008 moderierte Maybrit Illner im ZDF eine Talkrunde zur Spitzelaffäre bei der Deutschen Telekom. Zuvor war bekannt geworden, dass die Unternehmensführung 2005 bis 2006 illegal Telefonverbindungsdaten von Aufsichtsräten und Journalisten hatte abgleichen lassen, um herauszufinden, wer Interna aus den Sitzungen des Aufsichtsrats an die Medien weitergegeben hatte. Da debattierten Spitzenpolitiker wie Wolfgang Bosbach und Journalisten wie Hans Leyendecker *(Süddeutsche).* Doch obwohl es auch um Versäumnisse des Telekom-Vorstandsvorsitzenden René Obermann ging, fiel sein Name kein einziges Mal. Warum nur? Weil die Moderatorin Maybrit Illner und René Obermann privat ein Paar waren? Der blinde Fleck machte jedem deutlich, dass es offenkundig Tabus in der Berichterstattung gibt. Da wurde ewig lang und breit über eine schlimme Spitzelaffäre diskutiert. Und einen der Verantwortlichen benannte man nicht mit Namen. Weder Wolfgang Bosbach (CDU) noch Hans Leyendecker, auch nicht die Mitdiskutanten Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger oder der Geschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Detektive brachen das unausgesprochene Tabu.

Aus dem einstigen Land der Dichter und Denker ist ein Volk von Feiglingen geworden. Das freie Nachdenken, die Voraussetzung für unseren einstigen Wohlstand, gilt jetzt als unanständig. Wir sind die Opfer einer medialen Gehirnwäsche. Politisch korrekte Journalisten, welche mit der Schere im Kopf arbeiten, geben uns das Denken – wie in einer totalitären Diktatur – vor. Politisch korrekt sein, das heißt für uns Bürger heute, die Lügen von Politik und Medien bei der Gehirnwäsche brav zu schlucken. Was unterscheidet uns auf diesem Gebiet eigentlich noch von Nordkorea oder Iran?

Wir sind umzingelt von einem engmaschigen Netz der Tabus und politischen Korrektheiten, die man nicht mehr offen ansprechen darf. Allein der Verdacht, die politische Korrektheit verletzt zu haben, stempelt einen Menschen für den Rest des Lebens bestenfalls zum Idioten (wie den früheren Bundespräsidenten Heinrich Lübke) oder aber zum Außenseiter. Jeder weiß das. Und jeder pariert jetzt, wenn es wie in einer Diktatur darum geht, die Sprach- und Denkvorgaben zu erfüllen. Wer klar denkt und sich außerhalb der Politischen Korrektheit bewegt, der wird schnell zum bösen »Populisten« gestempelt. Wir haben Angst davor, »populistisch« genannt zu werden. Warum eigentlich? Das Wort »populistisch« kommt schließlich von lateinischen »populus« (Volk) und bezeichnet eine Nähe zum Volk. Ist es wirklich tabu, wenn man als Bürger volksnah ist?

Früher fanden Hinrichtungen auf dem Marktplatz statt. Heute erledigen das die Medien, bei all jenen, die der verordneten politischen Korrektheit noch trotzen. Wer ihre Vormachtstellung und damit ihre Deutungshoheit infrage stellt, mit dem wird kurzer Prozess gemacht, sollte er nicht bereits durch den politisch korrekten Lynchmob medial aufgeknüpft worden sein.

Wer beispielsweise nicht an die Zukunft des Euro glaubt, der gilt in deutschsprachigen Medien als europafeindlich und Ewiggestriger. Auch wer Zweifel hat in Hinblick auf den angeblichen Klimawandel, der ist bäh und pfui. Noch schlimmer sind jene, welche die Schuld an Armut und sozialen Problemen bei den Betroffenen selbst suchen. Die sind dann angeblich hartherzig und bar jeder Solidarität. Ganz anders ist es beim Christentum. Gegen Christen und christliche Werte kann man heute offenbar gar nicht genug pöbeln. Aus unerfindlichen Gründen ist es beim Thema Islam völlig anders. Während Kritik an der Kirche als

fortschrittlich gilt, ist die kritische Betrachtung des Islam angeblich fremdenfeindlich, ja fast noch schlimmer als Antisemitismus.

Die Bevormundung beim Denken und Sprechen, die Gängelung der einst so frei denkenden Menschen im deutschsprachigen Raum durch journalistische Blockwarte ist unübersehbar. Denn die Denkschablonen werden vor allem von Journalisten vorgelebt. Sie haben die Menschen eingezwängt in einen Käfig voller Ängste. Wir haben jetzt eine neue Sprache, Schönsprech. Wir nennen hässliche Menschen jetzt »ästhetisch herausfordernd« und dumme »geistig herausfordernd«. Wir sagen »Generation 60 plus« statt Rentner und »anderweitig begabt« statt behindert. Und kein Politiker will mehr etwas »zugeben«, es wird vielmehr nur noch »eingeräumt«. Das alles gehört zum politisch korrekten Umgangston.

In den letzten Jahren wurden Tausende Worte in den Redaktionsstuben unmerklich durch andere ersetzt. Oftmals ist uns Bürgern das gar nicht aufgefallen. Jene, welche in den Medien die Deutungshoheit haben, verändern unser Denken, indem sie uns die neuen politisch korrekten Begriffe vorgeben. Die Tötung von Zivilisten nennen wir »Kollateralschäden« und eine Entlassung ist jetzt eine »Freisetzung«. George Orwell nannte diese heimliche Umgestaltung der Sprache im Jahre 1949, als er sein Meisterwerk 1984 verfasste, »Neusprech«. Dieses »Neusprech« wurde in seinem Roman entwickelt, um die Vielfalt der Gedanken zu verringern. Im Klartext: um das Denken von Menschenmassen mit einer Gehirnwäsche zu vereinheitlichen. Ein Beispiel: Millionen Menschen hören dem ZDF-Nachrichtensprecher Claus Kleber zu. Als im Spätsommer 2013 darüber diskutiert wurde, ob westliche Truppen in den syrischen Bürgerkrieg eingreifen sollten, da erklärte Claus Kleber, was Krieg ist und sagte wörtlich:

»Wobei, das muss man zur Abrundung schon noch sagen, im Moment niemand von einem Krieg spricht. Die Rede ist von möglicherweise einem begrenzten Militärschlag als Strafmaßnahme.«[442] › Hinweis Wenn man also – wie damals die westlichen Länder – ein fremdes Land überfallen und dieses bombardieren will, dann hat das nichts mit Krieg zu tun. Nein, Claus Kleber sprach von einer »Abrundung« und einer »begrenzten Strafmaßnahme«. Zeitgleich nannte die *Bild* – Zeitung das geplante Vorgehen einen »begrenzten Einsatz« – Journalisten vermieden das Wort »Krieg«. So funktioniert die politisch korrekte Manipulation von Menschenmassen mit neuen Wortschablonen, die den Massen da draußen das Denken vorgeben.

In Deutschland garantiert das Grundgesetz die freie Meinungsäußerung. Aber das Grundgesetz erlaubt mehr, als die Politische Korrektheit uns noch gestattet. Das Umfrageinstitut Allensbach hat das 2013 nachgewiesen.[443] › Hinweis Es gibt demnach immer mehr strikte gesellschaftliche Sprachregelungen und Tabus. Ein erheblicher Teil der Menschen spürt durchaus den sozialen Druck, dem man ausgesetzt sein kann, wenn man mit seiner Ansicht vom gesellschaftlichen Konsens abweicht. Immer mehr Menschen haben das Gefühl, bestimmte Dinge nicht mehr aussprechen zu dürfen. Sie wollen sich »nicht den Mund verbrennen«. Denn abweichende Meinungen werden bestraft. Die Funktionäre der Politischen Korrektheit – Gesinnungsjournalisten – entscheiden darüber, was noch als diskutabel gilt. Es geht eben nicht mehr um den gesunden Menschenverstand. Politische Korrektheit will abweichende Meinungen grundsätzlich als unmoralisch verurteilen. Und deshalb kritisiert man abweichende Meinungen nicht mehr, sondern man hasst sie einfach. Wer widerspricht, der wird nicht widerlegt, sondern zum Schweigen gebracht. Die

neuen Jakobiner der einzig wahren Meinung in den Redaktionsstuben berufen sich darauf, dass viele abweichende Meinungsäußerungen Ehre, Scham und Anstand verletzen. Mit dem Vorwurf der Volksverhetzung ist man in Deutschland dann sehr schnell bei der Hand. Davor haben die Menschen Angst. Und so existiert die Freiheit des Denkens in Deutschland jetzt nur noch auf dem Papier. Denn Politische Korrektheit in den Redaktionen ist nichts anderes als eine moderne Form der Zensur. Sprachverbote und Zensur haben schäbiges Anpassertum hervorgebracht.

Wir Bürger haben das lange hingenommen. Wir haben das mitgemacht. Wir waren angepasste Mitläufer. Ja, wir kamen uns lange Zeit nicht einmal blöd dabei vor, wenn Journalisten unsere Sprache mit unsäglichen Neuschöpfungen vergewaltigten. Das große I mitten im Wort ist die geläufigste dieser Verunglimpfungen. Wir sagen jetzt Aktivisten und AktivistInnen, Politiker und PolitikerInnen, EntwicklungshilfeexpertInnen und Entwicklungshilfeexperten. Da schaut die einfache Hausfrau, die keine solche Möglichkeit hat, ihre Weiblichkeit durch Schreibweisen zu demonstrieren, schön dumm drein. Wir sind trotzdem stolz auf unsere fortgeschrittene mediale Verblödung. Auch dem Minderbegabten muss auffallen, dass die Frauen zwar gerne bei Professoren, Ärzten, Journalisten, Autoren, Lehrern und allen möglichen anderen positiv oder neutral besetzten Begriffen auf den weiblichen Plural (»Innen«) Wert legen. Nur, seltsamerweise findet man diesen in den Medien nie bei Mördern, Dieben, Terroristen oder sonstigen Verbrechern. Damit will man natürlich nichts zu tun haben, das ist reine Männersache. Auch die FolterknechtIn, FaulpelzIn oder DickschädelIn sind bislang noch nicht bekannt geworden. Die politisch korrekte

feministische Sprachpolitik unserer Gesinnungsjournalisten sieht das einfach nicht vor.

Einer, der den alltäglichen Wahn der Journalisten erkannt hat, heißt Jacob Appelbaum. Er ist ein Weggefährte des Whistleblowers Edward Snowden, der in Zusammenhang mit den Enthüllungen über die NSA-Spionageaffäre international bekannt wurde. Jacob Appelbaum ist ein amerikanischer Journalist. Er hat 2014 den Henri-Nannen-Preis für investigativen Journalismus bekommen. Die Auszeichnung mit der bronzenen Büste von Henri Nannen wollte er dann einschmelzen lassen. Appelbaum weist darauf hin, dass der *Stern* – Gründer Nannen im Dritten Reich Mitglied der Propagandakompanie und in der Abteilung »Südstern« der SS tätig war. Nannen war eng mit dem NS-Regime verflochten und schon 1936 bei den Olympischen Spielen in Berlin NS-Stadionsprecher. Das »Südstern«-Teileinheitszeichen der SS diente Nannen später auch als Vorbild für das Logo der nach dem Krieg von ihm gegründeten Zeitschrift *Stern*. Appelbaum hat 2014 Texte veröffentlicht, welche die Hitler-Tagebücher nach seinen Recherchen in einem ganz neuen Licht erscheinen lassen. In Appelbaums Text dazu heißt es: »Nach dem Krieg war Henri Nannen am Versuch beteiligt, der Öffentlichkeit die Hitler-Tagebücher als echt zu präsentieren.« Appelbaum weist darauf hin, dass Nannen »an wichtigen Treffen teilnahm, bei denen die Entscheidung zur Veröffentlichung der Hitler-Tagebücher getroffen wurde. Was in diesem Zusammenhang häufig vergessen wird, ist die Tatsache, dass die Tagebücher tatsächlich ein Versuch waren, Hitler weiß zu waschen. Sie präsentieren ihn als jemanden, der gegen die Kristallnacht war, Frieden mit England wollte und sich gegen den Holocaust wandte.«[444] › Hinweis Appelbaum fährt fort, Nannen sei für den Versuch, Hitler »als unschuldig

darzustellen, mitverantwortlich« und weiter: »Nannen war nicht einfach ein Mitläufer, sondern eindeutig ein Mitgestalter«.

Halten wir fest: Das Hamburger Verlagshaus Gruner + Jahr und das in ihm erscheinende Magazin *Stern* wollen als Stifter des Henri-Nannen-Preises »den Qualitätsjournalismus im deutschsprachigen Raum fördern und pflegen und gleichzeitig das Andenken des Stern-Gründers Henri Nannen lebendig halten«. Man hat dort kein Problem damit, dass Henri Nannen in der Abteilung »Südstern« der SS tätig war. Das ist dem Stern keine Schlagzeile wert. Im Falle des Schauspielers Horst Tappert schlagen die *Stern* – Journalisten ganz andere Töne an, da heißt es: »Fünf Jahre nach seinem Tod kommt ein dunkles Geheimnis seiner Vergangenheit ans Licht.«[445] › Hinweis Der Unterschied zwischen Henri Nannen und Horst Tappert bleibt dabei im Dunkeln.

Wie weit wollen wir das alles noch treiben lassen? Die Einheitsfront des Denkens ist zur Gefahr für unsere Demokratie geworden. Journalisten und Medienhäuser, Politiker und Wirtschaftsbosse treffen sich immer wieder in der gleichen Zusammensetzung in Zirkeln auf Konferenzen, in Seminaren, Workshops und auf Bällen oder Partys. Und bestimmen so die Deutungshoheit über unser Leben. Sie einigen sich auf neue Denkschablonen, deren Worthülsen von den Medien bereitwillig verbreitet werden. Sie nehmen uns das Denken ab. Sie backen sich ihre Journalisten-, Friedenspreis- und Nobelpreisträger (ohne das Volk zu fragen), sie besetzen fast ausschließlich alle moralischen Autoritäten. Es gibt nur einen Weg, dieser totalitären Gehirnwäsche zu entkommen: Leitmedien boykottieren und die Mitarbeiter arbeitslos machen.

Abstimmung mit dem Geldbeutel: Aus Journalisten werden Sozialfälle

Stellen Sie sich vor, in einem Land würden binnen weniger Monate 25 Prozent der Bevölkerung auswandern. Und keine Steuern mehr zahlen. Und der Trend würde anhalten. Dann ist das Land schneller am Ende, als man zuschauen kann. Genauso ergeht es derzeit deutschen Leitmedien. Jene, welche ihre Arbeit finanzieren, wenden sich in Scharen ab. Sie stimmen mit dem Geldbeutel ab. Im Juli 2014 berichtete ein Fachmagazin über die kaum noch zu glaubenden dramatischen Verluste am Kiosk im zweiten Quartal des Jahres:

FAZ, DIE WELT und HANDELSBLATT verloren am Kiosk jeweils im zweistelligen Prozentbereich. Dabei büßten WELT und HANDELSBLATT ein Fünftel und die TAZ sogar ein Viertel ihrer Käufer ein! Das HANDELSBLATT setzt im Einzelverkauf noch 5000 Exemplare ab, bei der TAZ sind es mittlerweile weniger als 4000 Stück.[446] › Hinweis

Diese Entwicklung setzt sich ununterbrochen fort. Die Leitmedien bekommen jetzt die Quittung von der Bevölkerung. Im Klartext: Die »Qualitätsmedien« ersticken am eigenen Erbrochenen. Mit dem Internet, wie gern behauptet wird, hat das nichts zu tun. Denn die Menschen könnten ja in Massen die elektronischen Ausgaben der »Qualitätsmedien« abonnieren, tun sie aber nicht. Weil sie die dort veröffentlichte subversive Propaganda endlich satthaben.

Etwa seit der Jahrtausendwende erlebt die deutsche Medienlandschaft parallel dazu die größte Entlassungswelle der Geschichte. Selbst die Bundesagentur für Arbeit gestand schon 2012 völlig hilflos, dass ein Medienhaus nach dem anderen vor der Insolvenz steht und »Qualitätsjournalisten« in Massen auf der Straße sitzen.[447] › Hinweis Die Prognose: Von jetzt an wird bis 2022 jeder siebte Journalist seinen Arbeitsplatz verlieren.[448] › Hinweis Dabei wurde ja schon kräftig mit dem Besen in den Redaktionen gekehrt. Zeitungsjournalist wird wie dereinst Schuster oder Sattler zum aussterbenden Beruf. Aus Journalisten werden Sozialfälle.

Der *Rheinische Merkur* wurde 2010 nach Millionenverlusten eingestellt. Und dann ging es Schlag auf Schlag. Die *Financial Times Deutschland* (FTD), gegründet 2000 vom Hamburger Medienhaus Gruner + Jahr, war aus Sicht der Eliten eines der renommiertesten deutschen Wirtschaftsblätter. Das politisch links angehauchte Blatt mischte sich offensiv in die Politik ein und gab als Wirtschaftszeitung sogar Wahlempfehlungen, zur Europawahl 2009 etwa für Bündnis 90/Die Grünen. Umjubelt und wahrgenommen wurde das offenkundig nur im eher linken Establishment – die FTD-Journalisten arbeiteten in Wahrheit eher für den Papierkorb als für eine große Leserschaft. 2012 kam das, was kommen musste – das Aus. Und 300 FTD-Journalisten verloren ihren Job. Das ebenfalls von Gruner + Jahr herausgegebene Wirtschaftsblatt *Capital* (gegründet 1962) hatte im Jahr 2000 noch eine Auflage von 293 000 Heften und im Jahr 2014 etwa 137 000 – also weit mehr als eine Halbierung der Auflage. Auch dort sieht die Zukunft nicht rosig aus. Das 1980 gegründete Unternehmermagazin *Impulse*, ebenfalls herausgegeben von Gruner + Jahr, wurde im Januar 2013 abgestoßen. Allein die *Financial Times Deutschland* hat dem Verlagshaus

Gruner + Jahr einen Verlust von 250 Millionen Euro beschert.[449] › Hinweis

Erinnert sei an dieser Stelle immer wieder daran, dass Journalisten und Medienhäuser Geld einspielen und nicht etwa verbrennen sollen. Aber genau das tut die Mehrheit von ihnen seit Jahren. Die *Frankfurter Rundschau*, gegründet 1945, und von Anfang an politisch auf Linkskurs, machte im Jahr 2012 rund 19 Millionen Euro Verlust und 2011 sogar 20 Millionen Euro.[450] › Hinweis Das Konzept, eine reine SPD-nahe Zeitung zu sein, war gescheitert.[451] › Hinweis Nach 66 Jahren ging 2011 erst die Geschichte der FR als überregionale Zeitung zu Ende (der überregionale Teil wurde fortan in Berlin gemacht[452] › Hinweis) und 2013 kamen das Aus und die Übernahme.[453] › Hinweis Dazwischen standen Massenentlassungen. Nur eine Handvoll Redakteure wurde übernommen – der Rest landete auf der Straße. Die einst renommierte FAZ hat gerade noch 208 000 zahlende Abonnenten und schreibt tiefrote Zahlen, Gehaltserhöhungen wurden gestrichen. Die FAZ steht am finanziellen Abgrund.[454] › Hinweis

Die *Abendzeitung Nürnberg* wurde 2012 nach 93 Jahren eingestellt – 35 Mitarbeiter waren betroffen.[455] › Hinweis Die *Münchner Abendzeitung* – ebenfalls ein Traditionsblatt – stellte im Frühjahr 2014 Insolvenzantrag. Sie hatte 70 Millionen Euro Verluste angehäuft.[456] › Hinweis 115 Mitarbeiter standen von heute auf morgen vor einer ungewissen Zukunft.[457] › Hinweis Die WAZ-Mediengruppe kündigte im Januar 2013 an, die Redaktion der Zeitung *Westfälische Rundschau* zum Februar 2013 komplett zu schließen. Sie hatte innerhalb von fünf Jahren 50 Millionen Euro Verluste eingefahren. Der *Bonner General-Anzeiger* schloss zum 31. Dezember 2013 sein Korrespondentenbüro

in Berlin – um rund 400 000 Euro pro Jahr zu sparen. Drei Korrespondenten verloren ihren Job.[458] › Hinweis Im März 2014 kündigte die *Westdeutsche Zeitung* (WZ) an, die Zahl der redaktionellen Mitarbeiter von 100 auf 50 halbieren zu wollen.[459] › Hinweis Im Mai 2014 wurden bei der *Leipziger Volkszeitung* 36 Redakteursstellen gestrichen.[460] › Hinweis

Keiner der von Massenentlassungen betroffenen Journalisten machte sich Gedanken darüber, warum es so gekommen ist. Alle machten sich Gedanken darüber, wie man der Bevölkerung zwangsweise die alten Zustände wieder aufzwingen könnte – etwa mit einem »Zeitungswiederbelebungsgesetz«, nach dem Journalisten der »Qualitätsmedien« staatlich über Steuern subventioniert werden.[461] › Hinweis Auch die Chefs der Medienhäuser erkennen offenbar nicht, was da passiert. Ein besonders krasses Beispiel dafür ist FAZ-Mitherausgeber Werner D'Inka. Ganz grundsätzlich hält er in einem Kommentar zum Aus der *Frankfurter Rundschau* fest: »Und wenn die letzte anständige Zeitung verschwunden ist, bleibt nur noch das Geschwätz.«[462] › Hinweis

Was nicht gedruckt wird, ist aus der Perspektive eines FAZ-Herausgebers also »Geschwätz«. Was ist das nur für ein antiquiertes Weltbild aus dem letzten Jahrtausend? Ich habe als junger FAZ-Redakteur in den 1980er-Jahren noch neben meinem damaligen Kollegen D'Inka in der FAZ-Redaktion gestanden, als noch in Blei gesetzt wurde. Und wir haben gemeinsam das Ende der Blei-Zeit miterlebt. Aber seither hat sich die Medienlandschaft doch gewaltig verändert. Doch Journalismus ist für D'Inka offenkundig auch weiterhin nur Journalismus, wenn er (auch) gedruckt wird. Solche Führungskräfte bereiten ihre Mitarbeiter nicht ausreichend auf den digitalen Wandel vor. Denn sie stellen sich diesem Wandel ja selbst nicht, sie wollen ihn einfach wegnegieren.

Das wird nicht funktionieren. Kann man rückwärts nach vorne gehen? Nein, ganz sicher nicht. Wen wundert es da, dass die einst wohlhabende *Frankfurter Allgemeine Zeitung* mit solchen Führungskräften ebenfalls direkt auf die große Pleite zusteuert?

Dabei haben viele Journalisten offenkundig keine allzu große Meinung von ihrer eigenen Arbeit. Zumindest würden sie dafür keinen Cent bezahlen. Da berichtet ein Portal über das Ergebnis einer Umfrage unter 1300 Journalisten:

Überraschend ist allerdings, dass viele Journalisten vom Wert ihrer Arbeit oder der Medien, bei denen sie hauptberuflich arbeiten, nicht überzeugt sind. 38 Prozent sagen nämlich, sie würden kein Geld für das Lesen der Online-Ausgabe ihres Mediums bezahlen wollen, nur 44 Prozent »signalisierten Zahlungsbereitschaft» – wie gesagt: für ihr eigenes Medium. 17 Prozent wissen es nicht oder machen keine Angabe.[463] › Hinweis

Wenn die Journalisten also schon selbst nicht von ihrer Arbeit überzeugt sind und dafür nicht bezahlen würden, wie können sie das dann von ihren Kunden erwarten? Die Zukunft für Journalisten sieht im deutschsprachigen Raum düster aus. Und das ist noch geprahlt. Wer wissen will, was auf unsere »Qualitätsjournalisten« zukommt, der muss nur kurz in die Vereinigten Staaten schauen. Das für Europäer (noch) befremdliche Stichwort lautet: Roboter-Journalismus. Ein Medienportal berichtete 2014 dazu:

Automatisierter Journalismus hat sich in den USA längst etabliert. Forbes beispielsweise lässt ein gesamtes Blog vom US-Unternehmen Narrative Science bestücken. Der Computer schreibt eigenständig Berichte über Bilanzerwartungen an Unternehmen. Erst vor kurzem probierte sich die Los Angeles Times an einem neuen

Projekt. Der so genannte Quakebot veröffentlicht fast in Echtzeit Erdbebenberichte, sobald sie eine bestimmte Stärke überschreiten. Am beliebtesten scheint automatisierter Journalismus in der Sportberichterstattung. Statsheet.com spezialisiert sich auf Basketball-News. Ein vergleichbares Projekt für Baseball setzt die Northwestern University um.[464] › Hinweis

Was für viele Journalisten nach futuristischem Zukunftsszenario klingt, wird hinter den Kulissen längst auch in Deutschland schon erprobt. Der Roboter-Journalismus ist auch bei uns auf dem Vormarsch. Und eine Stuttgarter Kommunikationsagentur hat eine Software entwickelt, die auf Basis großer Datenmengen ohne Dazutun von Redakteuren Artikel formulieren kann. Die Maschine wird schon bald gegen etablierte Nachrichtenmedien antreten.[465] › Hinweis Da braucht man dann nur noch ein paar Alpha-Journalisten, welche die Richtung der Artikel vorgeben – den Rest erledigen dann die Maschinen.

Unparteiisch? Das Medienimperium der SPD

Im Jahr 2013 hat die eher konservative *Frankfurter Allgemeine Zeitung* die eher linke *Frankfurter Rundschau* übernommen.[466] › Hinweis Ende 2012 hatte die *Frankfurter Rundschau,* das mediale Flaggschiff der deutschen Sozialdemokratie, Insolvenz angemeldet. Ja, Sie haben richtig gelesen. Die FR war eng verwoben mit der deutschen Sozialdemokratie. Über die SPD-eigene Holding Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft (DDVG) hielten die Genossen Gabriel, Steinbrück, Schröder, Nahles und Co. 40 Prozent der Anteile des Pleitekandidaten. Die FR war jedoch nicht die einzige Zeitung, an der die SPD sich beteiligte. Die Sozialdemokraten hielten damals Anteile an der renommierten *Westfälischen Rundschau*, am Magazin *Öko-Test* und am *Nordbayerischen Kurier.* Viele lokale Tageszeitungen befinden sich weiterhin ebenso im Portfolio der Sozialdemokraten, wie auch Radiosender, Druckereien und Buchhandlungen. Aber auch Beteiligungen an Reiseunternehmen und Marketingagenturen. Sogar an Kreuzfahrten wollten die Sozialdemokraten kräftig mitverdienen. Vor wenigen Jahren begannen sie damit, Urlaubsreisen mit der »MS Princess Daphne« über die eigene SPD-Reiseservice GmbH zu vermarkten. Nein, das ist kein Scherz: Die SPD legte sich ein Traumschiff zu.[467] › Hinweis Die SPD ist also ein Wirtschaftsunternehmen. An den Schalthebeln dieses Geschäftsgebarens saß die frühere sozialdemokratische Schatzmeisterin Barbara Hendricks, die heute Umweltministerin der schwarz-roten Koalition ist. Im

Aufsichtsrat wurde sie damals bei den Medien- und Kreuzfahrtgeschäften von altgedienten Genossen unterstützt. Heute steuert das Geschäft der SPD-Bundestagsabgeordnete Dietmar Nietan. Er ist den meisten Deutschen wohl kaum bekannt, aber in der Realität einer der größten deutschen Verleger.

Die SPD macht also Umsatz durch Medienbeteiligungen. Parteipolitisch zahlten sich die Investments der SPD bislang ebenso aus. Das Forschungsinstitut »Medien Tenor« studierte im Bundestagswahlkampf 2002 die journalistische Arbeit der *Sächsischen Zeitung,* von der die DDVG damals 40 Prozent der Anteile hielt. Die Forscher fanden Offensichtliches heraus. Über die Schröder-SPD-Regierung berichtete die *Sächsische Zeitung* signifikant freundlicher und zahmer als über die damals CDU-geführte Opposition. Weitere wichtige Beteiligungen hält die DDVG über die Madsack GmbH aus Hannover, in der sie stimmberechtigt ist. Über diesen Umweg nutzte die SPD womöglich ihren Zugriff auf zahlreiche Lokalzeitungen, etwa auf die *Leipziger Volkszeitung* und die *Hannoversche Allgemeine,* sowie auf die Fernsehproduktionsfirmen *AZ Media* und die *TVN Group* auch politisch. Beide TV-Unternehmen produzierten Reportagen, Dokumentationen und schnöde Massenunterhaltung für alle großen Sender, privat wie öffentlich. »Auch dort, wo wir nur 30 oder 40 Prozent haben, kann in der Regel nichts ohne uns passieren«, erklärte die ehemalige SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier. Man sollte sich also nicht täuschen lassen von vermeintlich unbedeutenden, weil quantitativ geringen Beteiligungen der SPD-Holding DDVG. Lesen Ihre Kinder Geschichten von »Oscar, dem Ballonfahrer«, von »Paula Pünktchen« oder »Heini Hummel«? Am Kinderbuch-Verlag Tivola, der diese Geschichten publiziert, hält die DDVG Anteile. Politische

Intervention kann womöglich gar nicht früh genug anfangen. Über die Tochter Vorwärts hält die DDVG Anteile am Parthas-Verlag, der sich vor allem für die Buchveröffentlichungen des Staatssenders ARTE verantwortlich zeigt. Neben diesen und weiteren Engagements im meist lokalen Printbereich investiert die SPD über die DDVG viel Geld in vermeintlich private Radiostationen und erschließt sich somit eine potenzielle Wählerklientel von bis zu 10 Millionen Hörern täglich. Können Redaktionen von »privaten« Zeitungen und Sendern unter diesen wirtschaftlichen Umständen noch unabhängig arbeiten?

Fragen wird sich dies auch der ehemalige Chefredakteur der *Frankfurter Rundschau*, Wolfgang Storz. Im Jahr 2005 »empfahl« die damalige SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier postalisch den Abdruck eines Textes, der »einen interessanten Aspekt des Verhältnisses von SPD und Linkspartei« beschreibe. »Ich würde mich freuen, wenn dieser Beitrag über die ›Frankfurter Rundschau‹ bald einem größeren Leserkreis zugänglich gemacht werden könnte.« Chefredakteur Storz kam der Empfehlung nicht nach. Er war der »festen Überzeugung, dass dies die redaktionelle Unabhängigkeit berührt«, antwortete er der treuen Parteisoldatin. Diese sah jedoch »in diesem Sonderfall, in dem die ›Frankfurter Rundschau‹ unter der Chefredaktion von Herrn Storz über Wochen zu einem Propagandablatt der Linkspartei geworden war, meine Bitte als begründet an«. 2006 musste Wolfgang Storz dann seinen Posten räumen. Wie Geschäftsführer Peter Skulimma damals bestätigt haben soll, habe die Entlassung mit den inhaltlichen Differenzen zur zukünftigen politischen Ausrichtung des Blattes in Verbindung gestanden.[468] › Hinweis

Schauen wir uns also einmal geballt an, wie es mit der Medienmacht der SPD-eigenen Holding Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft (DDVG) aussieht: Die DDVG war an folgenden Verlagshäusern beteiligt (mit Nennung der wichtigsten Beteiligungen und Medienprodukte): an der Oliva Druck- und Verlagsgesellschaft, die wiederum an der Cuxhaven-Niederelbe Verlagsgesellschaft *(Cuxhavener Nachrichten, Niederelbe-Zeitung)* beteiligt ist. Der DDVG gehören die Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft *(Vorwärts, Demokratische Gemeinde),* die vorwärts-Buch Verlagsgesellschaft, auch Presse-Druck. Über letztere hat sie eine Mehrheitsbeteiligung am Zeitungsverlag Neue Westfälische, Bielefeld *(Neue Westfälische).* Die DDVG hat Anteile an Tivola Publishing (Edutainment, Lernsoftware und Kinderbücher), ist Mehrheitseigner der Öko-Test Holding, ist beteiligt an der Öko-Test Verlags GmbH, an der Bayreuth Druck + Media, am Nordbayerischen Kurier Zeitungsverlag *(Nordbayerischer Kurier),* am Dresdner Druck- und Verlagshaus *(Sächsische Zeitung, Morgenpost Sachsen),* am Frankenpost Verlag, Hof *(Frankenpost),* an der Suhler Verlagsgesellschaft *(Freies Wort, Südthüringer Zeitung),* an der Druck- und Verlagsanstalt ›Neue Presse‹ *(Neue Presse Coburg)* und über Verschachtelungen an *Hannoversche Allgemeine Zeitung, Neue Presse Hannover, Göttinger Tageblatt, Peiner Allgemeine Zeitung, Märkische Allgemeine Zeitung* sowie an der Leipziger Verlags- und Druckereigesellschaft *(Leipziger Volkszeitung, Dresdner Neueste Nachrichten)* und an den privaten Radiosendern FFN, Hit-Radio Antenne und Radio 21 sowie an Rheinland-Pfälzische Rundfunk GmbH & Co KG (RPR1). Hinzu kommen Beteiligungen an Druckereien wie Dräger + Wullenwever print + media Lübeck und Hildesheimer Druck- und Verlagsgesellschaft. Man könnte die Auflistung noch weiter fortsetzen.

Noch deutlicher kann man die Verflechtungen von Parteipolitik und Medien wohl kaum zeigen. Und die SPD nutzte ihre Medienmacht in der Vergangenheit nicht nur in redaktioneller Hinsicht aus. Im Dezember 2013 berichtete der *Spiegel*, die DDVG unterlaufe bei Zeitungs- und Briefzustellfirmen, an denen sie indirekt beteiligt sei, den von der Großen Koalition aus SPD und CDU/CSU vereinbarten Mindestlohn, weil die Zusteller nicht nach Zeit, sondern nach Anzahl zugestellter Sendungen entlohnt werden.[469] › Hinweis

Die Sozialdemokraten betätigen sich schon seit 140 Jahren als Zeitungsverleger.[470] › Hinweis Im Kaiserreich haben sich die mit mühsam angesparten »Arbeitergroschen« finanzierten SPD-Blätter noch als Gegengewicht zu den meist obrigkeitshörigen, bürgerlichen Zeitungen verstanden. Die in der DDVG zusammengefassten Beteiligungen sind heute nicht etwa die Reste dieser einst stolzen kleinen Arbeiterpresse, sondern eine für niemanden mehr zu überblickende Medienmacht, mit der man jederzeit geschickt Menschenmassen beeinflussen könnte.

Über die Hintergründe hat Torben Stephan 2008 ein interessantes Buch *(Medienmacht Sozialdemokratie)* geschrieben. Es zeigt die Umstände auf, unter denen die SPD ihr Medienimperium rasant erweiterte: Während sich Bundeskanzler Gerhard Schröder Anfang 2004 weigerte, der *Bild* – Zeitung wegen angeblicher Kampagnen gegen ihn Interviews zu geben, war ein anderer Teil der SPD damit beschäftigt, neue Zeitungen zu kaufen. Gleichzeitig arbeitete der damalige SPD-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement an der Lockerung des Pressefusionsrechts – natürlich im Interesse der SPD. Das zeitliche Zusammentreffen dieser drei hier kurz skizzierten

Geschehnisse ließ viele Beobachter bereits an eine Verschwörung denken. Die SPD mache die Medien gefügig, so der Vorwurf. Aus diesem Grund stellte sich die Frage nach der Medienstrategie der Sozialdemokraten und danach, welche Ziele sie mit ihren Minderheitsbeteiligungen an deutschen Verlagen verfolgen. Autor Torben Stephan beleuchtete die einzelnen Aspekte und versuchte eine Antwort auf die Frage zu finden, warum die Sozialdemokraten ihre Medienbeteiligungen ausbauten. Seine These: Es geht nicht mehr nur um die Aufbesserung der Wahlkampfkasse, sondern vor allem um den Erhalt der SPD-Macht und den Einfluss auf die Medien.

Bei der FAZ heißt es zu den Medienbeteiligungen der SPD:

Umstritten war und ist der Besitz, weil die Medien über die SPD berichten – und das unabhängig machen sollten.[471]

› Hinweis

Die Realität in deutschen Redaktionsstuben lautet: Nach einer repräsentativen Studie stehen 34 Prozent der Journalisten den Grünen nahe, weitere 25 Prozent der SPD, wie der Kommunikationswissenschaftler Mathias Kepplinger erklärte. Wenn etwa 60 Prozent der deutschen Journalisten (die Linkspartei ist hier noch gar nicht berücksichtigt) links stehen, und die SPD ein ernst zu nehmender Medienkonzern ist – wie sieht es dann aus mit der gefährlichen Nähe zwischen Politik und Medienvertretern?

Wie unverschämt die SPD ihre Medienmacht über die SPD-eigene Holding Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft (DDVG) unterstützt, sah man 2014. Als Ausgleich für die Mehrkosten des gesetzlichen Mindestlohns sollte Verlagen ein Rabatt auf die Sozialbeiträge ihrer Austräger gewährt werden. Auf diesem Weg würden, so die Pläne, etwa 60 Prozent der aus dem Mindestlohn resultierenden

Belastungen wieder an die Pressehäuser zurückfließen. Der Staat würde für diese Sonderregelung bis zu 135 Millionen Euro berappen. Ausgehandelt hat den »Kuhhandel« die zuständige Arbeitsministerin Andrea Nahles, die bekanntlich der SPD angehört. Die Sozialdemokraten haben an dem jetzt gefundenen Kompromiss aber möglicherweise nicht nur ein politisches, sondern auch ein ökonomisches Interesse als Partei.

Wie erwähnt, leiden die meisten Zeitungen in Deutschland unter sinkenden Auflagen. Das hängt nicht allein mit dem Bedeutungszugewinn der elektronischen Medien, sondern auch mit dem gewachsenen Selbstbewusstsein der Leserschaft zusammen. Die wollen sich den politisch-korrekten Einheitsbrei der zumeist linksgestrickten Redaktionen nicht länger bieten lassen und kündigen immer zahlreicher ihre Abonnements. Dabei ist das politische Establishment gerade in Krisenzeiten wie diesen dringend auf willfährige Journalisten angewiesen, die den Ernst der Lage verschleiern bzw. schönschreiben. Das 135 Millionen Euro teure Zugeständnis an die Verlage ist deshalb ein Stück weit auch politischer Eigennutz der Altparteien.

Daneben könnten aber auch handfeste ökonomische Gründe für die Übereinkunft eine Rolle gespielt haben, jedenfalls mit Blick auf die SPD. Die ist nämlich nicht nur eine politische Partei, sondern wie ausführlich geschildert auch Eigentümerin der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft. Der größte Teil des dort erwirtschafteten Gewinns wird an die SPD als Gesellschafterin ausgeschüttet, was erklärtermaßen zur finanziellen Unabhängigkeit der Partei beitragen soll. Als Verlagsgruppe erreicht die DDVG allein mit ihren Tageszeitungen eine Gesamtauflage von rund 435 000 Stück. Die meisten Exemplare gehen an Abonnenten, die allmorgendlich von Zeitungsboten beliefert werden. Somit

profitieren auch die DDVG und damit indirekt die SPD vom Geschenk ihrer Ministerin an Deutschlands Verleger. Solcherlei Geschäfte werden diskret in Hinterzimmern ausgehandelt.

Kapitel 5

Fallbeispiele von der Propagandafront

Alle in diesem Buch namentlich genannten Personen bestreiten eine klebrig-filzige Nähe zu Eliteorganisationen. Sie bestreiten zudem, Lobbyisten zu sein. Sie bestreiten auch, sich durch die Nähe zur Elite »korrumpieren« zu lassen. Und sie bestreiten, als Journalisten mit Nähe zu vorgenannten Gruppen den journalistischen Biss verloren zu haben. Sie bestreiten, dass sich die dargelegte Nähe auf ihre Berichterstattung auswirkt.

Mein Freund Peter Scholl-Latour, den ich in vielen Kriegsgebieten getroffen habe, wurde 2014 im Alter von 90 Jahren und wenige Wochen vor seinem Tod zu seiner Lebenserfahrung beim Thema gleichgeschaltete Medien und Zensur gefragt. Er antwortete:

Paul Sethe, der ja ein ungemein konservativer Leitartikler war, und für die Welt und für die FAZ schrieb, hat mal vor

vielen Jahren geschrieben: »Die Freiheit der Presse im Westen ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu publizieren«, inzwischen sind es keine 200 mehr, inzwischen sind es nur noch 4 oder 5 Leute.[472] › Hinweis

Vier oder fünf Menschen bestimmen nach Auffassung von Peter Scholl-Latour also heute nur noch über die vorherrschende Meinung. Meinungsvielfalt gibt es also ganz sicher nicht mehr. Und der von Peter Scholl-Latour erwähnte Paul Sethe, immerhin einer der Gründungsherausgeber der FAZ, wurde damals bei der FAZ abgesetzt, weil er nicht auf Linie war.[473] › Hinweis Das Kanzleramt und die anderen Herausgeber übten diesen Druck aus – und die Wirtschaft. Denn die schaltete keine Anzeigen mehr in der FAZ, wollte so den Druck immer weiter erhöhen. Der damalige Chef der Salamander AG, Alexander Haffner, saß im FAZ-Förderausschuß und sagte ganz offen: »Die Zeitung ist von der Wirtschaft gegründet worden …«. Und deren Interessen müssten sich darin widerspiegeln.[474] › Hinweis FAZ-Herausgeber Sethe bekam also einen Fußtritt. Selbst im Bundestag wurde schon dargestellt (116. Sitzung), wie ein FAZ-Herausgeber »weggetreten« wurde.[475] › Hinweis So erging es auch FAZ-Herausgeber Jürgen Thern. Und so erging es nach 24 Jahren (davon 13 als Herausgeber) FAZ-Herausgeber Hugo Müller-Vogg. An einem Dienstagnachmittag bekam er überraschend seine Kündigung. Der Herausgeber hat die Gründe für seinen Rauswurf bis heute nicht erfahren. Bleibt der Eindruck aus diesem Buch: Hinter der FAZ steckt, wie wir gesehen haben, mitunter ein korrupter Kopf. Und der wird offenkundig gefördert und geschützt, aber ganz sicher nicht entlassen. Denn die FAZ ist aus meiner subjektiven Sicht nicht so unparteiisch, neutral und unabhängig, wie sie tut. Das gilt durchweg für unsere Leitmedien. Vor die Tür gesetzt werden

jene, die unbequem sind oder eine abweichende Meinung haben. Das gilt für Redakteure und auch für Herausgeber oder Chefredakteure. Und es gilt für alle anderen Leitmedien. Auch Alpha-Journalisten müssen eben stramm auf Kurs sein – sonst werden sie entsorgt.

Die Menschen beginnen, den unentwegten Betrug durch die »Leitmedien« in allen Bereichen zu erkennen. Denn dahinter steckt wie bei Hütchenspielern ein (betrügerisches) System. Unsere Leitmedien streuen den Bürgern Sand in die Augen, damit die Finanzelite viel Geld verdienen kann. Das ist der Eindruck, den ich tausendfach gewonnen habe und den man immer wieder auch gut durch konkrete Beispiele manipulativer Berichterstattung belegen kann.

Nehmen wir nur die Europawahl 2014. Im deutschsprachigen Raum hatten die etablierten Politiker in jener Zeit Angst vor neuen Parteien, welche ihnen in der EU künftig gefährlich werden konnten. Das ist unstrittig. Und was macht man in einer solchen Situation? Ganz klar: Propaganda. Und wer verbreitet die Propaganda? Ebenso klar: Leitmedien. Während jeder Bürger wusste, dass die EU finanziell aus dem letzten Loch pfeift und marode EU-Pleitestaaten nur durch ständige Geldtransfers künstlich am Leben gehalten werden, wurden mit kräftiger Unterstützung der Leitmedien kurz vor der EU-Wahl Potemkinsche Dörfer aufgebaut. Da wurde etwa – nein, lachen Sie jetzt bitte nicht – das finanziell völlig marode Griechenland über Nacht zur neuen zukunftsträchtigen Finanzoase aufgepustet. Am 10. April 2014 titelte ZEIT online: »Investoren reißen sich um griechische Anleihen«.[476] › Hinweis Die Welt behauptete am gleichen Tag: »Nach der Staatspleite kehrt Griechenland zurück an den Kapitalmarkt – und kann die Nachfrage nach Anleihen kaum bedienen.«[477] › Hinweis Die FAZ sprach in jenen Tagen vom »Comeback« Athens am Finanzmarkt.[478]

› Hinweis So sahen die Wirtschaftsschlagzeilen etwa sechs Wochen vor der Europawahl also aus. Es war allerdings ein leicht zu durchschauender gigantischer Bluff, eine große Inszenierung. Warum nur? Und was passierte im Hintergrund? Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel brauchte positive Nachrichten. Sie sprach mit den Griechen eine Reise nach Athen ab und ermunterte in einer Zeit, in der deutsche Sparer gerade einmal mickrige 0,1 Prozent Zinsen für ihre Ersparnisse bekamen, die Griechen dazu, eine Staatsanleihe mit gigantischen 4,75 Prozent Zinsen aufzulegen. Griechenland, das mehr als 300 Milliarden Euro Schulden hat, sammelte so kurzfristig ganze drei Milliarden Euro am Kapitalmarkt ein. Nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Aber unsere Leitmedien jubelten. Den Euroskeptikern sollte mit diesem Schmierentheater vom angeblich gesundenden Griechenland kurz vor der EU-Wahl der Wind aus den Segeln genommen werden. Angela Merkel wurde in Athen von deutschen Medien begeistert gefeiert. Alles war eine inszenierte Show – durchsichtig von Anfang an bis zum absehbaren Ende. Aber es klappte: Die Euroskeptiker bekamen im deutschsprachigen Raum nicht jenen gigantischen Stimmenzuwachs bei der EU-Wahl, den man in Reihen der etablierten Politik so gefürchtet hatte. Und für die 4,75 Prozent Zinsen des oben beschriebenen Schmierentheaters haften jetzt vor allem die deutschen Steuerzahler. Das ist die eine Seite. Die andere: Drei Monate nach der Aktion, welche von unseren Leitmedien so frenetisch gefeiert wurde, suchte Griechenland abermals Käufer für eine weitere Staatsanleihe. Da gab es dann allerdings Stillschweigen in deutschen Leitmedien. Denn Griechenland hatte in der Realität keineswegs das »Comeback« am Kapitalmarkt erlebt, sondern genau das Gegenteil: Athen wurde im Juli 2014 nur noch die Hälfte jener Staatsanleihen, für die man dringend Käufer suchte,

los.[479] › Hinweis Klar, dass unsere Leitmedien dazu weitgehend schwiegen. Schließlich waren die EU-Wahl und die Propagandashow da vorbei. Sie sehen als Leser an diesem kleinen Beispiel, wie die Bürger von unseren Leitmedien manipuliert, für dumm verkauft, belogen und betrogen werden. Und dann auch noch als Steuerzahler für die angerichteten Schäden aufkommen müssen. Unsere Leitmedien produzieren vor allem Stimmungsbilder.

Sie wollen die Wahrheit wissen? Sie lautet in Hinblick auf Medien: Geltungsdrang und missionarischer Eifer sowie der Hang zur Selbstinszenierung – das ist die Seele journalistischer Arbeit. Und in Talkshows, Nachrichtensendungen, Buchpublikationen, Zeitungen und im Hörfunk läuft alles immer wieder nach dem gleichen Schema ab: Da wird von einigen wenigen Herren der veröffentlichten Meinung ganz gezielt ein Stimmungsbild geschürt. Die Wahrheit ist dabei völlig nebensächlich.

Ich bin sicher mehrere Hundert Mal in Fernsehsendungen aufgetreten. Und ich erinnere mich noch gut an den 18. April 2004. Damals war ich als »Sicherheitsexperte« in der Talkshow *Sabine Christiansen* zu Gast, saß neben dem früheren Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP), EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen (FDP), dem sächsischen Ministerpräsidenten Georg Milbradt (CDU), dem slowakischen Staatspräsidenten Rudolf Schuster und weiteren illustren Gästen.[480] › Hinweis Das Thema der Sendung war die bevorstehende gewaltige EU-Osterweiterung: »Schicksalsfrage – Entscheidet sich Deutschlands Zukunft im Osten?«. Und ich war offenkundig eingeladen worden, damit man vor laufender Kamera ein Exemplar jener bösen dumpfen Deutschen schlachten konnte, die merkwürdigerweise vor der Grenzöffnung zu vielen bitterarmen Staaten warnten. Ich prophezeite

damals, dass die Schlagbäume in wenigen Jahren schon wieder herunterfallen würden. Beispielsweise wegen der Kriminalität. Und dann wurde ich live in der Sendung hingerichtet. Der *Berliner Tagesspiegel* schrieb damals nach der Sendung: »Der Betrachter bekam live die Schlachtung des Herrn Dr. Ulfkotte vorgeführt. Und kann sich jetzt ein Bild davon machen, wie politische Gremien funktionieren. Immer auf die Schwachen.«[481] › Hinweis Inzwischen hat sich die Lage geändert. Jene, denen wir den EU-Wahn und die grenzenlose Kriminalität zu verdanken haben, verstehen heute immer öfter die Welt nicht mehr. Zum 1. Mai 2004 wurde die EU um zehn neue Mitgliedsstaaten erweitert. Drei Jahre später kamen noch zwei weitere hinzu, Bulgarien und Rumänien. Von den Politikern wurden nur die theoretischen Chancen der EU-Osterweiterung betont, die großen Risiken wurden komplett verschwiegen. Wer darauf hinwies, der galt (wie ich) als »rechtsgerichtet«. Die Realität aber kann man jetzt nicht verschweigen: Das Wohlstandsgefälle zwischen neuen und alten Mitgliedsstaaten war und ist beträchtlich, die Sozialsysteme der neuen EU-Staaten waren und sind in schlechtem Zustand. Armut und Freizügigkeit führten zu einer grenzüberschreitenden Kriminalität, über deren Ausmaß die Bürger 2004 nicht informiert wurden. All das hatte ich 2004 bei *Sabine Christiansen* in der Talkshow gesagt. Und ich wurde geschlachtet. Von Genscher, von Verheugen und Gesinnungsgenossen. Wann also »schlachten« wir endlich die Genschers, die Verheugens, Milbradts und all die anderen, die uns Bürger das alles eiskalt eingebrockt haben? Waren sie zu dumm oder zu unfähig, um diese Entwicklung abzusehen? Oder haben sie gar vorsätzlich gehandelt? Sie leben heute wie selbstverständlich von unseren Steuergeldern und wollen als große Politiker in die Geschichtsbücher eingehen.

Nehmen wir ein anders Beispiel: Seit den 1990er-Jahren hat nicht eine Prognose von Wirtschaftsforschern gestimmt, wenn es darum ging, eine Wirtschaftskrise vorauszusagen. Der IWF-Ökonom Prakash Loungani hat das von den 1990er-Jahren bis 2012 Jahr für Jahr nachgewiesen. Die Ökonomen trafen mit ihren Prognosen stets zielsicher voll daneben.[482] › Hinweis Das ist eine nicht zu leugnende Tatsache. Und trotzdem gieren unsere Medien Woche für Woche wieder danach, Prognosen von Wirtschaftsforschern veröffentlichen zu dürfen. Die Trefferquote ist dann so, als ob man Blinden beim Schützenfest Gewehre aushändigen würde. Merkwürdigerweise schaffen es die Ökonomen mit dem geballten Unsinn, den sie meist verkünden, immer wieder in unsere Hauptnachrichtensendungen.

Verheerend wird es für die Bürger, wenn sie den Prognosen solcher Fachleute vertrauen und beispielsweise ihre Geldanlage danach ausrichten. Man sah das in der Vergangenheit gut bei den Prognosen zum Goldpreis, welche in den Medien veröffentlicht wurden. Schauen wir uns einige der Prognosen an, um die Absurdität der Aussagen zu erkennen: Als der Goldpreis im Dezember 2010 bei 1400 Dollar je Feinunze stand, da prognostizierte der renommierte amerikanische Ökonom James Turk in den deutschen Medien: »Für eine Unze des gelben Edelmetalls wird man bald 3500 Dollar zahlen.« Und der ehemalige Chefvolkswirt der HypoVereinsbank, Martin Hüfner, sagte zeitgleich: »Der Goldpreis fällt von 1400 Dollar je Feinunze auf 500 Dollar. Es entsteht eine Panik unter den Goldbesitzern. Sie versuchen auf Teufel komm raus ihre Bestände an dem gelben Metall zu verkaufen.« Die Realität: Der Goldpreis stieg von Dezember 2010 bis August 2011 von 1400 auf 1800 Dollar. Nicht eine der Prognosen hatte gestimmt. Hinter den Prognosen standen vielmehr

handfeste Interessen. Mit der Wahrheit hatten sie nichts zu tun.

Aber Journalisten greifen solchen Unsinn immer wieder auf. Warum nur? Sie manipulieren uns, lügen und betrügen. Da suchte die Programmzeitschrift *Hörzu* im Mai 2014 für die neue ZDF-Ranking-Show *Deutschlands Beste* je 100 Frauen und Männer, die zur Wahl als beste lebende Deutsche standen. Bis zum 24. Mai 2014 konnten die Leser Vorschläge an die Redaktion schicken. Da hieß es: »Wer gewinnt, bestimmen Sie, liebe Leserinnen und Leser.« Doch die Leser hätten ihre Briefe auch gleich in den Müll werfen können. Denn das Umfrageinstitut Forsa hatte schon längst die Top-50-Deutschen für das ZDF ermittelt. Und zudem rief auch das ZDF zu einer großen Online-Abstimmung auf. Weder die *Hörzu* – Leser noch jene, die an der ZDF-Abstimmung teilnahmen, bestimmten das Ergebnis.[483] › Hinweis Es war eine einzige große Illusion, es war die Simulation von Mitbestimmung der Leser und Zuschauer.[484] › Hinweis Man kommt sich da als Leser oder Zuschauer leicht verarscht vor. Denn das öffentlich-rechtliche ZDF platzierte frech und dreist Angela Merkel auf den ersten Rang, obwohl diese in der Gunst der Zuschauer auf den vorderen Plätzen gar nicht zu finden war. Da standen bei den Frauen Namen wie Helene Fischer und Ina Müller.[485] › Hinweis Und in der Realität hatten zwei Drittel der Deutschen die Nase voll von Angela Merkel, die Umfrage wurde aber nur in Österreich groß veröffentlicht.[486] › Hinweis Was aber machten unsere Qualitätsmedien aus der Tatsache, dass nur noch 24 Prozent der Deutschen Angela Merkel weitere Jahre als Kanzlerin haben wollen? Sitzen Sie gut? Die Schlagzeile lautete: »Jeder Vierte wünscht sich weitere zehn Jahre Merkel«.[487] › Hinweis Drei Viertel sind dagegen. Und unsere Medien machen daraus eine positive

Nachricht. So funktioniert Desinformation im Zeitalter der Gleichschaltung.

Es gibt Dinge, die würden deutsche Journalisten nie schreiben. Sie sind aber wichtig, wenn man die Welt da draußen verstehen will. So hat der britische Wirtschaftsminister Lord Mandelson 2009 folgende Aussage gemacht, um die immer schlimmer werdende prekäre Krisensituation im Herzen Europas für jeden Bürger verständlich darzustellen: »The banks are fucked, we’re fucked, the country’s fucked!«[488] › Hinweis Diese Worte muss man nicht übersetzen. Deutlicher geht’s ja nicht mehr, um die Lage in Hinblick auf die Ersparnisse der Bürger zu beschreiben – und das von einer Lordschaft, einem Regierungsmitglied. Im deutschsprachigen Raum will man so etwas derzeit noch nicht hören. In Deutschland erblickt man lieber überall Licht am Ende des Tunnels, obwohl man noch nicht einmal in ihn eingefahren ist. In Deutschland wird von den »Qualitätsmedien« Propaganda gemacht, bis zum Untergang. Unsere besten Journalisten lügen auf Kommando, wenn die Politik es will. Sie halten das für eine Verschwörungstheorie? Nun, man kann das sogar belegen.

Das höhere Ziel:
Amputation der deutschen Identität

In weiten Teilen der folgenden Kapitel wird es um unsere Politiker, die Medien und den Euro gehen. Warum? Die Idee des Euro wurde, das ist keine Verschwörungstheorie und wurde schon erwähnt, auf einer Bilderberger-Konferenz beschlossen. Auch die ganz sicher nicht Verschwörungstheorien verbreitende *Frankfurter Rundschau* berichtet inzwischen: »Und laut dem Ehrenvorsitzenden des Zirkels, dem belgischen Unternehmer Étienne Davignon, geht auch der Euro auf Bilderberg zurück.«[489] › Hinweis Wie wir schon gesehen haben, sind elitäre Zirkel wie die Bilderberger-Konferenzen sicherlich keine demokratischen Einrichtungen, sondern Propaganda- und Lobbyverbände, welche ganz bestimmte Interessen verfolgen. Und zwar die der proamerikanischen Hochfinanz. Wie kann es da sein, dass sich Politiker – auch Angela Merkel trat bei den Bilderbergern auf – und Journalisten vor den Karren der Bilderberger und anderer ähnlicher Organisationen spannen lassen und Propaganda für deren Interessen machen? Wir werden auf den nachfolgenden Seiten erkunden, welche Medien Propaganda für den Euro gemacht haben und sogar der Aufforderung von Politikern folgten, zu lügen.

Wussten Sie, dass es ein höheres Ziel gab, welches die Politik mit der Euro-Einführung verbunden hat? Die Nationalstaaten und das Denken in Nationalstaaten sollten zerschlagen werden, vor allem das Denken der Deutschen. Der SPD-Politiker Olaf Schwencke erklärte uns das vor der Euro-Einführung so: Mit der Einführung des Euro werde die

EU künftig zum größten Kapital- und Finanzmarkt der Welt werden. Das habe kulturelle Folgen. Schwencke sagte, wenn die nationalen Währungen nicht mehr existierten, dann habe der Nationalstaat faktisch sein Ende gefunden. Schwencke wörtlich: »Sein materiell wichtigstes Proprium, die Währungspolitik als Kernstück staatlicher Souveränität, wird damit aufgegeben, und die europäische Rechts- und Wirtschaftsgemeinschaft übernimmt seine Funktion.« Die Vielfalt der kulturellen Ausprägungen in Europa könnte in einer immer mächtigeren kommerziellen World Culture – auch »Mac World« genannt – beseitigt werden.[490] › Hinweis

Im Klartext: Es ging und geht um die Zerschlagung unserer kulturellen und nationalstaatlichen Identität. Heute wollen jene, die uns mit den immer neuen gigantischen Kosten der Euro-Währungsunion erdrücken, behaupten, man habe das alles früher doch nicht ahnen können. Die Lügner hoffen auf die Vergesslichkeit der Bürger. Dabei gab es viele, die sie gewarnt haben. Doch man machte die Gegner damals lächerlich. Vergessen und aus unserem Gedächtnis getilgt sind große bundesweite Initiativen der 1990er-Jahre wie »Ja zur DM – Nein zum Euro = Teuro!«, »Europa ja, aber Euro nein!« und »Wer stoppt den Euro-Wahnsinn?« Vergessen sind die Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht der 1990er-Jahre gegen den Euro, welche von den zahlreichen Euro-Kritikern eingereicht wurden. Medien und Politik nannten die Euro-Gegner abfällig »Wichtigtuer« und »Angstmacher«. Und was erwiderten Euro-Skeptiker wie die Professoren Wilhelm Hankel, Wilhelm Nölling, Karl Albrecht Schachtschneider und Joachim Starbatty schon im Februar 1998 in ihrem Buch *Die Euro-Klage – Warum die Währungsunion scheitern muss* auf solche Angriffe? Sie schrieben: »Wer real lauernde Gefahren nicht sieht oder bagatellisiert, ist kein verantwortungsvoller Politiker; wer auf

real lauernde Gefahren hinweist, ist kein Angstmacher oder Populist, sondern Realist.« Wissen Sie noch, wie Politik und Medien die vier Professoren in den 1990er-Jahren häufig nannten? – »Viererbande«[491] › Hinweis, »selbst ernannte Volksvertreter« oder »Anti-Euro-Senioren«[492] › Hinweis. *Zeit* – Herausgeber Theo Sommer, ein Bilderberger und Lobby-Netzwerker, schrieb 1998 unter der Überschrift »Der gute Tausch – gerade Deutschland braucht den Euro« über Euro-Kritiker: »Nun poltern sie kräftig: Professoren, Politiker, Pseudo-Propheten. (…)«. Theo Sommer schrieb weiter: »Unbewiesen und unbeweisbar ist schließlich die Behauptung, dass (…) hohe Transferzahlungen an schwächere Länder fällig würden – deutsche Transferzahlungen, wohlgemerkt«. Ach, wenn man Theo Sommer doch heute nur Buchstabe für Buchstabe mit seinem Unsinn von damals füttern könnte. Euro-Kläger vom Schlage der Professoren Hankel und Schachtschneider nannte Sommer in dem Artikel das »Fähnlein der vier Aufrechten« (alias Viererbande), das auf juristisch schwachen Beinen nach Karlsruhe wankte, um die neue Währung zu verhindern.«[493] › Hinweis Wie fühlt man sich, wenn man als »Pseudo-Prophet« verunglimpft wird? Haben sich die Zeit, der inzwischen verurteilte Steuerhinterzieher Theo Sommer oder andere Bilderberger, die den Euro unbedingt gegen den Willen der Bevölkerung wollten, jemals für den Unsinn entschuldigt, den sie damals verzapft haben? Nein!

Merkels Märchenstunde:
So belügt die Bundesregierung die Bevölkerung

Die Bundeskanzlerin hat die deutschen Medien ganz offen dazu aufgefordert, die Bevölkerung in Hinblick auf die Euro-Krise und über den drohenden Finanzcrash nicht wahrhaftig zu unterrichten. Das ist unstrittig und wurde mittlerweile sogar von »Qualitätsmedien« am Rande erwähnt. Eine nachfolgende Generation wird uns allerdings einmal fragen, warum die Bevölkerung das alles so lange mitgemacht und geduldet hat. Nachfolgend einige Fakten, die Sie an Freunde und Bekannte weitergeben sollten. Sie werden dann vielleicht vernünftig handeln – und ihr Geld besser rein vorsorglich immer wieder gleich bei der Bank abheben! Oder aber sie werden zu jenen Dummen gehören, die der Bundeskanzlerin geglaubt und vielleicht viel oder gar alles verloren haben.

Es ist unstrittig, dass die Bundeskanzlerin die deutschen Systemmedien offen zum Lügen aufgefordert hat, um die wahre Lage zu verschleiern. Angeblich im Staatsinteresse. Um Panik zu vermeiden. Irgendwann kommt die Wahrheit aber immer ans Licht. Mal früher, mal später. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) dürfte es kaum recht sein, dass eine eher unschöne Episode ihres Lebens als oberste Leiterin der deutschen Politik bekannt wurde: Sie hat schon vor längerer Zeit die wichtigsten Chefredakteure Deutschlands dazu aufgefordert, nicht länger wahrheitsgemäß über die Lage im Land zu berichten. Am 8. Oktober 2008, einem herbstlich-sonnigen Mittwoch, hatte

sie die wichtigsten Medienvertreter und Verlagsleiter zu einem abendlichen Treffen eingeladen. Drei Tage zuvor hatte die Kanzlerin vor den Fernsehkameras dreist behauptet: »Wir sagen den Sparerinnen und Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind. Auch dafür steht die Bundesregierung ein.« Doch in Wahrheit war und ist die Lage für die Ersparnisse der Bundesbürger alles andere als sicher. Und deshalb sollten Journalisten und Verlagsleiter im Auftrag unserer Kanzlerin in den deutschen Medien die Unwahrheit verbreiten.

Merkel sagte den vor ihr aufmarschierten Journalisten der »Qualitätsmedien«, die deutschen Medien hätten bei der Wirtschafts- und Finanzkrise eine »wichtige Rolle«. Und aus Gründen der Staatsraison dürften die Bürger nicht die volle Wahrheit über die schlimme Lage der Staatsfinanzen und der sich entwickelnden Wirtschaftskrise erfahren. Die Medien sollten sich zurückhalten, lieber positive Nachrichten unters Volk bringen. Angela Merkel forderte die Journalisten dazu auf, zurückhaltend über die tatsächliche Lage zu berichten. Sonst gerate das Land möglicherweise außer Kontrolle. Es liege jetzt in der Macht der Journalisten, eine Panik zu vermeiden. Die Aufforderung zur Ablenkung von der Realität war eindeutig. Die *Zeit* [494] › Hinweis, die *Süddeutsche* und die *taz* haben ganz klein am Rande über dieses Treffen und über die Aufforderung zur Ablenkung der Bevölkerung von der Realität berichtet.

Die *Zeit* begann den entsprechenden Artikel mit den Worten:

Am 8. Oktober 2008 war die Krise noch jung, man möchte fast sagen: unschuldig. An jenem Mittwochabend luden die Bundeskanzlerin und ihr Finanzminister die Chefs der wichtigsten Zeitungen ins Kanzleramt, um ihnen eine Botschaft zu übermitteln. Die lautete: Wir wissen zwar nicht

genau, was in zwei oder drei Wochen ist, aber würden doch sehr herzlich um Ihr Vertrauen bitten und vor allem darum, dass Sie keine schlechte Stimmung machen, denn dazu ist die Lage zu ernst.[495] › Hinweis

Und in einem anderen Blatt lesen wir:

Ein paar Monate zuvor, am 8. Oktober 2008, hatte es ein sonderbares Treffen gegeben, das in diesem Zusammenhang Erwähnung finden soll. Die Bundeskanzlerin hatte an jenem Tag die bedeutenden Chefredakteure der bedeutenden Medien eingeladen. Es war die Zeit, in die der Ausbruch der großen Finanzkrise fiel. Man findet keinen ausführlichen Bericht über dieses Treffen, der veröffentlicht worden wäre und überhaupt nur wenige Erwähnungen in den Archiven, nur hin und wieder einen Nebensatz, eine knappe Bemerkung. An einer Stelle liest man in dürren Worten, worum es an diesem Abend im Kanzleramt ging: Merkel bat die Journalisten, zurückhaltend über die Krise zu berichten und keine Panik zu schüren.

Sie haben sich daran gehalten, die Chefredakteure. Noch im Februar 2009, vier Monate später, wunderte sich die taz über die Medien: »Sie halten die Bürger bei Laune, auf dass diese stillhalten. Wie viel Geld bereits in die Banken gepumpt wurde, wie viele Milliarden Bürgschaftszusagen vergeben wurden (und wie viele Hartz-IV-Monats«löhne« das sind), das steht auch nicht in der Zeitung. Die Süddeutsche vom 15. Januar beispielsweise versteckt die Mitteilung, dass die Hypo Real Estate zum vierten Mal in vier Monaten Milliarden Bargeld und Bürgschaften braucht, unter der Überschrift »Wenn Steinbrück an die Tür klopft«. Die Bild-Zeitung übrigens bekam sogar einen Preis dafür, dass sie so

»verantwortungsvoll« berichtet habe. Einen Preis, der von Journalisten verliehen wurde.[496] › Hinweis

Die Journalisten gehorchen also, wenn die Politik pfeift. Einer, der das alles aus nächster Nähe kennt, schreibt dazu:

Merkel hat zu den Journalisten geredet, als seien sie Mitarbeiter einer Abteilung im Kanzleramt. Und wenn man es sich recht überlegt, kommt man zu dem Schluss: Ja, so sehen sich mehr und mehr Journalisten auch selbst. Und wenn das so weitergeht, dann braucht man in der Tat keine Journalisten mehr.[497] › Hinweis

Angela Merkel, eine gelernte DDR-Sekretärin für Propaganda, hatte die Spitzen der deutschen Medien bei diesem (8. Oktober 2008) und ähnlichen weiteren Treffen einfach gleichgeschaltet. Die Gleichschaltung der deutschen Presse ist (siehe die Ausführungen oben) von einigen wenigen unabhängigen Zeitzeugen bestätigt worden. Hätte es noch eine freie, unabhängige Presse gegeben, dann wäre ein Aufschrei durch die Republik gegangen. Wie ein russischer Autokrat hatte Merkel die Chefs des deutschen Journalismus zusammengerufen und sie auf eine gemeinsame Linie eingeschworen. Ähnliches erlebt man sonst in Bananenrepubliken, wenn Putschisten die Radiosender besetzen, um IHRE Wahrheit unters Volk zu bringen. Anstatt des Aufschreis deutscher Journalisten gab es jedoch nur Stille und regierungskonforme Berichterstattung.

Der frühere ZDF-Chefredakteur (2000 bis März 2010) Nikolaus Brender ist einer von wenigen, welche sich zur Entwicklung klar geäußert haben. Er spricht auch in den Reihen der öffentlich-rechtlichen Medien von einem Spitzelsystem wie zu Zeiten der Stasi. Kurz vor dem Ende

seiner Amtszeit sprach Brender von »Inoffiziellen Mitarbeitern« der Parteien im ZDF, »wirklich vergleichbar mit den IM der DDR«. Da sei ein »feingesponnenes Netz von Abhängigkeiten« entstanden, »aus dem sich Karrierechancen, aber auch Verpflichtungen ableiten lassen«. Er selbst habe »versucht, solche Spione wenigstens von Posten mit echter Verantwortung fernzuhalten«.[498] › Hinweis Zuvor hatte eine Unionsmehrheit im Verwaltungsrat des ZDF durchgesetzt, dass Brenders Vertrag dort nicht verlängert wurde, weil er nicht nach der Pfeife des Kanzleramtes tanzen wollte.

Peter Voß sah die Lage in Hinblick auf die Einflussnahme der Parteien auf die öffentlich-rechtlichen Sender ähnlich und trat deshalb 2009 nach 35 Jahren aus der CDU aus.[499] › Hinweis Auch Klaus Bresser, Gründer des *heute-journals* und Vorgänger von Nikolaus Brender als ZDF-Chefredakteur, hat heute Illusionen über die absolute Unabhängigkeit der Journalisten beim ZDF verloren.

Nur wenige Journalisten haben so viel Rückgrat wie Brender – und widersetzten sich den Umarmungen aus den Reihen der Politik. Manche »Qualitätsjournalisten« haben nicht die geringsten Skrupel, die Seiten vom öffentlich-rechtlichen Sender zur Politik zu wechseln – und etwa Waschmittelparolen der Politik zu verkünden. Steffen Seibert, seit 1989 beim ZDF und dort von 2003 bis 2010 Moderator der *heute-Nachrichten,* wurde Regierungssprecher und Chef des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung im Rang eines beamteten Staatssekretärs[500] › Hinweis, im Klartext: Seibert ist die Führungskraft im staatlichen Propagandaministerium. Man sieht daran, wie austauschbar die Systeme sind und wie nahe sie sich stehen. Die *Süddeutsche* schrieb:

Für den Regierungssprecher, der zu den Öffentlich-Rechtlichen wechselt, kommt nun von den Öffentlich-Rechtlichen ein Spitzenjournalist ins Sprecheramt. Die Systeme tauschen sich aus.[501] › Hinweis

Schlacht der Lügen:
Die Propaganda von Sabine Christiansen und Ulrich Wickert

Schauen wir uns die weit verbreitete Einflussnahme doch einmal näher an. Und zwar am Beispiel des Euro. Die Mehrheit der Deutschen wollte den Euro ganz sicher nicht. Doch was nicht passte, das wollte die Politik mit Werbung passend machen. Neun Millionen Euro (17,6 Millionen D-Mark) kostete die Informationskampagne, welche aus Haushaltsmitteln des Presse- und Öffentlichkeitsamtes der Bundesregierung zur Euro-Indoktrinierung der Massen finanziert wurde. Im Klartext: Der Steuerzahler musste für seine eigene Gehirnwäsche bezahlen. Und zwar gleich doppelt: Einmal über die Steuern. Und ein zweites Mal über die GEZ-Zwangsgebühren. Die Werbeaktion begann bereits im Jahr 2000. Sie sollte den Euro-Endspurt in fünf Phasen bis zur Bargeldpremiere am 1. Januar 2002 begleiten. Ziel war keineswegs eine inhaltliche Aufklärungsarbeit. Vor allem sollten »positive Emotionen« bei den Deutschen für die neue Währung geweckt werden. Die Mittel verteilen sich wie folgt: 7 Millionen Euro für Werbe- und PR-Aktionen (Anzeigen, TV-Spots, Plakate), 750 000 Euro für PR-Kooperationen mit Nichtregierungsorganisationen und den Bundesländern und schließlich 1,2 Millionen Euro für fortlaufende Aktionen (Service-Zentrum, Euro-Zelt, Vertrieb). In der ersten Werbephase wurden reine Anzeigenkampagnen durchgeführt. In Phase zwei wurden Anzeigen mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gestartet. Phase drei stellte Leitfiguren aus verschieden

Bereichen der Gesellschaft vor, die für den Euro eintreten. Und in Phase vier sprachen sich dann im Sommer/Herbst 2001 neben Prominenten auch Nichtprominente in Werbeanzeigen für den Euro aus. Es gab beispielsweise ganzseitige Anzeigen mit Berti Vogts, dem damaligen Bundestrainer der Deutschen Fußballnationalmannschaft. In den Anzeigen hieß es dick und fett: »Der Euro ist ein Steilpass in das nächste Jahrhundert«. Da stand dann etwa: »Deutschland muss im Team Europa wirtschaftlich in der Spitzengruppe spielen. Mit dem Euro werden wir im globalen Wettbewerb Erfolg haben. Die gemeinsame europäische Währung ist die beste Absicherung gegen die Risiken von Währungsschwankungen. Die exportstarke deutsche Wirtschaft muss fit sein für die Herausforderungen des nächsten Jahrhunderts. Unsere Chancen müssen wir uns hart erarbeiten – im Fußball wie beim Euro. Nur wer Chancen nutzt, hat auch Erfolg.« Euro-Kritiker wurden im Zuge dieser Kampagne systematisch ins geistige Abseits gestellt; wenn man sie überhaupt zu Wort kommen ließ. Die CDU druckte und verteilte ab Anfang 1998 eine Propagandabroschüre mit dem Titel »Euro: Die Währung für eine sichere Zukunft«. Die Bevölkerung wurde darin extrem verschaukelt. Mit erstunkenen und erlogenen Behauptungen sollten die Bundesbürger davon überzeugt werden, dass die D-Mark künftig für Massenarbeitslosigkeit und Industrieabbau, der Euro aber für ein leichtes Leben in Saus und Braus stehen werde.

Geld spielte bei der Propagandaschlacht für den Euro auf Seiten der Bundesregierung damals offenbar keine Rolle. Wie anders soll man diese Pressemeldung vom 5. Juni 2000 interpretieren?

Publicis in Frankfurt ist von der Aktionsgemeinschaft Euro, zusammengesetzt aus Bundespresseamt, EU-Kommission

und EU-Parlament, mit der Umsetzung der Euro-Informationskampagne in Deutschland beauftragt worden. (...) Der Auftritt für die neue Währung ist für die Jahre 2000 und 2001 mit einem Budget von 28 Millionen Mark ausgestattet. Neben dem Etat der Europäischen Zentralbank, der von Publicis PR in Berlin betreut wird, liegt damit ein weiterer Etat zur Einführung des Euro-Bargelds bei der Publicis-Gruppe.[502] › Hinweis

Am 18. Juni 2001 teilte die Bundesregierung dann mit: »Die Aktionsgemeinschaft Euro, in der die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und die Bundesregierung gemeinsam für die Bargeld-Einführung der neuen europäischen Währung arbeiten, startet (...) eine erste Welle von Fernsehspots zur Euro-Bargeldeinführung. Wie schon bisher in Zeitungs- und Zeitschriftenanzeigen sowie auf Großflächenplakaten werden vier Persönlichkeiten unentgeltlich als Euro-Botschafter auftreten: Sabine Christiansen, Richard von Weizsäcker, Helmut Schmidt und Ulrich Wickert. Für die Fernsehspots wird die Aktionsgemeinschaft Euro in diesen beiden Monaten über drei Millionen Mark zur Verfügung stellen. Wie bei allen PR- und Werbeaktivitäten im Rahmen der Euro-Informationskampagne werden auch diese je zur Hälfte aus dem Etat des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung und aus Mitteln der Europäischen Kommission finanziert. Ulrich Wickert wird als erster für den Euro »on air« sein. Es folgen in der Reihenfolge Christiansen, von Weizsäcker und Schmidt.«[503] › Hinweis

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt machte damals mit ziemlich peinlichen Aussagen zum Euro auf sich aufmerksam. Sie belegten jedenfalls, dass er möglicherweise von vielen Dingen eine Ahnung hat, ganz sicher jedoch nicht von Währungen. Schmidt sagte: »Die

Stabilität des Euro nach außen, gegenüber anderen wichtigen Währungen, wird größer sein, als es die der Deutschen Mark bisher war. Das ist zurückzuführen auf das größere Volumen der neuen Währung.« Darauf entgegnete Peter Odendahl, damals Geschäftsführer der Aurecon Vermögensberatung GmbH: »Deutsche Spitzenpolitiker vertreten die Meinung, dass der größere Währungsraum den Euro härter mache, als es die D-Mark derzeit ist. Nun – wenn diese Politiker der Meinung sind, dass die Größe eines Raumes ein Härtekriterium ist – Russland ist mehr als zweihundertmal größer als die Schweiz. Es wäre also interessant zu untersuchen, ob die Herren künftig Ihre Ersparnisse lieber in Rubel als in Schweizer Franken anlegen werden.« Damit war Helmut Schmidt öffentlich geschlagen. Helmut Schmidt verbreitete viel Unsinn über den Euro, schrieb etwa am 29. Juni 1997 in der *Welt am Sonntag:* »Der Euro wird – wohl wahr – eine harte Währung sein, und zwar eine, die in ihrem Außenwert weder durch Spekulanten auf den Finanzmärkten noch durch politische Entscheidungen in Washington oder Tokio leicht manipuliert werden kann«.[504]

› Hinweis

Doch schauen wir uns zwei andere Euro-Werber näher an: Durften Ulrich Wickert und Sabine Christiansen sich überhaupt für den Euro in einer Werbekampagne prostituieren? Die Kampagne, mit der die Politik auf Plakaten, in Anzeigen und via TV für den Euro warb, war zumindest anrüchig. Wenn nicht sogar gesetzwidrig. Denn der Rundfunkstaatsvertrag untersagte damals, dass in Fernsehspots »Personen auftreten, die regelmäßig Nachrichtensendungen oder Sendungen zum politischen Zeitgeschehen vorstellen.« Medienrechtler Christoph Degenhart von der Universität Leipzig hielt die Prominentenfilme deshalb auch für »problematisch«, weil die öffentliche Autorität der ARD-Journalisten »zielgerichtet«

für politische Propagandazwecke ausgenutzt wurde.[505] › Hinweis

Sabine Christiansen, eine 1957 geborene Moderatorin, erklärte im August 2001, warum sie sich für den Euro prostituierte: »Die Aussichten für den Euro sind gut. Auch wenn er derzeit schwächelt, räumen ihm Experten großes Potenzial ein, stabiler als die Mark zu werden.«[506] › Hinweis Und sie sagte: »Ich werde aus Finanzkreisen immer wieder gebeten, doch mehr Sendungen zum Thema Euro zu machen, aber als Gäste wollen bedauerlicherweise viele Vorstandsvorsitzende der Banken oder großen Unternehmen nicht zur Verfügung stehen.« Wenn die »Finanzkreise« bitten, dann folgen Menschen wie Frau Christiansen offenkundig gern. So richtig lange konnte sich Sabine Christiansen allerdings nicht am Euro berauschen. Schon am 30. November 2003 lautete das Thema ihrer Talkshow: »Deutschland bankrott? Euro in Gefahr?«. In der Sendung sagte der Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim zur Entwicklung des Euro: »Meines Erachtens ist das der Super-Gau. Das ist absolut fatal, was hier passiert. Es ist das Vertrauen, das jetzt verspielt wird und innenpolitisch genauso. Wir haben hier im Interesse der kurzfristigen Politik langfristige Ziele aufgeopfert.«

Schaut man sich in den Archiven die Sendungen von Sabine Christiansen genauer um, dann fällt auch dem Gutwilligsten auf, wie sehr diese öffentlich-rechtliche Sendung für die Euro-Propaganda missbraucht wurde. Man braucht die einzelnen Sendungen nicht einmal in voller Länge anzuschauen. Man muss sich nur die Fakten anschauen: Der Euro-Skeptiker (und Euro-Kläger) Professor Hankel wurde aus der allerersten Sabine-Christiansen-Sendung vom 4. Januar 1998 zunächst ein- und dann wieder ausgeladen. Während die Redaktion »konzeptionelle

Gründe« nannte und 500 Euro Ausfallhonorar anbot, vermutet Hankel eine Intervention von Wolfgang Schäuble. Die ARD bestreitet das.[507] › Hinweis

Bei anderen Sendungen reicht allerdings ein Blick auf die jeweils offenkundig unausgewogene Gästeliste, um einen Eindruck zu bekommen. Behält man im Hinterkopf, dass die Moderatorin zu den erklärten Euro-Propagandisten gehörte, dann wird das Bild noch deutlicher. Im September 2001 strahlte Christiansen ihre Talkshow unter dem Thema aus: »Deutschmark Ade! Euro tut weh?«. Euro-Vorkämpfer Theo Waigel, der von der Regierung angeheuerte Euro-Propagandist Ulrich Wickert, Euro-Befürworter Hans Eichel und Euro-Krimi-Autor Horst Ehmke ließen Euro-Kritikern keine Chance. Nicht anders in der Sendung »Ende einer Epoche – Tschüß, Deutschmark!« vom Dezember 2001. Da saßen neben Sabine Christiansen Euro-Kämpfer Hans Eichel, Euro-Vorkämpfer Egon Bahr (»… die historisch einmalige Chance, das geeinte Europa ohne Krieg zu verwirklichen«) und stellvertretend für Euro-Kämpfer und Altkanzler Helmut Kohl dessen rechte Hand Lothar de Maizière. Den euroskeptischen rückständigen deutschen Michel durfte der Schauspieler Heinz Schenk verkörpern. Wie wichtig Sabine Christiansen mit ihrer Talkshow bei der Beeinflussung der Bevölkerung war, sagte der CDU-Politiker und Unions-Fraktionschef Friedrich Merz am 29. Juni 2003 bei der 250. Sendung von Sabine Christiansen: »Ich finde, wir sollten Ihnen erstmal gratulieren zu dieser Sendung. Diese Sendung bestimmt die politische Agenda in Deutschland mittlerweile mehr als der Deutsche Bundestag.«[508] › Hinweis

Die FAZ schrieb einmal über Sabine Christiansen: »Über die Jahre wurde dabei unverkennbar, dass Christiansen mit ihrem Ersatzparlament die übrige Welt aus den Augen verlor. (…) An den eigenen Worten, erst recht den Taten

gemessen, mit den Folgen für andere konfrontiert zu werden – so etwas passiert einem bei Christiansen nicht.«[509] › Hinweis Sie war eben eine, die den Großen nach dem Mund redete. Sie war ein Werkzeug der Mächtigen. Knapp zehn Millionen Euro Gebührengelder hat die ARD für das Panoptikum der gelernten Stewardess jährlich ausgegeben – rund 200 000 Euro pro Sendung. Die Glamour-Zeitschrift *Park Avenue* schrieb einmal in einem Porträt der Sabine Christiansen: »Mit seichten Fragen wurde Sabine Christiansen zu einer der mächtigsten Frauen Deutschlands. Ihre Talkshow ist das Barometer für die politische Stimmung im Land.«[510] › Hinweis Vielleicht war sie wirklich ein Barometer für die Stimmung in der Politik, ganz sicher aber nicht für die Stimmung in der Bevölkerung. Denn Durchschnittsbürger, die sich nach der D-Mark zurücksehnten, suchte man bei ihr fast vergeblich. Dafür kassierte sie dreist ab wie kaum ein anderer: Nach Medienberichten nahm sie 30 000 Euro, wenn sie unter einem Firmenlogo als Rednerin auftrat.[511] › Hinweis Zum Vergleich: Ex-Arbeitsminister Norbert Blüm bessert seine Rente mit 15 000 Euro pro Vortrag auf. Das ist nach Medienberichten auch der Satz von Ulrich Wickert, dem Ex-*Tagesthemen*-Moderator [512] › Hinweis, der zusammen mit Sabine Christiansen vor der Euro-Einführung auf Plakatwänden für die Abkehr von der D-Mark eintrat.

Genau diese Frau sollte also den Euro-Kritikern den Wind aus den Segeln nehmen und den Bürgern den unappetitlichen Euro schmackhaft machen. Am 7. Mai 2001 schrieb der Focus: »Nun soll es die Prominenz richten. ARD-Talkmasterin Sabine Christiansen, Kollege Ulrich Wickert, Ex-Bundespräsident Richard von Weizsäcker sowie Altkanzler Helmut Schmidt – alle vier lächeln sie seit vergangenem Dienstag für das neue Euro-Geld. Auf 4000 Plakaten und in

unzähligen Anzeigen erklärt das Quartett den Deutschen, warum sie die ungeliebte neue Währung endlich ins Herz schließen sollen. Ein Motto der millionenteuren Sympathie-Kampagne: Der Euro – unsere Zukunft.«[513] › Hinweis Ob die unglaubliche Propagandaaktion Frau Christiansen und Ulrich Wickert heute wohl peinlich ist?

Einen guten Journalisten erkennt man daran, dass er sich nicht gemein macht mit einer Sache, auch nicht mit einer guten Sache. Dieser journalistische Grundsatz wurde – wie bereits erwähnt – einst geprägt von *Tagesthemen* – Moderator Hanns Joachim Friedrichs. Dessen Nachfolger Ulrich Wickert (er ist mit der Gruner + Jahr-Vorstandsvorsitzenden Julia Jäkel verheiratet) hat sich 2001 gebührlich mit einer Sache gemein gemacht: der Einführung des Euro. Die NDR-Moderatorin und Ex-Tagesschau-Sprecherin Eva Herman hat 2011 einen aufschlussreichen Artikel über Ulrich Wickert und dessen Engagement für den Euro veröffentlicht, darin heißt es [514] › Hinweis :

In Fernsehspots, in Zeitungen und auf Plakaten warb der politische Journalist Ulrich Wickert zur Euro-Einführung mit zuversichtlicher Miene, ein anderes Mal biss er in eine Euromünze, um so die künftige »harte Währung« zu signalisieren.

Doch Millionen Menschen im Land bekamen immer heftigere Bauchschmerzen: Sie wollten ihre stabile Deutsche Mark behalten. Wickert, neben Sabine Christiansen, Günther Jauch, Helmut Schmidt und Richard von Weizsäcker das ausersehene Haupttestimonial, schob die Bedenken jedoch beiseite. In der Werbung, aber auch in zahlreichen Interviews hob er unablässig die vermeintlichen Vorteile des Euro hervor: wie großartig es sei, vor dem Urlaub kein Geld mehr umtauschen zu müssen, wie immens der

wirtschaftliche Nutzen des Euro wäre (dieser Punkt wurde allerdings zu kaum einem Zeitpunkt hinreichend von dem TV-Journalisten erläutert oder vertieft) und dass es nur segensreich sein könnte , dass »wir« den Gründungsmythos DM endlich aufgegeben hätten.

Nein, spätestens an diesem Punkt konnte ein großer Teil des deutschen Volkes Herrn Wickert – bei aller Sympathie – nicht mehr folgen. Das belegt auch eine Untersuchung der Universität Hamburg über »Einfluss und Wirkung der Euro-Werbung auf den Betrachter« [515] › Hinweis *: Von acht Probanden kannten sechs die Anzeigen zum Euro mit Wickert, auf die Frage, was ihnen bei der Anzeige durch den Kopf geht, stimmten die Befragten in einigen Punkten überein, wie etwa bei der Erwähnung von Seriosität, Intelligenz, Sympathie und bei der Assoziation »Tagesthemen«. Doch nützte das offenbar nicht viel. In der Untersuchung heißt es daher: Zum Begriff EURO fielen allen Interviewten fast nur negative Punkte ein: Skepsis, Unsicherheit, Preiserhöhung, Schummelei bei der Erfüllung der Kriterien der Währungseinheit. Auf die Frage, was sie von der Währungsumstellung halten, antworteten sie ebenso negativ und wiederholten sich in ihren Aussagen.*

Bei aller Sympathie zu Tagesthemen-Profi Wickert ging der geplante Coup also schon damals nach hinten los: Das Volk merkte, dass etwas faul an der Sache war. Die zahlreichen Pro-Euro-Finanzpolitiker schien das jedoch von ihren Plänen nicht abzuhalten. Sie hatten eine passende öffentliche Person gesucht und den Hauptgewinn gefunden: Wickert wirkte sympathisch, und er diente als eine Art Brücke zwischen Politik und Bürgern, zwischen oben und unten, zwischen Frankreich und Deutschland. Denn es war natürlich kein Pappenstiel, was man den Menschen im Land

unterjubeln wollte: Die deutsche Wirtschaft lief damals trotz der jungen Wiedervereinigungsgeschichte relativ gut, die stabile Deutsche Mark hatte es möglich gemacht, und diese war weltweit anerkannt. Die D-Mark war praktisch zum Sehnsuchtsziel zahlreicher Länder weltweit geworden, was Stabilität, Zuverlässigkeit und Nachhaltigkeit anging. Diese Deutsche Mark sollte mit dem Euro jedoch ausradiert werden, sang- und klanglos und für alle Zeiten. Zweifel an diesem Plan waren mehr als angebracht.

Wickert hatte sich zu diesem Zeitpunkt längst als Tagesthemen-Moderator und als netter, witziger Wetteronkel etabliert. Er hatte schlaue Bücher geschrieben über Moral und Anstand, und über die Krux des Lebens, dass all jene Menschen, die trotz materieller Verführungen echt und ehrlich bleiben wollen, am Ende immer die Dummen sind. Wahre Worte. Auf über 270 Seiten hatte Wickert über den Werteverlust moralphilosophiert: Nun ließ er als bundesdeutscher Euro-Anchorman selbst gnadenlos den größten materiellen Wert Deutschlands, die D-Mark, einfach wegrasieren.

Ja, Ulrich Wickert war damals, vor zehn Jahren, genau der richtige Superpromi für den Euro. Er war Kosmopolit, kannte sich im Ausland bestens aus, hatte die verschiedensten Mentalitäten der Länder kennengelernt, deren Währungen und Landsleute. Hatte er doch auch als ARD-Korrespondent jahrelang aus Washington, vor allem jedoch aus dem Euro-Initiator-Land Frankreich berichtet.

Der geneigte Bürger erfuhr zu diesem Zeitpunkt plötzlich ausschweifend viel über Wickerts internationale Vita: Der kleine Ulrich wurde im fernen Tokio geboren, dessen Vater Erwin, ein angesehener Diplomat, war dort lange als Rundfunkattaché der Deutschen Botschaft tätig. Wickert

konnte ferner nachweisen, bereits als Schüler in Paris gelebt zu haben, wo die Familie einige Jahre aufgrund der Verpflichtung des Vaters bei der Deutschen NATO-Vertretung zubrachte. In den sechziger Jahren studierte Ulrich Wickert im damals noch politischen Bonn Politikwissenschaft und Jura, als Stipendiat verbrachte er mehrere Jahre im amerikanischen Connecticut. Ende der sechziger Jahre begann er seine journalistische Aufgabe dann beim WDR in Köln. Ein Bilderbuchpromi für die Euro-Einführung.

Dienstwillig machte Wickert mit. Man kann nur darüber spekulieren, warum ihm dabei keine ethischen und moralischen Bedenken kamen. Entweder er glaubte wirklich an den Erfolg des Euro, ohne die politischen Ränkespiele hinter der folgenschweren Entscheidung zu erkennen, was jedoch kaum vorstellbar ist. Denn dann müsste man ihm schlicht Naivität vorwerfen. Vielleicht war jedoch auch sein Arbeitgeber, der öffentlich-rechtliche und politisch immer korrekte Norddeutsche Rundfunk, Schuld an seinem Jawort, weil der Sender ebenso ergeben mitmachte und seinen festangestellten Mitarbeiter für die umfassende Werbekampagne auslieh, was eigentlich laut Rundfunkstaatsvertrag verboten war.

Aus heutiger Sicht fragt man sich sowieso, wie das alles möglich sein konnte, was da in der großen Euro-Euphorie geschah? Abgesehen davon, dass nahezu alle Medien eurokonform berichteten und Eurokritiker der ersten Stunde nicht selten diffamierten und zum Schweigen brachten, stellt sich grundsätzlich die Frage: Musste ein von Gebühren bezahlter ARD-Sender mit derartig eindeutigen politischen Entscheidungen nicht viel kritischer umgehen? Durfte der NDR wirklich sein bestes Pferd im Stall für eine solch alles umfassende und lebensverändernde europäische

Wirtschafts-und Währungsaktion hergeben? Oder deckte der noch mächtigere Westdeutsche Rundfunk, wo Wickert sich einst seine ersten journalistischen Sporen verdiente und zu dem der Journalist lange Jahre auch als Frankreich-Korrespondent gezählt hatte, die Pläne mit? Oder steckte der WDR gar hinter dem Werbedeal?

Überhaupt: In Frankreich war sie ja einst entstanden, diese Euro-Idee: 1988 erarbeitete ein Ausschuss den sogenannten »Delors-Bericht« zur Gründung der Währung, benannt nach dem damaligen französischen EG-Kommissionspräsidenten Jacques Delors, der in drei Schritten schließlich zur Schaffung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion führte. Das von CDU-Kanzler Helmut Kohl geführte Deutschland sträubte sich zunächst: Im Zuge der angestrebten Wiedervereinigung von Ost und West wusste man damals in Bonn, was dem Land damit bevorstand. Doch Frankreich blieb hart: Staatspräsident François Mitterand soll seine Unterstützung zur Wiedervereinigung von der Euro-Einführung abhängig gemacht haben. Beobachter werden nicht müde, zu wiederholen, dass Deutschland nach der Wiedervereinigung an alter Stärke gewonnen hatte, an der nicht nur in Europa wohl kaum jemand interessiert war. Durch den Entzug der starken Deutschen Mark konnte dieses nicht ungefährliche Problem schnell gelöst werden. Und Ulrich Wickert mittendrin!

Man kann nur spekulieren, wie groß die Kreise sich zogen bei dem damaligen Beschluss, Wickert vor den Karren zu spannen. Der fließend französisch sprechende frankophile Wickert war die europäische Brücke zwischen Deutschland und Frankreich. Die Öffentlichkeit erfuhr wie zufällig nebenher, wie gut Wickert sich in der Provence auskannte,

in französischen Käsesorten und Rotweinen, nein: Niemand konnte ihm da noch etwas vormachen.

Seine Rolle als seriöser Tagesthemen-Moderator half natürlich ebenso weiter: Fast wie die Verlautbarung der Bundesregierung mutet es bis heute an, wenn abends die Tagesschau- und Tagesthemen-Fanfaren erklingen und die Nachrichten des Tages vorgetragen werden. Erst in neuester Zeit wachsen Unbehagen und Zweifel an Auswahl und redaktioneller Einschätzung der Meldungen bei den Bürgern. Doch damals erhielt die Werbung zur Einführung des Euro damit noch einen zusätzlichen hochoffiziellen Stempel. Einer wie der Tagesthemen-Wickert, der konnte sich doch nicht irren! Oder?

Im September 2011 erschien Wickerts neues Buch. Der Titel: *Redet Geld, schweigt die Welt*. Der Verlag Hoffmann und Campe schrieb in der Vorankündigung zum Inhalt: »Ist es bloße Gier, die Menschen dazu bringt, zu lügen, zu betrügen und irrezuführen? Kam es deshalb zur größten Finanzkrise seit dem Zweiten Weltkrieg? Werden Banker zu Recht als Gauner verurteilt? Ulrich Wickert nennt die Schuldigen beim Namen und fordert, endlich Verantwortung zu übernehmen und zu handeln.« Wie aber sieht es mit Ulrich Wickert selbst aus? Mit seiner Verantwortung? Warum nennt er sich und Sabine Christiansen nicht als Mitschuldige? Schließlich sind sie groß für den Euro-Wahn eingetreten. Hat er das heute vergessen? Der Mann, der für jenen Euro geworben hat, welcher ganz sicher der Wirtschaft, nicht aber dem normalen Bürger Vorteile gebracht hat, schreibt 2011 dreist ein Buch mit dem Titel: *Redet Geld, schweigt die Welt.* Und für Veranstaltungen mit Wickert wurde mit dem Satz geworben: »Wir müssen lernen, dass überall in der Welt, so auch in der Wirtschaft, nur

diejenigen langfristig Erfolg haben, die ethische Werte kennen und ihr Handeln daran ausrichten«, mahnt Ulrich Wickert.[516] › Hinweis Geht’s noch? Haben Sie schon einmal mitbekommen, dass Wickert den Anstand gehabt und sich für sein damaliges Verhalten demütig beim deutschen Volk entschuldigt hätte? Nein? Ich auch nicht.

Wickert, der angeblich für Werte und für Anstand eintritt und die Gier von Banken kritisierte, fiel 2011 äußerst unanständig auf. Ulrich Wickert warb für eine Bank. Und Anlegerschützer nahmen ihn unter Beschuss.[517] › Hinweis Die Schutzvereinigung für Anleger e. V. veröffentlichte eine für Saubermann Wickert nicht eben angenehme Presseerklärung, in der es am 23. August 2011 hieß:

»Hiermit fordern wir den ehemaligen Tagesthemen-Moderator und Buchautor Ulrich Wickert auf, seinen Werbevertrag mit der genossenschaftlichen Finanzgruppe zu kündigen.« Das sagte heute Angelika Jackwerth, Geschäftsführerin der Schutzvereinigung für Anleger (SfA), in Bremen. Denn für Anleger klinge es wie Hohn, wenn sich Wickert in den aktuellen Anzeigen der Gruppe, zu der die DZ Bank und die Volks- und Raiffeisenbanken gehören, mit den folgenden Worten zitieren lasse: »Was einer allein nicht schafft, das schaffen viele.« Da habe Wickert zwar recht, denn rund 1000 Volks- und Raiffeisenbanken hätten in den 90er-Jahren ihren Kunden DG-Fonds empfohlen. Die 15 000 Anleger hätten dann mehr als 500 Millionen Euro in diese geschlossenen Immobilienfonds investiert. Doch jetzt (…) stünden die Anleger vor dem Totalverlust und für zahlreiche davon sei die Altersvorsorge nicht mehr sicher. (…) Wickert kann doch nicht ernsthaft genossenschaftliche Banken vertreten, die ihre Kunden für dumm verkauft haben.

Doch, Wickert konnte. Wickert hatte die Deutschen ja auch beim Thema Euro für dumm verkauft. Und dann stand er auf Seiten jener Banken, die ihre Kunden für dumm verkauft hatten. Ob er das alles immer wieder aus Blödheit, fahrlässig oder vorsätzlich gemacht hat, ist aus Sicht eines Durchschnittsbürgers doch völlig unerheblich. Denn schließlich hat er mitunter dafür abkassiert. Wie heißt noch einer seiner Buchtitel: *Redet Geld, schweigt die Welt*. Und Wickert schuftet jetzt weiter für die Finanzbranche. Da heißt es auf einer Bankenseite: »Am 10. Dezember 2012 startet die Kampagne »Wickert trifft …«, für die die Agentur Heimat, Berlin, im Auftrag der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken eine Reihe von Spots in ungewöhnlichem Format produziert hat. Ulrich Wickert, der bereits 2011 als Markenbotschafter die Werte der genossenschaftlich organisierten Bankengruppe vertrat, trifft nun auf Bill Kaulitz, Andrea Petkovic und Hannes Jaenicke.«[518] › Hinweis Hand aufs Herz: Würden Sie noch einem Ulrich Wickert trauen, der damals skrupellos für den Abschied von der stabilen D-Mark geworben hat? Vielleicht ist es ja der Vater-Sohn-Konflikt, der Wickert dazu brachte, den Deutschen den miesen Euro schönzureden. Wickerts Vater stand auf Seiten der Euro-Gegner, versuchte diesen zu verhindern. Und Wickerts Vater stand dabei an der Seite von Professor Karl-Albrecht Schachtschneider.

Es gibt ein inzwischen legendäres Interview zwischen dem Euro-Skeptiker der ersten Stunde, Staatsrechtslehrer Professor Karl Albrecht Schachtschneider (einem engen Weggefährten von Nölling und Hankel), und *Tagesthemen* – Moderator Ulrich Wickert vom Sommer 2001, Überschrift: »Warum glauben Sie an den Euro, Herr Wickert?«[519] › Hinweis Der Journalist Wickert warb zu jener Zeit als Propagandist für die Einheitswährung. Schachtschneider,

der mehrfach vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Stabilitätspakt klagte, hielt Wickert in dem Gespräch entgegen, der Euro gefährde die Stabilität Deutschlands. Der Staatslehrer warnte unter anderem, die Wirtschaftspolitik werde uns durch den Euro aus der Hand genommen. Wickert antwortete wörtlich: »Nein, die Steuerpolitik können wir bestimmen, und wir können genauso gut auch die Lohnpolitik bestimmen.« Diese dramatische Beurteilung war nur eine von unzähligen Fehleinschätzungen des Journalisten Wickert in Sachen Euro. Wickert sagte in dem Interview 2001 unter anderem: »… da hat der Euro schon einiges bewirkt. Allein der Plan, den Euro zu schaffen, führte zu einer großen Haushaltsdisziplin in den Mitgliedstaaten.«[520] › Hinweis Man staunt nur noch. Denn die fehlende Haushaltsdisziplin der Südstaaten hat uns schließlich an den Abgrund gebracht. Demgegenüber war Schachtschneider in dem Interview visionär, sagte zu Wickert etwa: »Das Kapital fließt ins Ausland ab, weil der Euro keine Stabilität verspricht. Das zeigt sich in der gegenwärtigen inflationären Entwicklung. Wir sind keine Stabilitätsgemeinschaft mehr.«

Es ist an der Zeit, dass die Euro-Propagandisten vom Schlage einer Sabine Christiansen und eines Ulrich Wickert öffentlich zur Rechenschaft gezogen werden. Sie haben große Verantwortung getragen – und Versager protegiert. In den Geschichtsbüchern müssen wir sie deshalb künftig an die Seite jener stellen, die für das Leid verantwortlich sind.

Waschmittelreklame für eine Währung: Die Werbeagentur Mannstein

Wie skrupellos man uns Bürgern den Euro über die Medien schmackhaft machen wollte, ist rückblickend kaum noch zu fassen. Damals ging man auch psychologisch geschickt über die Kinder an die Eltern heran: Mit Schulpaketen beeinflussten die Aktionsgemeinschaft Euro, die Bundesbank und die Landesschulräte bundesweit Schülerinnen und Schüler der dritten und vierten Klassen an Grund-, Sonder- und Förderschulen. Sie sollten sich mit kleinen Geschenkpäckchen mit der neuen Währung vertraut machen. Ein Gewinnspiel sollte die Lust am Mitmachen fördern. Das Material, das spielerisch angelegt war, wurde auch in Altenheimen sowie Asyl- und Obdachlosenunterkünften verteilt. Die Verteiler wurden dabei von Mitarbeitern der Trägerorganisationen unterstützt. Ziel war es, dass die Schüler ihr »Wissen« über den Euro an die Eltern weitergaben und Alte, Obdachlose und Asylanten einen Gesprächsstoff hatten, der ihnen politisch korrekt vorgegeben wurde. Gegen diese geballte Propaganda und die dahinterstehenden Finanzmittel hatten die sachlich argumentierenden Euro-Kritiker keine Chance. Über allem stand die Werbeagentur Mannstein.[521] › Hinweis Der gute Herr Mannstein (er erfand auch die »Rote-Socken-Kampagne« gegen die SPD) verkaufte den deutschen Bürgern den Euro zusammen mit dem Bundespropagandaministerium (»Bundespresseamt«) wie ein hippes neues Freizeitprodukt. Mannstein sagte etwa: »Der Zeitpunkt für eine neue Weichenstellung ist

gekommen.« Der Euro müsse mehr emotionale Qualität bekommen, indem gerade der Jugend kommuniziert werde, dass der Euro »mehr Spaß« und »mehr Freiheit« bedeute.[522] › Hinweis Wir hatten ja schon darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung allen Ernstes behauptete, mit dem Euro könne die Jugend künftig in »Saus und Braus« leben. Die traurige Realität heute: Noch nie gab es in Europa mehr Massenarbeitslosigkeit unter Jugendlichen.

Die Werbeagentur Mannstein verkaufte diese Saus-und-Braus-Politik wie Waschmittelwerbung. Sie hatte schon seit Jahren Kohl und die CDU vor Bundestagswahlen vermarktet und auch den koreanischen Autobauer Daewoo in Deutschland bekannt gemacht. Die Agentur war für die Euro-Kampagne der deutschen Bundesregierung verantwortlich. Mannstein hatte einen genauen Zeitplan ausgearbeitet, nach dem Annoncen geschaltet, Journalistenseminare abgehalten, Broschüren verteilt und Plakate – »Der Euro – stark wie die Mark« – geklebt wurden. »Bildungsträger«, das sind Lehrer, wurden in Kursen geschult, Betriebsräte beworben. Parallel engagierte das Europäische Währungsinstitut (die künftige EU-Zentralbank) ihre eigene Werbeagentur, streute die Europäische Kommission 100 Millionen Mark quer über den Kontinent und hatte 130 Marketingfachleute angeheuert, um den großen Raubzug gegen die D-Mark vorzubereiten.

Doch Bundespresseamt und die Agentur Mannstein waren mit ihrer Aufgabe offenkundig völlig überfordert. Die Bürger konnten sie jedenfalls nicht vom Euro überzeugen, die Wochenzeitung *Zeit* schrieb damals dazu:

Die Verantwortlichen haben offenbar die Bedeutung der Aufgabe bislang noch nicht erkannt. Schließlich geht es darum, die Deutschen auf den Abschied von ihrem

Nationalheiligtum, der D-Mark, vorzubereiten – ein Unterfangen, das angesichts der Sorgen und Ängste der Bevölkerung höchste Anforderungen an die Kommunikation stellt. Stattdessen werden eingetretene Marketingpfade beschritten: ein bisschen Werbung, ergänzt um PR-Aktionen. Sparkassenpräsident Horst Köhler scheint seine Warnung – »Bitte keine Waschmittelreklame!« – in den Wind gesprochen zu haben. Darauf deuten jedenfalls die Werbebotschaften hin, die die Agentur von Mannstein für das Bundespresseamt kreiert hat: Mit platten Slogans wie »Europa – weil's vernünftig ist« oder »Euro – Wertvolle(r) Zukunft« dürften die Bedenken der Bevölkerungsmehrheit wohl kaum zu zerstreuen sein. Wie wenig die Bonner Strategen selbst von der Währungsunion überzeugt sind, zeigt auch, dass sie nicht den Euro in den Mittelpunkt der Werbung stellen wollen, sondern eine sogenannte Sandwich-Kampagne planen: Die ökonomischen Aussagen sollen zwischen politischen verpackt werden – der Big Mac für Europa.[523] › Hinweis

Die Werber forderten von der Bundesregierung nach Darstellung einer Doktorarbeit aus dem Jahre 2007 immer mehr Geld. Sie wiesen darauf hin, dass für die Einführung eines neuen Joghurts doppelt so viel Geld von der Industrie für Werbung ausgegeben würde wie für Euro-Werbung. Und für die Markteinführung von Persil Megapearls habe der Henkel-Konzern sogar 160 Millionen Euro ausgegeben, bis die gewünschte Marktsättigung erreicht gewesen sei.[524] › Hinweis

Die Dreistigkeit, mit der die damalige Bundesregierung und die Agentur Mannstein die Bevölkerung mit Euro-Propaganda manipulieren wollten, hat Jens Peter Paul 2007 in einer Dissertation herausgearbeitet. Darin heißt es:

Die Agentur von Mannstein erhielt den Auftrag auch deshalb, weil sie der Bundesregierung eine umfassende und äußerst kostengünstige Zusammenarbeit mit Zeitungen, Radio- und Fernsehsendern in Aussicht gestellt hat. Das BPA (Bundespresseamt) schöpfte daraus Hoffnung, auch mit einem geringen Etat eine Menge bewegen zu können. Erreicht werden könne die Ansprache eines Millionenpublikums mittels »Themen-Placements durch eine lockere und sympathische Präsentation in großen Unterhaltungssendungen wie z. B. Wetten, dass …« heißt es in der – dann siegreichen – von-Mannstein-Präsentation. Von »neuen TV-Produktionen wie z. B. ›Das Euro-Festival – zum Geburtstag des Euro‹ oder ›Der Euro- die europäische Spielshow‹ mit bekannten Moderatoren/Künstlern/Stars aus verschiedenen Ländern der EU« ist darin die Rede. Boulevard Bio *und* Hans Meiser, Talk im Turm *und* Harald Schmidt – *keine populäre Talkshow, die von Mannstein nicht für seine Euro-Werbung einspannen wollte. Man versprach den Regierungsleuten Product Placement in einem bis dahin beispiellosen Ausmaß bei minimalen Kosten. Und auch mit Blick auf das Massenmedium Hörfunk wurde dem BPA eine angeblich flächendeckende Zusammenarbeit mit den deutschen Radiostationen verkauft.*[525] › Hinweis

Diese Propaganda in Reinform hatte es zuvor wohl nur in Diktaturen wie der DDR oder bei Regimen der Dritten Welt so gegeben. Besonders perfide: Nachwuchsjournalisten sollten »für herausragende Berichterstattung« über den Euro mit einem feierlich und medienwirksam zu überreichenden Preis ausgezeichnet werden.[526] › Hinweis Eine Bevölkerung, so der Eindruck über die Arbeit der Agentur Mannstein, ist letztlich nichts anderes als ein Waschmittel; man kann sie beliebig im Sinne der Machthaber beeinflussen.

Die Agentur Mannstein berichtete rückblickend über ihre Werbe-Arbeit für den Euro: »Wie wir rückwirkend wissen, vollzog sich die Einführung des Euro sowohl physisch (technisch) als auch massen-psychisch störungsfrei. Daran wird sicherlich auch (unsere bis 1998 geleistete Arbeit) … nachhaltigen Anteil haben«.[527] › Hinweis

Als Helmut Kohl 2012 für sein »Lebenswerk« mit einer Briefmarke geehrt wurde, die fünf Millionen Mal unters Volk gebracht wurde, da stammte das Grafikdesign auch wieder von der Agentur Mannstein. Die sagte stolz über die Kohl-Marke: »Ein Symbol, das für seine Visionen und seine großen Leistungen steht.«[528] › Hinweis Man darf gespannt sein, ob Euro-Skeptiker vom Schlage der Professoren Schachtschneider oder Hankel eines Tages auch einmal mit einer Briefmarke geehrt werden. Im Gegensatz zu Kohl sind ihre Visionen nicht Illusionen, sondern Realität geworden.

Wir haben jetzt die Propagandamaßnahmen für den Euro kennengelernt. Es war eine gewaltige Maschinerie. Auf der anderen Seite standen vereinzelte Köpfe, die gegen diese Maschinerie und den staatlichen Propagandaapparat und seine Erfüllungsgehilfen anzukämpfen versuchten. Sie wurden fertiggemacht, bespitzelt und verhöhnt. Und manche von ihnen behandelte man wie Regimegegner in einer Diktatur der Dritten Welt.

Das Versagen der Demokratie

Die SPD-Politikerin Liesel Hartenstein war unverdächtig, rechtsradikal oder populistisch zu sein. Die 1928 geborene Frau hatte in ihrem Leben viel erlebt. Ihr großes Verdienst war es, keine angepasste Politikerin zu sein. Sie macht den Mund auf, wenn andere Fraktionsdisziplin üben und nur noch auf die Interessen ihrer Partei achten. Aus der Sicht des Deutschen Bundestags war Liesel Hartenstein eine ziemlich unbequeme Frau. Sie hat es 1998 gewagt, den Bundestag und die darin vertretenden Politiker öffentlich anzuklagen. Frau Hartenstein sagte, eine offene und öffentliche Diskussion über die Aufgabe der D-Mark habe es im Bundestag nie gegeben. Euro-Kritiker seien durch eine »Schweigespirale« mundtot gemacht worden. Die Einführung des Euro durch die Politik sei »kein Bravourstück der Demokratie« gewesen.[529] › Hinweis

Das sah auch die frühere Chefin des Umfrageinstituts Allensbach, Elisabeth Noelle-Neumann, so. Sie wies 1997 darauf hin, dass nur 21 Prozent der befragten Bundesbürger unbedingt den Euro wollten – bei Befragungen in der Durchschnittsbevölkerung. Veröffentlicht werden sollten aber nur die Ergebnisse der Befragung von sogenannten Eliten des Landes. Das waren Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft und Medien. Im Jahr 1995 sprachen sich 61 Prozent dieser Eliten für den Euro aus. 1997 waren es sogar 87 Prozent. Die schweigende – kaltgestellte – Mehrheit in der Bevölkerung hatte in Politik und Medien eben keine repräsentative Stimme. Vor allem: Die deutschsprachigen Medien haben die Entwicklung bei der Euro-Einführung so lange verschlafen, bis Fakten geschaffen waren. Erst als es

völkerrechtlich gesehen kein Zurück mehr gab, da wurde zumindest einigen von ihnen klar, was da überhaupt passierte. Der Brüsseler WDR-Korrespondent Rolf-Dieter Krause sagte, die Journalisten hätten vor dem Maastricht-Gipfel »lange geschlafen«. Die deutschen Medien seien mit der Wiedervereinigung und deren Folgen beschäftigt gewesen. Krause sagt zum damaligen Verhalten seiner Journalistenkollegen: »Wir gehen so damit um, dass wir jeden, der Zweifel am Sinn des Euro geäußert hat, in die nationalistische Ecke drängen (…). Manfred Brunner galt einst als Liberaler, inzwischen wird er dem rechten Lager zugeordnet. Er ist aber dahin geschoben worden, weil er es gewagt hat, Zweifel am Euro zu äußern«.[530] › Hinweis

Und nach Angaben von Axel Bunz, damals Leiter der deutschen Vertretung bei der EU-Kommission, wollte die Politik in den 1990er-Jahren auch nicht, dass sich Medien oder gar die Bevölkerung mit dem Euro auseinandersetzte – es war ein Tabuthema. Bunz sagte: »Die Bevölkerung wurde absichtlich außen vor gelassen, weil es nicht auf sie ankam.« Und der bayerische Grünen-Abgeordnete Gerald Hefner berichtet, die Wirkung einer Schweigespirale in seinem politischen Umfeld zum Thema Euro sei extrem groß gewesen. Er sagt: »Menschen, auch Abgeordnete, hatten Angst, ihre Bedenken deutlich zu äußern. Kritische Haltung zum Euro, oft sogar schon Nachfragen, galten weiterhin als nationalistisch, chauvinistisch, dumpf, unmodern, uneuropäisch, antieuropäisch.« Kann man da noch von Demokratie sprechen? Wenn Politiker Angst haben, sich beim wichtigsten Thema für Jahrzehnte zu informieren? Wenn sie nicht nachfragen dürfen, weil das als »nationalistisch« gilt?

Jens Peter Paul hat 2007 eine Doktorarbeit zu diesem Thema an der Frankfurter Goethe-Universität geschrieben, Titel »Bilanz einer gescheiterten Kommunikation«. Er hat an

1086 Bundestags-, Europa- und Landtagsabgeordnete einen Fragebogen geschickt, in dem unter anderem gefragt wurde, ob der Euro »von oben« durchgesetzt, also den Bürgern aufgezwungen worden sei. 78 Prozent der Abgeordneten stimmten dieser Aussage ganz oder teilweise zu.[531] › Hinweis

Jens Peter Paul zitiert auch den damaligen Präsidenten einer Landesbank, der vor der Währungsunion in einem Hintergrundgespräch gefragt wurde, welche Geldentwertung auf die Deutschen mit dem Euro zukomme. In der Doktorarbeit heißt es: »Er sagte, dass er davon ausgeht, dass es zwischen 15 und 20 Prozent sind, dass er jedoch, würde man ihn zitieren, das abstreiten würde«.[532] › Hinweis So war die Desinformation über den angeblich so wundervollen Euro vorprogrammiert. Ist das noch Demokratie?

In der Doktorarbeit schreibt Paul, dass Journalisten, die nicht auf Linie waren, Probleme bekamen: »Unter den Brüsseler Journalisten, die naturgemäß am frühesten und am besten über die Pläne auf EU-Ebene Bescheid wussten, gab es seit den 80er-Jahren einen Comment, der eine kritische Haltung gegenüber einer europäischen Währungsunion nur innerhalb enger Grenzen erlaubte. Wer diese Grenzen überschritt, bekam zu verstehen, dass man ihn für fehl am Platze hielt, zumindest für desorientiert«.[533] › Hinweis Einer, der das deutlich zu spüren bekam, war Winfried Münster, Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung* in Brüssel. Er beschreibt den Druck auf ihn so: »Ein paar Wochen vor dem Gipfel von Maastricht hat mich (der deutsche Botschafter in Brüssel) Dietrich von Kyaw als ›Ratte‹ beschimpft. Er stand vor mir: ›Wenn Sie so weiterschreiben, dann machen Sie die deutsche Wirtschaft kaputt, denn dann kommt die Währungsunion nicht!‹ Und so ein Quatsch. Der Druck war sofort enorm. Es gab dann

Beamte in der Vertretung in Brüssel, die haben nicht mehr mit mir gesprochen. Aber auch einige Kollegen nicht. Was besonders schlimm war. Daran, dass ich Europäer war, konnte gar kein Zweifel bestehen. Für mich war die ganze Sache deshalb so enttäuschend, weil die Währungsunion die Integration nicht weitergebracht hat. Trotzdem wurde ich (…) binnen Wochen in die rechte Ecke gestellt«.[534] › Hinweis Der damalige Bundeskanzler Kohl nahm den Journalisten Münster bei einem Journalistengespräch zur Seite und wies ihn an, seine Euro-Kritik nicht in die Redaktion zu bringen. Kohl warf ihm persönlich vor, er könne das Klima »vergiften«. Auch der damalige Außenminister Kinkel sagte bei anderer Gelegenheit zu Münster, dieser solle nicht mehr so »destruktiv« über den Euro schreiben.[535] › Hinweis

Jens Peter Paul zieht in seiner Doktorarbeit folgendes Fazit im Hinblick auf die deutschen Medien: »Die Journalisten folgten den übrigen Angehörigen der deutschen Eliten, die (…) auf Pro-Euro-Kurs eingeschwenkt waren. (…) Der Euro blieb ein Projekt der Eliten. (…) Am Ende sind beiderseits gescheiterte Kommunikationsversuche zu erkennen. Selten standen sich Regierende und Regierte so verständnislos gegenüber«.[536] › Hinweis

Mit den Grundzügen von Demokratie hat das alles ganz sicher nichts mehr zu tun. Was Sie in diesem Kapitel gelesen haben, erinnert vielmehr an dunkle Diktaturen und vergangene Regime. Aber es ist erst ein winziger Einblick in das, was hinter den Kulissen passiert.

ARD und ZDF bekommen jährlich vom Zwangsgebührenzahler mehr als 7,5 Milliarden Euro. Unglaublich viel Geld, das sie in erster Linie deshalb erhalten, weil sie einen öffentlichen Auftrag erfüllen, nämlich die Informationen zu liefern, die eine Demokratie für den politischen und gesellschaftlichen Diskurs braucht.

Wenn immer mehr Zeitungen Newsroom-Einheitsbrei servieren, wenn die Meinungsvielfalt dramatisch schwindet, wenn immer mehr Redaktionen zusammengelegt und Journalisten entlassen werden, sodass kaum noch Zeit zur Recherche bleibt, dann wird der Auftrag der öffentlich-rechtlichen Sender umso wichtiger. Und genau den nehmen sie nicht mehr wahr. Im Gegenteil: Sie lassen sich kaufen. Und sie machen Propaganda.

Wer den Fernseher einschaltet und bei öffentlich-rechtlichen Sendern eine Seifenoper verfolgt, der ahnt wohl kaum, dass selbst die Dialoge dort gekauft werden können. Die beliebten Vorabendfolgen mit Millionenpublikum zahlt der Bürger einerseits über Zwangsgebühren. Und andererseits gibt es bezahlte Schleichwerbung, um die Meinung des Millionenpublikums zu beeinflussen. Der Lobbyverein der Arbeitgeber »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« (INSM) machte etwa in der Vergangenheit in der ARD-Vorabendserie *Marienhof* verdeckte PR über gekaufte Dialoge.[537] › Hinweis Die Botschaft, die über solche Dialoge in den Köpfen der Zuschauer verankert werden sollte, lautete: »Arbeitszeiten rauf«. Der Preis für die verdeckte Schleichwerbung der Arbeitgeber in sieben Folgen: 58 000 Euro.[538] › Hinweis Selbst wenn wir Bürger zur Entspannung eine seichte Seifenoper im Fernsehen anschauen, werden wir psychologisch geschickt manipuliert. So war das beim Abschied von der D-Mark. Und so ist es jeden Tag. Wir werden rund um die Uhr desinformiert.

Tatort Redaktion:
Die Schattenseite der Medienwelt

Wenn Sie dieses Buch gelesen haben, dann wird Ihr Eindruck von unseren Medien wohl nicht der allerbeste sein. Ich bin mir allerdings sicher, dass die hier geschilderten Episoden und Zusammenhänge nur ein Ausschnitt aus der bunten Realität sind. Aber zur Realität gehören nun einmal auch persönliche Eindrücke. Ich habe dieses Buch mit sehr persönlichen Schilderungen begonnen, habe aufgezeigt, dass ich wie selbstverständlich Presserabatte genutzt, kostenlose Einladungen in 5-Sterne-Hotels oder zu kumpelhaften Reisen mit Spitzenpolitikern angenommen und Posten in Stiftungen, Verbänden oder geheimdienstnahen Organisationen besetzt habe. Und rückblickend habe ich dafür wohl gekaufte Berichterstattung, vor allem in der FAZ, produziert. Mit Rückendeckung meiner Chefs. Am Ende dieses Buches will ich Ihnen aber auch den Preis nennen, den ich dafür bezahlt habe. Der war extrem hoch und ganz sicher nicht erstrebenswert.

Der Beruf des Journalisten gilt vielen jüngeren Menschen als Traumberuf. So habe ich das damals vor meinem ersten Arbeitstag auch gesehen. Als ich nach dem Studium von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ein auf den ersten Blick großzügiges Jobangebot als Redakteur in der Außenpolitik der FAZ bekam, da war ich überglücklich. Doch schon mein erster Arbeitstag war völlig anders, als ich es erwartet hatte. Es war der 1. Oktober 1986, ein Mittwoch. An jenem Tag wurde der frühere US-Präsident Jimmy Carter damals 62

Jahre alt. Der Geiger André Rieu wurde an jenem Tag 37 Jahre alt. Und der spätere Berliner SPD-Bürgermeister Klaus Wowereit feierte seinen 33. Geburtstag. An jenem Tag war ich aufgeregt, kam schon eine Stunde vor dem Arbeitsbeginn an meinen neuen Arbeitsplatz in der FAZ. Und dann kam mein erster Arbeitseinsatz. Es war noch nicht einmal 10 Uhr morgens und der Nachrichtenchef der Politikredaktion schickte mich mit einem 10-DM-Schein in einen Laden im Frankfurter Gallusviertel, um eine Flasche Schnaps (»Obstler«) und Zigaretten zu holen.

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* gehörte damals noch zu den Top-Adressen im deutschsprachigen Mediengeschäft. Mit Ehrfurcht hatte ich die vermeintlich heiligen Hallen betreten. Und brutal schnell musste ich lernen, dass mein direkter Vorgesetzter Alkoholiker war. Er war und ist ganz sicher ein wunderbarer Mensch. Ich erwähne das eben nur, weil der Aufprall in der Realität ziemlich brutal war. Als nächstes lernte ich, dass jeder Korrespondent beim Redaktionsbesuch für die Kollegen Schnaps mitbringen oder eine Kiste Bier spendieren musste. Auch wer von einer Dienstreise zurückkam, wurde so in die Pflicht genommen. »Eine Molle geben« nannte man das. Das Korrespondentennetz der FAZ war ziemlich groß. Und es gab viele Dienstreisen. Also auch viel Alkohol. Wenn die Leser gewusst hätten, wieviel Alkohol damals in der Politikredaktion der FAZ getrunken wurde, es hätte wohl mehr als nur ein Raunen gegeben.

Nach außen hin warb die FAZ damals mit dem markigen Spruch »Dahinter steckt immer ein kluger Kopf«. Mitunter waren die angeblich so klugen Köpfe so mit sich selbst beschäftigt, dass sie wichtige Dinge nicht sahen. Bei einer meiner ersten Afrikareisen bekam ich die gefährliche Malaria Tropica. Sie gilt jedenfalls als die gefährlichste der bekannten Malariaarten und endet nicht selten tödlich. Ich

erwähne das nur, weil mein damaliger Arbeitgeber die berufsbedingte Erkrankung nicht bei der Berufsgenossenschaft gemeldet hat. Diese Verletzung der Fürsorgepflicht habe ich in den 17 Jahren Tätigkeit für die renommierte FAZ immer wieder erlebt. So erlitt ich bei einem Einsatz im südiranischen Kriegsgebiet eine Lungenquetschung. Und die FAZ meldete der für berufsbedingte Erkrankungen zuständigen Berufsgenossenschaft – nichts. Genau das war der Regelfall.

Kaum zu glauben und unfassbar: Ich hatte ja schon aufgeschrieben, dass ich wahrscheinlich der einzig noch lebende westliche Beobachter einer Vergasung von Iranern bin, die im Juli 1988 im Süden des Landes mit deutschem Giftgas (Senfgas) vergast wurden. Die FAZ hatte mich dorthin geschickt, veröffentlichte einen Bericht von mir in der Zeitung und ein von mir aufgenommenes Foto von einem Giftgasopfer. Auf die Idee, dass ich auf dem Giftgasschlachtfeld Gesundheitsschäden erlitten haben könnte, kam mein damaliger Arbeitgeber (wie so oft in anderen Fällen) nicht. Im Klartext: Die FAZ meldete auch das der Berufsgenossenschaft nicht. Jene Professoren, welche mich damals wegen der langfristigen Folgeschäden in der Klinik behandelten (ich bekam u. a. Krebs) und sich sicher waren, dass ich wegen der Giftgasfolgen nur noch wenige Tage zu leben hatte, rieten mir wegen der Kriegsfolgeschäden zu einer Nottrauung. Ich verdanke also aus Sicht der mich damals behandelnden Professoren der FAZ eine Hochzeit ohne Trauzeugen, ohne Eheringe und ohne Aufgebot. Ich habe die Senfgasfolgen, zum Erstaunen der Mediziner, wie so viele Kriegsfolgen überlebt. Nach 25 Jahren habe ich inzwischen für eine ganze Reihe von berufsbedingten schwersten Erkrankungen oder Arbeitsunfällen während meiner FAZ-Zeit eine Anerkennung

der Berufsgenossenschaft vorliegen. Und danach bin ich von einem Einsatz als Kriegsberichterstatter für die FAZ aus dem Südirak mit der »Berufserkrankung BK 1311 (Senfgas)« zurückgekommen. Es hat mehr als 25 Jahre gedauert und die FAZ hat mir nicht sonderlich dabei geholfen, die Arbeitsunfälle für die Berufsgenossenschaft aufzuarbeiten. Im Gegenteil. Sie können sich als Leser wahrscheinlich kaum vorstellen, wie hoch die Hürden sind, um als deutscher Journalist von der Berufsgenossenschaft (BG) offiziell als Giftgasopfer anerkannt zu werden. Bei der BG hat es einen solchen Fall jedenfalls seit Jahrzehnten nicht gegeben. Ich hatte dem damals für mich zuständigen FAZ-Herausgeber im Dezember 2013 einen Brief mit folgender Frage geschickt: »Wollen Sie mir bitte noch einmal rückblickend erklären, warum Sie mich beispielsweise trotz positiver Kenntnis der Giftgaseinsätze in diesen Kriegseinsatz geschickt und das (wie so viele andere gesundheitlich folgenreiche Einsätze) nicht der BGHW gemeldet haben? Schließlich war klar, dass eine Senfgasexposition gesundheitliche Folgen haben würde.« Zwei Monate später bekam ich von einer Frankfurter Anwaltskanzlei ein Schreiben, in dem es sinngemäß hieß, man betrachte die Angelegenheit als erledigt.

Ich schreibe das nicht auf, um die FAZ zu ärgern. Ich schreibe es auf, um jungen Menschen zu sagen, dass es sich nicht lohnt, als Reporter sein Leben aufs Spiel zu setzen. Für den Arbeitgeber, das hat nichts mit der FAZ zu tun, kommt bei solchen lebensgefährlichen Reisen mitunter eine spannende Geschichte heraus, welche kurzfristig die Auflagenhöhe sichert. Und der, der sein Leben riskiert, zahlt irgendwann die Rechnung. Ein Kollege der *Süddeutschen Zeitung* hat einmal aus nächster Nähe mitbekommen, wie mir ein offenkundig unter Drogen stehender Soldat im

tiefsten afrikanischen Busch eine Maschinenpistole an den Kopf hielt und mit glasigen Augen abdrücken wollte. Der Kollege hat das dann ganz gut in einem Artikel beschrieben. Wenn ich mit solchen Erlebnissen in die Redaktion der FAZ zurückkam, dann gab es nicht etwa Verständnis oder Mitgefühl. Nein, das erste, was einem aufgebrummt wurde, waren bis 23 Uhr dauernde »Spätdienste«, weil man schließlich eine Auslandsreise hatte machen dürfen und etwas »erlebt« hatte.

Einmal erlitt ich auf dem Weg in mein FAZ-Büro einen Schädelbasisbruch. Die Folgen waren grauenvoll. Und ich brauchte einige Monate, ehe ich wieder ohne fremde Hilfe gehen konnte. Glauben Sie nicht, dass die FAZ mich besucht hätte. Einige Monate nach dem geschilderten Giftgaseinsatz bekam ich Krebs und lag viele Monate in Kliniken. Besuch von der FAZ bekam ich auch da nicht. Nach sechs Wochen auch kein Gehalt mehr. Das war brutal. Und bei der FAZ wurde mein Arbeitsplatz schon mal neu ausgeschrieben, während ich noch lebte. Ich habe überlebt und kam als Schwerbehinderter in die Redaktion zurück. Ich wurde als Schwerbehinderter wie selbstverständlich immer wieder in Kriegsgebiete geschickt. 2003 dann hatte ich einen schweren Unfall, bei dem die Nerven meines rechten Beins durchtrennt wurden. Die Folge: Mir wurde dann bei der FAZ ein Aufhebungsvertrag vorgelegt. Ich habe das subjektiv als, höflich formuliert, unerfreulich empfunden. Ich will das hier nicht weiter kommentieren.

Ich weiß nicht, warum der FAZ der Geruch des Edlen, Wahrhaftigen und Aufrichtigen anhaftet. Wahrscheinlich liegt es am guten Marketing. Aber der drastische Verfall der Auflage zeigt, dass die so schön polierte Marke FAZ bei immer weniger Menschen verfängt. Ich habe in diesem Buch einige unschöne Dinge über die FAZ aufgeschrieben. Andere werden folgen. Es ist die Wahrheit. Auch wenn man sie bei

der FAZ nicht gerne hört oder lieber nicht mehr daran erinnert werden möchte.

Was zu tun ist

Wir haben in diesem Buch gesehen, wie auffällig die Eingebundenheit prominenter Alpha-Journalisten in elitäre Machtzirkel ist. Ihre Nähe zu spezifischen Milieus aus Politik und Wirtschaft hat offenbar Einfluss darauf, inwiefern sich die Themenwünsche der Eliten auf die Berichterstattung in den Medien auswirken. Dabei dürfte es selbst für unvoreingenommene und bemüht neutral wirkende Journalisten schwierig sein, sich der Beeinflussung zu entziehen. Sie sind längst Teil eines komplexen Kommunikationssystems gegenseitiger Gesinnungsnähe geworden, in dem die Themen gesetzt und akzentuiert werden. Die höchst problematischen Vernetzungen einflussreicher Journalisten mit internationalen Organisationen und Regierungsinstitutionen bleiben dem Zeitungsleser, Fernsehzuschauer oder Radiohörer meist verborgen. Immerhin wurden die Verflechtungen von Josef Joffe *(Die Zeit),* Stefan Kornelius *(Süddeutsche),* Michael Stürmer *(Welt),* Günther Nonnenmacher und Klaus-Dieter Frankenberger *(FAZ)* sowie Kai Diekmann *(Bild)* für die Vergangenheit schon einmal in einer wissenschaftlichen Studie von Uwe Krüger herausgearbeitet. Die einst so renommierten Zeitungen FAZ, *Süddeutsche, Welt* und *Zeit,* aber auch die *Bild* haben durch diese Enthüllung ganz sicher nicht an Ansehen gewonnen.

Die *taz* schrieb einmal unter der Überschrift »Journalisten unter Einfluss« dazu:

Von den untersuchten Medienvertretern wählte Krüger vier Journalisten aus, die über enge Verflechtungen »im US- und

Nato-affinen Milieu« verfügten: Stefan Kornelius (Süddeutsche Zeitung), Klaus-Dieter Frankenberger (Frankfurter Allgemeine Zeitung), Michael Stürmer (Die Welt) und Josef Joffe (Die Zeit). Alle vier nahmen regelmäßig an der Münchner Sicherheitskonferenz teil. Zudem engagierten sie sich in der Atlantik-Brücke und in der »geheimen Bilderberg-Konferenz, bei der sich nordamerikanische und europäische Eliten austauschen«. (…) Schreiben die vier Alpha-Journalisten also einseitig? (…) Von den Journalisten Joffe, Frankenberger, Kornelius und Stürmer fand Krüger 83 relevante Artikel. Darin habe er eine Korrelation zwischen ihren Nato- und US-nahen Netzwerken und der Argumentation entdeckt: »Sie verwendeten unkritisch den ›erweiterten Sicherheitsbegriff‹ und argumentierten für ein stärkeres militärisches Engagement Deutschlands vor allem in Afghanistan, das von der Nato und den USA gewünscht, von der deutschen Bevölkerung jedoch mehrheitlich abgelehnt wird.« 2008 etwa seien 53 Prozent der Bürger der Ansicht gewesen, Deutschland solle sich aus den Konflikten heraushalten. Diese Haltung der Bürger sei teils diffamiert und der Bundesregierung eine bessere Überzeugungsarbeit empfohlen worden. »Eine Auseinandersetzung mit Einwänden und Kritik fand nicht statt.«[539] › Hinweis

Im Klartext: Journalisten renommierter Medien waren zumindest in der Vergangenheit »ganz auf Linie mit den Eliten«[540] › Hinweis. Und wenn sie sich bei jenen vielen abgeschotteten Zirkeln treffen, bei denen Normalbürger keinen Zutritt haben, dann werden sie wohl mitunter von den Mächtigen aus Politik und Hochfinanz geistig vereinnahmt. So ist es kein Wunder, wenn wissenschaftliche Arbeiten, die sich mit solchen Journalisten befassen, zum Schluss kommen, dass Autoren von Leitmedien tendenziös

berichten und Leser in ihrer »psychischen Einstellung« beeinflussen wollen.[541] › Hinweis Wenn Journalisten also »tendenziös« berichten, sich in abgeschotteten Machtzirkeln bewegen, eine klebrige Nähe zu Eliten suchen, das alles bei ihrer Berichterstattung ausblenden und dem Leser suggerieren, unbeeinflusst zu berichten, dann haben wir nur noch die Simulation von wahrhaftiger Berichterstattung vor uns: Das, was wir dann lesen, hören oder sehen, ist eine Illusion, eine Sinnestäuschung, aber nicht ein wahrhaftiges Abbild von der Realität.

Wenn Journalisten deutscher Leitmedien in Lobby-Organisationen wie Atlantik-Brücke, Trilateraler Kommission, Münchner Sicherheitskonferenz, den Bilderbergern, dem *Aspen Institute* oder der Bundesakademie für Sicherheitspolitik ein- und ausgehen oder gar als »media leaders« dort Mitglieder sind, dann ist eine rote Linie überschritten. Denn manche solcher Journalisten sind käuflich, lassen sich zu 5-Sterne-Reisen einladen, über die sie anschließend unkritisch berichten. Was wir dann in den Medien vorfinden, ist nichts anderes als geschmierte Berichterstattung, die übelste Sorte des Journalismus. Ich habe eingangs aufgeschrieben, dass ich selbst früher genauso gearbeitet habe und mit Rückendeckung meines Arbeitgebers korrumpiert wurde. Dieses Eingeständnis macht es nicht besser. Aber es kann und soll helfen, solche Zustände abzustellen.

Die Berichterstattung unserer Leitmedien ist heute, höflich formuliert, unehrlich. Wer aber nicht ehrlich ist, der darf auch kein Vertrauen mehr genießen. Heißt: Wer die großen Zeitungen kauft, der betrügt sich selbst und finanziert einen Propagandaapparat. Solange dort die Lobbyisten wie selbstverständlich weiter beschäftigt werden, wird sich daran wohl auch nichts ändern. Leitende Journalisten sollten allein schon aus ethischen Gründen keine Aufgaben in

Beiräten, Kuratorien und Politikplanungskörperschaften wahrnehmen dürfen. Und außenpolitische Ressortleiter haben nichts in einem Verein zur Förderung der transatlantischen Beziehungen zu suchen. Die Realität aber sieht völlig anders aus.

Die Empfehlung lautet also: Verweigert denen, die uns manipulieren und desinformieren, einfach Quote, Auflage und Gehör. Schaltet ab und gebt ab sofort keinen Cent mehr dafür aus. Je mehr Menschen das machen, umso größer wird der Druck. Vor allem: Schreiben Sie den Zeitungsverlagen, den Redaktionen und Medienhäusern, warum Sie keinen Cent mehr für die Lobbyartikel der uns desinformierenden »Leitmedien« ausgeben werden. Kündigen Sie ihre Abos und empfehlen Sie das auch Freunden, Verwandten und Bekannten. Sie werden so schnell zum Teil einer rasant wachsenden neuen Bewegung, welche der skrupellosen Propaganda so einfach den Boden entzieht.

Informieren wir uns stattdessen kostenlos im Internet auf den vielen alternativen freien Nachrichtenportalen.[542] › Hinweis Das neue Leitmedium heißt zweifelsohne Internet. So wie die Kinos in ihrer früheren Form wegen der digitalen Medien ausgestorben sind und die Plattenläden, so werden auch die klassischen Leitmedien aussterben. Und das bedeutet keineswegs den Untergang unserer Kultur. Der Entwicklung wohnt vielmehr etwas Positives inne.

Das Unrechtsbewusstsein jener Eliten, die uns manipulieren wollen, liegt in diesen Tagen bereits nahe dem absoluten Nullpunkt. Jeder Leser dieses Buches kann über die hier beschriebene Art des Journalismus ganz einfach mit der Geldbörse und der »Quote« abstimmen und den so arbeitenden »Leitmedien« künftig die Gefolgschaft verweigern. Wer die Produkte solcher Medienhäuser nicht mehr kauft, ihre Artikel im Internet nicht mehr anklickt und

sie im Fernsehen oder Radio einfach wegdrückt – der macht die dahinterstehenden Journalisten irgendwann arbeitslos. So einfach ist das. Und wenn Sie ganz genau hinschauen, dann hat dieser Prozess längst eingesetzt: Tag für Tag werden irgendwo im deutschsprachigen Raum Journalisten entlassen, weil die Kunden deren Art der Berichterstattung nicht mehr haben wollen.

Im Juli 2014 fand im Deutschen Bundestag eine Expertenanhörung zur Zukunft des deutschen »Qualitätsjournalismus« statt.[543] › Hinweis Allen Beteiligten ist klar, dass »Qualitätsjournalisten«, wie wir sie in diesem Buch in großer Zahl beschrieben haben, das Wasser finanziell bis zum Hals steht. Eine Zukunft haben, das ist absehbar, künftig nur noch alternative Formen des Journalismus, etwa »Personal Brands«, also Journalisten als Marken. Die Konsumenten werden nur noch für Informationen bezahlen, welche sie direkt von jenen Journalisten beziehen, denen sie absolut vertrauen können. Von fremden Interessen beeinflusste Alpha-Journalisten, wie ich sie in diesem Buch reichlich beschrieben habe, sind ein Auslaufmodell, ein Relikt vergangener Tage. Immer mehr aufgeklärte Menschen werden erkennen, dass man Alpha-Journalisten nicht vertrauen kann. Journalisten als Eigenmarken, die auch ohne Verlage Geld verdienen können, weil man ihnen vertraut – die haben eine Zukunft. So wie im Medienbereich etwa Stefan Niggemeier.[544] › Hinweis Oder Thomas Knüwer.[545] › Hinweis So wie im Wirtschaftsbereich Markus Gärtner.[546] › Hinweis So wie Matt Drudge im Bereich der englischsprachigen Nachrichten.[547] › Hinweis Oder die Sammelseite mehrerer »Branded Journalists« bei der deutschsprachigen Kopp-Nachrichtenseite: *http://info.kopp-verlag.de*

Dort gibt es jedenfalls ganz sicher keine Bilderberger, Transatlantiker, Milliardäre, Politiker und andere obskure Gestalten, die Einfluss auf die Berichterstattung zu nehmen suchen.

Dennoch ist dieses Buch nur eine Momentaufnahme. So wie in den 1950er-Jahren das Fernsehen von den Bürgern als Propagandaapparat »Adenauer-Fernsehen« gesehen und bald gegen eine Fülle von anderen Medien bestehen musste, so haben auch die Propagandajournalisten der Leitmedien heute das Problem, das ihnen die Menschen einfach weglaufen und sich woanders informieren. Der Blick in die (absehbare) Zukunft lässt allerdings noch Gravierenderes erahnen: In wenigen Jahren schon wird sich das Leben für uns Europäer auf dem Gebiet der Informationsbeschaffung angeblich grundlegend verändern. Jedenfalls hat das Londoner Verteidigungsministerium den Briten schon 2007 ganz offen mitgeteilt, was da angeblich auf uns alle zurollt: Für unsere Kinder werde es um das Jahr 2035 herum völlig »normal« sein, einen implantierten Chip für die Informationsübertragung im Kopf zu haben. Nein, das ist kein wirres Zukunftsszenario durchgeknallter Utopisten. Das ist eine offizielle Mitteilung des Londoner Verteidigungsministeriums, basierend auf den bisherigen tatsächlichen technischen Entwicklungen und Wahrscheinlichkeitsrechnungen der vom Militär finanzierten Wissenschaftler.[548] › Hinweis Der renommierte Londoner *Guardian* berichtete darüber 2007 unter der Überschrift »revolution, flashmobs and brain chips«.[549] › Hinweis Das Londoner Verteidigungsministerium teilte den Briten auf 90 Seiten auch mit, auf welche absehbare und angeblich realistische Entwicklung sich die britische Armee im Sicherheitsbereich einstellen werde. Man kann das nun versponnen, gut oder schlecht finden, aber man sollte es

wissen. Diese Entwicklung ist tatsächlich bei nüchterner Betrachtung, auch wenn wir sie derzeit noch nicht wahrhaben wollen, schon jetzt leicht nachvollziehbar, aber eben eher unschön: Die Migration, also die Wanderungsbewegungen nach Europa, werden demnach anstelle von klassischen Kriegen zwischen Staaten hier in Europa immer mehr innerstaatliche Kriege zwischen den verschiedenen neuen Bevölkerungsgruppen entstehen lassen. Menschengruppen, die miteinander verfeindet sind, werden sich hier in Europa vor unseren Haustüren in immer größerer Zahl immer öfter auf engstem Raum gegenüberstehen. So, wie wir das immer wieder aus der Geschichte vor einem großen Knall kennen: von Alexander dem Großen über die Völkerwanderung und den Zusammenbruch des Römischen Reiches durch den Ansturm der Barbaren bis hin zum gescheiterten Experiment mit dem Vielvölkerstaat Jugoslawien. Am Ende stehen immer grauenvolle Kriege, weil völlig unterschiedliche Menschengruppen noch nie auf Dauer friedlich nebeneinander in einem Staatsgebiet existiert haben, nicht einmal unter diktatorischem Zwang. Das ist die eine Seite.

Und in genau diesem Zusammenhang wird vom Londoner Verteidigungsministerium auch die Informationsbeschaffung der Menschen in der Zukunft beleuchtet. Man erwartet jedenfalls, dass die Qualität von Nachrichten von jetzt an ständig abnehmen wird. Journalisten werden demnächst angeblich fast nur noch aus bloggenden Bürgern (»citizen-journalists«) bestehen. Und die Kombination von Informationsniedergang und den schon erwähnten Gehirnchips werde es Regierungen, Kriminellen oder Terroristen dann leicht machen, Menschenmassen jederzeit über diese implantierten Schnittstellen im Gehirn für ihre jeweiligen Interessen zu mobilisieren. Etwa als »Flashmobs«, die man dann beliebig ganz nach der eigenen

Interessenlage bei diesem erwarteten extremen Aufeinanderprall feindlich gesinnter Bevölkerungsgruppen gegeneinander aufhetzen könnte.

Im Klartext: Wer künftig die Schnittstellen zu diesen vernetzten Chips in den Gehirnen der Menschen beherrscht oder sich in diese einhacken könnte, der wird, so die Prognose der Militärs, auch die wegen der Migrationsbewegungen immer uneinheitlicher werdenden Menschenmassen beherrschen können. Das klingt auf den ersten Blick für einen Normalbürger vielleicht so absurd, wie es vor dreißig Jahren für ihn geklungen haben mag, wenn man ihm da sagte, dass heute ein großer Teil der Menschen beim Radfahren, im Auto, beim Spazierengehen oder Einkaufen wie selbstverständlich ständig über einen Knopf im Ohr und ein winziges Gerät mit den Datennetzen der Welt verbunden sein werde. Wenn man ihm damals gesagt haben würde, dass wir heute jederzeit mobil mit Freunden in anderen Kontinenten telefonieren, aber auch unseren örtlichen Standpunkt etwa in einem riesigen Wald auf den Meter genau bestimmen könnten und unsere Kommunikation zugleich von den Amerikanern rund um die Uhr komplett aufgezeichnet, ausgewertet und permanent gespeichert würde[550] › Hinweis – man hätte den Überbringer der Nachricht damals wohl für verrückt gehalten. Doch heute ist das alles selbstverständlich. Jedes Telefonat, das wir führen, wird Wort für Wort in fernen Ländern wie den USA vollautomatisch inhaltlich aufgezeichnet und dauerhaft gespeichert. Unsere Freiheit wird so, unmerklich, immer mehr eingeschränkt. Auch das hätte man vor einer Generation für irreale Utopie gehalten. Und heute gibt es diesen Haufen von Alpha-Journalisten, die in den vielen proamerikanischen Stiftungen und Verbänden sitzen und uns die absurdesten Dinge vom angeblichen

»Zukunftsprojekt Euro« über »Zuwanderung als Bereicherung« bis hin zum Thema »Überwachung dient unserer Sicherheit« als angeblich positiv unterjubeln wollen. In wessen Interesse sie das tun, das verschweigen die Nato- und US-Versteher.

Die Frankenstein-Monster, welche diese Entwicklung kennen, haben also ein ganz natürliches Interesse daran, an die Schaltstellen unserer Gehirne zu kommen, um die absehbare Entwicklung beeinflussen zu können. Und was heute noch in Hinblick auf den Bericht des Londoner Verteidigungsministeriums oder amerikanischer Militärs für unsere Zukunft reichlich nach Frankenstein und Utopie klingt, das ist bei näherer Betrachtung offenbar keineswegs so absurd, wie es zunächst erscheinen mag. Denn: Auch heute schon bestimmen schließlich einige wenige darüber, welche Informationen sich ganz tief in unseren Gehirnen festsetzen und wie wir denken. Es gibt eine kleine Clique von rüstungs- und US-nahen Alpha-Journalisten aus einem elitären Zirkel, welcher sich bei näherer Betrachtung schon jetzt nicht anders verhält als die Frankensteins des gerade geschilderten Londoner Horror-Zukunftsszenarios. Aber noch sind es menschliche Helfershelfer im Umfeld der Machtelite, welche unsere Gehirne zu manipulieren suchen. Noch kann man ihr Vorgehen beschreiben. Noch kann man sie anprangern und die Entwicklung vielleicht auch noch aufhalten. Und noch gibt es Aufrichtige unter ihnen, die sich nicht kaufen lassen und Missstände anprangern. Menschen mit Rückgrat.

Wie Ulrich Tilgner. Der Mann berichtet seit 1982 über den Nahen und Mittleren Osten. Seit 2002 leitete der gebürtige Bremer das ZDF-Büro in Teheran. Für seine Berichterstattung über den Irakkrieg erhielt der Reporter 2003 den Hanns-Joachim-Friedrich-Preis für

Fernsehjournalismus. Er habe »unter den extremen Bedingungen der Kriegsberichterstattung seine professionelle Qualität und seine journalistische Unabhängigkeit bewahrt und bewiesen«. Dann kam der Knall: Auslandskorrespondent Tilgner, der allen ZDF-Zuschauern ein vertrautes Gesicht war, berichtet nur noch für das Schweizer Fernsehen. Den Vertrag als Leiter des ZDF-Büros in Teheran und als Sonderkorrespondent für den Mittleren und Nahen Osten hat er nicht verlängert. Seinen Schritt begründet er damit, dass er sich in Deutschland in seiner Arbeit zunehmend eingeschränkt fühle, »gerade auch was die Berichterstattung aus Afghanistan angeht, jetzt, wo dort deutsche Soldaten sterben«. Es gebe Bündnisrücksichten, die sich in der redaktionellen Unabhängigkeit der Sender widerspiegelten. Gleichzeitig werde Politik immer mehr in Nischen verdrängt. »In der Schweiz hingegen sind Sendungen wie die *Tagesschau* oder *10vor10* Institutionen.« Dort habe er noch keine Eingriffe in seine Arbeit erlebt. Das ZDF hat seinen Zuschauern natürlich nicht mitgeteilt, warum der Auslandskorrespondent Ulrich Tilgner plötzlich nicht mehr zu sehen war. Es gibt sie also, die Journalisten mit Rückgrat.

Bleibt die Erkenntnis: Unsere Alpha-Journalisten berichten am Volk vorbei. Sie schauen dem Volk nicht aufs Maul, nein, sie versuchen, dem Volk sein Schandmaul zuzuhalten oder es politisch korrekt zu ignorieren. Man sieht das an der fortwährenden tendenziösen Berichterstattung. Immer mehr Menschen haben den Eindruck, da werde an ihrem Leben, ihren Eindrücken, ihren Haltungen vorbei berichtet. Da bastle sich eine abgehobene klebrige Elite die Welt, wie sie ihr und nur ihr gefällt. Da herrscht nur noch der Nörgelton der Weggucker und Besserwisser. Aber der Zeitgeist ist jetzt

in der Bevölkerung umgekippt wie ein zu lange stehendes Gewässer.

Am Ende danke ich den in diesem Buch namentlich genannten Alpha-Journalisten. Denn sie haben schließlich eine wichtige Funktion: Sie werden in den Journalistenschulen künftig wohl einer neuen Generation aufstrebender Berichterstatter als mahnendes abschreckendes Beispiel dafür dienen, wie man es nicht machen sollte.

Alle in diesem Buch namentlich genannten Personen bestreiten eine klebrig-filzige Nähe zu Eliteorganisationen. Sie bestreiten zudem, Lobbyisten zu sein. Sie bestreiten auch, sich durch die Nähe zur Elite »korrumpieren« zu lassen. Und sie bestreiten, als Journalisten mit Nähe zu vorgenannten Gruppen den journalistischen Biss verloren zu haben. Sie bestreiten, dass sich die dargelegte Nähe auf ihre Berichterstattung auswirkt.

Nachwort

Der Amerikaner Carl Bernstein ist jener Reporter, der einst die Watergate-Affäre enthüllte und damit 1974 US-Präsident Nixon zu Fall brachte. Bernstein ist Pulitzerpreisträger. Er ist ein Schwergewicht im Journalismus. Nachdem er 1977 die amerikanische Zeitung *Washington Post* verließ, arbeitete er sechs Monate lang an einem einzigen Text: einem Artikel über die Zusammenarbeit von Journalisten mit der CIA. Veröffentlicht wurde sein Bericht im Magazin *Rolling Stone.*[551] › Hinweis Bernstein enthüllte darin, dass rund 400 amerikanische Journalisten für die CIA tätig waren. Die *New York Times* hatte damals sogar einen Vertrag mit der CIA, wonach ihre Journalisten jederzeit von der CIA »ausgeliehen« werden konnten. Die bekanntesten Leitartikler und Kommentatoren der USA standen demnach auf der Gehaltsliste der CIA, auch Herausgeber und Chefredakteure – und ausländische Journalisten. Spätestens seit dieser Enthüllung aus dem Jahr 1977 ist klar, dass die CIA weltweit Journalisten und führende Mitarbeiter in Medienunternehmen rekrutiert oder aber als Informanten führt.[552] › Hinweis

Was bedeutet das für uns in Deutschland? Ein Beispiel: Der SPD-Politiker Manfred Lahnstein war 1982 Bundesfinanzminister und von 1983 bis 2004 für den Medienkonzern Bertelsmann tätig, zuletzt als »Sonderbeauftragter des Vorstandes“. Lahnstein war

Mitglied der in diesem Buch ausführlich vorgestellten Trilateralen Kommission. Und seit Mitte der 1990er-Jahre ist er Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung der Wochenzeitung *Die Zeit* (Zeit-Stiftung). Lahnsteins Name taucht im Nachlass des früheren CIA-Offiziers Robert Trumbull Crowley als Informant der CIA auf. Lahnstein ist dort einer von 2619 Namen von angeblichen CIA-Informanten. Robert Trumbull Crowley verstarb am 8. Oktober 2000 in einem Washingtoner Krankenhaus.[553] › Hinweis Er war stellvertretender Operationschef der CIA und Leiter der Abteilung für verdeckte Operationen. Es ist möglich, dass die in seiner Liste aufgeführten Personen gar nicht wussten, dass sie als CIA-Informanten geführt wurden.[554] › Hinweis Ich habe Manfred Lahnstein im August 2014 bei der Wochenzeitung *Die Zeit* schriftlich angefragt, ob er Kenntnis davon habe, dass er – wie auch andere Deutsche – auf der Liste der CIA-Informanten geführt wurde. Und zwar offenkundig zu jener Zeit, als er bei Bertelsmann für Medien zuständig war. Denn auf der Liste wird seine damalige Adresse in Gütersloh genannt. Lahnstein antwortete mir sichtlich überrascht: »Danke für den Hinweis. Ich hatte und habe keine Ahnung.«

Ich bin überzeugt davon, dass Lahnstein die Wahrheit sagt. Denn nach meinen Recherchen kamen Mitglieder der Trilateralen Kommission in der Vergangenheit fast automatisch und ohne ihr Wissen auf die CIA-Liste jener, welche US-Geheimdiensten nahestehen oder diese sogar aktiv unterstützen. Lahnstein könnte also als früheres Mitglied der Trilateralen Kommission auf die CIA-Informantenliste gekommen sein. Im Klartext: Man tut gut daran, sich von transatlantischen Organisationen fernzuhalten.

Es ist unerklärlich, warum unsere Journalisten dennoch an solchen Netzwerken kleben. Denn spätestens seit 2006 müssten sie wissen, was da passiert. In jenem Jahr strahlte der Sender *Arte* die Dokumentation »Benutzt und gesteuert« aus. Darin erfuhr ein staunendes Publikum, wie die CIA die Redaktionen deutscher Verlage und Sender über getarnte Organisationen gezielt zu beeinflussen sucht.[555] › Hinweis Klar wurde: Literaten, Musiker, Mitarbeiter von Verlagen oder des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – viele wurden aus Washington ferngesteuert.[556] › Hinweis Und Zeitschriften, etwa die Literaturzeitschrift *Der Monat*, wurden von der CIA mitfinanziert. Als das durch einen Artikel in der *New York Times* bekannt wurde, da kaufte *Die Zeit* den *Monat* einfach auf.[557] › Hinweis

Das alles war nie ein Geheimnis. Es wollte nur keiner sehen. Schon 1996 hatte die CIA öffentlich bekannt gegeben, dass sie verstärkt Journalisten rekrutieren werde.[558] › Hinweis Und wo knüpft man am besten solche Kontakte? Wo wird ein Alpha-Journalist dann zum »IM Frankenstein«? Natürlich in den vielen transatlantischen Organisationen. Denn da sitzt die CIA regelmäßig mit am Tisch.

Heute werden viele, die ich in diesem Buch namentlich genannt habe, möglicherweise behaupten, bis jetzt nicht mitbekommen zu haben, was da um sie herum passiert. Sie werden behaupten, zu dumm, zu naiv oder zu unfähig gewesen zu sein. Dabei ist es so durchschaubar: Denn die führenden Köpfe für die transatlantischen Aktionen sitzen im *Council on Foreign Relations* (CFR). Das CFR hat engste Verflechtungen mit der CIA.[559] › Hinweis Und das CFR hat viele Kaktusableger wie etwa das *German Council on Foreign Relations* – den Deutschen besser bekannt als Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), bei

dessen Gründung das CFR als Pate zur Seite stand.[560] › Hinweis Verbunden sind fast alle proamerikanischen Lobbyorganisationen im *Transatlantic Policy Network* (TPN). Und das versteht sich als Lobbyorganisation europäischer und amerikanischer Großkonzerne, Medien und Denkfabriken und listet dazu namentlich Mitgliedsfirmen auf wie etwa:[561] › Hinweis Allianz, AT&T, BASF, Bertelsmann AG, Boeing, BP, Caterpillar Inc., Citigroup, Coca-Cola, Daimler AG, Dell, Deutsche Bank, Dow Chemical, Ericsson, Facebook, GE, Hewlett Packard, HSBC, IBM, JP Morgan, The McGraw-Hill Companies, Michelin, Microsoft, Nestlé, Oracle, Pfizer International, SAP AG, Siemens AG, S.W.I.F.T., Syngenta und UPS. Und jetzt noch nachfolgend die Namen der Denkfabriken, welche da ebenfalls zusammen mit den vorgenannten Großkonzernen unter dem Dach des *Transatlantic Policy Network* vereint sind [562] › Hinweis: AmCham EU *(The American Chamber of Commerce to the EU), Aspen Institute – Berlin, Aspen Institute – Italy, Atlantic Council of the United States, Brookings Institution, BRUEGEL, Carnegie Endowment for International Peace, Centre for European Policy Studies* (CEPS), *Chamber of Commerce of the United States, Chatham House, Council on Foreign Relations, Center for Strategic and International Studies* (CSIS), Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V. (DGAP), *European Policy Centre* (EPC), *European Round Table of Industrialists* (ERT), *European-American Business Council, European Institute, German Marshall Fund of the United States, Institut Français des Relations Internationales* (IFRI), *TransEuropean Policy Studies Association* (TEPSA), UNICE und *US Council on Competitiveness.* Fehlen nur noch die Atlantik-Brücke und ihre Partnerorganisation *American Council on Germany* sowie die Trilaterale Kommission des Herrn Rockefeller.[563] › Hinweis In fast jeder der vorgenannten Organisationen sitzen auch hochkarätige Politiker. Da haben

wir es also, das Netzwerk der Großkonzerne, Medien und Denkfabriken, in dem sich viele Journalisten der Leitmedien, Wirtschaftsbosse, Politiker und Wissenschaftler verfangen haben. Wollen die alle wirklich nur spielen?

Ist es also eine Verschwörungstheorie, wenn ich persönlich davon überzeugt bin, dass von den vielen Einzelzellen des *Transatlantic Policy Network* und der Umfeldorganisationen Hirnmassagen auf höchstem Niveau für uns vorbereitet werden? Dass der Blickwinkel der Mitglieder und Freunde dieser vielen Lobbyorganisationen, ihrer Stipendiaten und der dort Forschenden so kunstvoll geformt und eingeengt wird, bis er zu perfekten Transformatoren der Ideen der Großkonzerne, Geheimdienste und US-Interessen wird und ihnen deren Gedanken und Strategien als ihre eigenen erscheinen? Die so geformten Ideen werden dann in einer unübersehbaren Zahl von Publikationen und anderen Kommunikationsmedien in Leitmedien abgelaicht und als die jeweils eigenen Denkprodukte verkauft.

Es ist vor diesem Hintergrund absolut irre, wenn die so arbeitenden deutschsprachigen Leitmedien Berichte veröffentlichen, nach denen es im Irak oder sonstwo in weit entfernten Ländern kaum Pressefreiheit gibt. Und zwar, weil die überwiegende Mehrheit der dortigen Medien nicht unabhängig sei und als Sprachrohr politischer Gruppierungen fungiere. Auch die vom US-Milliardär Soros finanzierten Reporter ohne Grenzen entdecken solche Missstände gern in fernen Ländern – nicht jedoch bei uns in Europa.[564] › Hinweis Dabei sind doch auch unsere deutschsprachigen Medien vor allem Sprachrohre politischer Gruppen und, wie wir in Zusammenhang mit den transatlantischen Verflechtungen gesehen haben, keineswegs unabhängig. Beim ZDF haben zudem fast alle einflussreichen Redakteure und Sendeleiter ein Parteibuch.

Und das ZDF darf inzwischen sogar ganz legal als der abhängigste Sender der Republik bezeichnet werden. Denn im März 2014 hat das Bundesverfassungsgericht den Einfluss der Politik auf die Sendergremien gerügt – und den ZDF-»Staatsvertrag« für verfassungswidrig erklärt.[565] › Hinweis Das heißt: Die Beeinflussung des ZDF durch politische Gruppen ist so extrem, dass es verfassungswidrig ist! Das sind Zustände wie in einer Bananenrepublik.

Was wir in diesem Buch erkundet haben, sind die machtpolitischen Kerne des Einflusssystems von Eliten. Und so ist es kein Wunder, dass jene Schlagworte, welche wir heute wie selbstverständlich gebrauchen, genau dort ihren Ursprung haben: Von »Globalisierung« über »Liberalisierung der Weltmärkte«, den »Kampf gegen den internationalen Terrorismus« bis hin zum »Arabischen Frühling« oder harmlosen Worten wie »Luftschlägen«, wenn brutalste Bombenangriffe gemeint sind. Vor allem aber entwickeln die transatlantischen Einflusssysteme der proamerikanischen Eliten Kriegspläne. Vom irakisch-iranischen Krieg 1980 bis 1988 über die vielen Rohstoffkriege in Afrika, den Kuwaitkrieg 1990, die Balkankriege, den Irakkrieg 2003, den Afghanistankrieg, die Bürgerkriege in den arabischen Staaten bis hin in die Ukraine und wieder in den Nahen Osten, wo es immer nur um Rohstoffe und Macht geht. Und unsere Leitmedien haben das alles bereitwillig propagandistisch begleitet. Wie nennt der österreichische Konfliktforscher Dr. Kurt Gritsch unsere bürgerlichen Qualitätsmedien nach ausgiebigen Studien: »Kriegstreiber«.[566] › Hinweis Und selbst Gabor Steingart, Herausgeber der renommierten Wirtschaftszeitung *Handelsblatt*, wirft seinen Kollegen aus den Leitmedien (etwa Alpha-Journalisten der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*) inzwischen Kriegstreiberei vor und nennt FAZ-

Artikel »geistige Einberufungsbescheide«. Er bezichtigte die FAZ im Spätsommer 2014 sogar, mit Falschmeldungen die Kriegstreiberei gegen Russland noch zu verstärken.[567] › Hinweis Eines Tages werden auch Sie, liebe Leser, von einer nachfolgenden Generation gefragt werden, wie lange Sie diese Kriegstreiber unterstützt haben. Vier Fünftel der Deutschen lehnen deutsche Militäreinsätze im Ausland ab.[568] › Hinweis Ganz anders Bundespräsident Joachim Gauck.[569] › Hinweis Der ist Mitglied des elitären transatlantischen Vereins Atlantik-Brücke.[570] › Hinweis Und er steht, wie weite Teile unserer Leitmedien, den Scharfmachern in den USA nahe.[571] › Hinweis

Ich schäme mich heute dafür, weite Teile meines früheren Journalistenlebens für Kriegstreiber gearbeitet zu haben. Andere schämen sich nicht. Im Gegenteil: Mehrere Alpha-Journalisten stehen in Kontakt mit dem Amerikaner Ralph F. Goff. Der Mann war im Hintergrund in vielen amerikanischen Organisationen aktiv. Ralph F. Goff soll nach russischen Angaben bis Sommer 2014 Stationsleiter der CIA in Deutschland gewesen sein.[572] › Hinweis Offiziell firmierte er als »Foreign Service Officer at U. S. Department of State«[573] › Hinweis, tarnte sich demnach als harmloser Diplomat. Ebenso wie seine Frau, Jennifer Goff, soll er darauf spezialisiert sein, Ausländer bei transatlantischen Gesprächen für die CIA anzuwerben. Seine Frau Jennifer soll deshalb schon 2004 aus einem anderen Land ausgewiesen worden sein.[574] › Hinweis Das alles ist vollkommen normal bei amerikanischen Diensten. Auch der weltbekannte Whistleblower Edward Snowden arbeitete ja lange Zeit getarnt als Diplomat für die CIA in Genf.[575] › Hinweis

Erinnern Sie sich noch an die Ausführungen in diesem Buch, wie US-Geheimdienste im Kalten Krieg bei der Gründung

von transatlantischen Organisationen halfen, über die sie die öffentliche Meinung in Deutschland beeinflussen wollten? Und erinnern Sie sich noch daran, welche Preise dieser Organisationen nach US-Geheimdienstlern benannt wurden und auf welchen Posten die US-Dienste in Deutschland in transatlantischen Stiftungen gesessen haben? Offenkundig hat sich daran bis heute nichts geändert. Denn dieser Ralph F. Goff, der vor Berlin auch in Wien (getarnt als Diplomat) für die CIA tätig gewesen sein soll und dort ebenfalls viele Alpha-Journalisten zu seinen Freunden zählte, musste Deutschland im Sommer 2014 wegen seiner exzessiven Geheimdiensttätigkeit verlassen. Über seine Profile in den unterschiedlichen sozialen Netzwerken konnte man im Sommer 2014 seine einschlägigen Kontakte schnell herausfinden. Wahrscheinlich werden sie jetzt schnell gelöscht werden. Warum unsere Alpha-Journalisten zuvor nicht darüber berichtet haben?

Wenn Sie sich diese Frage jetzt tatsächlich noch immer stellen, gehen Sie bitte zurück auf »Start«. Denn dann sollten Sie dieses Buch nochmals aufmerksam von vorne lesen …

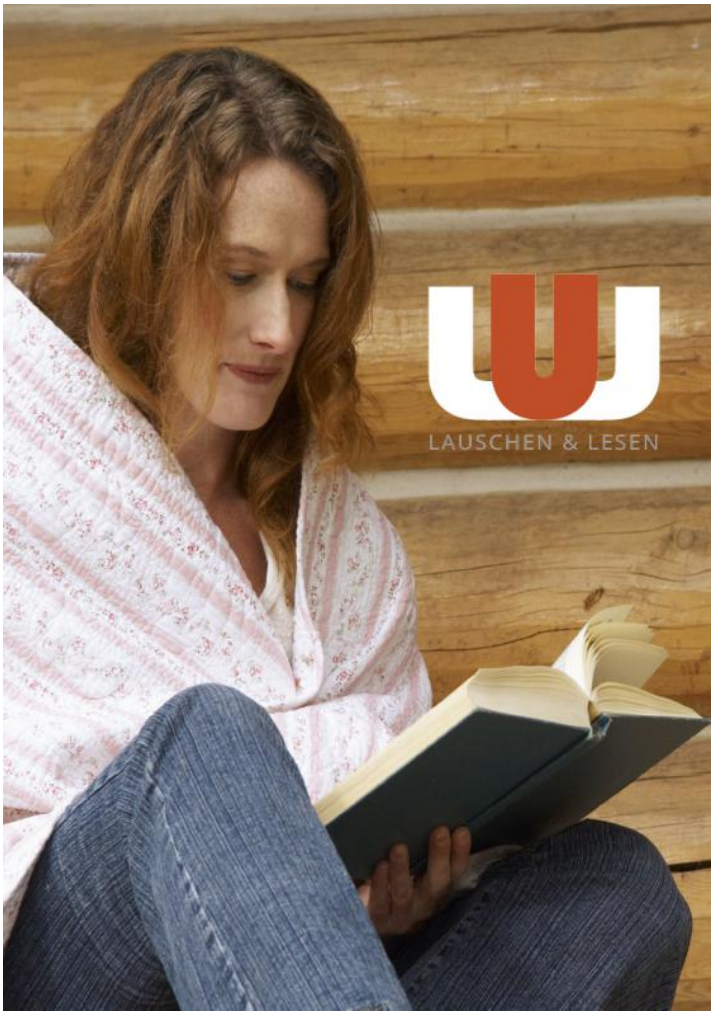
Erinnern Sie sich noch an die Buchseiten 74 bis 76? Dann holen Sie jetzt ein letztes Mal tief Luft:

Am 31. Januar 2000 verstarb der damals 23 Jahre alte Bundeswehr-Hauptgefreite André Horn im Feldlazarett Prizren (Kosovo). Er war seit Ende November 1999 als Angehöriger der Kosovo Force (KFOR) im Kosovo eingesetzt. Als offizielle Todesursache gibt die Bundeswehr eine Meningokokken-Sepsis an. Die Wahrheit scheint das nicht zu sein. Denn die Wissenschaftler Prof. Peter Horn, Biotechnologe an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Experte für Isotopengeochemie der

Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), und der Arzt und Medizinwissenschaftler Horst Günther Siegwart kommen zum Schluss, dass der Hauptgefreite Horn an den Folgen einer schweren Vergiftung durch Uranmunition (Depleted uranium, DU, also abgereichertes Uran) verstorben sein könnte, die er sich im Kosovo zugezogen hat. Der Nachweis einer radiologischen Vergiftung durch Uranmunition wäre auch heute noch möglich, wenn der Leichnam von André Horn exhumiert und Gewebe daraus wissenschaftlich analysiert würde. Mehrfach von der Familie des toten Bundeswehrsoldaten geäußerte Bitten, eine solche Exhumierung durchführen und die sterblichen Reste von international anerkannten Experten untersuchen zu lassen oder einen entsprechenden Antrag der Familie bei der Staatsanwaltschaft zu unterstützen, hat das Bundesverteidigungsministerium immer abgelehnt. Das Ministerium behauptet auch weiterhin in der Öffentlichkeit, dass Uranmunition nicht gefährlich sei. Und unsere Alpha-Journalisten unterstützen das Ministerium bei dieser Aussage. Schauen Sie sich die Dokumente auf den Seiten 75 und 76 dieses Buches jetzt noch einmal ganz genau an. Sie ahnen dann, wie skrupellos die im Hintergrund arbeitenden Netzwerke sein können. Gehen Sie also auch über Leichen?

Zum Schluss noch eine Bitte an Sie: Dieses Buch ist ja der erste Teil von drei brisanten Veröffentlichungen über die Medienbranche. Sie haben erfahren, welche geheimen Netzwerke unsere Informationsflut steuern. Sie haben auch die Nähe unserer Medien zu Eliten und die Folgen kennengelernt. Jede Aussage wurde Schritt für Schritt belegt. Aus einer »Verschwörungstheorie« wurde Realität. In einem weiteren Band werden wir erfahren, mit welchen Tricks die großen Medienverlage ihre Anzeigenkunden betrügen. Einen kleinen Vorgeschmack darauf hatte ich

Ihnen ja auch schon in diesem Buch gegeben. Wenn Sie dazu noch (belegbare!) Hinweise direkt aus der Branche haben, dann freue ich mich auf Ihre Zuschrift oder über einen Kontakt. Und in einem dritten Band werde ich ganz konkret mit Namensnennung darüber berichten, welche Journalisten auf welchen internen Listen der PR-Industrie stehen. Der Großteil unserer Berichterstattung ist ja inzwischen gekauft. Einige der Namen habe ich ja schon in diesem Buch enthüllt. Wenn Sie als Inhaber oder Mitarbeiter einer PR-Agentur prägende Erlebnisse mit Forderungen von Medienhäusern oder Journalisten gemacht haben oder in einer Firmenabteilung für Presserabatte zuständig sind und belegbare Hinweise geben möchten, dann bin ich jederzeit dafür dankbar: *info@ulfkotte.de* oder Direktnachricht über *Twitter: @UdoUlfkotte*. Die Menschen da draußen sollen endlich die Wahrheit erfahren, damit sie sich wehren können. Verfolgen Sie auch meine Beiträge im Internet unter *http://info.kopp-verlag.de/* und abonnieren Sie den Hintergrund-Informationsdienst unter *http://www.kopp-exklusiv.de*, für den ich ebenfalls schreibe.


LAUSCHEN & LESEN

Anmerkungen

Hinweis für die Quellenrecherche: Alle nachfolgenden Links finden Sie auch im Internet auf der Seite *www.gekaufte-journalisten.de* unter der Rubrik »Quellen«. Internetlinks werden mitunter gelöscht oder geändert. Dennoch können Sie Links mitsamt Originalinhalten im Internetarchiv jederzeit rückwirkend wiederfinden unter https://archive.org/web/, wenn Sie dort den gesuchten Link eingeben.

Anmerkungen zum Vorwort

zurück zum Inhalt

[1] Siehe etwa *http://www.independent.co.uk/voices/ comment/ israelgaza-conflict- the- secret- report- that- helps- israelis- to- hide- facts- 9630765. html*

zurück zum Inhalt

[2] Siehe *http://meedia.de/2014/07/29/einstweilige- verfuegung- gegen- die-anstalt- zdf- wehrt- sich- gegen- zeit- journalisten- joffe- und- bittner/*

zurück zum Inhalt

[3] Siehe *http://www.focus.de/politik/experten/ wolffsohn/ steuerhinterzieher-theo- sommer- von- wegen- vorbild- wieder- ein- unmoralischer- moralist_ id_ 3572472. html*

zurück zum Inhalt

[4] Siehe *http://www.internet-law.de/2014/07/ zeit- journalisten- gehen- gerichtlich- gegen- das- zdf- und- die- anstalt- vor. html*

zurück zum Inhalt

[5] Zitiert nach *http://www.internet-law.de/2014/07/ zeit- journalisten- gehen- gerichtlich- gegen- das- zdf- und- die- anstalt- vor. html*

zurück zum Inhalt

[6] Zu Joffes Nerzwerkverbindungen siehe *https://dl.dropboxusercontent.com/u/ 64910762/ Manuskripte/ Kr% C3% BCger- Meinungsmacht_ 356- 362. pdf*

zurück zum Inhalt

[7] Siehe Hans-Jürgen Bucher, Mediensprache, Medienkommunikation, Medienkritik, Tübingen 1991

zurück zum Inhalt

[8] Siehe etwa *http://www.internet-law.de/2014/07/ zeit- journalisten- gehen- gerichtlich- gegen- das- zdf- und- die- anstalt- vor. html*

zurück zum Inhalt

[9] Siehe etwa *http://www.cicero.de/berliner-republik/ die- liste- der- 500/ 38015 und http://www.cicero.de/bilder/die-liste- der- 500- wichtigsten- intellektuellen*

zurück zum Inhalt

[10] Siehe *http://www.bundestag.de/dokumente/ lobbyliste/*

zurück zum Inhalt

[11] Siehe *https://lobbypedia.de/wiki/Hauptseite*

zurück zum Inhalt

[12] Siehe *https://cablegatesearch.wikileaks. org/ search. php? q= &qo=0&qc=0&qto=2010-02-28*

zurück zum Inhalt

[13] Siehe etwa *https://www.freitag.de/autoren/soenke- paulsen/ wie- man- den- neuen- kalten- krieg- gewinnen- kann*

zurück zum Inhalt

[14] Siehe *http://www.huffingtonpost.com/2009/ 02/ 06/ ap- ceo- bush- turned-milita_ n_ 164812. html*

zurück zum Inhalt

[15] Siehe die Doktorarbeit »Meinungsmacht« von Uwe Krüger, Köln 2013

zurück zum Inhalt

[16] Siehe *https://cablegatesearch.wikileaks. org/ search. php? q= &qo=0&qc=0&qto=2010-02-28*

zurück zum Inhalt

[17] Das CIA-Dokument findet sich hier: *http://file.wikileaks.org/file/cia-afghanistan. pdf*

zurück zum Inhalt

[18] Siehe *http://file.wikileaks.org/file/cia- afghanistan. pdf* und *http://www.globalresearch.ca/the- cia- s- strategy- to- manipulate- european- public- opinion- on- the- afghanistan- war/ 18376*

zurück zum Inhalt

[19] Siehe *http://www.coffeeandtv.de/2014/07/ 07/ sack- reis- in- china/*

zurück zum Inhalt

[20] Zitiert nach *http://kress.de/tagesdienst/detail/ beitrag/ 126900- zeitungsforscher- vogel- zur- talfahrt- der- tagespresse- produktdifferenzierung- ist- die- letzte- chance. html*

zurück zum Inhalt

[21] Siehe *http://library.fes.de/pdf-files/akademie/ 10790. pdf und http://katharinabrunner. de/2014/07/studie-andreas-vogel-fes-auflagenrueckgang-tagespresse/*

zurück zum Inhalt

[22] Siehe etwa *http://kreuzer-leipzig.de/2014/07/ 22/ ab- und- zu- kommt- mal- ein- praktikant/*

zurück zum Inhalt

[23] Zitiert nach *http://uni.de/redaktion/wie-medien- uns- sprachlich-manipulieren*

zurück zum Inhalt

[24] Siehe *http://meedia.de/2014/07/25/warum- das- zdf- schuld- daran- ist- dass- die- fdp- aus- dem- bundestag- flog/*

zurück zum Inhalt

[25] Siehe *http://www.newsroom.de/news/detail/ $ IWCOHRFNMSFJ/ kommentar_ stefan_ laurin_ ber_ den_ derzeit_ wohl_ gefhrlichsten_ mediepolitiker_ und_ seinen_ griff_ in_ die_ kasse*

zurück zum Inhalt

[26] Neben den Ausführungen in diesem Buch empfehle ich als weiterführende wissenschaftliche Studien dazu vor allem die Dissertation »Meinungsmacht« von Uwe Krüger, Köln 2103; sowie Stephan Weichert und Christian Zabel: *Die Alpha-Journalisten,* Köln 2007, sowie Philip Baugut: *Politische (Nicht) Öffentlichkeit in der Mediendemokratie – Eine Analyse der Beziehungen zwischen Politik und Journalisten in Berlin,* Baden-Baden 2009

zurück zum Inhalt

[27] Financial Times, 23. April 2009, Die Blindheit der Journalisten, *http://www.ftd.de/meinung/kommentare/:Kommentar-Die-Blindheit-der-Journalisten/504082.html?p=1, im Webarchiv unter http://web.archive.org/web/20111129183355/ http://www.ftd.de/meinung/kommentare/:kommentar-die-blindheit-der-journalisten/504082.html*

zurück zum Inhalt

[28] Zu den Kommentaren, welche die FAZ bekommt, siehe *http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/ medien/ troll- kommentare- meine- tage- im- hass- 13038925. html? printPagedArticle= true# pageIndex_ 2*

zurück zum Inhalt

[29] Siehe *http://derstandard.at/1331207267450/ Kurt- Gritsch- Gut-inszeniert- die- Mainstream- Meinung,* siehe auch den Bericht »Medien als Weichensteller zum Krieg«, im Internet unter *http://www.ag-friedensforschung.de/ rat/ 2003/ loquai. html*

zurück zum Inhalt

[30] Siehe *http://www.bild.de/politik/ausland/ europaeische- union/ eu- chefs- kuschen- vor- putin- 36938114. bild. html*

zurück zum Inhalt

[31] Siehe *http://diepresse.com/home/3842902/ USA_ Keine- Beweise- fur- russische- Mitwirkung- an- MH17Absturz? _ vl_ backlink= / home/ 3840315/ index. do&direct=3840315*

zurück zum Inhalt

[32] Siehe *http://deutsche-wirtschafts-nachrichten. de/ 2014/ 07/ 25/ amerikaner- werden- nervoes- hat- die- ukraine- den- abschuss- von- mh17- ausgeloest/*

zurück zum Inhalt

[33] Siehe die Dissertation »Meinungsmacht« von Uwe Krüger, Köln 2013

zurück zum Inhalt

[34] Siehe *http://www.faz.net/aktuell/politik/ bundeswehr- in- afghanistan- feigheit- vor- dem- buerger- 1510966. html*

zurück zum Inhalt

[35] Siehe dazu den Bericht »Der Medien-GAU von Odessa« unter *https://www.freitag.de/autoren/maennlicherlinker/ der- medien- gau- von- odessa*

zurück zum Inhalt

[36] Siehe *http://washington.cbslocal.com/2014/ 07/ 23/ kerry- defies- faa- ban- flies- into- tel- aviv/*

zurück zum Inhalt

[37] Zitiert nach *http://www.newsroom.de/news/detail/ $ IWCOISLTIOKO/*

zurück zum Inhalt

[38] Siehe *http://derstandard.at/1259281033038/ Pressestimmen- Obama-versucht-woran-Alexander-der-Grosse-scheiterte*

zurück zum Inhalt

[39] Siehe *http://www.hrw.org/sites/default/ files/ reports/ usnsa0714_ ForUPload_ 0. pdf und http://www.hrw.org/news/2014/07/28/ us-surveillance- harming- journalism- law- democracy und http://www.asiantribune.com/node/ 83887*

zurück zum Inhalt

[40] Jene, die zwar erwähnt werden, aber nicht angeschrieben oder befragt wurden, bitte ich um Verständnis. Bei vielen hundert namentlich genannten Personen war es mir unmöglich, jeden Einzelnen um eine Stellungnahme zu bitten. Ich habe versucht, jede Aussage mit einer seriösen Quelle zu belegen. Sollten Quellen nicht oder nicht mehr stimmen oder Aussagen nicht der Wahrheit entsprechen, so bin ich gern jederzeit dazu bereit, diese zu ändern. Hinweise bitte an *info@ulfkotte.de* Ich bitte zugleich höflichst um Verständnis dafür, dass ich nach mehr als dreißig Sachbüchern und Millionen Lesern nicht jede andere private Anfrage zu anderen Themen beantworten kann.

zurück zum Inhalt

[41] Zitiert nach *http://www.newsroom.de/news/detail/ $ IWCOISLTIOKO/*

zurück zum Inhalt

[42] Internetlinks werden mitunter gelöscht oder geändert. Dennoch können Sie die mehr als 500 in den Fußnoten dieses Buches aufgelisteten Links mitsamt Originalinhalten nach einem möglichen Löschen durch Dritte im Internetarchiv jederzeit rückwirkend wiederfinden unter *https://archive.org/web/,* wenn Sie dort den gesuchten Link in die Suchmaschine eingeben.

zurück zum Inhalt

[43] Siehe *http://www.sprengsatz.de/?p=2986*

zurück zum Inhalt

[44] Siehe *http://www.stern.de/gesundheit/naegelkauen- knabbern- bis- das-blut- kommt- 647394. html*

zurück zum Inhalt

[45] *http://www.sprengsatz.de/?p=3025*

zurück zum Inhalt

[46] Siehe *http://www.hildegardknef.de/filmografie%_20TV%_201997%_20B.htm*

zurück zum Inhalt

[47] Siehe etwa *http://www.wiwo.de/erfolg/beruf/kein- bedarf- diese- jobs- sind- vom- aussterben- bedroht/ 10208452. html? slp= false&p=7&a=false#image*

Anmerkungen zu Kapitel 1
Simulierte Pressefreiheit: Erlebnisse bei Verlagen

zurück zum Inhalt

[48] Zitiert nach *http://www.tt.com/home/8573752-91/ zitate- von- jean-claude- juncker. csp*

zurück zum Inhalt

[49] Siehe *http://www.fr-online.de/politik/bilderberg- konferenz- geheimes-treffen- der- elite, 1472596, 4471506. html*

zurück zum Inhalt

[50] Siehe dazu: »Tendenziöse Attributierung in deutschen Printmedien: Putin vs. Obama – eine linguistische Analyse«, Bachelor-Arbeit vorgelegt von Mirjam Zwingli, Hochschule für angewandte Sprachen, Fachhochschule des Sprachen & Dolmetscher Instituts München, 2012; S. 62ff.

zurück zum Inhalt

[51] Siehe *http://programm.ard.de/TV/bralpha/ strippenzieher- und-hinterzimmer/ eid_ 284876038998330*

zurück zum Inhalt

[52] Siehe etwa *http://www.youtube.com/watch?v=vo_ ApLgdlSM*

zurück zum Inhalt

[53] Siehe John R. MacArthur: *Die Schlacht der Lügen Wie die USA den Golfkrieg verkauften* DTV, München 1993

zurück zum Inhalt

[54] Zur Klarstellung: Gemeint ist hier nicht der Giftgaseinsatz des Irak gegen Kurden in Halabscha im März 1988, sondern tatsächlich ein davon völlig separater späterer Giftgaseinsatz im Juli 1988, den heute kaum jemand kennt, weil er von unseren Medien heruntergespielt oder erst gar nicht erwähnt wurde. Ich habe noch Massen von Farbfotos der vergasten Iraner, die ich selbst auf dem Schlachtfeld angefertigt habe.

zurück zum Inhalt

[55] Siehe *http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/ kino/ gekaufte- berichte- die-eu- bezahlt- journalisten- um- ihr- image- zu- pflegen- 1330793. html*

zurück zum Inhalt

[56] Siehe *http://www.deutschlandfunk.de/gekaufte- stimmen. 795. de. html?dram:article_id=119300*

zurück zum Inhalt

[57] Siehe *http://www.schweizamsonntag.ch/ressort/ medien/ 2484/*

zurück zum Inhalt

[58] Siehe *http://www.aargauerzeitung.ch/aargau/ kanton- aargau/ artikel-125129229*

zurück zum Inhalt

[59] Zitiert nach *http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelspecial/ d- 9157545. html* siehe auch *http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ werbung- klammheimliche- verfuehrer- 1. 474417- 2* und den Werbefilm unter *http://www.youtube.com/watch?v=l005GEY10Uw*

zurück zum Inhalt

[60]Siehe dazu: »Tendenziöse Attributierung in deutschen Printmedien: Putin vs. Obama – eine linguistische Analyse«, Bachelor-Arbeit vorgelegt von Mirjam Zwingli, Hochschule für angewandte Sprachen, Fachhochschule des Sprachen & Dolmetscher Instituts München, 2012;

zurück zum Inhalt

[61]Siehe dazu: »Tendenziöse Attributierung in deutschen Printmedien: Putin vs. Obama – eine linguistische Analyse«, Bachelor-Arbeit vorgelegt von Mirjam Zwingli, Hochschule für angewandte Sprachen, Fachhochschule des Sprachen & Dolmetscher Instituts München, 2012; dort S. 40

zurück zum Inhalt

[62] Siehe Wolfgang Donsbach: »Wahrheit in den Medien«, in: *Die politische Meinung,* August 2001, S. 72

zurück zum Inhalt

[63] Zitiert nach *http://www.ag-friedensforschung.de/ rat/ 2003/ loquai. html*

zurück zum Inhalt

[64] Siehe *http://archive.today/RPOF#selection-255.0-255.306*

zurück zum Inhalt

[65] Zitiert nach *http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelblog/ ein- plaedoyer-dafuer- interviews- autorisieren- zu- lassen- a- 859433. html*

zurück zum Inhalt

[66] Siehe beispielsweise *http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Niedersachsen/ Wirbel- um- McAllisters- Sommerinterview* und *http://www.taz.de/!39718/* und *http://www.vergabeblog.de/2011-01- 20/kurioses- ramsauer- nennt- interview- uber- zusatzliche- mittel- fur-erhaltung- der- bundesfernstrasen- nicht- autorisiert/* und *http://www.abendblatt.de/politik/ article119858929/ Philipp- Roesler- gibt-Interview- mit- der- taz- nicht- frei. html*

zurück zum Inhalt

[67] Siehe *http://www.sueddeutsche.de/medien/ heute- journal- moderator- claus- kleber- zu- kopf- gestiegen- 1. 1691417* und *http://www.focus.de/kultur/kino_tv/ kritik- an- ard- sendung- zdf- mann- kleber- vergleicht- tagesschau- mit- nordkorea_ aid_ 1007092. html* und *http://www.bild.de/politik/inland/ claus- kleber/ claus- kleber- vergleicht- tagesschau- mit- korea- 30728574. bild. html,* dort heißt es als Zitat von Claus Kleber: *»Das trockene Nachrichtenablesen gibt es heutzutage nur noch um 20 Uhr und im koreanischen Fernsehen.«*

zurück zum Inhalt

[68] So Heise in »Grüne und Linke auf der Atlantik-Brücke«, *http://www.heise.de/tp/artikel/41/ 41551/ 1. html* sowie *http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/ printressorts/digi-artikel/? ressort=me& dig=2003%2F05%2F06%2Fa0139&cHash=30ef25c225*

zurück zum Inhalt

[69] Zitiert nach Stefan Weichert: *Die Alpha-Journalisten,* S. 191;

zurück zum Inhalt

[70] Siehe etwa *http://meedia.de/2014/07/29/einstweilige- verfuegung- gegen- die- anstalt- zdf- wehrt- sich- gegen- zeit- journalisten- joffe- und- bittner/*

zurück zum Inhalt

[71] Siehe etwa Friederike Beck: *Das Guttenberg-Dossier,* S. 132ff.

zurück zum Inhalt

[72] Zitiert nach Friederike Beck: *Das Guttenberg-Dossier, Das Wirken transatlantischer Netzwerke,* S. 132.; siehe auch *http://www.taz.de/1/archiv/print- archiv/ printressorts/ digi- artikel/ ? ressort= me&dig=2003%2F05%2F06%2Fa0139&cHash=30ef25c225* und das Buch *Transatlantische Kulturkriege: Shephard Stone* von Volker Rolf Berghahn, in dem die Geheimdienstverwicklungen von Stone ausführlich beschrieben sind

zurück zum Inhalt

[73] Siehe *http://www.taz.de/Pressekonferenz- mit- Angela- Merkel/!142597/*

zurück zum Inhalt

[74] Zitiert nach *http://www.sueddeutsche.de/medien/ zdf- mann- singt- fuer- merkel- zwischen- naehe- und- distanz- 1. 2050806*

zurück zum Inhalt

[75] Zitiert nach *https://www.wsws.org/de/articles/ 2014/ 07/ 15/ korn- j15. html*

zurück zum Inhalt

[76] Siehe *http://www.ludwig-erhard-stiftung. de/ index. php? seite= 8*

zurück zum Inhalt

[77] Siehe *http://www.johanna-quandt-stiftung. de/ index2. html# kuratorium*

zurück zum Inhalt

[78] Siehe *http://www.hayek-stiftung.de/115. html*

zurück zum Inhalt

[79] Siehe *http://www.hayek-stiftung.de/115. html,* abgerufen am 11. Juli 2014

zurück zum Inhalt

[80] Siehe *http://www.faz.net/redaktion/holger- steltzner- 11104375. html*

zurück zum Inhalt

[81] Zitiert nach *http://www.cicero.de/kapital/warum- man- die- marktradikalen- zum- teufel- jagen- muss/ 54265/ seite/ 3*

zurück zum Inhalt

[82] Zitiert nach *http://www.cicero.de/kapital/warum- man- die- marktradikalen- zum- teufel- jagen- muss/ 54265/ seite/ 3*

zurück zum Inhalt

[83] Siehe *http://www.washingtonpost.com/blogs/ in- the- loop/ wp/ 2014/ 06/ 17/ support- u- s- eu- free- trade- the- embassy- in- berlin- wants- you*

zurück zum Inhalt

[84] Siehe *https://docs.google.com/document/ d/1oLBKsA_ 4pmdzSrVlebl6buH6CFvES 4JqKqfRwliANlE/ edit? pli= 1* Dort hieß es bei meinem Abruf der Seite am 11. Juli 2014 dort, wo man die Gelder beantragen konnte: »we’ve received many excellent proposals. Thank you«

zurück zum Inhalt

[85] Siehe *etwa* *https://es-la.facebook.com/kas.jona*

zurück zum Inhalt

[86] Siehe *https://de-de.facebook.com/pages/ FES- Journalistenakademie/ 173356906150424*

zurück zum Inhalt

[87] Siehe dazu auch den Untersuchungsbericht des Bundestages mit einigen Namen unter *http://webarchiv.bundestag.de/archive/ 2010/ 0304/ bundestag/ ausschuesse/ gremien/ pkg/ bnd_ bericht. pdf*

zurück zum Inhalt

[88] Siehe *https://www.wiltonpark.org.uk/*

zurück zum Inhalt

[89] Siehe *http://de.wikipedia.org/wiki/Wilton_ Park*

zurück zum Inhalt

[90] Siehe dazu: »Tendenziöse Attributierung in deutschen Printmedien: Putin vs. Obama – eine linguistische Analyse«, Bachelor-Arbeit vorgelegt von Mirjam Zwingli, Hochschule für angewandte Sprachen, Fachhochschule des Sprachen & Dolmetscher Instituts München, 2012

zurück zum Inhalt

[91] Zitiert nach *http://www.presseportal.de/pm/65649/ 2112879/ studie- faz- steht- bei- lobbyisten- ganz- oben- auf- der- lektuereliste*

zurück zum Inhalt

[92] Siehe *http://www.nordbayern.de/nuernberger- nachrichten/ nuernberg/ pilot- als- risiko- 1. 1172849* und *http://www.heise.de/tp/artikel/34/ 34655/ 1. html*

zurück zum Inhalt

[93] Siehe etwa *http://www.gmfus.org/?s=frankenberger,* danach schreibt Frankenberger für den GMF *http://www.gmfus.org/archives/the- atlantic- imperative- in- an- era- of- a- global- power- shift/ ,* hält Vorträge vor GMF-Fellows und nimmt an Veranstaltungen des GMF teil – siehe etwa *http://www.bu.edu/european/tag/klaus- dieter- frankenberger/*

zurück zum Inhalt

[94] Siehe dazu taz vom 23. Mai 1997: »Die Folgen einer Dienstreise« und taz vom 3. Juli 1997: »Zuhälter und Prostituierte«

zurück zum Inhalt

[95] Siehe *http://www.faz.net/redaktion/werner- sturbeck- 11104391. html*

zurück zum Inhalt

[96] Siehe dazu *http://www.welt.de/wirtschaft/article110891981/ Luxusreisen-des- Thyssen- Managers- auf- Firmenkosten. html*

zurück zum Inhalt

[97] Über das Journalistenbüro von Renate Komes, welches vom Sultanat Oman finanziert wurde

zurück zum Inhalt

[98] Siehe etwa *http://www.cbsnews.com/news/the-worlds- enduring-dictators- qaboos- bin- said- oman- 19- 06- 2011/*

zurück zum Inhalt

[99] Siehe *http://www.theguardian.com/commentisfree/ 2011/ jun/ 15/ oman-middle- east- uprising*

zurück zum Inhalt

[100] Siehe *http://theweek.com/article/index/ 211722/ 5- dictators- the- us- still- supports*

zurück zum Inhalt

[101] Siehe *http://www.middle-east-online.com/ english/ ? id= 67681*

zurück zum Inhalt

[102] Siehe etwa die Dissertation von Uwe Krüger: »Meinungsmacht«, Köln 2013

zurück zum Inhalt

[103] Siehe dazu: »Tendenziöse Attributierung in deutschen Printmedien: Putin vs. Obama – eine linguistische Analyse«, Bachelor-Arbeit vorgelegt von Mirjam Zwingli, Hochschule für angewandte Sprachen, Fachhochschule des Sprachen & Dolmetscher Instituts München, 2012, etwa auf S. 37: Dort heißt es anhand eines Beispieles, dass er den Leser »in seiner psychischen Einstellung zu beeinflussen« versuche.

zurück zum Inhalt

[104] Das Urteil vom Juli 1997 betraf in vergleichbarer Lage mich selbst und die FAZ; es wurde in den Medien viel beachtet, findet sich auch in Publikationen wie etwa Christian Krüger, Matthias Müller-Hennig: *Greenpeace auf dem Wahrnehmungsmarkt,* Lit-Verlag, Berlin-Hamburg-Münster 2000, S. 224 f.; siehe auch nachfolgenden Auszug vom Rheinischen JournalistInnen Büro unter *http://www.rjb-koeln.de/zensur.html# schmiere,* Zitat:

Ende 1996 behauptete Karl Rössel auf einer Veranstaltung im Rahmen der »Ken-Saro-Wiwa-Woche« in Köln, der FAZ-Redakteur Udo Ulfkotte sei für eine firmenfreundliche Berichterstattung vom Ölkonzern Shell »geschmiert« worden und die FAZ habe sich durch den Abdruck seiner Artikel »für Shell prostituiert«. Der Hintergrund: Ulfkotte hatte wie andere Kollegen von WAZ, FR, Welt und SZ an einer von Shell gesponserten Reise nach Nigeria teilgenommen. Nach einem Rundflug in einem Shell-Hubschrauber über das Ogoni-Land hatte er berichtet, von Umweltverschmutzungen durch die Ölförderung sei kaum etwas zu sehen. Während seine Kollegen immerhin den Sponsor Shell in ihren Berichten nannten, verschwieg FAZ-Redakteur Ulfkotte diesen Umstand, und Shell druckte seine Artikel als »objektive Berichterstattung« in seinen Werbebroschüren nach.

Im Januar 1997 verklagten die FAZ und Udo Ulfkotte Karl Rössel wegen angeblicher »Schmähkritik« auf Unterlassung. Der Streitwert wurde auf 100 000 Mark festgelegt.

Im Gegenzug stellte das RJB zusammen mit Mediawatch, einer Initiative zur kritischen Beobachtung der Berichterstattung über die »Dritte Welt«, einen umfangreichen Reader zusammen »über die Versuche des Shell Konzerns, die öffentliche Meinung zu seinen Gunsten zu manipulieren«. Gerade in der Phase, in der Shell wegen der Proteste der Ogoni gegen Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen und wegen der Hinrichtung des Schriftstellers und Bürgerrechtlers Ken Saro Wiwa durch das Militärregime im November 1995 in die Schusslinie geraten war, hatte der Ölkonzern Kritiker abgeworben und Gegenpropaganda in den Medien lanciert.

Im Juli 1997 entschied das Landgericht Köln, dass Rössels Charakterisierung der FAZ und ihres Korrespondenten keine »Schmähkritik« gewesen sei, sondern eine

»Meinungsäußerung«, die aufgrund des Sachverhaltes zulässig sei. Die Entscheidung fand ein breites Echo in den Medien, ging es doch einmal mehr um die Grenzen zwischen journalistischer Berichterstattung und PR-Arbeit für Unternehmen

zurück zum Inhalt

[105] Siehe *http://www.oman.de/oman-landeskunde/ kultur- oman- handwerk- architektur/ musiktanz/ royal- oman- symphony- orchestra/* und *http://www.spiegel.de/spiegel/print/ d- 81303008. html*

zurück zum Inhalt

106 Es gibt dazu viele Internetdiskussionen: *https://uk.answers.yahoo.com/question/index?qid=20101221162251AAjFPPg*

zurück zum Inhalt

[107] Zu Anthony Ashworth siehe John Beasant: *Oman – The True-Life Drama,* Edinburgh 2002; und Marc Valeri: *Oman: Politics and Society,* London 2009, S. 178; und Christopher Ling: *Sultan in Arabia,* Edinburgh 2004

zurück zum Inhalt

[108] Siehe *http://www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/*

zurück zum Inhalt

[109] Siehe *http://en.rsf.org/oman-two-omani- bloggers- freed- after- 18- 08- 2014, 46810. html* und *http://muawiya1983.blogspot.fr/* und *http://fr.rsf.org/oman-deux-blogueurs-dans- le- collimateur- 17- 07- 2014, 46648. html* und *http://en.rsf.org/oman-two-bloggers- detained- in- oman- for- 18- 07- 2014, 46652. html*

zurück zum Inhalt

[110] Siehe *http://www.hrw.org/world-report/2013/ country- chapters/ oman* und *http://www.amnestyusa.org/our-work/ countries/ middle- east- and- north- africa/ oman*

zurück zum Inhalt

[111] Hinweis: Renate Komes macht für Oman ganz normale (gute) PR-Arbeit, sie hat mit der Korruption, der man als Journalist in Oman begegnet, nach meinem Wissen nichts zu tun. Sie wird davon im Laufe der Jahre vieles mitbekommen haben, aber sie ist ganz sicher weder dafür verantwortlich noch die treibende Kraft.

zurück zum Inhalt

[112] FAZ, Juni 1995, von Oman finanzierter PR-Artikel im Politikteil des Blattes

zurück zum Inhalt

[113] FAZ, April 1997, von Oman finanzierter PR-Artikel im Politikteil des Blattes

zurück zum Inhalt

[114] FAZ, Oktober 1998, von Oman finanzierter PR-Artikel im Politikteil des Blattes

zurück zum Inhalt

[115] FAZ, November 2000, von Oman finanzierter PR-Artikel im Politikteil des Blattes

zurück zum Inhalt

[116] Siehe *http://www.mediummagazin.de/aktuelles/ pressereisen- affare- faz-schafft- fortan- transparenz/*

zurück zum Inhalt

[117] Zitiert nach *http://www.mediummagazin.de/aktuelles/ pressereisen-affare- faz- schafft- fortan- transparenz/*

zurück zum Inhalt

[118] Zitiert nach *http://www.sprengsatz.de/?p=3523*

zurück zum Inhalt

[119] Die von mir eingesehene vollständige Mitteilung zur Betriebsversammlung der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH vom 26. Juni 2014 an die FAZ-Kollegen weist insgesamt 280 Millionen Euro Kosten für das ums Überleben kämpfende Unternehmen aus. Viele Kosten können nicht gesenkt werden, da heißt es beispielsweise: »Ebenso stiegen die Kosten für die betriebliche Altersversorgung gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Millionen Euro auf 13,6 Mio. Euro im Jahre 2013. Durch die rückläufige Verzinsung auf den Kapitalmärkten ergab sich aufgrund gesetzlicher Vorgaben die Notwendigkeit, die Pensionsrückstellungen entsprechend aufzustocken.« An anderer Stelle heißt es: »… leider aber ist unser Ergebnis insgesamt noch immer ziemlich rot. Vor diesem Hintergrund haben Geschäftsführung und Herausgeber beschlossen, dieses Jahr keine Gehaltserhöhungen vorzunehmen. Das ist ärgerlich für alle, aber unvermeidbar. Eine solche Gehaltsteigerung würde eine weitere Belastung in Millionenhöhe zusätzlich zu den ohnehin schon vorhandenen Verlusten bedeuten.«

zurück zum Inhalt

[120] Siehe *http://www.dlg.org/fileadmin/downloads/ food/ DLG_ Pruefbestimmungen_ 2012.pdf* und *http://www.dlg-verbraucher.info/*

zurück zum Inhalt

[121] Siehe etwa *http://www.haz.de/Nachrichten/Wissen/ Uebersicht/ Diesen-Guetesiegeln- koennen- Sie- trauen*

zurück zum Inhalt

[122] Siehe etwa *http://www.augsburger-allgemeine. de/ bayern/ Mueller- Brot- Die- Ermittlungen- werden- langwierig- id18938661. html*

zurück zum Inhalt

[123] Siehe *http://www.augsburger-allgemeine. de/ wirtschaft/ Das- sind- Guetesiegel- wert- id19071936. html*

zurück zum Inhalt

[124] Zitiert nach *www.ndr.de/markt,* Sendung vom 2. 4. 2012

zurück zum Inhalt

[125] Zitiert nach *http://spiegelkabinett-blog.blogspot. de/ 2014/ 08/ ihr-geschaft- manipulation- und. html? m= 1*

zurück zum Inhalt

[126] Siehe *http://www.liberty-award.de/index. php/ liberty- award/ 43- jury/ 372- theo- sommer*

zurück zum Inhalt

[127] Siehe *http://www.focus.de/politik/experten/ wolffsohn/ steuerhinterzieher- theo- sommer- von- wegen- vorbild- wieder- ein- unmoralischer- moralist_ id_ 3572472. html* und *http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/ ex- zeit- chef- theo- sommer- wegen- steuerhinterziehung- verurteilt- a- 944935. html*

zurück zum Inhalt

[128] Siehe *http://www.zeit.de/2001/26/Uransyndrom_ Die_ Blamage_ der_ Alarmisten*

zurück zum Inhalt

[129] Siehe Uwe Krüger: *Meinungsmacht,* S. 21

zurück zum Inhalt

[130] Siehe *http://www.theosommer.de/index.php? seite= 7&lang=d*

zurück zum Inhalt

[131] Siehe dazu *http://www.derblindefleck.de/top- themen/ top- themen- 2008- 2/ top- 6/*

zurück zum Inhalt

[132] Die Literatur zu den möglichen Folgeschäden von abgereichertem Uran ist uneinheitlich. Über das tatsächliche Ausmaß der Bedrohung herrscht Uneinigkeit. Von Gegnern dieser Waffen, wie der Organisation Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, wird Uranmunition für Krebserkrankungen, Missbildungen und Folgeschäden wie das Golfkriegssyndrom verantwortlich gemacht. Sie führen an, dass Statistiken einen nicht zu übersehenden Anstieg gerade von Haut- und Lungenkrebserkrankungen in betroffenen Kriegsgebieten zeigen. Nach Studien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) liegt keine besondere Gefährdung vor. Kritiker bemängeln die Methodik und angeblich mangelnde Unabhängigkeit der Studien. Der sogenannte Lloyd-Bericht über Gesundheitsschäden bei britischen Golfkriegsveteranen zeigte die Existenz des Golfkriegssyndroms auf und untersuchte eine Reihe von potenziellen Auslösern dafür. Uranmunition wurde dabei als ein potenzieller Auslöser bezeichnet, allerdings verwies die Studie auch klar auf den Mangel an gesicherten Fakten über die Risiken. Besonders hervorgehoben wurde ein früherer Bericht der *Royal Society,* der die Gefahr von Uranmunition für Soldaten als nach heutigem Wissensstand eher gering einschätzte, allerdings ebenfalls Langzeitstudien und weitergehende Untersuchungen forderte. Die Studie Krebs, Kindersterblichkeit und Geburtenänderung im Geschlechterverhältnis von Chris Busby, Malak Hamdan und Entesar Ariabi von 2010 zeigt einen Anstieg bei Krebs und Missbildungen in Falludscha/Irak.

zurück zum Inhalt

[133] Siehe *http://www.liberty-award.de/index. php/ liberty- award/ 43- jury/ 372- theo- sommer*

zurück zum Inhalt

[134] Siehe dazu etwa *http://deutsche-wirtschafts-nachrichten. de/ 2014/ 07/ 24/ tabak- konzern- phillip- morris- spuelt- geld- in- die- parteikassen/*

zurück zum Inhalt

[135] Siehe *http://www.focus.de/politik/deutschland/ wende- in- der- teppich-affaere- niebel- muss- seinen- teppich- verzollen_ aid_ 769237. html* und *http://www.tagesschau.de/inland/niebel212. html* und *http://www.zeit.de/politik/deutschland/ 2012-06/niebel-teppich-affaere*

zurück zum Inhalt

[136] Zitiert nach *http://www.sprengsatz.de/?p=3512*

zurück zum Inhalt

[137] Siehe *http://www.sprengsatz.de/?cat=3&paged=5*

zurück zum Inhalt

[138] Siehe *http://www.kas.de/villalacollina/*

zurück zum Inhalt

[139] Siehe *http://www.kas.de/villalacollina/ de/ about/*

zurück zum Inhalt

[140] Siehe *http://www.rockefellerfoundation. org/ bellagio- center*

zurück zum Inhalt

[141] Auch der amerikanische Auslandsgeheimdienst CIA hat inzwischen auf seiner offiziellen Webseite einen Bericht, in dem der damalige C-Waffen-Einsatz (wo ich von der FAZ hingeschickt wurde) mit Senfgas (engl. mustard gas) im Juli 1988 aufgelistet ist, Quelle: *https://www.cia.gov/library/reports/general- reports- 1/ iraq_ wmd_ 2004/ chap5. html* Der Bericht trägt die Überschrift: »Iraq's Chemical Warfare Program« und listet für Juli 1988 auf, Zitat: »July 1988 South-central border – Mustard & nerve agent, 100s or 1,000s Iranian casualties«. Das im Juli 1988 (und da gab es nur die Schlacht von Zubaidat, von der ich berichtete) erwähnte eingesetzte Gift ist also »Mustard & nerve agent«, also auf Deutsch Senfgas. Auch die *Los Angeles Times* erwähnte Ende August 1988 in einem Nebensatz den Giftgaseinsatz gegen Iraner bei Zubaidat, siehe *http://articles.latimes.com/1988- 08- 28/ news/ mn- 1725_ 1_ poison- gas*

zurück zum Inhalt

[142] FAZ vom 19. Juli 1988

zurück zum Inhalt

[143] Dort heißt es: »July 1988 South-central border – Mustard & nerve agent, 100s or 1,000s Iranian casualties«, Quelle: *https://www.cia.gov/library/reports/ general- reports- 1/ iraq_ wmd_ 2004/ chap5. html*

zurück zum Inhalt

[144] Siehe dazu Hans Leyendecker: »Die Giftgaslieferungen an den Irak waren kein Zufall«, unter *library.fes.de/gmh/main/pdf-files/ gmh/ 1991/ 1991- 03- a- 200. pdf*

zurück zum Inhalt

[145] Siehe *http://www.berliner-kurier.de/kiez- stadt/ steffen- jacob- der- leise-tod- des- puff- prinzen- vom- stutti, 7169128, 28124090. html*

zurück zum Inhalt

[146] Siehe *http://www.alikepenek.com/*

zurück zum Inhalt

[147] Siehe etwa *http://www.liveleak.com/view?i=01e_ 1175818014*

zurück zum Inhalt

[148] Siehe *http://www.theguardian.com/world/ 2014/ mar/ 11/ journalist- shot-dead- afghanistan- kabul*

zurück zum Inhalt

[149] Siehe *http://www.aljazeera.com/news/africa/ 2013/ 11/ two- french- journalists- executed- mali- 201311217412455889 8. html*

zurück zum Inhalt

[150] Siehe *http://edition.cnn.com/2014/04/04/ world/ asia/ afghanistan- journalists- shot/*

zurück zum Inhalt

[151] Siehe etwa *http://www.spiegel.de/panorama/verdacht- auf- geheimnisverrat- razzia- beim- terrorexperten- ulfkotte- a- 293459. html*

zurück zum Inhalt

[152] Zitiert nach *http://www.stefan-niggemeier.de/blog/ faz- was- wissen- professoren- schon- vom- geldverdienen/*

zurück zum Inhalt

[153] Siehe *http://www.stefan-niggemeier.de/blog/ faz- was- wissen- professoren- schon- vom- geldverdienen/*

Anmerkungen zu Kapitel 2
Unsere Medien: Gleichgeschaltet, obrigkeitshörig und rechercheunwillig

zurück zum Inhalt

[154] Siehe etwa *http://www.n-tv.de/politik/21-Prozent- fuer- die- Gruenen-article1440946. html*

zurück zum Inhalt

[155] Siehe *http://www.taz.de/!57865/*

zurück zum Inhalt

[156] Siehe *http://www.ksta.de/debatte/kommentar- zu- sarrazin- der- zwanghafte- demagoge, 15188012, 12644874. html*

zurück zum Inhalt

[157] Siehe *http://www.deutschlandradiokultur. de/ rechtspopulismus- sarrazin- will- an- tabus- ruehren- die- in. 954. de. html? dram:article_id=278802*

zurück zum Inhalt

[158] Siehe *http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/ verstoss- gegen- persoenlichkeitsrechte- thilo- sarrazin- gegen- die- taz/ 8653894. html*

zurück zum Inhalt

[159] Zitiert nach *http://www.zeit.de/2010/36/01-Sarrazin*

zurück zum Inhalt

[160] Zitiert nach *http://www.heute.de/diskussion-um- armutszuwanderung-viele- bulgaren- fuehlen- sich- von- der- csu- offen- angegriffen- 31602446.html*

zurück zum Inhalt

[161] Zitiert nach *http://www.heute.de/diskussion-um- armutszuwanderung-viele- bulgaren- fuehlen- sich- von- der- csu- offen- angegriffen- 31602446.html*

zurück zum Inhalt

[162] Siehe *http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/ video/ 2060066/ Rumaenen- und- Bulgaren- in- Deutschland# / beitrag/ video/ 2060066/ Rumaenen- und- Bulgaren- in- Deutschland*

zurück zum Inhalt

[163] Siehe *http://www.handelsblatt.com/politik/ international/ bulgaren- und- rumaenen- die- voelkerwanderung- faellt- aus/ 9272340. html*

zurück zum Inhalt

[164] Siehe *http://www.fnp.de/rhein-main/Begriff- Armutszuwanderung- als-Unwort- des- Jahres- vorgeschlagen;art1491,726636*

zurück zum Inhalt

[165] Siehe *http://www.sueddeutsche.de/kultur/ sprache- sozialtourismus- ist- das- unwort- des- jahres- 1. 1862368*

zurück zum Inhalt

[166] Siehe *http://www.tagesschau.de/inland/unwortdesjahres114. html*

zurück zum Inhalt

[167] Zitiert nach *http://www.bild.de/politik/inland/ hartz- 4/ bezieher- aus- rumaenien- bulgarien- 36201208. bild. html*

zurück zum Inhalt

[168] Siehe etwa *http://www.derwesten.de/politik/zahl- bulgarischer- und- rumaenischer- hartz- iv- bezieher- steigt- id9457712. html*

zurück zum Inhalt

[169] Zitiert nach *http://www.deutschlandfunk.de/es- entwickelt- sich- eine-zivilgesellschaft. 694. de. html? dram:article_id=255262*

zurück zum Inhalt

[170] Siehe etwa *http://meedia.de/2013/08/20/berufe- ranking- journalisten- weit- hinten/*

zurück zum Inhalt

[171] Siehe *http://www.kontextwochenzeitung.de/ macht- markt/ 152/ streiken- im- keller- 2051.html* und *http://www.derwesten.de/panorama/ politiker- sind- die- berufsgruppe- mit- dem- niedrigsten- ansehen- id3445294. html*

zurück zum Inhalt

[172] Siehe *http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ reden- wir- ueber- geld-michel- friedman- ich- habe- mich- zu- wenig- selbst- geliebt- 1. 1079939- 3*

zurück zum Inhalt

[173] Siehe *http://medien-news.blog.de/2005/06/ 09/ journalisten_ haben_ einen_ schlechten_ ruf/*

zurück zum Inhalt

[174] Siehe *http://medien-news.blog.de/2005/06/ 09/ journalisten_ haben_ einen_ schlechten_ ruf/*

zurück zum Inhalt

175 Zitiert nach *http://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=36&cad=rja&uact=8&ved=0CEYQFjAFOB4&url=http%3A%2F%2Fdenkreiz.de%2Fwp-content%2Fuploads%2FKrise_des_Journalismus.pdf&ei=n0mEUyALMa0O6jggNAK&usg=AFQjCNFjCoY-pOLO-wwhsUEGcUGr85ruNA&bvm=bv.67720277,d.d2k*

Anmerkungen zu Kapitel 3:
Undercover Wahrheit: Alpha-Journalisten auf Linie mit den Eliten

zurück zum Inhalt

[176] Siehe *http://www.zeit.de/2014/07/deutsche- aussenpolitik-sicherheitskonferenz/ komplettansicht*

zurück zum Inhalt

[177] Siehe *http://www.swp-berlin.org/de/projekte/ neue- macht- neue- verantwortung/ mitwirkende. html*

zurück zum Inhalt

[178] Siehe *http://m.heise.de/tp/artikel/42/42401/*

zurück zum Inhalt

[179] Zitiert nach *http://m.heise.de/tp/artikel/42/42401/*

zurück zum Inhalt

[180] Zitiert nach *http://www.internet-law.de/2014/07/ zeit- journalisten- gehen- gerichtlich- gegen- das- zdf- und- die- anstalt- vor. html*

zurück zum Inhalt

[181] Siehe *http://www.zeit.de/2014/07/deutsche- aussenpolitik-sicherheitskonferenz/ komplettansicht*

zurück zum Inhalt

[182] Siehe *http://www.youtube.com/watch?v=-NABdIPFvls*

zurück zum Inhalt

[183] Zitiert nach *http://www.heise.de/tp/artikel/41/ 41841/ 1. html*

zurück zum Inhalt

[184] Siehe etwa diesen Ausschnitt aus einem Brief Joffes, welchen er seinen Kritikern zukommen ließ unter *http://www.heise.de/tp/bild/41/41841/ 41841_1. html*

zurück zum Inhalt

[185] Siehe *http://www.stefan-niggemeier.de/blog/ 17162/ die- zeit- erinnert- anti- lanz- petition- an- anti- juden- kampagne- der- nazis/*

zurück zum Inhalt

[186] Zitiert nach *http://www.internet-law.de/2014/07/ zeit- journalisten- gehen- gerichtlich- gegen- das- zdf- und- die- anstalt- vor. html*

zurück zum Inhalt

[187] Abgerufen am 2. August 2014 und zitiert nach *http://europe.stanford.edu/people/ josef_ joffe/*

zurück zum Inhalt

[188] Zitiert nach *http://www.handelsblatt.com/meinung/ presseschau/ presseschau- goldman- gottes- werk- und- bankers- beitrag/ 3302952. html* , siehe auch die Originalquelle unter *http://blogs.reuters.com/felix-salmon/ 2009/ 11/ 12/ goldman- sachss- not- very- charitable- foundation/*

zurück zum Inhalt

[189] Siehe *http://www.bild.de/politik/inland/ angela- merkel/ zum- geburtstag-von- angela- merkel- leser- malen- die- kanzlerin- 36838114. bild. html*

zurück zum Inhalt

[190] Siehe *http://www.kn-online.de/Freizeit/ KN- Forum- Wissen- 2014/ Prof. - Dr. - Brigitte- Witzer- Die- Diktatur- der- Dummen*

zurück zum Inhalt

[191] Zitiert nach *http://wirbt-fuer-bild.de/wer.html*

zurück zum Inhalt

[192] Zitiert nach *http://www.boeckler.de/32365_35234. htm*

zurück zum Inhalt

[193] Siehe etwa *http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/ a- 921253. html*

zurück zum Inhalt

[194] Zitiert nach *http://www.sprengsatz.de/?p=3644*

zurück zum Inhalt

[195] Zitiert nach *http://link.springer.com/chapter/ 10. 1007% 2F978- 3- 531- 90536- 5_ 7*

zurück zum Inhalt

[196] Siehe etwa Bettina Wagner: »Bild – unabhängig • überparteilich«. In: Oskar Niedermayer et al.: *Die Bundestagswahl 2005: Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse,* 2005, S. 145–170

zurück zum Inhalt

[197] Siehe *http://www.welt.de/print-wams/article129161/ Angela- Merkels-zweierlei- Welten. html*

zurück zum Inhalt

[198] Siehe *http://www.carta.info/73163/bild- studientrilogie- nicht- die- ereignisse- bestimmen- die- berichterstattung- sondern- die- eigene- vorhersage/*

zurück zum Inhalt

[199] Siehe *http://www.stern.de/lifestyle/leute/ kohl- hochzeit- mit- dem- bild-chef- als- trauzeugen- 620216. html*

zurück zum Inhalt

[200] Siehe *http://www.rp-online.de/panorama/ bild- chefredakteur- diekmann- und- kolumnistin- kessler- verheiratet- aid- 1. 2048046*

zurück zum Inhalt

[201] Siehe *http://www.sueddeutsche.de/medien/ bild- chef- kai- diekmann- bild- dir- deine- macht- 1. 998172- 11*

zurück zum Inhalt

[202] Zitiert nach *http://www.eurotopics.net/de/home/ presseschau/ archiv/ magazin/ politik- verteilerseite/ frankreich- 2008- 07/ artikel_ scalbert/*

zurück zum Inhalt

[203] Zitiert nach SZ vom 17. Mai 2010, Michael Kläsgen: Ein Netz von Freunden, im Internet unter *http://www.sueddeutsche.de/kultur/ sarkozy- und- die- medien- ein- netz- von- freunden- 1. 805499*

zurück zum Inhalt

[204] Zitiert nach *http://www.sprengsatz.de/?p=2580*

zurück zum Inhalt

[205] Siehe *http://www.bild.de/politik/inland/ wolfgang- bosbach/ wolfgang-bosbach- bei- wer- wird- millionaer- wer- hat- eigentlich- merkels- handy-nummer- 36244074. bild. html*

zurück zum Inhalt

[206] Zitiert nach *http://www.sueddeutsche.de/medien/ bild- chef- kai- diekmann- bild- dir- deine- macht- 1. 998172- 2*

zurück zum Inhalt

[207] Zitiert nach *https://www.djv.de/startseite/profil/ der- djv/ pressebereich-download/ pressemitteilungen/ detail/ article/ unabhaengig- bleiben. html*, siehe auch *http://www.heise.de/tp/artikel/42/ 42430/ 1. html*

zurück zum Inhalt

[208] Siehe dazu *http://www.sprengsatz.de/?p=2986*

zurück zum Inhalt

[209] Zitiert nach *http://www.sprengsatz.de/?p=3437*

zurück zum Inhalt

[210] Zitiert nach *http://www.sprengsatz.de/?p=3437*

zurück zum Inhalt

[211] Siehe *http://www.fr-online.de/politik/eigenwerbung- der- bundeswehr-vertraege- vorerst- nur- mit- springer, 1472596, 7504662. html*

zurück zum Inhalt

[212] Zitiert nach *http://www.sprengsatz.de/?p=4016*

zurück zum Inhalt

[213] Zitiert nach *http://www.fr-online.de/politik/nach- dem- ruecktritt- guttenberg- und- die- bild- zeitung, 1472596, 7504534. html*

zurück zum Inhalt

[214] Zur Burschenschaft: *http://www.franconia-muenster.de/*

zurück zum Inhalt

[215] Siehe *http://www.taz.de/1/archiv/archiv/ ? dig= 2006/ 10/ 28/ a0203*

zurück zum Inhalt

[216] Siehe *http://www.spiegel.de/unispiegel/ studium/ parteivorstand- hat- gesprochen- entweder- sozialdemokrat- oder- burschenschafter- a- 408440. html*

zurück zum Inhalt

[217] Siehe *http://www.politik-kommunikation. de/ ressorts/ artikel/ niemand-geht- damit- hausieren*

zurück zum Inhalt

[218] Siehe *http://www.spiegel.de/spiegel/vorab/ a- 327652. html*

zurück zum Inhalt

[219] Zitiert nach *http://www.deutsch-tuerkische-nachrichten. de/ 2014/ 05/ 502462/ kai- diekmann- erdogans- politik- fuehrt- tuerkei- in- eine- instabile- lage/*

zurück zum Inhalt

[220] Siehe *http://www.faz.net/aktuell/politik/ der- aufruf- zum- anruf- zu- guttenberg- bild- und- die- atlantik- bruecke- 1593253. html*

zurück zum Inhalt

[221] Siehe *https://www.atlantik-bruecke.org/ willkommen/ analysen- und-kommentare/* Dort heißt es über dem Foto und Artikeln von Frankenberger: »Hier finden Sie aktuelle Publikationen und Interviews aus dem Umfeld der Atlantik-Brücke zu transatlantischen Themen.« Ich habe Screenshots dazu gesichert.

zurück zum Inhalt

[222] Siehe *http://www.atlantik-bruecke.org/service/ dokumente/ overtures- and- finales- germany- and- the- united- states. pdf*

zurück zum Inhalt

[223] Siehe etwa *http://www.heise.de/tp/artikel/41/ 41551/ 1. html*

zurück zum Inhalt

[224] Zitiert nach *http://www.heise.de/tp/artikel/41/ 41551/ 1. html*

zurück zum Inhalt

[225] Zitiert nach *http://www.heise.de/tp/artikel/41/ 41551/ 1. html*

zurück zum Inhalt

[226] Siehe *http://www.dwdl.de/nachrichten/45406/ tina_ hassel_ loest_ deppendorf_ im_ hauptstadtstudio_ ab/*

zurück zum Inhalt

[227] Ebenda

zurück zum Inhalt

[228] Siehe S. 46 *http://www.atlantik-bruecke.org/w/ files/ dokumente/ 120628_ jahresbericht_ 2012. pdf*

zurück zum Inhalt

[229] Siehe etwa *http://www.heise.de/tp/artikel/41/ 41551/ 1. html*

zurück zum Inhalt

[230] Siehe *http://www.atlantik-bruecke.org/stiftung/*

zurück zum Inhalt

[231] Siehe *http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/ zapp/ zapp7506. html* und etwa *http://www.atlantik-bruecke.org/w/ files/ dokumente/ 120628_ jahresbericht_ 2012. pdf*

zurück zum Inhalt

[232] Siehe *http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/ zapp/ zapp7506. html*

zurück zum Inhalt

233 Die Originalseite *http://www.atlantik-bruecke.org/programme/mitgliederreisen-in-die-usa/* ist inzwischen gelöscht, aber im Internetarchiv noch mit den Daten bei der Diashow abrufbar unter *https://web.archive.org/web/20140103013945/ http://www.atlantik-bruecke.org/programme/mitgliederreisen-in-die-usa/*

zurück zum Inhalt

[234] Ebenda

zurück zum Inhalt

[235] Siehe *http://de.wikipedia.org/wiki/Constanze_ Stelzenm% C3% BCller*

zurück zum Inhalt

[236] Siehe *http://www.atlantik-bruecke.org/w/ files/ dokumente/ 120628_ jahresbericht_ 2012.pdf*

zurück zum Inhalt

[237] Siehe *http://www.atlantik-bruecke.org/service/ dokumente/ where- thirst- for- knowledge- meets- food- for- thought. pdf*

zurück zum Inhalt

[238] Siehe *http://www.atlantik-bruecke.org/*

zurück zum Inhalt

[239] Stiftung für Zukunftsfragen: *Immer mehr Vereine – immer weniger Mitglieder: Das Vereinswesen in Deutschland verändert sich*, Forschung Aktuell, 254, 35. Jg., 16. April 2014.

zurück zum Inhalt

[240] Siehe etwa *http://www.google.de/url?sa=t &rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=3& cad=rja&uact=8&ved=0CDsQFjAC&url=http%3A%2F%2F www.trilateral.org%2Fdownload%2Ffile%2FEU_ list_10-11.pdf&ei=Rk- RU7DQNeyr0gWjuIDICA&usg=AFQjCNGRSo Yc4od9QAcHDZ WuE3DSx-4AoA&bvm=bv.68445247,d.d2k*

zurück zum Inhalt

[241] Siehe etwa *http://www.atlantik-bruecke.org/ueber- uns/ gremien/*

zurück zum Inhalt

[242] Screenshot der Seite vom 6. Mai 2014 unter *http://www.atlantik-bruecke.org/ueber- uns/ gremien/*

zurück zum Inhalt

[243] Siehe dazu Ludger Kühnhardt: *Atlantik-Brücke: Fünfzig Jahre deutsch-amerikanische Partnerschaft,* S. 11 und S. 37 und S. 71; 1981 widmete die FAZ der Atlantik-Brücke ausführlichen publizistischen Raum. In Anspielung auf das in den USA verbreitete System privater Gesellschaften, »die nicht zu entscheiden haben, aber dennoch zum Entscheidungshintergrund gehören« und von daher in Deutschland eine unerhört neue Erfahrung bilden, hieß es, »ein Purist der Demokratie könnte Bedenken gegen derartige elitäre Mitbestimmungsgruppen haben«.

zurück zum Inhalt

[244] Zitiert nach S. 129 *http://www.atlantik-bruecke.org/w/ files/ dokumente/ jb- 0910- final. pdf*

zurück zum Inhalt

[245] Gemeinsame Veranstaltung mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, siehe S. 98 unter *http://www.atlantik-bruecke.org/service/dokumente/ jahresbericht- der- atlantik- bruecke- 2006- 2007. pdf*

zurück zum Inhalt

[246] Siehe *https://www.atlantik-bruecke.org/ willkommen/ analysen- und-kommentare/* Dort heißt es über dem Foto und Artikeln von Frankenberger »Hier finden Sie aktuelle Publikationen und Interviews aus dem Umfeld der Atlantik-Brücke zu transatlantischen Themen.« Ich habe Screenshots dazu gesichert. Siehe auch die Selbstdarstellung Frankenbergers bei der FAZ unter *http://www.faz.net/redaktion/klaus- dieter- frankenberger- 11104551. html* Dort wird dieser Zusammenhang für den Leser nicht erwähnt.

zurück zum Inhalt

[247] Siehe dazu *http://www.phoenix.de/content/phoenix/ bibliothek/ 442028*

zurück zum Inhalt

[248] Siehe *http://www.bild.de/politik/2010/schmidt/ diskutierte- in- hamburg- mit- altkanzler- schmidt- 11791926. bild. html*

zurück zum Inhalt

[249] Siehe dieses Interview von Eveline Y. Metzen ab Minute 6.35 unter *http://www.tvbvideo.de/video/iLyROoafzSjA. html*

zurück zum Inhalt

[250] Zitiert nach *http://www.berliner-zeitung.de/archiv/ ein- whos- who- der- politik- und- wirtschaft, 10810590, 9990036. html*

zurück zum Inhalt

[251] Zitiert nach *https://www.atlantik-bruecke.org/ programme/ preisverleihungen/ vernon- a- walters- award/*

zurück zum Inhalt

[252] Zitiert nach Friederike Beck, Das Guttenberg-Dossier, S. 76

zurück zum Inhalt

[253] Siehe das Buch von Ernst Langrock: »Der Drahtzieher. Vernon Walters – Ein Geheimdienstgeneral des Kalten Krieges«

zurück zum Inhalt

[254] Zitiert nach *http://deutsche-wirtschafts-nachrichten. de/ 2014/ 07/ 14/ nato- experte- aus- sicht- der- usa- ist- deutschland- ein- besetztes- land/*

zurück zum Inhalt

[255] Siehe *http://archive-org.com/page/1259165/ 2013- 01- 29/ http://www.atlantik-bruecke.org/programme/ konferenzen- und- expertengespraeche/ expertengespraeche- mit- dem- us- european- command/ 20- expertengespraech- mit- dem- us- european- command/*

zurück zum Inhalt

[256] Zitiert nach *http://www.atlantik-bruecke.org/programme/ konferenzen/ expertengespraeche- mit- dem- us- european- command/ 21- expertengespraech- mit- dem- useucom/*

zurück zum Inhalt

[257] Siehe *http://www.neues-deutschland.de/artikel/ 940649. nato- bereitet-manoever- in- ukraine- vor. html*

zurück zum Inhalt

[258] Zitiert nach Beckmann, Der geheime Krieg, ARD vom 28.11.2013, 00:51:10-00: 52:10 unter *http://mediathek.daserste.de/sendungen_ a- z/ 443668_ beckmann/ 18361194_der-geheime-krieg*

zurück zum Inhalt

[259] Siehe *http://www.srf.ch/news/international/ stelldichein- von- einstigen- widersachern* und *http://www.srf.ch/player/radio/echo- der- zeit/ audio/ geheime- liaison- zwischen- israel- und- saudi- arabien? id= 944e8419- 117f- 471a- 8030- fb51130ccf5a*

zurück zum Inhalt

[260] Siehe *http://www.rp-online.de/politik/deutschland/ telefonierte- cia- chef- mit- kanzleramt- aid- 1. 4374517*

zurück zum Inhalt

[261] Siehe etwa *http://www.voltairenet.org/article30085. html*

zurück zum Inhalt

[262] Sie wird als »Board Member« genannt, siehe etwa *http://www.gmfus.org/?s= suzanne+woolsey*

zurück zum Inhalt

[263] Ein Screenshot der Buchseite findet sich auch hier: *http://1.bp.blogspot.com/– gGV7k8rOgxo/ UUh-vBZO39I/AAAAAAAAAPA/ hlohWIT48kk/s1600/ Jutta+Ditfurth+USA.jpg*

zurück zum Inhalt

[264] Zitiert nach *http://www.gruene.de/partei/urwahl/ frage- 5- atlantikbruecke. html*

zurück zum Inhalt

[265] Siehe etwa *http://www.heise.de/tp/artikel/41/ 41551/ 1. html*

zurück zum Inhalt

[266] Siehe *http://www.gruene.de/partei/urwahl/ frage- 5- atlantikbruecke. html*

zurück zum Inhalt

[267] Siehe *http://www.youtube.com/watch?v=4wBK7mjBcqg*

zurück zum Inhalt

[268] Siehe *http://www.atlantik-bruecke.org/w/ files/ dokumente/ yl- history-2011. pdf*

zurück zum Inhalt

[269] Siehe *http://www.youtube.com/watch?v=4wBK7mjBcqg*

zurück zum Inhalt

[270] Siehe *http://www.atlantik-bruecke.org/w/ files/ dokumente/ yl- history-2011. pdf*

zurück zum Inhalt

[271] Zitiert nach *http://www.berliner-zeitung.de/archiv/ ein- whos- who- der- politik- und- wirtschaft, 10810590, 9990036. html*

zurück zum Inhalt

[272] Siehe dazu die Jahresberichte *http://www.atlantik-bruecke.org/service/dokumente/ jahresbericht- der- atlantik- bruecke- 2006- 2007. pdf* und *http://www.atlantik-bruecke.org/service/ dokumente/ jahresbericht- 2008-2009. pdf* und *http://www.atlantik-bruecke.org/w/ files/ dokumente/ jb- 0910-final. pdf* und *http://www.atlantik-bruecke.org/w/ files/ dokumente/ jahresbericht- 2010_ 2011- final. pdf* und *http://www.atlantik-bruecke.org/w/ files/ dokumente/ 120628_ jahresbericht_ 2012. pdf* und *https://www.atlantik-bruecke.org/ service/ dokumente/ a- message- to- the-people- of- the- united- states- of- america. pdf* und *https://www.atlantik-bruecke.org/ w/ files/ dokumente/ conference- report- daylk- 2007. pdf* und *https://www.atlantik-bruecke.org/ w/ files/ dokumente/ yl- history- 2011. pdf* und *https://www.atlantik-bruecke.org/ programme/ konferenzen/ deutsch-amerikanische- konferenzen/ konferenz- ab- acg/ ? pic= 15&gal= gal_0*

zurück zum Inhalt

[273] Zitiert nach *http://www.faz.net/redaktion/nikolas- busse- 11104508. html*

zurück zum Inhalt

[274] Siehe *https://www.atlantik-bruecke.org/ service/ dokumente/ a-message- to- the- people- of- the- united- states- of- america. pdf*

zurück zum Inhalt

[275] Siehe dazu *https://www.atlantik-bruecke.org/ veroeffentlichungen/ weitere- veroeffentlichungen/ a- message- from- germany/*

zurück zum Inhalt

[276] Siehe *http://www.swp-berlin.org/de/projekte/ neue- macht- neue- verantwortung/ mitwirkende. html*

zurück zum Inhalt

[277] Siehe etwa *https://www.wsws.org/de/articles/ 2014/ 05/ 08/ mili- m08. html*

zurück zum Inhalt

[278] Siehe *http://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/ publikationen/ beitrag. php? id= 363*

zurück zum Inhalt

[279] Siehe etwa *http://programm.ard.de/TV/Programm/ Alle- Sender/ ? sendung= 287216448290044* und *http://www.nationalstiftung.de/tagungen*

zurück zum Inhalt

[280] Siehe *https://www.youtube.com/watch?v=A9Qi0R- 6bFQ*

zurück zum Inhalt

[281] Nachrichtenagenturen gelten doch gemeinhin als Inbegriff der Seriosität. Was aber soll man von einer Agentur halten, wenn ihr Eigentümer die nach der Weltherrschaft strebende »Moon-Sekte« ist? Die 1907 gegründete und 1958 mit William Randolph Hearsts »New Service« fusionierte Nachrichtenagentur *United Press International* (UPI) war – früher zumindest – ein starker Konkurrent für die Nachrichtenagentur *Associated Press* (AP). 159 Angestellte in Washington, London, Lateinamerika und Asien berichten über politische und wirtschaftliche Entwicklungen in aller Welt. Im Mai 2000 wurde UPI von dem Unternehmen *News World Communications Inc* gekauft. Das aber ist im Besitz der »Unification Church« – in Deutschland besser bekannt als Vereinigungskirche oder »Moon-Sekte«. Und dieser gehören inzwischen nicht nur UPI, sondern auch eine ganze Reihe renommierter Zeitungen. UPI ist ein traditionsreicher Name im Nachrichtengeschäft. Auch in Deutschland hat UPI viele Kunden. So gesehen ist es erschreckend, dass auch in deutschen Nachrichten Berichte einer Agentur einfließen können, deren Eigentümer nach journalistischen Maßstäben eher wie die Pest gemieden werden sollten. Viele Journalisten übernehmen aber Agenturmeldungen in »eigene« Berichte, ohne sie als solche kenntlich zu machen. Wie soll man da noch herausfinden, ob die Erleuchtung des Berichterstatters nicht über den UPI-Ticker erfolgte? Im Jahre 2011 wurde der offizielle Name der von einem Koreaner gegründeten Moon-Sekte in Deutschland zu »Tongil-Gyo Vereinigungsbewegung« umbenannt. 99 von 100 deutschsprachigen Journalisten kennen weder die Hintergründe der Nachrichtenagentur UPI noch können sie mit dem Namen Tongil-Gyo etwas anfangen. Das freut die Hintermänner, die so ihre seltsame Weltsicht unters Volk bringen.

zurück zum Inhalt

[282] Zitiert nach *http://www.taz.de/!114755/*

zurück zum Inhalt

[283] Die Fotos findet man noch im Web unter *http://www.bildblog.de/20427/kleine- bruecken- unter- freunden- 2/*

zurück zum Inhalt

[284] Siehe *http://www.mediummagazin.de/archiv/ 2012- 2/ ausgabe- 092012/ bela- anda- bild- mann- und- sonne- fan/*

zurück zum Inhalt

[285] Zitiert nach *http://www.berliner-zeitung.de/archiv/ beate- lindemann- setzt- sich- mit- der- atlantik- bruecke- seit- jahrzehnten- fuer- die- deutsch- amerikanische- freundschaft- ein- die- kontakte- reichen- bis- ins- weisse- haus, 10810590, 10058202. html*

zurück zum Inhalt

[286] Siehe *https://www.atlantik-bruecke.org/ ueber- uns/ gremien/ vorstand/ weitere- vorstandsmitglieder/*

zurück zum Inhalt

[287] Siehe *http://meedia.de/2014/05/02/qualitaetsjournalismus- fehlanzeige-journalisten- als- lobbyisten/*

zurück zum Inhalt

[288] Zitiert nach *http://www.nachdenkseiten.de/?p=17471*

zurück zum Inhalt

[299] Zitiert nach *http://www.nachdenkseiten.de/?p=17471*

zurück zum Inhalt

[290] Zitiert nach *http://www.nachdenkseiten.de/?p=17471*

zurück zum Inhalt

[291] Zitiert nach *http://www.nachdenkseiten.de/?p=17471*

zurück zum Inhalt

[292] Siehe dazu *http://www.nachdenkseiten.de/wp-print. php? p= 21155*

zurück zum Inhalt

[293] Zitiert nach *http://www.nachdenkseiten.de/wp-print. php? p= 21155*

zurück zum Inhalt

[294] Uwe Krüger, Meinungsmacht, S. 126f.

zurück zum Inhalt

[295] Siehe *http://www.bundestag.de/dokumente/ lobbyliste/*

zurück zum Inhalt

[296] Siehe *https://lobbypedia.de/wiki/Deutsche_ Gesellschaft_ f% C3% BCr_ Ausw% C3% A4rtige_ Politik* und *http://www.tpnonline.org/organisation/cooperating-institutions/*

zurück zum Inhalt

[297] Zitiert nach *https://lobbypedia.de/wiki/Transatlantic_ Policy_ Network*

zurück zum Inhalt

[298] Die DGAP will nach eigenen Angaben aktiv die außenpolitische Meinungsbildung auf allen Ebenen beeinflussen. Es ist also eine Lobbyorganisation. Denn die DGAP schreibt über sich selbst: »Als privater, unabhängiger, überparteilicher und gemeinnütziger Verein begleitet die DGAP aktiv und auf allen Ebenen die außenpolitische Meinungsbildung in Deutschland und leistet Politikberatung.«, zitiert nach »DGAP berichtet«, Markus Lux und Gereon Schuch, Das Carl Friedrich Goerdeler-Kolleg der Robert Bosch Stiftung, Berlin 2008, dort Titelinnenseite; Screenshot liegt dem Autor vor; wer »aktiv« und eben nicht passiv die Meinungsbildung auf allen Ebenen begleitet, der nimmt aus meiner Sicht Einfluss und ist ein Lobbyist.

zurück zum Inhalt

[299] Siehe *https://dgap.org/de/gesellschaft/ dgap_ regional/ dgapforum_ frankfurt*

zurück zum Inhalt

300 Siehe *http://www.steuben-schurz.org/projekte/ medienpreis/ medienpreis1. htm*

zurück zum Inhalt

[301] Siehe *http://atlantische-initiative.org/ ueber- uns/ verein/*

zurück zum Inhalt

[302] Siehe dazu auch die Ausführungen unter *http://www.heise.de/tp/artikel/42/42430/1.html*

zurück zum Inhalt

[303] Siehe *http://www.bundestag.de/dokumente/ lobbyliste/*

zurück zum Inhalt

[304] Siehe *http://verlag.faz.net/unternehmen/ ueber- uns/ portraet/ wissen-fuer- kluge- koepfe- portraet- der- f- a- z- 11090906. html*

zurück zum Inhalt

[305] Die FAZ selbst wirbt neben »Unabhängigkeit« auch mit »journalistischer Qualität«, siehe *http://verlag.faz.net/unternehmen/ ueber- uns/ portraet/ wissen- fuer- kluge- koepfe- portraet- der- f- a- z- 11090906. html*

zurück zum Inhalt

[306] Zitiert nach *http://www.heise.de/tp/artikel/38/ 38515/ 1. html*

zurück zum Inhalt

[307] Zitiert nach *http://www.heise.de/tp/artikel/38/ 38515/ 1. html*

zurück zum Inhalt

[308] Siehe Uwe Krüger, Meinungsmacht, Seite 133

zurück zum Inhalt

[309] Zitiert nach *http://www.message-online.com/archiv/ message- 1- 2013/ leseproben/ die- naehe- zur- macht/*

zurück zum Inhalt

[310] Siehe *http://archive.today/gysXX*

zurück zum Inhalt

[311] Siehe Uwe Krüger, Meinungsmacht, Seite 131

zurück zum Inhalt

[312] Siehe *http://www.bundestag.de/dokumente/ lobbyliste/*

zurück zum Inhalt

[313] Siehe *http://www.bundestag.de/dokumente/ lobbyliste/*

zurück zum Inhalt

[314] Siehe *http://archive.today/gysXX*

zurück zum Inhalt

[315] Siehe *http://www.bundestag.de/dokumente/ lobbyliste/*

zurück zum Inhalt

[316] Siehe *http://atlantische-initiative.org/ ueber- uns/ verein/*

zurück zum Inhalt

[317] Siehe *http://www.iep-berlin.de/*

zurück zum Inhalt

[318] Siehe *http://www.iep-berlin.de/erweiterungundnachbarschaft. html*

zurück zum Inhalt

[319] Siehe etwa *http://spiegelkabinett-blog.blogspot. de/ 2012/ 10/ ein- blick- in- den- berliner- lobbysumpf. html*

zurück zum Inhalt

[320] Siehe *http://atlantische-initiative.org/ team/* Und siehe auch *http://spiegelkabinett-blog.blogspot. de/ 2012/ 10/ ein- blick- in- den- berliner- lobbysumpf. html* Dort heißt es u. a.: »Die Agentur Bohnen Kallmorgen & Partner und die Atlantische Initiative befinden sich im Centrum des riesigen Netzwerkes zur Erhaltung der Macht unserer Eliten. Bertelsmannstiftung, Atlantikbrücke, Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Goldman Sachs, CDU-Wirtschaftsrat, ZDF, Bildzeitung, Springerkonzern, Energiewirtschaft, Rüstungsindustrie, das ist die Mischung aus der Macht und persönlicher Reichtum gestrickt sind.«

zurück zum Inhalt

[321] Zitiert nach *http://atlantische-initiative.org/ team/*

zurück zum Inhalt

[322] Siehe die Studie von LobbyControl zur Schöpfung einer Lobbyagentur NTSA, S. 12, unter *https://www.lobbycontrol.de/download/ NTSA- Dossier. pdf*

zurück zum Inhalt

[323] Siehe *http://atlantische-initiative.org/ team/*

zurück zum Inhalt

[324] Zitiert nach »Die Non Toxic Solar Alliance – die Schöpfung einer Lobbyagentur, LobbyControl«, Seite 4, unter *https://www.lobbycontrol.de/download/ NTSA- Dossier. pdf*

zurück zum Inhalt

[325] Ausdrücklich sei darauf hingewiesen, dass hier die Zeitungsredaktionen und nicht die zuvor genannten Journalisten in Personen gemeint sind, der Artikel aus Saldo findet sich unter *https://www.saldo.ch/artikel/d/journalisten- im- dienst- von- pr- agenturen/*

zurück zum Inhalt

[326] Siehe *https://www.lobbycontrol.de/2011/ 07/ pr- rat- mahnt- lobbyagentur- hinter- der- non- toxic- solar- alliance/*

zurück zum Inhalt

[327] Siehe *https://www.lobbycontrol.de/2011/ 07/ pr- rat- mahnt- lobbyagentur- hinter- der- non- toxic- solar- alliance/* und *http://www.google.de/url? sa=t&rct=j&q=&esrc= s&source=web& cd=3&cad=rja&uact=8& ved=0CDEQFjAC& url=http%3A%2F%2Fdrpr-online.de %2Fwp-content%2Fuploads%2 F2013%2F08%2FNTSA_BKP_ Ratsbeschluss_110728.pdf& ei=PHbKU4yZO8v07AbJwICYBA& usg=AFQjCNEV7HubdE1 W9bEH8jBsOf_vCBr-wg& bvm=bv.71198958,d.bGE*

zurück zum Inhalt

[328] Siehe *http://atlantische-initiative.org/ ueber- uns/ verein/*

zurück zum Inhalt

[329] Zitiert nach *http://www.nachdenkseiten.de/wp-print. php? p= 21155*

zurück zum Inhalt

[330] Siehe dazu *http://www.nachdenkseiten.de/wp-print. php? p= 21155*

zurück zum Inhalt

[331] Zitiert nach *http://medienblog.blog.nzz.ch/2014/ 05/ 02/ rebellion- unter-den- lesern/*

zurück zum Inhalt

[332] Zitiert nach *http://www.sueddeutsche.de/politik/ propaganda- aus- russland- putins- trolle- 1. 1997470*

zurück zum Inhalt

[333] Siehe dazu neben Uwe Krüger: *Meinungsmacht* auch: »Tendenziöse Attributierung in deutschen Printmedien: Putin vs. Obama – eine linguistische Analyse«, Bachelor-Arbeit vorgelegt von Mirjam Zwingli, Hochschule für angewandte Sprachen, Fachhochschule des Sprachen & Dolmetscher Instituts München, 2012

zurück zum Inhalt

[334] Siehe etwa *http://www.heise.de/tp/artikel/20/ 20052/ 1. html*

zurück zum Inhalt

[335] Siehe *http://www.hintergrund.de/2007080165/ hintergrund/ medien/ mission- desinformation. html*

zurück zum Inhalt

[336] Siehe *http://www.zerohedge.com/news/2014- 07- 14/ new- snowden- docs- british- spies- manpulate- polls- and- pageview- counts- censor- videos- the* und *https://firstlook.org/theintercept/ 2014/ 07/ 14/ manipulating- online- polls- ways- british- spies- seek- control- internet/*

zurück zum Inhalt

[337] Siehe *http://bazonline.ch/digital/internet/ Der- Servicekatalog- des- britischen- Geheimdienstes/ story/ 29902489*

zurück zum Inhalt

[338] Siehe *http://www.washingtonsblog.com/2014/ 07/ pentagon- admits- spending- millions- study- manipulate- social- media- users. html*

zurück zum Inhalt

[349] Siehe *http://www.washingtonsblog.com/2014/ 02/ secret- playbook- social- media- censors. html*

zurück zum Inhalt

[340] Siehe *http://www.washingtonsblog.com/2014/ 06/ spying- different- time. html*

zurück zum Inhalt

[341] Zitiert nach *http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/ deutschland/ andreas- von- r- tyi/ trilaterale- kommission- hauptversammlung- dieses- jahr- in- deutschland. html*

zurück zum Inhalt

[342] Zitiert nach *http://juergenelsaesser.wordpress. com/ 2009/ 05/ 21/ bilderberger- und- trilaterale- kommission/*

zurück zum Inhalt

[343] Siehe *http://rt.com/news/europe-debt-crisis- takeover- 215/*

zurück zum Inhalt

[344] Siehe Uwe Krüger, Meinungsmacht, S. 148f.

zurück zum Inhalt

[345] Zitiert nach *http://juergenelsaesser.wordpress. com/ 2009/ 05/ 21/ bilderberger- und- trilaterale- kommission/*

zurück zum Inhalt

[346] Siehe *http://www.zeit.de/1977/45/heimliche- herrscher- des- westens*

zurück zum Inhalt

[347] Siehe Foto unter *https://compact-online.de/bilderberger- und- trilaterale/*

zurück zum Inhalt

[348] Siehe *http://www.reuters.com/article/2010/ 05/ 17/ us- eurozone- budgets- analysis- idUSTRE64G12W20100517*

zurück zum Inhalt

[349] Zitiert nach *https://lobbypedia.de/wiki/Trilaterale_ Kommission*

zurück zum Inhalt

[350] Siehe *http://www.trilateral.org/download/ file/ TC_ list_ 12- 13(3).pdf*

zurück zum Inhalt

[351] Zitiert nach *http://www.faz.net/redaktion/klaus- dieter- frankenberger-11104551. html*

zurück zum Inhalt

[352] Siehe Siehe *http://www.trilateral.org/download/ file/ TC_ list_ 12-13(3).pdf*

zurück zum Inhalt

[353] Siehe FAZ-Artikel »Welt in Unruhe« unter *http://fazarchiv.faz.net/ ?q=frankenberger+trilaterale+ kommission+2013& search_in=q&timePeriod= timeFilter&timeFilter=& DT_from=&DT_to=& KO=&crxdefs=& NN=&CO=&CN=&BC=& submitSearch=Suchen&sext=0& maxHits=&sorting=& toggleFilter=& dosearch=new#hitlist*

zurück zum Inhalt

[354] Siehe *http://www.newstatesman.com/economics/ economics/ 2014/ 04/ ns- profile- george- soros*

zurück zum Inhalt

[355] Siehe *http://www.newstatesman.com/economics/ economics/ 2014/ 04/ ns- profile- george- soros*

zurück zum Inhalt

[356] Siehe *https://www.freitag.de/autoren/soenke- paulsen/ die- soros- maschine*

zurück zum Inhalt

[357] Siehe *http://www.berliner-zeitung.de/politik/ bulgarien- - uns- geht- es- um- echte- demokratie- , 10808018, 23826154. html* und *http://www.fr-online.de/politik/bulgarien- proteste- bulgarische- mutbuerger, 1472596, 23816396. html*

zurück zum Inhalt

[358] Siehe *http://www.ecfr.eu/content/experts* und *http://ecfr.eu/content/staff/dimitar_ bechev/* ; das ECFR nennt ihn auf der Homepage: »Head of Sofia Office, Senior Policy Fellow«

zurück zum Inhalt

[359] Siehe dazu etwa *http://nsnbc.me/2013/10/29/atlantic- council- energy- summit- in- istanbul- and- regional- balkanization/*

zurück zum Inhalt

[360] Siehe *http://www.zeit.de/politik/2011-04/ gericht- kanzleramt- essen-ackermann*; Schirrmacher sagt »Ich war dabei«.

zurück zum Inhalt

[361] Zitiert nach *http://www.spiegel.de/spiegel/print/ d- 8924245. html*

zurück zum Inhalt

[362] Zitiert nach *http://www.spiegel.de/spiegel/print/ d- 8924245. html*

zurück zum Inhalt

[363] Zitiert nach *http://www.spiegel.de/spiegel/print/ d- 8924245. html*

zurück zum Inhalt

[364] Siehe etwa Seite 11 der Sinclair-Haus-Gespräche, hrsg. Von der Herbert-Quandt-Stiftung, Thema: Gesellschaft ohne Zukunft?, Bad Homburg, November 2004

zurück zum Inhalt

[365] Zitiert nach *http://www.merkur-blog.de/2013/02/ sorgfaltspflichten-wenn- frank- schirrmacher- einen- bestseller- schreibt/*

zurück zum Inhalt

[366] Siehe *http://www.wiwo.de/politik/deutschland/ bettina- roehl- direkt-schirrmacher- zwischen- infantilitaet- und- groessenwahn/ 7840200. html*

zurück zum Inhalt

[367] Zitiert nach *http://www.taz.de/1/archiv/?dig=2006/ 06/ 24/ a0014*

zurück zum Inhalt

[368] Siehe *https://www.elitenetzwerk.bayern. de/ elitenetzwerk- home/ aktuelles/ meldungen/ 2013/ november- 2013/ enbforum5/*

zurück zum Inhalt

[369] Zitiert nach *https://www.business-rhein-neckar. de/ portal/ fep/ de/ dt. jsp? setCursor= 1_ 434427&cursorPath=%7C434427%7C444798*

zurück zum Inhalt

[370] Siehe *http://www.mittelbayerische.de/region/ regensburg/ regensburg/ artikel/ 45- minuten-bei-den-thurn- und-taxis/983218/45-minuten- bei-den-thurn-und-taxis. html*

zurück zum Inhalt

[371] Siehe *http://www.welt.de/print-welt/article663344/ 20- Millionen- Mark- sind- nur- relativ- viel. html*

zurück zum Inhalt

[372] Originalquelle *http://kress.de/* und auch hier zu finden: *http://www.indiskretionehrensache.de/2005/09/armer-alexander- von-schoenburg/*

zurück zum Inhalt

[373] Zitiert nach Stephan Weichert, Christian Zabel, Die Alpha-Journalisten, S. 25

zurück zum Inhalt

[374] Zitiert nach *http://www.stefan-niggemeier.de/blog/ 11657/ armer-thomas- knuwer/*

zurück zum Inhalt

[375] Siehe *http://www.bildblog.de/2525/alexander- von- tuten- und- blasen/*

zurück zum Inhalt

[376] Zitiert nach *http://www.bild.de/leute/star-news/ leute/ royal- kolumne-schoenburg- 3347564. bild. html*

zurück zum Inhalt

[377] Siehe etwa *http://diepresse.com/home/techscience/ internet/ 350508/ Queen- veroffentlicht- Weihnachtsansprache- auf- YouTube* und *http://www.manager-magazin.de/unternehmen/ it/ a- 525227. html*

zurück zum Inhalt

[378] Siehe *http://www.bild.de/leute/2007/leute/ otto- adel- kaiser- 2059128. bild. html*

zurück zum Inhalt

[379] Siehe *http://www.bild.de/unterhaltung/kultur/ frank- schirrmacher/ von- diesem- buch- bekommt- man- muskelkater- im- gehirn- 29221524. bild. html*

zurück zum Inhalt

[380] Siehe etwa *http://www.taz.de/1/archiv/?dig=2005/ 04/ 11/ a0162*

zurück zum Inhalt

[381] Siehe *http://www.bild.de/unterhaltung/royals/ letizia- von- spanien/ kann-letizia- koenigin- 36248272. bild. html*

zurück zum Inhalt

[382] Zitiert nach *http://www.bild.de/news/inland/arjen- robben/ warum- polen- und- hollaender- besser- fluchen- 36523934. bild. html*

zurück zum Inhalt

[383] Zitiert nach *http://www.taz.de/1/archiv/?dig=2005/ 04/ 11/ a0162*

zurück zum Inhalt

[384] Siehe *http://meedia.de/2013/04/12/spiegel- wohin- segelt- muller- v-blumencron/*

zurück zum Inhalt

[385] Zitiert nach *http://www.bild.de/geld/wirtschaft/ gruner- jahr/ steife- brise- in- hamburgs- blaetterwald- 29951972. bild. html*

zurück zum Inhalt

[386] Zitiert nach *http://www.pop-zeitschrift.de/2014/ 05/ 09/ ironie- und- product- placement- in- tristesse- royalevon- sonja- lesniak9- 5- 2014/* und *http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/ archiv/ 66005_ Ein- Dandy- sucht- sich- vergebens- selbst. html*

zurück zum Inhalt

[387] Siehe *http://diepresse.com/home/leben/mensch/ royal/ 3848885/ Juan-Carlos- Aerger- mit- der- Justiz? _ vl_ backlink= / home/ index. do*

zurück zum Inhalt

[388] Siehe *http://www.bild.de/news/inland/interview/ mit- dem- preussen- koenig- friedrich- dem- grossen- 22221908. bild. html*

zurück zum Inhalt

[389] Siehe *http://search.wikileaks.org/?q=bilderberg*

zurück zum Inhalt

[390] Siehe *http://www.atimes.com/atimes/Middle_ East/ EE22Ak03. html*

zurück zum Inhalt

[391] Zitiert nach *https://www.lobbycontrol.de/2014/ 06/ bilderberg- 2014- eliten- unter- sich/*

zurück zum Inhalt

[392] Siehe etwa *http://meedia.de/2014/07/29/einstweilige- verfuegung-gegen- die- anstalt- zdf- wehrt- sich- gegen- zeit- journalisten- joffe- und-bittner/*

zurück zum Inhalt

[393] Siehe *http://www.fr-online.de/politik/bilderberg- konferenz- geheimes-treffen- der- elite, 1472596, 4471506. html*

zurück zum Inhalt

[394] Zitiert nach *http://www.heise.de/tp/artikel/34/ 34928/ 1. html*

zurück zum Inhalt

[395] Siehe *http://www.voltairenet.org/article171339. html*

Anmerkungen zu Kapitel 4:
Kauf Dir einen Journalisten – geschmierte Berichterstattung

zurück zum Inhalt

[396] Zitiert nach *http://www.hassomansfeld.com/site/* , Screenshot vom 8. Juli 2014, unter »Dienstleistungen«, dort Punkt C. Operative Medienarbeit.

zurück zum Inhalt

[397] Siehe *http://kress.de/kresskoepfe/kopf/ profil/ 9063- hasso- mansfeld. html*

zurück zum Inhalt

[398] Ich meine das Wort »einfacher« nicht abwertend, sondern will damit ausdrücken, dass er kein »Alpha-Journalist« ist.

zurück zum Inhalt

[399] Siehe *http://druckstellen.info/organisation/ jury/ stefan- laurin. html? PHPSESSID= r0gf8paji12q6kuc957knppv16*

zurück zum Inhalt

[400] Siehe *http://www.ruhrbarone.de/oeffentlich- rechtliche- schonkost- fuer- die- massen/ 82986# more- 82986*

zurück zum Inhalt

[401] Siehe *http://juris.bundesgerichtshof.de/ cgi- bin/ rechtsprechung/ document. py? Gericht= bgh&Art=pm& Datum=2014&Sort=3& nr=66713&pos=1&anz=24& Blank=1*

zurück zum Inhalt

[402] Siehe *http://www.brandeins.de/archiv/2014/ werbung. html*

zurück zum Inhalt

[403] Siehe etwa *http://www.journalist.de/ratgeber/ handwerk- beruf/ menschen- und- meinungen/ umfrage- zu- native- advertising- darf- werbung- inhalt- sein. html*

zurück zum Inhalt

404 Siehe *http://www.weimermediagroup.de/Weimer_ Media_ Group/ Weimer_ Media_ Group. html*

zurück zum Inhalt

[405] Siehe *http://www.boerse-am-sonntag.de/leben/ refugium- der- woche/ artikel/ hotel- buelow- palais- dresden. html*

zurück zum Inhalt

[406] Siehe *http://www.boerse-am-sonntag.de/aktien/ gastbeitraege/ artikel/ ein- neuer- typ- von- anleger. html*

zurück zum Inhalt

[407] Zitiert nach *http://www.newsroom.de/news/detail/ $ IWCOISLTIOKO/*

zurück zum Inhalt

[408] Siehe *http://blog.wiwo.de/ungedruckt/2012/ 02/ 20/ die- anfalligkeiten-von- journalisten- fur- kleine- geschenke/*

zurück zum Inhalt

[409] Abgerufen am 27. Mai 2014 unter *http://www.journalismus.com/*

zurück zum Inhalt

[410] Dominik Stawski, »Die Prozente der Presse. Bewertung von Journalistenrabatten aus Anbieter- und Nutzerperspektive«, VS Verlag 2010

zurück zum Inhalt

[411] Zitiert nach *http://www.mediummagazin.de/archiv/ 2012- 2/ ausgabe-032012/ journalisten- drohen- mit- negativen- berichten/*

zurück zum Inhalt

[412] Siehe *http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/ kino/ gekaufte- berichte- die-eu- bezahlt- journalisten- um- ihr- image- zu- pflegen- 1330793. html*

zurück zum Inhalt

[413] Siehe *http://www.stern.de/wirtschaft/news/ unternehmen/ journalisten-lustreise- prassen- in- peking- 652145. html* und *http://www.handelsblatt.com/unternehmen/ management/ strategie/ gekaufte- berichterstattung- wenn- journalisten- verfuehrt- werden/ 8864088. html*

zurück zum Inhalt

[414] Siehe *http://www.focus.de/finanzen/news/ unternehmen/ stahlkonzern-laedt- journalisten- ein- faz- liess- sich- von- thyssenkrupp- zu- teurer- reise-einladen_ aid_ 858010. html*

zurück zum Inhalt

[415] Zitiert nach *http://www.deutschlandfunk.de/thyssenkrupp- bezahlt-luxusreisen- fuer- journalisten. 761. de. html? dram:article_id=227635*

zurück zum Inhalt

[416] Siehe etwa *http://meedia.de/2012/11/12/thyssenkrupp- bezahlte-luxusreisen- fur- journalisten/*

zurück zum Inhalt

[417] Siehe *http://www.welt.de/print-welt/article243562/ Rabattjaeger- mit-Presseausweis. html*

zurück zum Inhalt

[418] Zitiert nach *https://www.lobbycontrol.de/2013/ 08/ gefallen- an- gefalligkeiten- wie- journalisten- umgarnt- werden/*

zurück zum Inhalt

[419] Siehe dazu *http://www.ksta.de/stadt-leverkusen/ untreue- danner- nimmt- sein- urteil- dankbar- an, 15189132, 23520970. html*

zurück zum Inhalt

[420] Zitiert nach *http://www.berliner-zeitung.de/medien/ beeinflussung- der- presse- champagner- bis- zum- abwinken- , 10809188, 22395994. html*

zurück zum Inhalt

[421] Zitiert nach *http://www.berliner-zeitung.de/medien/ beeinflussung- der-presse- champagner- bis- zum- abwinken- , 10809188, 22395994. html*

zurück zum Inhalt

[422] Zitiert nach *http://www.berliner-zeitung.de/medien/ beeinflussung- der- presse- champagner- bis- zum- abwinken- , 10809188, 22395994. html*

zurück zum Inhalt

[423] Zitiert nach *http://www.berliner-zeitung.de/medien/ beeinflussung- der-presse- champagner- bis- zum- abwinken- , 10809188, 22395994. html*

zurück zum Inhalt

[424] Zitiert nach *http://www.berliner-zeitung.de/medien/ beeinflussung- der-presse- champagner- bis- zum- abwinken- , 10809188, 22395994. html*

zurück zum Inhalt

[425] Zitiert nach *http://www.berliner-zeitung.de/medien/ beeinflussung- der-presse- champagner- bis- zum- abwinken- , 10809188, 22395994. html*

zurück zum Inhalt

[426] Zitiert nach *http://www.handelsblatt.com/unternehmen/ management/ strategie/ gekaufte- berichterstattung- wenn- journalisten- verfuehrt- werden/ 8864088. html*

zurück zum Inhalt

[427] Siehe *http://spot.us/stories*

zurück zum Inhalt

[428] Zitiert nach Peter Szyszka, Produkt-PR und Journalismus

zurück zum Inhalt

[429] Siehe *http://www.sueddeutsche.de/medien/ studie- zur- medienselbstkontrolle- deutsche- journalisten- sind- wenig- selbstkritisch- 1. 1651105*

zurück zum Inhalt

[430] Zitiert nach *http://blog.wiwo.de/ungedruckt/2012/ 02/ 20/ die-anfalligkeiten- von- journalisten- fur- kleine- geschenke/*

zurück zum Inhalt

[431] Siehe etwa *http://www.message-online.com/archiv/ message- 1- 2013/ leseproben/ die- naehe- zur- macht/*

zurück zum Inhalt

[432] Siehe etwa *http://www.taz.de/!68411/*

zurück zum Inhalt

[433] Zitiert nach *http://meedia.de/2011/04/07/schleichwerbung- in- allen-bereichen/*

zurück zum Inhalt

[434] Zitiert nach *http://www.medienforum-archiv.de/ nc/ blog/ liste/ blog-post////pr-und-journalismus-problematische- beziehungspflege. html*

zurück zum Inhalt

[435] Zitiert nach *http://meedia.de/2012/11/12/thyssenkrupp- bezahlte-luxusreisen- fur- journalisten/*

zurück zum Inhalt

[436] Siehe etwa *http://www.welt.de/wirtschaft/webwelt/ article108949078/ Wie- Samsung- auf- der- Ifa- Tech- Blogger- erpresst. html*

zurück zum Inhalt

[437] Siehe *http://www.fr-online.de/medien/nebenjobs- nachrichtensprecher-in- der- kritik, 1473342, 3117896. html*

zurück zum Inhalt

[438] Zitiert nach *http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/ zapp/ nebenerwerb100. html*

zurück zum Inhalt

[439] Zitiert nach *http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/ zapp/ nebenerwerb100. html*

zurück zum Inhalt

[440] Zitiert nach *http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/ zapp/ nebenerwerb100. html*

zurück zum Inhalt

[441] Siehe *http://www.mopo.de/politik---wirtschaft/ tom- buhrow- - - co- - das-verdienen- die- oeffentlich- rechtlichen- senderchefs, 5066858, 23911640.html*

zurück zum Inhalt

[442] Siehe *http://www.zdf.de/ZDFmediathek/kanaluebersicht/ aktuellste/ 228# / beitrag/ video/ 1971936/ ZDF- heute- journal- vom- 2608- 2013*

zurück zum Inhalt

[443] Siehe *http://www.faz.net/aktuell/politik/ inland/ allensbach- analyse- tatsaechliche- und- gefuehlte- intoleranz- 12120753. html*

zurück zum Inhalt

[444] Der Originaltext findet sich unter *http://www.nachtkritik.de/index.php?option= com_content& view=article& id=9572:theater-der-welt-2014- jacob-appelbaums-opening- speech-&catid=53:portraet -a-profil&Itemid=83*

zurück zum Inhalt

[445] Siehe *http://www.stern.de/lifestyle/leute/ tv- kommissar- derrick- horst- tappert- war- mitglied- der- waffen- ss- 2002874. html*

zurück zum Inhalt

[446] Siehe *http://www.dnv-online.net/medien/ detail. php? rubric= Medien&nr=91387*

zurück zum Inhalt

[447] Siehe *http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/ medienkrise- nie- zuvor-gab- es- so- viele- entlassungen- in- der- presse- a- 870402. html*

zurück zum Inhalt

[448] Siehe etwa *http://www.wiwo.de/erfolg/beruf/kein- bedarf- diese- jobs- sind- vom- aussterben- bedroht/ 10208452. html? slp= false&p=7&a=false#image*

zurück zum Inhalt

[449] Siehe *http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ unternehmen/ zeitungen- in- der- krise- den- wirtschaftsmedien- von- gruner- jahr- droht- das- aus- 11957636. html*

zurück zum Inhalt

[450] Siehe *http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ unternehmen/ zeitungen- in- der- krise- den- wirtschaftsmedien- von- gruner- jahr- droht- das- aus- 11957636. html* und *http://www.tagesspiegel.de/medien- news/ ;art15532,2370490*

zurück zum Inhalt

[451] Siehe zum Hintergrund der FR als SPD-naher Zeitung Ute Volkmann: »Legitime Ungleichheiten. Journalistische Deutungen vom ›sozialdemokratischen Konsensus‹ zum ›Neoliberalismus‹«, VS Verlag, Wiesbaden 2006

zurück zum Inhalt

[452] Siehe *http://www.handelsblatt.com/unternehmen/ it- medien/ stellenabbau- frankfurter- rundschau- schrumpft- zur- lokalzeitung/ 4015702. html*

zurück zum Inhalt

[453] Siehe *http://www.taz.de/!111694/*

zurück zum Inhalt

[454] Siehe *Spiegel* vom 14. Juli 2014, S. 128–130

zurück zum Inhalt

[455] Siehe *http://www.merkur-online.de/aktuelles/ bayern/ nuernberg-abendzeitung- nuernberg- 2523059. html*

zurück zum Inhalt

[456] Siehe *http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/ muenchner-abendzeitung- ist- insolvent- a- 957098. html*

zurück zum Inhalt

[457] Siehe *http://mmm.verdi.de/medien-wirtschaft/ 02- 2014/ muenchener-abendzeitung- geht- in- die- insolvenz*

zurück zum Inhalt

[458] Siehe *http://kress.de/tweet/tagesdienst/ detail/ beitrag/ 118847- zum- 31- dezember- 2013- bonner- general- anzeiger- schliesst- berliner- buero. html*

zurück zum Inhalt

[459] Siehe *http://mmm.verdi.de/medien-wirtschaft/ 03- 2014/ 50- entlassungen- bei- der- wz*

zurück zum Inhalt

[460] Siehe *http://www.labournet.de/branchen/ medien/ medien- presse/ medien- verschiedenes/ entlassungen- bei- der- leipziger- volkszeitung- madsack- konzern- vernichtet- weiter- arbeitsplatze/*

zurück zum Inhalt

[461] Siehe etwa Vorschläge gegen Zeitungssterben: *journalist* 6/2009, S.53ff., 1/2010

zurück zum Inhalt

[462] Zitiert nach *http://www.faz.net/aktuell/politik/ kommentar- die-rundschau- am- ende- 11959447. html*

zurück zum Inhalt

[463] Zitiert nach *http://www.heise.de/tp/artikel/41/ 41878/ 1. html*

zurück zum Inhalt

[464] Zitiert nach *http://meedia.de/2014/04/08/robotertexte- stuttgarter-agentur- plant- vollautomatisiertes- sportportal/*

zurück zum Inhalt

[465] Zitiert nach *http://meedia.de/2014/04/08/robotertexte- stuttgarter-agentur- plant- vollautomatisiertes- sportportal/*

zurück zum Inhalt

[466] Siehe etwa *http://www.sueddeutsche.de/medien/ nach- insolvenz- faz- darf- frankfurter- rundschau- uebernehmen- 1. 1611595*

zurück zum Inhalt

[467] Siehe etwa *http://www.stuttgarter-zeitung.de/ inhalt. ms- princess-daphne- spd- legt- sich- traumschiff- zu. 27289134- 7683- 4cd4- ae6b-03e6441f1665. html* und *http://www.sueddeutsche.de/politik/ sozialdemokraten- reisen- statt- presse- traumschiff- spd- 1. 1122795* und *http://www.abendblatt.de/reise/article1963482/ Kurswechsel- Die- SPD- wird-Kreuzfahrtunternehmen. html*

zurück zum Inhalt

[468] Siehe *http://kress.de/kressreport/heftarchiv/ details- des- kressreports/ beitrag/ 62132. html? tx_ ttnews% 5Bedition% 5D= 10% 2F2006&cHash=5a68913dbe2874ae83858eab8ab4b357* und *http://www.spiegel.de/wirtschaft/ fliegender- wechsel- vorkoetter- geht- zur- frankfurter- rundschau- a- 416426. html*

zurück zum Inhalt

[469] Sieh *http://www.spiegel.de/spiegel/vorab/ spd- medienholding- haelt- sich- nicht- an- geplanten- mindestlohn- a- 941082. html*

zurück zum Inhalt

[470] Siehe dazu *http://www.zeit.de/2004/13/FR_2fSPD*

zurück zum Inhalt

[471] Zitiert nach *http://blogs.faz.net/medienwirtschaft/ 2014/ 02/ 03/ die-medienmacht- der- spd- broeckelt- die- ddvg- ihre- zeitungen- und- dietmar-nietan- 402/*

Anmerkungen zu Kapitel 5:
Fallbeispiele von der Propagandafront

zurück zum Inhalt

[472] Zitiert nach *http://german.ruvr.ru/2014_07_03/ Wenn- ich- mit- der- Hisbollah- reden- will- kann- ich- mit- der- Hisbollah- reden- 5595/*

zurück zum Inhalt

[473] Siehe dazu seinen Brief unter *www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1975_ 1_ 4_ soell. pdf*

zurück zum Inhalt

[474] Siehe dazu *http://www.taz.de/1/archiv/?dig=2003/ 05/ 17/ a0288*

zurück zum Inhalt

[475] Siehe *dipbt.bundestag.de/doc/btp/02/02116. pdf*

zurück zum Inhalt

[476] Siehe *http://www.zeit.de/wirtschaft/2014- 04/ griechenland- staatsanleihe- emission- kapitalmarkt*

zurück zum Inhalt

[477] Zitiert nach *http://www.welt.de/wirtschaft/article126785396/ Anleger-reissen- sich- um- griechische- Staatsanleihen. html*

zurück zum Inhalt

[478] Siehe *http://www.faz.net/aktuell/finanzen/ anleihen- zinsen/ comeback- am- finanzmarkt- riesiges- interesse- an- griechen- anleihe- 12887760. html*

zurück zum Inhalt

[479] Siehe *http://www.handelsblatt.com/finanzen/ boerse- maerkte/ anleihen/ staatsanleihen- griechenland- holt- sich- weniger- geld- als- erwartet/ 10181086. html*

zurück zum Inhalt

[480] Siehe *http://www.tagesspiegel.de/medien/ kurzmeldungen/ 508682. html* und *http://f3.webmart.de/f.cfm? id=1378521&r=threadview&t=1979924&pg=1*

zurück zum Inhalt

[481] Siehe *http://www.tagesspiegel.de/politik/ von- der- rolle/ 509240. html* und siehe auch *http://www.dasgelbeforum.net/30434/ messages/ 267806. htm*

zurück zum Inhalt

[482] Siehe *http://diepresse.com/home/wirtschaft/ economist/ 3829231/ Okonomen_ Zielsicher- daneben? _ vl_ backlink= / home/ index. do*

zurück zum Inhalt

[483] Siehe *http://www.stefan-niggemeier.de/blog/ 18300/ die- schein- abstimmungen- des- zdf- fuer- deutschlands- beste/*

zurück zum Inhalt

[484] Siehe *http://meedia.de/2014/07/08/das-zdf- als- adac- unter- den- sendern- umfrage- bluff- bei- den- besten- deutschen/*

zurück zum Inhalt

[485] Siehe *http://www.derwesten.de/kultur/fernsehen/ boehse- onkelz- wohl- zu- boese- zdf- manipulierte- weitere- show- id9601359. html*

zurück zum Inhalt

[486] Siehe *http://diepresse.com/home/politik/ aussenpolitik/ 3839315/ Noch-zehn- Jahre- Merkel- Zwei- Drittel- der- Deutschen- dagegen? from= gl. home_ politik*

zurück zum Inhalt

[487] Siehe *http://www.focus.de/politik/deutschland/ umfrage- zur- kanzlerin- jeder- vierte- wuenscht- sich- weitere- zehn- jahre- merkel_ id_ 3994455. html*

zurück zum Inhalt

[488] Siehe *Guardian* vom 19. Januar 2009, *http://www.guardian.co.uk/politics/2009/ jan/ 19/ economy- banking*

zurück zum Inhalt

[489] Siehe *http://www.fr-online.de/politik/bilderberg- konferenz- geheimes-treffen- der- elite, 1472596, 4471506. html*

zurück zum Inhalt

[490] Siehe dazu Schwencke, Olaf: Der Euro als Kulturfaktor: die neue Währung und die alte Welt, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, Jg. 48/1998, H. 4, S. 102-106;

zurück zum Inhalt

[491] Siehe *http://www.spiegel.de/spiegel/print/ d- 8798815. html*

zurück zum Inhalt

[492] Siehe etwa *http://www.freitag.de/autoren/tom- strohschneider/ selbst-ernannter- volksvertreter* und *http://www.spiegel.de/wirtschaft/ soziales/ kampf- um- stabile- waehrung- die- euro- fighter- a- 692289. html*

zurück zum Inhalt

[493] Zitiert nach *http://pdf.zeit.de/1998/09/euro.txt. 19980219. xml. pdf*

zurück zum Inhalt

[494] Siehe *http://www.zeit.de/2009/06/Ratlosigkeit/ komplettansicht*

zurück zum Inhalt

[495] Zitiert nach *http://www.zeit.de/2009/06/Ratlosigkeit/ komplettansicht*

zurück zum Inhalt

[496] Zitiert nach *http://www.sueddeutsche.de/medien/ serie- wozu- noch- journalismus- das- ist- nicht- ihr- kanzleramt- 1. 63398- 2* und *http://www.freitag.de/autoren/jaugstein/ wozu- noch- journalismus- beitrag- zu- einer- serie*

zurück zum Inhalt

[497] Zitiert nach *http://www.sueddeutsche.de/medien/ serie- wozu- noch- journalismus- das- ist- nicht- ihr- kanzleramt- 1. 63398- 2*

zurück zum Inhalt

[498] Zitiert nach *http://www.spiegel.de/kultur/tv/einflussnahme- der- parteien-brender- prangert- spitzelsystem- bei- oeffentlich- rechtlichen- an- a-679247. html*

zurück zum Inhalt

[499] Siehe *http://content.stuttgarter-nachrichten. de/ stn/ page/ detail. php/ 2318415*

zurück zum Inhalt

[500] Siehe *http://www.spiegel.de/kultur/tv/steffen- seibert- zdf- moderator- wird- merkels- neuer- sprecher- a- 705773. html*

zurück zum Inhalt

[501] Zitiert nach *http://www.sueddeutsche.de/medien/ seibert- wird- neuer- regierungssprecher- ein- wechselwaehler- spricht- fuer- angie- merkel- 1. 973028*

zurück zum Inhalt

[502] Siehe *http://www.horizont.net/aktuell/agenturen/ pages/ protected/ Publicis- holt- Etat- der- Aktionsgemeinschaft- Euro_ 22704. html*

zurück zum Inhalt

[503] Zitiert nach *http://www.pressrelations.de/new/ standard/ result_ main. cfm? pfach= 1&n_firmanr_=103124& sektor=pm&detail=1&r=66184& sid=&aktion=jour_pm& quelle=0*

zurück zum Inhalt

[504] Siehe *Welt am Sonntag* vom 29. Juni 1997, Artikel von Helmut Schmidt, »Die Stabilität des Euro wird größer sein als die der deutschen Mark«

zurück zum Inhalt

[505] Siehe dazu *http://www.focus.de/magazin/archiv/ euro- kampagne- ein- biss- zu- viel_ aid_ 189848. html*

zurück zum Inhalt

[506] Zitiert nach *http://www.spiegel.de/wirtschaft/ sabine- christiansen- ich- bin- ein- d- mark- kind- a- 149299. html*

zurück zum Inhalt

[507] Jens Peter Paul: »Bilanz einer gescheiterten Kommunikation«, Dissertation 2007, S. 266

zurück zum Inhalt

[508] Zitiert nach *http://www.rp-online.de/gesellschaft/ fernsehen/ sabine-christiansen- ein- rueckblick- in- zitaten- 1. 566907*

zurück zum Inhalt

[509] Zitiert nach http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/ medien/ sabine-christiansen- wie- eine- unpolitische- politik- machte- 1410151- p2. html

zurück zum Inhalt

[510] Siehe *http://www.parkavenue.de/persoenlichkeiten/ stories/ 528*

zurück zum Inhalt

[511] Siehe *http://www.rp-online.de/panorama/ was- promis- als- redner- verdienen- 1.1838551*

zurück zum Inhalt

[512] Siehe *http://www.rp-online.de/panorama/ was- promis- als- redner- verdienen- 1.1838551*

zurück zum Inhalt

[513] Zitiert nach *http://www.focus.de/finanzen/news/ wirtschaft- vorsicht- teuro_ aid_ 189022. html*

zurück zum Inhalt

[514] 8. August 2011, Eva Herman: »Ulrich Wickert und die Einführung des Euro: Eine überfällige Betrachtung«, im Internet unter *http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/ deutschland/eva-herman/ulrich-wickert-und-die-einfuehrung- des- euro- eine- ueberfaellige- betrachtung. html*

zurück zum Inhalt

[515] Im Internet unter *http://www.kultur.uni-hamburg.de/ volkskunde/ Texte/ Vokus/ 2002-2/hell.html*

zurück zum Inhalt

[516] Zitiert nach *http://www.heymann-buecher.de/ulrich_ wickert_ und_ dr_ michael_ otto_ im_ gesprach*

zurück zum Inhalt

[517] Siehe etwa *http://www.dasinvestment.com/berater/ news/ datum/ 2011/ 08/ 23/ anlegerschuetzer- nehmen- bankwerbung- mit- ulrich- wickert- unter- beschuss/*

zurück zum Inhalt

[518] Siehe *http://www.bvr.de/p.nsf/index.html? ReadForm&main=6 &sub=1& ParentUNID=098E76 7340F7F77DC1257A CB002F910A*

zurück zum Inhalt

[519] Siehe *http://www.welt.de/print-wams/article612939/ Warum- glauben-Sie- an- den- Euro- Herr- Wickert. html*

zurück zum Inhalt

[520] Zitiert nach *http://www.welt.de/print-wams/article612939/ Warum-glauben- Sie- an- den- Euro- Herr- Wickert. html*

zurück zum Inhalt

[521] Siehe etwa *http://www.welt.de/print-welt/article665221/ 15- Millionen- D-Mark- fuer- den- Euro. html*

zurück zum Inhalt

[522] Zitiert nach *http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/ dem- euro- fehlt- noch- die- emotionale- qualitaet/ 67660. html*

zurück zum Inhalt

[523] Zitiert nach *http://www.zeit.de/1996/08/Bitte_ keine_ Waschmittelreklame_*

zurück zum Inhalt

[524] Jens Peter Paul: *Bilanz einer gescheiterten Kommunikation,* Dissertation, Frankfurt 2007, S. 111f.

zurück zum Inhalt

[525] Zitiert nach Jens Peter Paul, *Bilanz einer gescheiterten Kommunikation,* Dissertation, Frankfurt 2007, S. 114f.

zurück zum Inhalt

[526] A.a.O., S. 115

zurück zum Inhalt

[527] Zitiert nach a.a.O, S. 130

zurück zum Inhalt

[528] Zitiert nach *http://nachrichten.rp-online.de/politik/ verbeugung- vor- kohls- lebenswerk- 1. 3011952*

zurück zum Inhalt

[529] Siehe Liesel Hartenstein: »Das Wagnis Euro«, in: Festschrift für Wilhelm Hankel, 1999, Seite 45ff.

zurück zum Inhalt

[530] Aussage von Rolf-Dieter Krause am 6. Februar 1998 auf einem Symposium der EU-Kommission in Bonn zum Thema »Das Europäische Meinungsbild«, Dokumentation dazu, Seite 88

zurück zum Inhalt

[531] Siehe Jens Peter Paul: »Bilanz einer gescheiterten Kommunikation«, Dissertation 2007, S. 230

zurück zum Inhalt

[532] Zitiert nach Jens Peter Paul: »Bilanz einer gescheiterten Kommunikation«, Dissertation 2007, S. 49

zurück zum Inhalt

[533] A.a.O. S. 51f.

zurück zum Inhalt

[534] A.a.O. S. 52

zurück zum Inhalt

[535] A.a.O. S. 52

zurück zum Inhalt

[536] A. a.O. S. 56f.

zurück zum Inhalt

[537] Siehe dazu *https://www.lobbycontrol.de/download/ insm- marienhof-bewertung. pdf*

zurück zum Inhalt

[538] Siehe etwa dazu den Zapp-Beitrag *http://www.youtube.com/watch?v=Sj6hK- Kummk*

zurück zum Inhalt

[539] Zitiert nach *http://www.taz.de/!114755/*

zurück zum Inhalt

[540] Zitiert nach *http://www.heise.de/tp/artikel/38/ 38515/ 1. html*

zurück zum Inhalt

[541] Siehe dazu: »Tendenziöse Attributierung in deutschen Printmedien: Putin vs. Obama – eine linguistische Analyse«, Bachelor-Arbeit vorgelegt von Mirjam Zwingli, Hochschule für angewandte Sprachen, Fachhochschule des Sprachen & Dolmetscher Instituts München, 2012; etwa auf S. 37: Dort heißt es anhand eines Beispieles, dass er den Leser »in seiner psychischen Einstellung zu beeinflussen« versuche.

zurück zum Inhalt

[542] Etwa *http://info.kopp-verlag.de/index. html*

zurück zum Inhalt

543 Siehe *http://www.bundestag.de/dokumente/ textarchiv/ 2013/ 42897964_ kw08_ pa_ kultur/ 210904*

zurück zum Inhalt

[544] Siehe *http://www.stefan-niggemeier.de/blog/*

zurück zum Inhalt

[545] Siehe *http://www.indiskretionehrensache. de/*

zurück zum Inhalt

[546] Siehe *http://blog.markusgaertner.com/*

zurück zum Inhalt

[547] Siehe *http://drudgereport.com/*

zurück zum Inhalt

[548] Siehe *http://www.theguardian.com/science/ 2007/ apr/ 09/ frontpagenews. news*

zurück zum Inhalt

549 Siehe *http://www.theguardian.com/science/ 2007/ apr/ 09/ frontpagenews. news*

zurück zum Inhalt

[550] Siehe *http://diepresse.com/home/techscience/ internet/ 3832697/ NSA-speichert- Daten- aller- sieben- Mrd- Menschen- auf- Dauer*

Anmerkungen zum Nachwort

zurück zum Inhalt

[551] Siehe *http://www.rollingstone.com/music/ pictures/ rolling- stones- biggest- scoops- exposes- and- controversies- 2- aa- 624/ journalists- exposed- as- secret- cia- operatives- 81185346* und *http://www.carlbernstein.com/magazine_ cia_ and_ media. php* und *http://cryptocomb.org/wp-content/ uploads/ 2014/ 01/ THE- CIA- AND- THE- MEDIA. pdf*

zurück zum Inhalt

[552] Siehe *http://cryptocomb.org/?p=279#more- 279*

zurück zum Inhalt

[553] Siehe dazu *http://sutherlandsalute.blogspot. de/ 2008/ 12/ robert-crowley- former- cia- clandestine. html*

zurück zum Inhalt

[554] Siehe *http://cryptome.org/cia-2619.htm*

zurück zum Inhalt

[555] Siehe *http://www.arte.tv/de/244,em=033674-000.html* und *https://www.youtube.com/watch?v=5KxbQGQHjPo*

zurück zum Inhalt

[556] Siehe dazu *http://www.heise.de/tp/artikel/24/ 24027/ 1. html*

zurück zum Inhalt

557 Siehe *http://de.wikipedia.org/wiki/Der_ Monat* und *http://www.heise.de/tp/artikel/ 24/24027/1.html*

zurück zum Inhalt

[558] Siehe *http://www.welt.de/print-welt/article655495/ CIA- will- in- Notfaellen- Journalisten- rekrutieren. html*

zurück zum Inhalt

[559] Eines von vielen Beispielen *https://www.cia.gov/news-information/speeches- testimony/ 2014- speeches- testimony/ a- conversation- with- john- o- brennan. html*

zurück zum Inhalt

[560] Die DGAP will nach eigenen Angaben aktiv die außenpolitische Meinungsbildung auf allen Ebenen beeinflussen. Es ist also eine Lobbyorganisation. Die DGAP schreibt jedenfalls über sich selbst: »Als privater, unabhängiger, überparteilicher und gemeinnütziger Verein begleitet die DGAP aktiv und auf allen Ebenen die außenpolitische Meinungsbildung in Deutschland und leistet Politikberatung«, zitiert nach »DGAP berichtet«, Markus Lux und Gereon Schuch, Das Carl Friedrich Goerdeler-Kolleg der Robert Bosch Stiftung, Berlin 2008, dort Titelinnenseite; Screenshot liegt dem Autor vor

zurück zum Inhalt

[561] Zitiert nach *http://www.tpnonline.org/organisation/ business- members*

zurück zum Inhalt

[562] Zitiert nach *http://www.tpnonline.org/organisation/ cooperating-institutions/*

zurück zum Inhalt

[563] Siehe Seite 33 unter *www.atlantik-bruecke.org/w/.../ab_ 4250_ interviewbroschuere_ final. pdf*

zurück zum Inhalt

[564] Siehe *https://www.reporter-ohne-grenzen. de/ pressemitteilungen/ meldung/ rog- bericht- zur- lage- der- pressefreiheit- in- der- kurdischen- region- kaum- unabhaengige- berichterstattun/*

zurück zum Inhalt

[565] Siehe *http://www.heute.de/ZDF/zdfportal/ blob/ 32482080/ 1/ data. pdf*

zurück zum Inhalt

[566] Siehe *http://derstandard.at/1331207267450/ Kurt- Gritsch- Gut- inszeniert- die- Mainstream- Meinung*

zurück zum Inhalt

[567] siehe: *http://www.horizont.net/aktuell/medien/ pages/ protected/ Steingart- vs- FAZ- Kleinkrieg- um- die- grosse- Krise_ 121899. html*

zurück zum Inhalt

[568] Siehe *https://www.freitag.de/autoren/vorabmeldung/ deutsche- gegen-militaer- einsaetze- im- ausland*

zurück zum Inhalt

[569] Siehe *http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/ Reden/ DE/ Joachim-Gauck/ Interviews/ 2014/ 140614- Deutschlandfunk- Interview. html*

zurück zum Inhalt

[570] Siehe *http://www.cicero.de/berliner-republik/ ein- praesident- fuer- die- eliten/ 48408*

zurück zum Inhalt

[571] Siehe *http://www.cicero.de/berliner-republik/ ein- praesident- fuer- die-eliten/ 48408*

zurück zum Inhalt

[572] Siehe *http://ru-facts.com/news/view/37094. html*

zurück zum Inhalt

[573] Siehe *http://www.linkedin.com/pub/ralph- goff/ b/ 779/ 279*

zurück zum Inhalt

[574] Siehe *http://ru-facts.com/news/view/37094.html* und *http://cryptocomb.org/?s=jennifer+goff*

zurück zum Inhalt

[575] Siehe *http://www.neues-deutschland.de/artikel/ 935167. ein- buch- wieder- nsa- skandal.html*